



Ausgabe II|2016

pnd | online
www.planung-neu-denken.de



Inhaltsverzeichnis

Editorial I|2016

Themenschwerpunkt: Planung und Diskurs

Michael Mießner: ›Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse‹. Zum Aufstieg eines leeren Signifikanten

Annika Mattisek & Cindy Sturm: Transformation nationaler Klima- und Energiepolitik in städtischen Kontexten – Stadtplanung im Spannungsfeld von politischem Diskurs und Regierungspraktiken

Jan Balke & Mario Reimer: Zur Konstruktion einer Region: Diskursive Rationalitäten und Ambivalenzen der Regionsbildung am Beispiel Südwestfalen

Marian Günzel: »Was im Dunkeln liegt, kann man nicht sehen« – Eine Spurensuche nach diskurstheoretischen Impulsen in der Raumplanung

Umschau

Christian Diller: Landesgartenschauen als Format der Entwicklung von Mittelstädten – das Beispiel der Landesgartenschau Gießen 2014

Steven März & Ulrich Jansen: Klimafreundliche Mobilität als Stadtentwicklungsparadigma der Automobilstadt Wolfsburg – Eine Utopie?

Davide Brocchi: Über die nachhaltige Transformation der Stadt. Der »Tag des guten Lebens: Kölner Sonntag der Nachhaltigkeit« 2013-2015: ein soziales Experiment

Sophia Alcántara & Sandra Wassermann: Zur Governance der lokalen Energiewende – Vorschlag für ein Aktivierungskonzept auf Stadtteilebene

Friederike Behr, Sophia Alcántara & Björn Ahaus: »Partizipation als Trumpf?!« – Ein Workshop-Bericht über die Reflexion partizipativer Prozesse im Kontext der »Großen Transformation«

Lesetipp

Die Partizipationsmatrix als Leitfaden durch den Beteiligungsdschungel. Eine Rezension von Carsten Herzberg



Editorial |2016

Themenschwerpunkt: Planen und Diskurs

Jede Art von Planung, auch die raumbezogene Planung, ist eine normative Tätigkeit, die gesellschaftliche Praktiken in einer bestimmten Art und Weise beeinflussen will. Planung ist eine Dimension gesellschaftlichen Handelns und damit ein gesellschaftstheoretisch zu reflektierender und gesellschaftswissenschaftlich zu untersuchender Prozess. Planung ist immer auch ein Ausdruck bestimmter Sichtweisen auf gesellschaftliche Themenstellungen. Wenn Planung als gesellschaftliches Phänomen und nicht als ingenieurtechnische Steuerungsleistung verstanden wird, sind auch die Denkweisen, Normen und Werte, die ihr zugrunde liegen, zu untersuchen. Am historischen Wandel der Leitvorstellungen von Planungen wird deutlich, wie stark Planung Ausdruck bestimmter, historisch, kulturell und räumlich spezifischer Wissens- und Werteordnungen ist. Diese sozial konstruierten Wissens- und Werteordnungen bestimmen z. B. die folgenden Weichenstellungen und Entscheidungen, die in der Planung getroffen werden:

- Die Entscheidung darüber, was als »Problem« bzw. als »Herausforderungen« gilt, für die die Planung Antworten finden muss.
- Die Definition von »legitimen« Zielen des Planens. Diese ist abhängig davon, welches Bild einer »wünschenswerten« Gesellschaft ihnen zugrunde liegt.
- Die planerischen Ansätze, die im Hinblick auf diese Aufgabenstellungen als geeignet gelten.

Ein solcher Fokus auf die Rolle von Wissens- und Werteordnungen in Planungsprozessen thematisiert damit zugleich immer

auch Machteffekte. Denn die Frage nach den vereinbarten bzw. erwünschten Zielen und den legitimen Planungsansätzen führt unvermeidlich zur Frage danach, welche raumbezogenen Praktiken damit erleichtert bzw. erschwert werden und wie dies unterschiedliche soziale Gruppen beeinflusst. In diesem Zusammenhang ist von Interesse, dass Planung, insbesondere überörtliche Planungs- und Gestaltungsansätze, häufig nicht unmittelbar über formalisierten Zwang wirken, sondern dadurch, dass spezifische Ansätze erleichtert, andere erschwert werden, bestimmte gesellschaftliche Zielvorstellungen damit



Foto: Lehrstuhl für
Planungstheorie und
Stadtentwicklung, RWTH
Aachen University

Der Themenschwerpunkt Planen und Diskurs wurde von Rainer Danielzyk, (Leibniz Universität Hannover, Institut für Umweltplanung) und Annika Mattiscek (Alber-Ludwigs-Universität Freiburg, Lehrstuhl für Wirtschaftsgeographie und Nachhaltige Entwicklung) betreut.

eher realisiert werden als andere. Die hiermit sehr knapp skizzierte diskursanalytische Perspektive auf Planung thematisiert also immer auch das Verhältnis zwischen der Konstitution von Wissens- und Werteordnungen einerseits und Machteffekten andererseits.

In diesem Sinne wird im Themenschwerpunkt dieser Ausgabe von **pnd|online** Planung aus einer diskurstheoretischen Perspektive betrachtet, wie sie insbesondere in der jüngeren Vergangenheit in der Humangeographie immer größere Bedeutung gewonnen hat, allerdings in der Planungsforschung bislang nur sehr vereinzelt realisiert worden ist. Der Themenschwerpunkt führt daher – wohl erstmals im deutschsprachigen Raum – relevante Untersuchungsansätze zu »Diskurs und Planung« zusammen.

Alle Beiträge teilen die Grundannahme, dass in raumbezogener Planung spezifische gesellschaftliche Wissensordnungen und Raumkonstruktionen zum Ausdruck kommen, die das Ergebnis von sozialen Konstruktions- und Aushandlungsprozessen sind. Anhand unterschiedlicher Fallbeispiele untersuchen die Autorinnen und Autoren, welche Problemkonstruktionen und Raumbilder bei einzelnen Ansätzen raumbezogener Planung und Politik eine Rolle spielen und welche Machteffekte damit jeweils verbunden sind.

Zunächst analysiert **Michael Mießner** in seinem Beitrag, welche unterschiedlichen Positionierungen mit ein und demselben Begriff – der »Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse« als einer zentralen raumplanerischen Kategorie – verbunden sein können. Dabei wird u. a. deutlich, wie unbestimmt einer der zentralen Begriffe der Raumplanung ist und zu welchen politischen Aushandlungsprozessen diese Unbestimmtheit führt.

Annika Mattisek und Cindy Sturm beschäftigen sich in ihrem Beitrag mit der Diskrepanz zwischen energie- und klimapolitischen Zielen und stadtentwicklungspolitischen Handlungspraktiken. Um dieses zu erfassen, richten sie ihren Blick auf lokalspezifische Diskurskonstellationen, Pfadabhängigkeiten, institutionelle Gegebenheiten und Machtverhältnisse.

Jan Balke und Mario Reimer erläutern in ihrem Aufsatz am Beispiel der »Regionale 2013« in Südwestfalen, wie es zur Konstruktion einer Region kommt. Dabei bringen sie theoretische Konzepte der Gouvernementalitäts- und Diskursforschung in Anschlag, um Regionalisierungen als Ausdruck und Mittel

im Kontext von Neoliberalisierung zu erklären.

Abschließend gebigt sich **Marian Günzel** auf eine Spurensuche zu diskurstheoretischen Impulsen in der Raumplanung. Er arbeitet die Verwendung und Bedeutung des Diskursbegriffes auf und widmet sich dabei u. a. neueren Ansätzen der kommunikativen Planung.

Umschau

Ergänzt wird der Themenschwerpunkt durch folgende Beiträge:

Christian Diller beschreibt Landesgartenschauen – insbesondere für Städte in einer Größenordnung von 20.000 – 100.000 Einwohner – als wichtiges Format ereignisorientierter Stadtentwicklung. Anhand der Landesgartenschau in Gießen 2014 zeigt er auf, wie durch dieses Instrument Impulse für die Stadtentwicklung gesetzt und ein zur Stadt passendes soziokulturelles Profil entwickelt werden können.

Steven März und Ulrich Jansen zeichnen die Verbindung zwischen Kommunalpolitik und Unternehmensinteressen im durch die Volkswagen AG geprägten Wolfsburg nach. Sie zeigen auf, wie trotz der starken Orientierung am Auto ein Paradigmenwechsel im Bereich der Stadt- und Verkehrsentwicklung aussehen kann.

In der Stadt Köln geht man einen solchen Paradigmenwechsel im Hinblick auf Nachhaltigkeit unterdessen eher spielerisch an. **Davide Brocchi** berichtet vom »Tag des guten Lebens« in Köln, an dem die Autos einen Tag lang aus dem Stadtbild einzelner Quartiere entfernt werden und die Straßen von Bürgerinnen und Bürger gestaltet und genutzt werden können.

Sophia Alcántara und Sandra Wassermann diskutieren in ihren Beitrag anhand von zwei Pilotprojekten was sogenannte Change Agents zur Umsetzung der lokalen Energiewende beitragen können und welche Unterstützungsformen dabei durch die Kommunen notwendig wären.

Bei dem letzten Beitrag der Umschau von **Björn Ahaus, Friederike Behr und Sophia Alcántara** handelt es sich um einen Bericht zum einem Workshop, in dem partizipative Prozesse im Kontext der »Großen Transformation« diskutiert wurden. Sie stellen fest, dass Partizipation zwar ein großer Trumpf zur Umsetzung von Transformationszielen sein

könnte, dass es jedoch zu viele begriffliche Unschärfen gibt.

Lesetipp

Abschließend gibt es einen Lesetipp von **Cars-ten Herzog**, der einen Leitfaden durch den Beteiligungsdschungel empfiehlt.

Die pnd|online-Redaktion wünscht viel Vergnügen beim Lesen!

*Rainer Danielzyk, Annika Mattissek,
Sarah Ginski & Klaus Selle*





Themenschwerpunkt: Planung und Diskurs

pnd | online
www.planung-neu-denken.de



›Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse‹ Zum Aufstieg eines leeren Signifikanten*

Zusammenfassung:

›Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse‹ gilt als einer der zentralen Begriffe, der die Raumplanung und -ordnung seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland prägt. Mit ihm wird von einigen die Forderung nach einem gewissen räumlichen Ausgleich verbunden, von anderen hingegen betont, dass es nicht um überall gleiche Lebensverhältnisse gehen könne. Im Beitrag wird gezeigt, dass beide Positionen mit diesem Begriff verbunden werden können, weil er in den 1970er Jahren als politischer Kompromissbegriff ins Bundesraumordnungsprogramm aufgenommen wurde und danach zum leeren Signifikanten aufsteigen konnte, der sich durch eine große Unbestimmtheit auszeichnet.

1. Einleitung

»Die Schaffung und Erhaltung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Teilräumen der Bundesrepublik gilt traditionell als ein zentrales, wenn nicht sogar als das wichtigste Ziel der Raumordnungspolitik von Bund und Ländern.« (EINIG 2015, 45)

Dieses Zitat macht den hohen Stellenwert, der dem Ziel der Schaffung der ›Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse‹ seit Bestehen der Raumordnung und -planung in der Bundesrepublik Deutschland (BRD) beigemessen

wird, deutlich und steht stellvertretend für viele ähnliche Einschätzungen (bspw. BLOTEVOGEL/SCHELHAAS 2011; BRENNER 2004; ERNST 1991; LEENDERTZ 2008; 2009; REICHEL 2009; VÄTH 1980; WELCH-GUERRA 2012). Diese große Bedeutung der ›Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse‹ wird aktuell auch daran deutlich, dass sie im jüngsten Raumordnungsbericht zum alles überstrahlenden Thema erhoben wurde in dem Versuch, die (Un-)Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in verschiedensten Dimensionen zu messen (BBSR 2012). Auffällig ist, dass trotz der langen Tra-

*Ich danke Lea Fischer, Hans-Dieter von Frieling und Sebastian Schipper sowie den Herausgeber*innen Rainer Danielzyk und Annika Mattissek für die Durchsicht und hilfreiche Kommentierung früherer Versionen dieses Aufsatzes.



Michael Mießner

promoviert am Institut für Humangeographie Frankfurt am Main und lehrt am Geographischen Institut Göttingen. Er hat an der Universität Göttingen Geographie mit den Nebenfächern Soziologie und Umwelt- und Ressourcenökonomie studiert. In seiner Dissertation erforscht er die Herausbildung raumordnungspolitischer Handlungsstrategien in der Bundesrepublik Deutschland im Zuge der Krise des Fordismus und der aktuellen Krise des neoliberalen Finanzkapitalismus. Sein weiteres Forschungsinteresse gilt den räumlichen Auswirkungen der jüngsten Wirtschaftskrise, den aktuellen Entwicklungen auf dem Wohnungs- und Immobilienmarkt sowie den damit verbundenen städtischen Segregationsprozessen.

dition dieses Ziels heute über die inhaltliche Interpretation des Begriffes – teils heftig – gestritten wird. Dabei lassen sich zwei konträre Positionen erkennen. Für die eine Seite bringen »die gleichwertigen Lebensverhältnisse einen klaren Ausgleichsgedanken zum Ausdruck« (BÖHME/ZILLMER 2015, 17), weil »in einer sozialen Marktwirtschaft vom Staat steuernde Eingriffe erwartet [werden; M. M.], die zu mehr Verteilungsgerechtigkeit und sozialem Ausgleich in räumlicher Hinsicht führen« (SINZ 2005, 865). Auf der anderen Seite wird betont, das »gleichwertige« auch als ›gleiche‹ Lebensverhältnisse missverstanden und entsprechende Umverteilungsansätze initiiert worden« seien (AD-HOC-ARBEITSKREIS »GLEICHWERTIGKEIT DER LEBENSVERHÄLTNISSE« 2006, 7). Daher müsse man diese »wichtige gesellschaftspolitische Aufgabe neu interpretieren« (ebd., 1; vgl. BLOTEVOGEL 2006, 465) – und zwar im Sinne einer »Anerkennung [...] von Differenz« (BARLÖSIUS 2006, 23) und »Vielfalt räumlicher Entwicklungsmuster« (AD-HOC-ARBEITSKREIS »GLEICHWERTIGKEIT DER LEBENSVERHÄLTNISSE« 2006, 8). Eine gewisse Zuspitzung erfährt diese Position durch die Interventionen des ›Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung‹, welches mit dem Leitsatz »Vielfalt statt Gleichwertigkeit« eine Abwendung von diesem Paradigma fordert (KUHNS/KLINGHOLZ 2013; KLINGHOLZ 2015).

Im Folgenden wird gezeigt, warum ein so zentrales und langjähriges Ziel der Raumordnung wie die ›Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse‹ aktuell so unterschiedlich interpretiert werden kann. Dazu wird auf die *Critical Discourse Analysis* (FAIRCLOUGH 2010a; WODAK 2005b), die Diskurs als Teil der sozialen Praxis sowie Ausdruck und Mittel sozialer Kräfteverhältnisse versteht, und die damit verbundene Verwendung des bei Laclau und Mouffe entlehnten Begriffes des leeren Signifikanten zurückgegriffen (Abschnitt 2). Ein leerer Signifikant ist so unbestimmt, dass er verschiedene politische und gesellschaftliche Interessen hinter sich vereinen kann. Im Aufsatz wird gezeigt, dass der Begriff der ›Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse‹ zu Beginn der bundesdeutschen Raumordnung kein zentrales Konzept der räumlichen Planung war (Abschnitt 3). Im Gegenteil: Der Begriff der ›Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse‹ wurde erst 1975 in das Bundesraumordnungsprogramm als politischer Kompromissbegriff aufgenommen, auf den sich die Beteiligten von Bund, Ländern und Parteien nach langen Auseinandersetzungen einigen konnten (Abschnitt 4). Da der Begriff so unbestimmt

war, dass im raumordnungspolitischen Diskurs um seine inhaltliche Füllung gerungen wurde, wird er hier als leerer Signifikant bezeichnet. Es gab verschiedene Versuche den leeren Signifikanten inhaltlich zu bestimmen, wobei das Grundgesetz als zentraler Referenzpunkt diente (Abschnitt 5). Aufgrund dieser Ableitung wurde der leere Signifikant auf die Förderung der Freiheit und Gleichheit in räumlicher Hinsicht festgelegt. Mit dem hier vorgeschlagenen Verständnis von Diskurs kann nachgewiesen werden, dass der leere Signifikant, nachdem er Eingang in den raumordnungspolitischen Diskurs gefunden hatte, binnen kürzester Zeit zum hegemonialen leeren Signifikanten aufsteigen konnte (Abschnitt 6). In diesem Aufstieg sowie in der relativen Unbestimmtheit liegt der Grund dafür, dass bis heute um die inhaltliche Füllung des leeren Signifikanten gestritten wird und verschiedene politische Akteure diesen Begriff zur Legitimation ihre Position heranziehen (können).

2. Diskurs als soziale Praxis

Der *Critical Discourse Analysis* folgend, wie sie vor allem von Norman Fairclough (z. B. FAIRCLOUGH 2001; 2005a; 2010a) und Ruth Wodak (z. B. WODAK 2005a; 2005b) entwickelt wurde, wird in diesem Aufsatz Diskurs als soziale Praxis verstanden (bspw. FAIRCLOUGH 2010b). Reden, Sprechen und Schreiben impliziert immer Handlungen und produziert bzw. reproduziert Einstellungen von Menschen (WODAK 2009, 320) – sie beziehen sich stets auf gesellschaftlich bereits bestehende Tatsachen, spiegeln diese aber nicht eins zu eins wieder (bspw. FAIRCLOUGH 2010c, 173). Das bedeutet, dass die Elemente des Sozialen zwar durch den Diskurs gesellschaftlich konstruiert sind und bestimmte diskursive Elemente in sich aufgenommen haben, jedoch nicht auf diese Diskurse reduziert werden können (FAIRCLOUGH 2005b, 924). In diesem Sinne sind zum Beispiel Politiker*innen als »shapers of specific public opinions and interests and as seismographs« zu begreifen, die »reflect and react to the atmospheric anticipation of changes in public opinion and to the articulation of changing interests of specific social groups and affected parties« (WODAK 2005a, 64). Das bedeutet, dass der Diskurs und das gesprochene und geschriebene Wort stets »als Ausdruck und Mittel gesellschaftlicher/sozialer Kräfteverhältnisse« zu verstehen sind (BELINA/DZUDZEK 2009, 130). Gesellschaftli-

che Konflikte werden also auch diskursiv ausgetragen (FAIRCLOUGH 2010d, 62).

Die sozialen Auseinandersetzungen und ihre diskursiven Artikulationen drehen sich unter anderem um die Bedeutung von bestimmten Begriffen und Konzepten. Ist ein Begriff in der Lage, eine Vielzahl von partikularen gesellschaftlichen Interessen zu vereinen, so wird er als ›leerer Signifikant‹ bezeichnet (vgl. OPRATKO 2014, 137). Der Begriff des leeren Signifikanten ist der Diskurstheorie von Laclau/Mouffe entlehnt (vgl. GLASZE/MATTISSEK 2009):

»Leere Signifikanten repräsentieren gewissermaßen den kleinsten gemeinsamen Nenner verschiedener Elemente und verknüpfen diese damit in einen diskursiven Zusammenhang. Je größer die Menge der Elemente innerhalb eines solchen Zusammenhangs, desto kleiner wird deren gemeinsamer Nenner und desto unspezifischer muss auch der leere Signifikant werden – daher die Bezeichnung leerer Signifikant.« (ebd., 165; Herv. i. O.)

Der »Signifikant muss sich von seinem partikularen Inhalt (Signifikat) lösen, seinen Inhalt gewissermaßen entleeren, um diese Art der universellen Repräsentation zu übernehmen und offen für eine hegemonial artikuliert *Auffüllung* zu werden« (WULLWEBER 2010, 95; Herv. i. O.). Ein aktuelles Beispiel für einen solchen leeren Signifikanten ist der Begriff der Nachhaltigkeit, der als »Konfliktterrain« und »Ergebnis von Kämpfen, in denen die Widersprüche kapitalistischer Naturverhältnisse politisiert wurden« (BAURIEDEL/WISSEN 2002, 51) zu verstehen ist. In diesem Sinne kann das diskursive Rekurren auf einen leeren Signifikanten die hinter diesem liegenden Differenzen unsichtbar machen und trägt auf diese Weise zur Sicherstellung der bestehenden sozialen Verhältnisse bei. Deshalb ist die inhaltliche Füllung leerer Signifikanten häufig Gegenstand sozialer Auseinandersetzungen.

3. Das Fehlen der ›Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse‹ im raumordnungspolitischen Diskurs der jungen Bundesrepublik

Wie bereits erwähnt, wird dem Ziel der ›Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse‹ in den letzten Jahrzehnten und bis heute eine wichtige Position im raumordnungspolitischen Denken in der Bundesrepublik Deutschland zugewiesen. Es gilt bis heute als der zentrale Leitgedanke der Raumordnung und -planung und mit dem Begriff werden

noch immer die verschiedensten raumordnungspolitischen Handlungsstrategien legitimiert. Im Folgenden soll daher rekonstruiert werden, welche Inhalte dieser Begriff ursprünglich umfasste und wie diese in ihn eingeschrieben wurden.

Im Raumordnungsgesetz von 1965 findet sich – entgegen anderer Behauptungen (bspw. BLOTEVOGEL/SCHELHAAS 2011, 140; BRENNER 2004, 142; REICHEL 2009, 59; VÄTH 1980, 159; WELCH-GUERRA 2012, 57) – keine Formulierung, die ›Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse‹ als zentrales Ziel ausweist (vgl. ROG [1965]). Im Gesetz findet sich lediglich einmal das Adjektiv ›gleichwertig‹ und zwar in § 2 Abs. 4 Satz 1 ROG [1965], in dem es um das Zonenrandgebiet, nicht aber um die allgemeine Entwicklung im Bundesgebiet geht:

»Die Leistungskraft des Zonenrandgebietes ist bevorzugt mit dem Ziel zu stärken, daß in allen seinen Teilen Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie eine Wirtschafts- und Sozialstruktur geschaffen werden, die denen im gesamten Bundesgebiet mindestens gleichwertig sind.«

Werner Ernst, aus dessen Feder der erste Entwurf zum Raumordnungsgesetz stammt, konstatierte rückblickend, dass der Begriff aus taktischen Gründen nicht in das Gesetz aufgenommen wurde; nämlich um Befürchtungen, es könnten »schwer abweisbare Forderungen an die öffentlichen Haushalte gestellt werden« (ERNST 1991, 17), vorzubeugen. Diese Einschätzung scheint jedoch von späteren Diskussionen überzeichnet zu sein, denn der Begriff der ›Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse‹ war noch lange nicht im raumordnungspolitischen Begriffskanon verankert: Eigene Recherchen haben ergeben, dass weder in der Zeitschrift ›Raumforschung‹ (aufgegangen in die Zeitschrift ›Raumforschung und Raumordnung‹) noch in den ›Forschungs- und Sitzungsberichten‹ oder den ›Abhandlungen‹ der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) der Terminus ›Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse‹ in dieser Zeit aufgegriffen wurde. Diese Einschätzung wird von einer Studie, die im Auftrag der ARL erstellt wurde, gestützt. Sie betont, dass der Terminus bis Anfang der 1970er Jahre weder im öffentlichen noch im wissenschaftlichen Diskurs benutzt wurde (HÜBLER et al. 1980, 10f). Auch die jüngeren Arbeiten von STRUBELT (2004) und WIECHMANN (2014) legen dies nahe. Das Adjektiv ›gleichwertig‹ wurde bis in die 1960er Jahre lediglich als Synonym für ›ausgewogen‹ oder ›gleichgewichtig‹ verwendet. Für einen systematischen Gebrauch des Begriffs im

raumordnungspolitischen Diskurs gibt es jedoch keine belastbaren Hinweise.

4. ›Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse‹ als politischer Kompromissbegriff im Bundesraumordnungsprogramm von 1975

Der Begriff der ›Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse‹ erhielt im raumordnungspolitischen Diskurs erst im Bundesraumordnungsprogramm eine prominente Stellung. Dort wurde die Verbesserung der Lebensqualität zum Ziel erklärt, die wiederum »gleichwertige Lebensbedingungen in allen Teilräumen als eine wesentliche Grundlage der Chancengleichheit für alle Bürger« voraussetze (BUNDESREGIERUNG DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND 1975b, 6).

Die Bundesregierung wurde im Jahr 1969 vom Deutschen Bundestag dazu aufgefordert, ein Bundesraumordnungsprogramm zu erstellen (DEUTSCHER BUNDESTAG 1969, 13848), das »auf der Grundlage einer konkreten räumlichen Zielvorstellung für die Entwicklung des Bundesgebietes die regionale Verteilung der raumwirksamen Bundesmittel« (AUSSCHUSS FÜR KOMMUNALPOLITIK 1969, 3; Herv. M. M.) festlegen sollte. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten raumordnungspolitische Bemühungen rahmensetzenden und koordinierenden Charakter. Nun sollte die Macht der Raumordnungspolitik auf nationalstaatlicher Ebene ausgebaut und »die Stufe materieller Entwicklungsplanung gesellschaftlicher Produktions- und Reproduktionsbedingungen« (VÄTH 1980, 174) erreicht werden. Im föderalen Bundesstaat war dies politisch allerdings sehr umstritten (vgl. ebd., 174ff). Dabei gab es zwei Konfliktlinien: eine vertikale und eine horizontale. Auf der vertikalen Ebene versuchten die Bundesländer eine Stärkung der Bundesraumordnung zu verhindern, weil dies ihre eigenen Kompetenzen beschnitten hätte. Auf der horizontalen Ebene wurde das Konfliktpotential der Raumordnungspolitik als Querschnittsaufgabe insofern deutlich (vgl. Vath 1974, 215), als dass die verschiedenen Fachpolitiken keine Kompetenzen an eine gestärkte Raumordnungspolitik abgeben wollten. Aufgrund dieser doppelten Konfliktsituation dauerte die Erarbeitung des Bundesraumordnungsprogramms nahezu sechs Jahre und der Versuch, von Seiten der Vertreter*innen der Bundesraumordnung die Steuerungsmöglichkeiten dieses Staatsap-

parates auszubauen, wurde zurückgewiesen (vgl. VÄTH 1980, 252ff).

Erst in der letzten Verhandlungsphase des Bundesraumordnungsprogramms wurde die »Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse« zum tragenden Prinzip des Programms, »weil mit Hilfe dieses Ziels von den Ländern sehr viel flexibler kleinräumig wirksame Politiken begründet« werden konnten (ebd., 200). Die ursprünglich beabsichtigte, konkretere Zielformulierung wurde »vor allem wegen des Widerstands der Länder in immer unverbindlichere Zielformulierungen abstrahiert« (HÜBLER et al. 1980, 15). Die Formulierung »gleichwertige Lebensbedingungen in allen Teilräumen« (BUNDESREGIERUNG DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND 1975b, 6) herzustellen, war damit das Ergebnis eines langen und konfliktreichen politischen Aushandlungsprozesses und dementsprechend der kleinste gemeinsame Nenner, auf den sich die verschiedenen politischen Akteure einigen konnten. Folglich kam selbst Werner Ernst, einer der wichtigsten Protagonisten der raumordnungspolitischen Diskussion der 1960er und 1970er Jahre, zu der Einschätzung, dass der Begriff inhaltlich sehr vage ist:

»Nun hat der Begriff der gleichwertigen Lebensbedingungen von sich aus keinen ganz präzisen Inhalt, ja wenn man einmal in Gedanken Revue passieren lässt, was alles unter diesem Etikett geschrieben und gesagt ist, dann könnte man manchmal meinen, daß im Vergleich dazu die delphischen Orakel der alten Griechen ein Muster der Klarheit der Gedankenführung und Präzision des Ausdruckes waren.« (Ernst 1977, 11)

Aufgrund dessen wird ›Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse‹ hier als leerer Signifikant bezeichnet. Der leere Signifikant ist damit nicht nur das Ergebnis eines diskursiven Aushandlungsprozesses, sondern ein politischer Kompromissbegriff, mittels dessen die teils antagonistischen Interessen der verschiedenen Staatsapparate prozessiert werden konnten. In den 1970er Jahren entspann sich unter Raumordner*innen und -planer*innen eine Debatte, wie dieser leere Signifikant inhaltlich zu füllen sei (bspw. BEIRAT FÜR RAUMORDNUNG 1976; DER DEUTSCHE LANDKREISTAG 1975; ERNST 1977; HÜBLER et al. 1980). Als zentraler Bezugspunkt fungierte dabei das Grundgesetz. Die möglichen Ableitungspunkte im Grundgesetz zur inhaltlichen Bestimmung von ›Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse‹ und deren Konsequenzen sind Gegenstand des folgenden Abschnitts.

5. Das Grundgesetz als Anker

Im Grundgesetz wurden vier Ansatzpunkte für eine Ableitung des Gleichwertigkeitspostulats ausgemacht: die Gesetzgebungskompetenz des Bundes und der Länder (Art. 72 GG), das Sozialstaatsprinzip (Art. 20 Abs. 1 GG), die Finanzverfassung (Art. 106 GG) und die Mischfinanzierung (Art. 104 a Abs. 4 und Art. 91 a GG). Im Rahmen dieses Aufsatzes können hier nur die ersten beiden Ableitungspunkte behandelt werden, aus denen sich jedoch die wichtigsten Konsequenzen für die weitere Argumentation ableiten lassen.

Die im Grundgesetz im Bereich der *Gesetzgebungskompetenz des Bundes und der Länder* (Art. 72 GG) gewählte Formulierung der ›Wahrung der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse‹ »führte zu der [...] Annahme, Art. 72 enthalte das Verfassungsziel, gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Teilräumen zu schaffen« (HÜBLER et al. 1980, 31). Der Artikel bestimmte jedoch lediglich die Gesetzgebungskompetenzen des Bundes gegenüber den Ländern. Durch die große »Unbestimmtheit« (REICHEL 2009, 10) der Formulierung, die von manchen als »Leerformel« (ARNDT 1993, 362) bezeichnet wurde, wurde eine weitreichende Einschränkung der Gesetzgebungskompetenz des Bundes verhindert und eine genauere inhaltliche Bestimmung explizit nicht angestrebt (REICHEL 2009, 10ff).

In den 1970er Jahren wurde ein anspruchsvoller Versuch zur Verfassungsreform (ENQUETE-KOMMISSION VERFASSUNGSREFORM 1976) unternommen, der jedoch scheiterte. Dieser Reformvorschlag sah vor, die Formulierung der ›Wahrung der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse‹ im Gesetzestext durch die Formulierung ›Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse‹ zu ersetzen. Diese geänderte Formulierung war aus Sicht der Enquete Kommission notwendig, weil die »Einheitlichkeit« kein »realistisches oder [...] wünschbares Ziel« (ebd., 131) und ›gleichwertig‹ noch unbestimmter sei. Das bedeutet, dass aus dem Einheitlichkeitspostulat aufgrund der Unbestimmtheit der Formulierung nichts über eine staatlich zu fördernde räumliche Struktur ausgesagt wurde und dass ›Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse‹ eine noch unspezifischere Formulierung darstellt, als ›Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse‹.

Das *Sozialstaatsprinzip* (Art. 20 Abs. 1 GG) galt vielen als »das entscheidende Kriterium« (DER DEUTSCHE LANDKREISTAG 1975, 94) der Ableitung der ›Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse‹. Bei genauerer Analyse muss

jedoch festgestellt werden, dass auch dieses Prinzip keine »spezielle soziale Normierung« (REICHEL 2009, 22) beinhaltete, sondern lediglich eine Mindestabsicherung sicherstellen sollte (vgl. BUNDESVERFASSUNGSGERICHT 1956, 205f). Dies beinhaltete jedoch aus raumordnungspolitischer Sicht keine »formale Angleichung an einen statistischen Durchschnitt« (ERNST 1977, 16), weshalb »Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen nicht Gleichheit im Sinne der Egalisierung« meine (ebd., 17; ähnlich HÜBLER et al. 1980, 35f).

Dieser juristischen und daraus abgeleiteten raumordnungspolitischen Auslegung stand ein öffentlicher Diskurs gegenüber, der aus dem Sozialstaatsprinzip »das Verlangen nach Einheitlichkeit« ableitete (Reichel 2009, 52). Eine solche Deutung war in den 1970er Jahren, wie OFFE (1977, 124f) gezeigt hat, deshalb naheliegend, weil die staatlich durchgeführte »Beseitigung von Wachstumshemmnissen« einen »Umverteilungseffekt« zur Folge hatte, der die Politik aufgrund der konkreten historischen Bedingungen sozial (und räumlich) ausgleichend wirken ließ. Insofern wurde der leere Signifikant der ›Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse‹ inhaltlich durch das Sozialstaatsprinzip zwar kaum bestimmt, aber aufgrund der diskursiven Verknüpfung des Sozialstaatsprinzips mit sozialer Ausgleichspolitik zum Symbol räumlicher Ausgleichspolitik in der Raumordnung.

Die im raumordnungspolitischen Diskurs unternommenen Versuche der Ableitung der ›Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse‹ aus dem Grundgesetz sind als Anstrengungen zu werten, den leeren Signifikanten als räumlich interpretierten Verfassungsauftrag darzustellen. Das Resultat war jedoch, dass ›Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse‹ inhaltlich ein unbestimmtes Konzept blieb. Die Kopplung an das Sozialstaatsprinzip enthielt noch einen weiteren Aspekt. Da das Sozialstaatsprinzip als untrennbar mit dem deutschen Sonderweg (vgl. PTAK 2008, 69) der Sozialen Marktwirtschaft verbunden galt (vgl. die Rechtsprechung des BUNDESVERFASSUNGSGERICHT 1956, 205f), bestand die Möglichkeit, dass auch der leere Signifikant ›Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse‹ zum hegemonialen leeren Signifikanten im raumordnungspolitischen Diskurs werden könnte. Ob dies tatsächlich zutrifft, entscheidet sich jedoch erst in der konkreten sozialen und diskursiven Praxis. Dieser Aspekt ist der Gegenstand des folgenden Kapitels. Das Feld für politische Auseinandersetzungen um die Eignung als raumordnungspolitischer Kompromissbegriff

sowie um die inhaltliche Interpretation war damit bereitet. Die empirische Grundlage der folgenden Untersuchung bildet der politische Diskurs um Themen der Raumordnungspolitik im Deutschen Bundestag und -rat sowie in deren Ausschüssen in den Jahren 1973 bis 1978, der anhand von Protokollen, Drucksachen und Berichten untersucht wurde.

6. ›Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse‹ als hegemonialer leerer Signifikant

In den politischen Debatten im Bundestag und -rat wurde das raumordnungspolitische Ziel der Herstellung ›gleichwertiger Lebensverhältnisse‹ nicht in Frage gestellt. Vielmehr betonten die verschiedenen Parteivertreter*innen, dass die ›Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse‹ ein ›Verfassungsziel‹ (CDU/CSU: SCHNEIDER 1973, 33; SPD: VOGEL 1973, 8) bzw. das zentrale Ziel der Raumordnung sei (bspw. CDU 1978, 1; FDP: WARNKE 1974, 7954; SPD: IMMER 1975, 2).

Im politischen Diskurs wurde ›Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse‹ eng mit der Sicherstellung der Chancengleichheit und Freiheit der Bürger*innen in räumlicher Hinsicht verknüpft. Exemplarisch dafür steht eine Aussage des CDU/CSU-Abgeordneten SCHNEIDER (1974, 7946), der die Chancengleichheit »an die Spitze« stellte. Auch im Raumordnungsbericht 1974 hieß es, die »Chancengleichheit in der persönlichen Entfaltung« sei im Namen der ›Gleichwertigkeit‹ »zu verbessern« (BUNDESREGIERUNG DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND 1975a, 20). Dies sollte mittels der Sicherstellung von Mindeststandards der Ausstattung von Regionen erfolgen, wie die verschiedenen Parteien und die Bundesregierung betonten (vgl. BUNDESREGIERUNG DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND 1975a, 20; CDU 1978, 1f; FDP: ENGELHARD 1974, 7948; SPD: VOGEL 1973, 48).

Im raumordnungspolitischen Diskurs wurde die im Rahmen der Ableitung aus dem Sozialstaatspostulat mit dem leeren Signifikanten verbundene Vorstellung einer räumlichen Ausgleichspolitik wirkmächtig. Beispielsweise wurde die dadurch angesprochene Gerechtigkeitsfrage von der SPD explizit aufgegriffen. Sie betonte, dass es »Unterschiede zwischen Gebieten [gibt], die ungerecht sind« (RAVENS 1974, 7933). Dies barg aber auch die Gefahr, dass die im öffentlichen Diskurs geschürte Erwartung an die Raumordnungspolitik nach einem räumlichen Ausgleich zu groß würde. Folglich betonten die Vertreter*innen

aller Parteien, dass *gleichwertige* und nicht *gleiche* Lebensbedingungen herzustellen seien (bspw. CDU/CSU: JAHN 1976, 16749; FDP: BÖGER 1976, 16755; SPD: IMMER 1974, 7957). Auch im Raumordnungsbericht 1974 hieß es:

»Gleichwertigkeit kann nicht als an allen Orten völlige Gleichheit des Angebots an Einrichtungen verstanden werden. Raumordnungspolitik hat weder Nivellierung noch Gleichmacherei zum Ziel.« (BUNDESREGIERUNG DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND 1975a, 20; Herv. M. M.)

Trotz dieser Klarstellungen stellte jedoch niemand den leeren Signifikanten in Frage. Dies ist ein Indiz dafür, dass er u.a. aufgrund der Sozialstaatsableitung im raumordnungspolitischen Diskurs hegemonial wurde.

Über diese beiden Interpretationslinien (›Gleichwertigkeit‹ zur Sicherstellung der Freiheit und Chancengleichheit der Bürgerinnen in räumlicher Hinsicht sowie ›Gleichwertigkeit‹ als räumlicher Ausdruck des Sozialstaatspostulats) hinaus wurde der leere Signifikant so verwendet, dass stets ein weiterer Interpretationsspielraum im Hinblick darauf blieb, was mit ›gleichwertig‹ gemeint sein konnte. Ein anschauliches Beispiel bietet das folgende Zitat aus dem Bundesraumordnungsprogramm:

»In den ländlichen Gebieten sind wirtschaftlich und infrastrukturell den übrigen Teilräumen entsprechend *gleichwertige Lebensbedingungen anzustreben*.« (BUNDESREGIERUNG DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND 1975b, 10)

Aufgrund dieser großen Unbestimmtheit des leeren Signifikanten versuchten die Parteien ihre jeweiligen parteipolitischen Positionen mit der ›Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse‹ zu legitimieren:

CDU und CSU machten mangelnde ›gleichwertige Lebensverhältnisse‹ zwischen Großstädten und ländlichen Räumen aus (SCHNEIDER 1974, 7946). »Das Land darf seines Typs nicht beraubt« werden (JAHN 1974, 7930) und solle »nicht mehr bloße Ernährungs- und Erholungsbasis« (JAHN 1974, 7929) für die Großstädte sein. In diesen Äußerungen spiegeln sich traditionelle konservative »großstadtfeindliche Ressentiments« (LEENDERTZ 2008, 369) wieder. Die SPD hingegen versuchte mit dem Verweis auf ›gleichwertige Lebensbedingungen‹ die Förderung von Schwerpunkorten und Großstädten (SPERLING 1978, 16) und »städtische Lebensweisen« in den ländlichen Räumen zu unterstützen (RAVENS 1974, 7934). Die städtischen Lebensweisen insbesondere der Verdichtungsräume waren für die SPD deshalb so interessant, weil sie dort traditionell aufgrund

der großen industriellen Arbeiterschaft gute Wahlergebnisse erzielte.

Die SPD versuchte mit Verweis auf die ›Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse‹ auch ihre keynesianischen Globalsteuerungsvorstellungen zu legitimieren. Sie betonte, dass die Arbeit von Bund, Ländern und Kommunen zur Sicherstellung der ›Gleichwertigkeit‹ stärker als bisher koordiniert werden müsse (HELLMANN 1975; VOGEL 1973, 6). Für CDU und CSU galt es hingegen im Namen der ›Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse‹ »die kommunale Selbstverwaltung« zu stärken und die »Kräfte des wirtschaftlichen und sozialen Lebens« zur Mitarbeit zu ermutigen, denn es sei »ein Irrglaube, wenn wir annähmen, [...] alles könnte schon wohlgeordnet zu einem Ergebnis kommen, wenn es nur etwa bei der öffentlichen Hand angesiedelt wäre« (WAFFENSCHMIDT 1974, 7953). In dieser Position wird die ablehnende Haltung der den Ordoliberalen nahestehenden CDU/CSU (vgl. PTAK 2004) gegenüber keynesianischen Globalsteuerungsvorstellungen deutlich.

Der leere Signifikant wurde also erstens im raumordnungspolitischen Diskurs unhinterfragt anerkannt, zweitens so benutzt, dass ein großer Interpretationsspielraum blieb und drittens von den Parteien versucht mit unterschiedlichen politischen Positionen zu füllen. Diese Entwicklungen machen deutlich, dass er innerhalb kurzer Zeit nach seiner Aufnahme in das Bundesraumordnungsprogramm vom politischen Kompromissbegriff zum hegemonialen leeren Signifikanten aufsteigen konnte. Hinter ihm scheinen unterschiedliche parteipolitische Positionen zu verwischen. Gleichzeitig legt er Raumordnungspolitik auf die Förderung der Freiheit und Gleichheit der Bürger*innen in räumlicher Hinsicht fest und trägt damit zur Reproduktion der bestehenden sozialen Verhältnisse bei, die gerade durch die Freiheit und Chancengleichheit geprägt sind.

7. Fazit

Während ›Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse‹ in der raumplanerischen Forschungsliteratur bis heute als grundlegendes Ziel der Raumordnung in der Bundesrepublik Deutschland gehandelt wird, konnte im Beitrag gezeigt werden, dass dieses Konzept bis Ende der 1960er Jahre im raumordnungspolitischen und raumplanerischen Diskurs nicht zentral war. Die hier genutzte Metho-

de der *Critical Discourse Analysis* ermöglichte es, den diskursiven Aufstieg der ›Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse‹ zum hegemonialen leeren Signifikanten mit den gesellschaftspolitischen Kräfteverhältnissen zu erklären. Aufgrund divergierender Interessen der Staatsapparate wurde er als politischer Kompromissbegriff von großer Unbestimmtheit in das Bundesraumordnungsprogramm aufgenommen. Durch die anschließende Ableitung des Inhalts des leeren Signifikanten aus dem Grundgesetz wurde er auf die Sicherstellung der Freiheit und Chancengleichheit in räumlicher Hinsicht festgelegt und somit als räumlicher Ausdruck des Sozialstaatspostulats interpretiert. Gleichzeitig trägt gerade diese Festlegung zur Reproduktion der bestehenden sozialen Verhältnisse bei, deren wesentliches Merkmal gerade in der Sicherstellung der Freiheit und Chancengleichheit besteht.

Mit der sozialstaatlichen Konnotation wurde im Diskurs die Gefahr verbunden, dass die so geschürten Erwartungen an die Raumordnungspolitik zu groß würden. Daher betonten Vertreter*innen aller Parteien ebenso wie die Bundesregierung, dass ›gleichwertig‹ nicht ›gleich‹ meine. Trotz dieses Risikos wurde der leere Signifikant im raumordnungspolitischen Diskurs nicht in Frage gestellt.

In den anschließenden parteipolitischen Diskussionen in Bundestag und Bundesrat versuchten die verschiedenen Politiker*innen ihre jeweiligen parteipolitischen Positionen in den leeren Signifikanten einzuschreiben. Auf diese Weise verschwinden hinter dem leeren Signifikanten die unterschiedlichen parteipolitischen Positionen.

Vor dem Hintergrund dieser Erkenntnisse kann die aktuelle Diskussion um die Sinnhaftigkeit der Herstellung ›gleichwertiger Lebensverhältnisse‹ und um die inhaltliche Bedeutung des Prinzips als eine weitere Runde der politisch-diskursiven Auseinandersetzungen um die Füllung des hegemonialen leeren Signifikanten interpretiert werden. Eine offene Abkehr von der ›Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse‹ ist im öffentlichen Diskurs aufgrund der sozialstaatlichen Aufladung des leeren Signifikanten gleichbedeutend mit einer Infragestellung der räumlichen Dimension der Sozialen Marktwirtschaft. Dies dürfte den medialen ›Aufschrei‹ nach der Infragestellung der ›Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse‹ durch den damaligen Bundespräsidenten Horst Köhler (KÖHLER 2004) erklären.

Literatur

- AD-HOC-ARBEITSKREIS »GLEICHWERTIGKEIT DER LEBENSVERHÄLTNISSE« (2006): Gleichwertige Lebensverhältnisse: eine wichtige Aufgabe neu interpretieren! Positionspapier aus der ARL Nr. 69. Hannover. = Positionspapier aus der ARL.
- ARNDT, H.-W. (1993): Forum: Zur verfassungsrechtlichen Problematik der Herstellung einheitlicher Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik. In: Juristische Schulung, 5, 360–364.
- AUSSCHUSS FÜR KOMMUNALPOLITIK, R.S.u.W. (1969): Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Kommunalpolitik, Raumordnung Städtebau und Wohnungswesen (9. Ausschuss) über den Raumordnungsbericht 1968 der Bundesregierung. Drucksache V/4372. Bonn.
- BARLÖSIUS, E. (2006): Gleichwertig ist nicht gleich. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 37, 16–23.
- BAURIEDL, Sybille; WISSEN, Markus (2002): Nachhaltigkeit als Konfliktterrain. Post-fordistische Transformation und Repräsentation von Natur in der Metropolregion Hamburg. In: Geographische Revue 4 (2), S. 35–55.
- BBSR (2012): Raumordnungsbericht 2011. Bonn.
- BEIRAT FÜR RAUMORDNUNG (1976): Empfehlungen vom 16. Juni 1976. Bonn.
- BELINA, B.; DZUDZEK, I. (2009): Diskursanalyse als Gesellschaftsanalyse. Ideologiekritik und Kritische Diskursanalyse. In Glasze, G.; Mattissek, A. (Hrsg.): Handbuch Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung. Bielefeld, 129–152.
- BLOTEVOGEL, H.H. (2006): Neuorientierung der Raumordnungspolitik? Die neuen »Leitbilder und Handlungsstrategien für die Raumentwicklung in Deutschland« in der Diskussion. In: Raumforschung und Raumordnung 64, 6, 460–472.
- BLOTEVOGEL, H.H.; SCHELHAAS, B. (2011): Geschichte der Raumordnung. In Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Grundriss der Raumordnung und Raumentwicklung. Hannover, 75–201.
- BÖGER, R. (1976). In : 239. Sitzung, Bonn, Freitag, den 7. Mai 1976. 7. Wahlperiode.
- BÖHME, K.; ZILLMER, S. (2015): Was haben gleichwertige Lebensverhältnisse mit territorialer Kohäsion zu tun? In: Informationen zur Raumentwicklung, 1, 11–22.
- BRENNER, N. (2004): New state spaces. Urban governance and the rescaling of statehood. Oxford, New York.
- BUNDESREGIERUNG DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND (1975a): Raumordnungsbericht 1974. Drucksache 7/3582. Bonn.
- BUNDESREGIERUNG DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND (1975b): Raumordnungsprogramm für die großräumige Entwicklung des Bundesgebietes (Bundesraumordnungsprogramm). Drucksache 7/3584. Bonn.
- BUNDESVERFASSUNGSGERICHT (1956): BVerfGE 5, 85 - KPD-Verbot. <http://sorminiserv.unibe.ch:8080/tools/AInfo.exe?Command>ShowPrintVersion&Name=bvo05085> (Zugriff am 25.03.2014).
- CDU (1978): Antrag der Abgeordneten Frau Pack, Dr. Dollinger, Dr. Jahn (Münster), Dr. Schneider, Dr. Möller, Sauter (Epfendorf), Sick, Dr. Ritz, Dr. Waffenschmidt, Nordlohne, Francke (Hamburg), Kolb, Niegel, Eymmer (Lübeck), Dr. van Aerssen, Dr. Freier Spies von Büllesheim, Burger, Dr. Warnke, Dr. George, Schedl, Dr. Unland, Frau Hoffmann (Hoya), Milz, Dr. Jobst, Feinendegen, Geisenhofer, Biehle, Neuhaus, Müller (Berlin), Susset und der Fraktion der CDU/CSU. Raumordnung. Drucksache 8/1656.
- DER DEUTSCHE LANDKREISTAG (1975): Wertgleiche Lebensverhältnisse. Konsequenzen für Planung, Strukturpolitik und Finanzverteilung. Ergebnisse des Professorengesprächs 1974 des Deutschen Landkreistages. In: Der Landkreis. Zeitschrift für kommunale Selbstverwaltung 45, 3, 94–96.
- DEUTSCHER BUNDESTAG (1969): 247. Sitzung, Bonn, Donnerstag, den 3. Juli 1969. 5. Wahlperiode.
- EINIG, K. (2015): Gewährleisten Zentrale-Orte-Konzepte gleichwertige Lebensverhältnisse bei der Daseinsvorsorge? In: Informationen zur Raumentwicklung, 1, 45–56.
- ENGELHARD, H.A. (1974). In : 119. Sitzung, Bonn, Donnerstag, den 26. September 1974. 7. Wahlperiode.
- ENQUETE-KOMMISSION VERFASSUNGSREFORM (1976): Schlussbericht der Enquete-Kommission Verfassungsreform. gemäß Beschluss des Deutschen Bundestages - Drucksache 7/214 (neu) -. Drucksache 7/5924.
- ERNST, W. (1977): Gleichwertige Lebensbedingungen - Aufgabe der Raumordnung? In Ernst, W.; Thoss, R. (Hrsg.): Beiträge zum Konzept der ausgeglichenen Funktionsräume. Münster, 9–31. = Materialien zum Siedlungs- und Wohnungswesen und zur Raumplanung, 15.
- ERNST, W. (1991): Die Bundesraumordnung von 1945 bis 1965. In Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Zur geschichtlichen Entwicklung der Raumordnung, Landes- und Regionalplanung in der Bundesrepublik Deutschland. Hannover, 3–31. = Forschungs- und Sitzungsberichte, 182.
- FAIRCLOUGH, N. (2001): The Dialectics of Discourse. In: Textus XIV, 2, 231–242.
- FAIRCLOUGH, N. (2005a): Critical discourse analysis. In: Marges Linguistiques, 9, 76–94.
- FAIRCLOUGH, N. (2005b): Peripheral Vision: Discourse Analysis in Organization Studies: The Case for Critical Realism. In: Organization Studies 26, 6, 915–939.
- FAIRCLOUGH, N. (Hrsg.) (2010a): Critical discourse analysis. The critical study of language. Harlow.
- FAIRCLOUGH, N. (2010b): Critical discourse analysis and the marketisation of public discourse: the universities. In Fairclough, N. (Hrsg.): Critical discourse analysis. The critical study of language. Harlow, 91–125.
- FAIRCLOUGH, N. (2010c): Discourse, social theory, and social research: the discourse of welfare reform. In

- Fairclough, N. (Hrsg.): *Critical discourse analysis. The critical study of language.* Harlow, 167–201.
- FAIRCLOUGH, N. (2010d): *Language and ideology.* In Fairclough, N. (Hrsg.): *Critical discourse analysis. The critical study of language.* Harlow, 56–68.
- GLASZE, G.; MATTISSEK, A. (2009): Die Hegemonie- und Diskurstheorie von Laclau und Mouffe. In Glasze, G.; Matissek, A. (Hrsg.): *Handbuch Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung.* Bielefeld, 153–159.
- HELLMANN, Herbert (1975): Anlage 21. Erklärung von Minister Hellmann (Niedersachsen) zu Punkt 85 der Tagesordnung. In: 422. Sitzung, 11. Juli 1975. Bundesrat, S. 233.
- HÜBLER, K.-H.; Scharmer, E.; Weichtmann, K.; Wirz, S. (1980): *Zur Problematik der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse.* Hannover. = Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung : Abhandlungen, 80.
- IMMER, K. (1974). In : 119. Sitzung, Bonn, Donnerstag, den 26. September 1974. 7. Wahlperiode.
- IMMER, K. (1975): Bundesraumordnungsbericht 1974, Bundestagsdrucksache 7/3582; hier: Bericht für die Beratung im Bundestagsausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau. Anlage 3 zu: Kurzprotokoll, 65. Sitzung des Ausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau am Mittwoch, dem 22. Oktober 1975. Berichterstattung. Bonn.
- JAHN, F.-A. (1974). In : 119. Sitzung, Bonn, Donnerstag, den 26. September 1974. 7. Wahlperiode.
- JAHN, F.-A. (1976). In : 239. Sitzung, Bonn, Freitag, den 7. Mai 1976. 7. Wahlperiode.
- KLINGHOLZ, R. (2015): Vielfalt statt Gleichwertigkeit - Die Regionalpolitik braucht eine neue Zielsetzung. In: *Informationen zur Raumentwicklung*, 1, 23–27.
- KÖHLER, H. (2004): Einmischen statt abwenden - Bundespräsident Horst Köhler kämpft gegen Politikverdrossenheit und für Reformen. Bürger in West und Ost müssten sich mehr anstrengen. In: *Focus* vom 13.09.2004.
- KUHN, E.; KLINGHOLZ, R. (2013): *Vielfalt statt Gleichwertigkeit. Was Bevölkerungsrückgang für die Versorgung ländlicher Regionen bedeutet.* Berlin.
- LEENDERTZ, A. (2008): *Ordnung schaffen. Deutsche Raumplanung im 20. Jahrhundert.* Göttingen. = Beiträge zur Geschichte des 20. Jahrhunderts, 7.
- LEENDERTZ, A. (2009): *Der Gedanke des Ausgleichs und die Ursprünge des Leitbildes der »gleichwertigen Lebensbedingungen«.* In Mading, H.; Strubelt, W. (Hrsg.): *Vom Dritten Reich zur Bundesrepublik. Beiträge einer Tagung zur Geschichte von Raumforschung und Raumplanung am 12. und 13. Juni 2008 in Leipzig.* Hannover, 210–225. = Arbeitsmaterial der ARL, 346.
- OFFE, C. (1977): *Demokratische Legitimation der Planung.* In Offe, C. (Hrsg.): *Strukturprobleme des kapitalistischen Staates.* Frankfurt/Main, 123–151.
- OPRATKO, B. (2014): *Hegemonie. Politische Theorie nach Antonio Gramsci.* Münster. = Einstiege, 21.
- PTAK, Ralf (2004): *Vom Ordoliberalismus zur sozialen Marktwirtschaft. Stationen des Neoliberalismus in Deutschland.* Opladen: Leske + Budrich.
- PTAK, R. (2008): *Soziale Marktwirtschaft und Neoliberalismus: ein deutscher Sonderweg.* In Butterwegge, C.; Lösch, B.; Ptak, R. (Hrsg.): *Neoliberalismus. Analysen und Alternativen.* Wiesbaden, 69–89.
- RAVENS, K. (1974). In : 119. Sitzung, Bonn, Donnerstag, den 26. September 1974. 7. Wahlperiode.
- REICHEL, S. (2009): *Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. Verfassungsauftrag und Raumordnungsrecht.* München.
- ROG [1965]: *Deutscher Bundestag; Deutscher Bundesrat (1965): Raumordnungsgesetz.* ROG.
- SCHNEIDER, O. (1973). In : *Stenographisches Protokoll*, 7. Sitzung des Ausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau am Mittwoch, dem 6. Juni 1973.
- SCHNEIDER, O. (1974). In : 119. Sitzung, Bonn, Donnerstag, den 26. September 1974. 7. Wahlperiode.
- SINZ, M. (2005): *Raumordnung / Raumordnungspolitik.* In Ritter, E.-H. (Hrsg.): *Handwörterbuch der Raumordnung.* Hannover, 863–872.
- SPELTING, D. (1978). In : *Kurzprotokoll der 34. Sitzung des (15.) Ausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau*, Mittwoch, 14. Juni 1978.
- STRUBELT, W. (2004): *Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse als Element der sozialen Integration.* In Friedrichs, J.; Kecskes, R.; Wagner, M.; Wolf, C. (Hrsg.): *Angewandte Soziologie.* Wiesbaden, 247–285.
- VÄTH, W. (1974): *Sozioökonomische Strukturprobleme der Raumordnungspolitik des Bundes.* In Grottian, P.; Murswieck, A. (Hrsg.): *Handlungsspielräume der Staatsadministration. Beiträge zur politologisch-soziologischen Verwaltungsforschung.* Hamburg, 211–235. = Reader.
- VÄTH, W. (1980): *Raumplanung. Probleme der räumlichen Entwicklung und Raumordnungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland.* Königstein.
- VOGEL, H.-J. (1973). In : *Stenographisches Protokoll*, 7. Sitzung des Ausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau am Mittwoch, dem 6. Juni 1973.
- WAFFENSCHMIDT, Horst (1974). In: 119. Sitzung, Bonn, Donnerstag, den 26. September 1974. 7. Wahlperiode. *Deutscher Bundestag.*
- WARNKE, J. (1974). In : 119. Sitzung, Bonn, Donnerstag, den 26. September 1974. 7. Wahlperiode.
- WELCH-GUERRA, M. (2012): *Die 1960er Jahre und der Aufstieg der räumlichen Planung zum etablierten bundesdeutschen Politikfeld.* In Altrock, U. (Hrsg.): *Schwerpunkt »40 Jahre Städtebauförderung - 50 Jahre Nachmoderne«.* Beiträge aus Lehre und Forschung an deutschsprachigen Hochschulen. Berlin, 41–68. = *Jahrbuch Stadterneuerung*, 2012.
- WIECHMANN, T. (2014): *Die Persistenz räumlicher Leitbilder der NS-Zeit.* In: *Nachrichten. Magazin der*

Akademie für Raumforschung und Landesplanung 44, 2, 5–10.

WODAK, R. (2005a): The discourse-historical approach. In Wodak, R.; Meyer, M. (Hrsg.): *Methods of critical discourse analysis*. London, 63–94.

WODAK, R. (2005b): What CDA is about - a summary of its history, important concepts and its developments. In Wodak, R.; Meyer, M. (Hrsg.): *Methods of critical discourse analysis*. London, 1–13.

WODAK, R. (2009): Von Wissensbilanzen und Benchmarking«: Die fortschreitende Ökonomisierung der Universitäten. Eine Diskursanalyse. In Diaz-Bone, R.; Krell, G. (Hrsg.): *Diskurs und Ökonomie. Diskursanalytische Perspektiven auf Märkte und Organisationen*. Wiesbaden, 317–335.

WULLWEBER, J. (2010): Hegemonie, Diskurs und Politische Ökonomie. Das Nanotechnologie-Projekt. Baden-Baden.

Transformation nationaler Klima- und Energiepolitik in städtischen Kontexten – Stadtplanung im Spannungsfeld von politischem Diskurs und Regierungspraktiken

Bei der Umsetzung nationaler energie- und klimapolitischer Ziele und Strategien ist teilweise eine deutliche Diskrepanz zwischen politischem Diskurs um Energie- und Klimafragen einerseits und stadtentwicklungspolitischen Handlungspraktiken andererseits beobachtbar. Mit dem Beitrag entwickeln wir einen theoretischen Rahmen, der dieses Spannungsverhältnis erklären helfen soll.

Wir argumentieren, dass eine diskurs- und gouvernementalitätstheoretische Perspektive besonders gut geeignet ist, um den Blick auf die den Planungsprozessen zugrundeliegenden Macht-Wissen-Komplexe zu lenken. Konkret wird damit der Fokus auf die lokal spezifischen Diskurskonstellationen, Pfadabhängigkeiten, institutionellen Gegebenheiten und Machtverhältnisse gerichtet, in die städtische Entscheidungen um Energie- und Klimapolitik eingebettet sind. Daran anknüpfend fragen wir mit Blick auf konkrete Handlungspraktiken, mit welchen politischen Strategien die Bevölkerung allgemein und städtische Entscheidungsträger_innen der Stadtentwicklungspolitik und -planung im Speziellen, in Bezug auf energie- und klimarelevante Handlungsweisen und Entscheidungen gelenkt werden.

1. Einleitung

»Urban centres are strongly affected by climate change. However, cities are also a key contributor to climate change, as city activities are a main source of greenhouse gas emissions. If global efforts to address climate change are to be successful, they will need to integrate city requirements and environmental management capacities« (UNEP, UN-HABITAT 2005).

Mit diesem Statement betont der UN-Bericht die enorme Bedeutung von Städten für die

Umsetzung energie- und klimapolitischer Ziele und Strategien, weil gerade Städte in besonders hohem Maß zum Primärenergieverbrauch sowie zu den globalen Emissionen beitragen und viele der prognostizierten Auswirkungen besonders hier deutlich werden (Überhitzung, Überschwemmungen etc.). Vor diesem Hintergrund stellt sich für die Stadtentwicklungspolitik und -planung die Frage, wie diese Ziele und Strategien lokal umgesetzt werden können und durch welche Diskurse, Praktiken und Auseinandersetzungen dies vorangetrieben oder erschwert



Prof. Dr. Annika Mattissek (oben) ist seit April 2015 Professorin für Wirtschaftsgeographie und Nachhaltige Entwicklung an der Universität Freiburg. Sie hat in Heidelberg Geographie mit den Nebenfächern VWL und Mathematik studiert und ebenfalls in Heidelberg ihre Dissertation zum Thema „Die neoliberale Stadt. Diskursive Repräsentationen im Stadtmarketing deutscher Großstädte“ abgeschlossen.

Dipl.-Geogr. Cindy Sturm (unten) ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Umweltsozialwissenschaften und Geographie der Universität Freiburg. Sie hat an der TU Dresden Geographie mit den Nebenfächern Soziologie und Politikwissenschaften studiert. Aktuell promoviert sie zum Thema Umsetzung von Energie- und Klimapolitik in Deutschland.

wird. Das Lernen von Erfahrungen anderer Städte nimmt dabei einen zentralen Stellenwert ein, was sich u.a. in der großen Zahl von Handlungsempfehlungen, Leitlinien und vielfältigen Dokumentationen über Praxisbeispiele zur Umsetzung von Energie- und Klimaschutzmaßnahmen widerspiegelt (BIRKMANN u. a. 2012; BMVBS 2011; BMVBS, BBR 2000; BMVBS, BBSR 2009; DIFU 2011). Damit entsteht aber auch der Eindruck, energie- und klimapolitische Inhalte könnten durch das bloße Nachahmen solcher Best Practice-Beispiele einfach übertragen werden. Empirische Befunde zeigen jedoch, dass dies in vielen Fällen nicht zutrifft (LUKS 2008: S. 106) und dass – trotz einer vordergründig breiten Zustimmung zu Maßnahmen des Klimaschutzes und der Klimaanpassung – oftmals eine erhebliche Diskrepanz zwischen den formulierten politischen Zielen und Normen im Umgang mit Klimawandel und Energie- und den tatsächlich realisierten städtischen Handlungspraktiken besteht.

Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit solchen Fragen der Umsetzung nationaler Energie- und Klimapolitik konzentrierte sich bislang vor allem auf praktische und anwendungsorientierte Aspekte. Zum einen entstanden aus einer in erster Linie naturwissenschaftlichen Perspektive vor allem technische Lösungsvorschläge zur Bewältigung von Klimaveränderungen und Verwundbarkeiten (CANNON, MÜLLER-MAHN 2010; GRIESSHAMMER u. a. 2012). Zum anderen wurde nach Wegen der Verbesserung und Optimierung von Governance-Prozessen gesucht (BAASCH u. a. 2012; BIRK u. a. 2011; KLEMME, SELLE 2010). Im Hinblick auf die Frage, warum energie- und klimapolitische Inhalte so unterschiedlich in städtischen Kontexten ankommen, bleiben dabei vor allem drei Aspekte unbeachtet: Erstens, wie kommen die der Planung zugrunde gelegten normativen Vorstellungen und Ziele zu Energie und Klima und ihre unterschiedlichen Auslegungen in einzelnen Kontexten überhaupt zustande und durch welche Rationalitäten sind sie geprägt? Zweitens, wie wird das Verhalten städtischer Entscheidungsträger_innen und Bürger_innen im Umgang mit den nationalen energie- und klimapolitischen Vorstellungen gelenkt bzw. regiert? Und drittens, wie kann die unterschiedliche Positionierung von städtischen Entscheidungsträger_innen innerhalb der stadtentwicklungspolitischen Rahmenvorgaben erklärt werden?

Unser Beitrag verfolgt das Ziel, einen theoretischen Erklärungsrahmen zu entwickeln, der diese Fragen empirisch greifbar macht und das Spannungsverhältnis zwischen dem energie- und klimapolitischen Diskurs überregionaler Ebenen einerseits und Handlungspraktiken der Stadtentwicklungspolitik und -planung andererseits erklären kann. Wir argumentieren, dass eine diskurs- und gouvernementalitätstheoretische Perspektive in Anlehnung an Michel FOUCAULT (2000) besonders geeignet ist, um den Blick auf die den Planungsprozessen zugrundeliegenden Macht-Wissen-Komplexe zu lenken. Im ersten Schritt führen wir als Grundlage für die Erklärung von Unterschieden in der Umsetzung politischer Ziele und Normen ein diskurstheoretisches Verständnis von Stadtentwicklungsplanung ein. Aus einer solchen Perspektive betonen wir zum einen, dass politische Ziele und Normen nicht nur innerhalb eines Nationalstaates bzw. auf einer institutionell verankerten Maßstabebene entstehen, sondern in vielfältigen, komplexen Kommunikationsprozessen, unabhängig von statistischen Einheiten und Landesgrenzen (TEMENOS, MCCANN 2013). Zum anderen verstehen wir Planungsziele, wie bspw. das der nachhaltigen Stadtentwicklung, als Ausdruck kontingenter, also umkämpfter und damit nie feststehender gesellschaftlicher Wissens- und Werteordnungen, die mit gesellschaftlichen Machtverhältnissen verknüpft sind. Um daran anschließend die Brücke zu schlagen zwischen den diskursiv hergestellten Wissensordnungen und den konkreten Handlungspraktiken sowohl städtischer als auch privater Akteure, erweitern wir im zweiten Schritt das diskurstheoretische Verständnis von Planung um eine gouvernementalitätstheoretische Perspektive. Damit stellen wir die Frage in den Mittelpunkt, wie die Bevölkerung allgemein und städtische Entscheidungsträger_innen der Stadtentwicklungspolitik und -planung im Speziellen, in Bezug auf energie- und klimarelevante Handlungsweisen und Entscheidungen gelenkt werden. Dabei unterscheiden wir analytisch zwischen drei sich ergänzenden Formen der Steuerung bzw. der Regierung: a) Herrschaftstechniken bzw. Fremdsteuerung (z.B. Gesetze), b) Anreiztechniken (z.B. Städtebaufördermittel) und c) Selbsttechnologien, die gemeinsam aufzeigen, an welchen Stellen kommunale und private Akteure Handlungsspielräume in der Umsetzung von Energie- und Klimapolitik besitzen. Im dritten Schritt skizzieren wir exemplarisch anhand empirischer Beobach-

tungen in Münster und Dresden, wie unterschiedlich Umgangsweisen mit Energie- und Klimafragen in Städten sein können und dass entsprechend nationale Ziele und Strategien nicht einfach eins zu eins in lokale Stadtentwicklungsprozesse umgesetzt werden.

Im vierten Schritt zeigen wir einen ersten Erklärungsansatz für die unterschiedliche Auslegung und Nutzung von Handlungsspielräumen auf, indem wir anhand landespolitischer Aussagen verdeutlichen, dass die den Planungszielen zugrundeliegenden energie- und klimapolitischen Leitbilder keineswegs unumstritten sind, sondern dass in den damit verbundenen Aushandlungsprozessen unterschiedliche Räume des Sagbaren und der Legitimation von Handlungen entstehen¹.

2. Stadtplanung im Spiegel diskurstheoretischer Überlegungen

Städtebauliche Leitbilder und unsere damit einhergehenden Vorstellungen darüber, ob Städte autogerecht oder klimafreundlich, aufgelockert oder verdichtet gestaltet werden sollen, können aus einer diskurstheoretischen Perspektive als Ergebnis diskursiver Aushandlungsprozesse verstanden werden. Diese spiegeln sich in den unterschiedlichen Gesetzen und Plänen der räumlichen Planung (bspw. dem Baugesetzbuch oder Flächennutzungsplänen) ebenso wider, wie in der gebauten Umwelt. Der Begriff Diskurs bezeichnet in diesem Zusammenhang »überindividuelle Muster des Denkens, Sprechens, Sich-selbst-Begreifens und Handelns sowie die Prozesse, in denen bestimmte Vorstellungen und Handlungslogiken hergestellt und immer wieder verändert werden« (GLASZE, MATTISSEK 2009: S. 12; vgl. auch FOUCAULT 1973). Mit anderen Worten: Diskurse stellen bestimmte Wissensordnungen und Bedeutungen her und erzeugen damit ein Feld des Sagbaren bzw. des Nicht-Sagbaren. Sie strukturieren die soziale Welt, indem sie hervorbringen »was in einer bestimmten Gesellschaft zu einem bestimmten Zeitpunkt möglich, normal und richtig ist« (DZUDZEK 2013: S. 21).

Dieser Perspektive folgend können auch planerische Entscheidungen verstanden wer-

den »as an intersection of historically unsecured and continuously unstable sets of practices and regulations [that] open up possibilities for ›thinking otherwise‹ about spatial government« (HUXLEY 2010: S. 135). Mit dieser Sichtweise wird der Blick dafür geöffnet, Planung als einen zutiefst normativen und kontingenten Prozess zu begreifen, in dem sich gesellschaftliche Machtverhältnisse und Wissensordnungen widerspiegeln. In der alltäglichen Planungspraxis werden die den Planungszielen zugrunde liegenden normativen Setzungen allerdings in der Regel nicht mehr hinterfragt. So bemerkt Hillier: »It has traditionally not been regarded as the task of planning practitioners to debate the aims themselves« (HILLIER 2010: S. 14). Gleichwohl zeigt sich die prinzipielle Hinterfragbarkeit von Planungszielen in der Praxis an mehreren Stellen: Zum einen in politischen Auseinandersetzungen um die Relevanz, Bedeutung und Priorität nationaler Energie- und Klimaziele (z.B. in den Stadtratsdebatten, landespolitischen Stellungnahmen); zum anderen in den unterschiedlichen Interpretationen bestehender Handlungsspielräume durch Planer_innen und städtische Entscheidungsträger_innen in konkreten Planungsentscheidungen. Das heißt, diese können sich bspw. an gesetzlichen Minimalanforderungen der Energie- und Klimapolitik orientieren oder darüber hinausgehend, energie- und klimapolitische Werte zur Grundlage ihres stadtplanerischen Handelns machen. Diese differenzierte Bewertung und Positionierung städtischer Entscheidungsträger ist – so unsere These – einer der Gründe für den unterschiedlichen Umgang mit nationalen energie- und klimapolitischen Zielen (vgl. Kap. 4).

Für die Umsetzung und Implementierung nationaler energie- und klimapolitischer Vorstellungen ist jedoch nicht nur relevant, wie sich städtische Entscheidungsträger_innen und Planer_innen positionieren, vielmehr spielen die konkreten Praktiken der Bevölkerung (bspw. in Bezug auf Mobilität, Freizeitverhalten, Konsum etc.) eine ebenso zentrale Rolle. So schreibt die Fachkommission »Stadtentwicklungsplanung« des Deutschen Städtetages in ihrem Positionspapier zur klimagerechten und energieeffizienten Stadtentwicklung:

»Eine integrierte, klimagerechte Stadtentwicklung setzt aber nicht nur die ›richtigen‹ räumlichen Leitbilder und nachhaltige städtebauliche Strukturen voraus. Entscheidend sind vielmehr die sozio-kulturellen Leitbilder, also der verhaltenswirksame gesellschaftliche

¹ Der Beitrag präsentiert Konzept und Untersuchungsperspektive des kürzlich angelaufenen DFG-Projektes »Energiewende und Klimawandel in der Stadtentwicklung – zwischen diskursiven Leitvorstellungen und Handlungspraxis« (2015-2018). Die verwendeten Zitate sind Ergebnis erster explorativer Beobachtungen, die in den kommenden Jahren empirisch ausgebaut werden.

Wertekanon und seine Weiterentwicklung z. B. durch Modelle für nachhaltigere Lebensstile oder die aktive Übernahme von Verantwortung für kommende Generationen« (DEUTSCHER STÄDTETAG 2011).

In diesem Sinne lässt sich die Implementierung politischer Normen und Werte in der Stadtentwicklung als Prozess verstehen, in dem es nicht allein um die Gestaltung der baulichen Umwelt im Sinne nationaler Energie- und Klimaziele geht, sondern auch darum, das Handeln der Bevölkerung insgesamt auf bestimmte Ziele auszurichten.

Insgesamt setzt also die Umsetzung planerischer Leitbilder voraus, dass sowohl Planer_innen und städtische Entscheidungsträger_innen, als auch die Bevölkerung zu bestimmten Entscheidungen und Handlungen angeleitet werden. Wie dies geschieht, kann mit Hilfe des Begriffs der »Regierung« von Michel FOUCAULT (2000) analytisch gefasst werden, welcher im Folgenden eingeführt wird.

3. Das »Regieren« von Energie- und Klimapolitik in der Stadtentwicklung

Der Begriff des »Regierens« nimmt in Foucaults Machtanalytik einen zentralen Stellenwert ein. Er bezeichnet, anders als der Alltagssprachgebrauch, unterschiedliche Mechanismen des Führens von Menschen, nämlich »die Gesamtheit der Institutionen und Praktiken, mittels deren man die Menschen lenkt, von der Verwaltung bis zur Erziehung« (Foucault 1996: 118ff. zitiert in BRÖCKLING u. a. 2000: S. 7). Macht ist damit mehr als nur Zwang und kann unterschiedliche Formen annehmen. Insbesondere unterscheidet Foucault zwischen zwei zentralen Formen der Steuerung von Individuen: Herrschaftstechniken und Selbsttechniken.

Bezogen auf stadtentwicklungspolitische Entscheidungen, lässt sich damit aufzeigen, welche Handlungsspielräume in der Umsetzung von Energie- und Klimapolitik bestehen. Konkret bezeichnen Herrschaftstechniken jegliche Arten von Verhaltenssteuerung, die Zwangscharakter haben und Individuen wenige Handlungsspielräume lassen (z.B. Gesetze). Formen der Selbststeuerung hingegen entstehen dadurch, dass Individuen diskursiv konstituierte Notwendigkeiten verinnerlichen und auch ohne Zwangseinwirkung zu Leitlinien des eigenen Handelns machen (FOUCAULT 1993). Spezifische Formen von »Regierung« sind dann durch das jeweilige Verhältnis zwi-

schen diesen beiden Steuerungstechniken gekennzeichnet (FOUCAULT 1993: S. 203f.; LEMKE 2007: S. 37).

Vor diesem Hintergrund ist es Foucaults These, dass Individuen in modernen Gesellschaften zunehmend durch Formen der Selbststeuerung regiert werden. Mit anderen Worten: Es geht weniger darum, Menschen über Mechanismen des Zwangs zu führen, als vielmehr um die Frage, »wie Menschen sich selbst und andere über die Produktion von Wahrheit regieren« (Foucault 1980, zitiert in LEMKE 1997: S. 33). Das bedeutet, dass Regierungstechniken immer untrennbar mit Wissens- und Wahrheitsordnungen verknüpft sind. Damit geht es nicht nur um die Frage, mit welchen Regierungstechnologien Verhalten gesteuert wird, sondern auch darum, welchen Denkweisen bzw. Rationalitäten sie folgen, also welche Wissensordnungen diesen zugrunde liegen. Das Konzept des Regierens bildet damit eine analytische Klammer für das Verhältnis von Macht, Wahrheit und Subjektivität und ein Analyse-Instrument zur Untersuchung von Macht-Wissen-Komplexen.

Für die Analyse der oben skizzierten Stadtentwicklungsprozesse ist es angebracht, neben Herrschafts- und Selbsttechniken noch eine zusätzliche (Zwischen-)Form der Regierungstechniken zu betrachten, nämlich die der Anreizsysteme und Förderinstrumente. Diese beruhen weder vollständig auf Zwang, noch allein auf Freiwilligkeit, sondern nehmen quasi eine Mittlerrolle zwischen Herrschaftsstrukturen und Selbsttechnologien ein. Diese Anreize (bspw. finanzielle Zuschüsse durch städtebauliche Förderinstrumente oder der Prestige-Gewinn durch Erfolg in interkommunalen Wettbewerben) sind ebenfalls Ausdruck eines spezifischen Sets an energie- und klimapolitischen Normvorstellungen, vertrauen aber nicht vollständig auf die Selbststeuerung städtischer und privater Akteure, sondern versuchen »richtiges« Verhalten durch zusätzliche Anreize zu fördern. Entscheidungsträger_innen sollen also sanft in die richtige Richtung geführt werden, ohne dabei direkten staatlichen Zwang einzusetzen. Diese Form der Regierungstechnologie wird in der Literatur auch als »nudging« bezeichnet (THALER, SUNSTEIN 2008).

Daraus ergeben sich drei Steuerungsformen von Handeln, die bezogen auf städtische Energie- und Klimapolitik die Verortung städtischer und privater Akteure innerhalb ihrer Handlungsspielräume beeinflussen: Herrschaftstechniken bzw. Fremdsteuerung, Anreiztechniken und Selbsttechnologien. Eine

	Herrschaftstechniken/ Fremdsteuerung	Anreiztechniken	Selbsttechnologien
EU (EU-Parlament)	<ul style="list-style-type: none"> • EU-Richtlinien • (Energieeffizienz-Richtlinie 2012/27/EU) 	<ul style="list-style-type: none"> • Europäische Förderprogramme • (Strukturfonds) • Zertifizierungsverfahren (z.B. EEA) 	Positionierungen innerhalb gegebener Handlungsspielräume
Bund (Bundestag)	<ul style="list-style-type: none"> • Erneuerbare-Energie-Gesetz (EEG) • Energieeinsparverordnung (EnEV) 	<ul style="list-style-type: none"> • nationale Städtebauförderung • KfW-Förderprogramme 	
Kommunen (Stadtrat)	<ul style="list-style-type: none"> • Bauleitpläne 	<ul style="list-style-type: none"> • städtische Initiativen • („Münster packt's“) 	Kommunale Eigeninitiativen
Zivilgesellschaft		<ul style="list-style-type: none"> • private Initiativen (Energiegenossenschaften) 	Eigeninitiative Grassroot-Initiativen

Übersicht über die in der städtischen Klima- und Energiepolitik wichtigsten Steuerungsformen gibt Tab. 1.

Formen der Fremdsteuerung sind Gesetze und Verordnungen wie z.B. Richtlinien der Europäischen Union, wie die Energieeffizienz-Richtlinie (2012/27/EU) oder Bundesgesetze wie das Erneuerbare-Energie-Gesetz (EEG) und die Energieeinsparverordnung (EnEV). Diese schaffen sowohl für Städte, wie auch für Bürger_innen den gesetzlichen Planungs- und Handlungsrahmen, der in Bezug auf klima- und energiebezogenes Handeln gewisse Mindeststandards und Vorgaben definiert, z.B. energetische Standards beim Neubau bzw. der Sanierung von Gebäuden. Neben Gesetzen der Energie- und Klimapolitik stellen auch Instrumente der Raumplanung, wie das Raumordnungsgesetz, das Baugesetzbuch oder kommunale Bauleitpläne Formen der Fremdsteuerung dar, indem sie verbindliche Vorgaben zur Flächennutzung und Bebauung schaffen. Im Gegensatz dazu ist die Steuerung durch Anreiztechniken nicht gesetzlich vorgeschrieben. Dazu gehören bspw. städtebauliche Konzepte, Strategien und Leitlinien, die zum Ziel haben, normative Vorstellungen der Stadtentwicklung zu vermitteln. Als Anreiztechniken können aber auch finanzielle Instrumente verstanden werden, wie europäische und nationale Förderprogramme (Strukturfonds der EU, nationale Städtebauförderung oder KfW-Förderprogramme). Daneben spielen aber auch Zertifizierungsverfahren (z.B. European Energy Award, EEA), sowie städtische und private Initiativen

(»Münster packt's«, Energiegenossenschaften) eine wichtige Rolle.

Bei den Selbsttechnologien geht es vor allem um die Frage, wie stark städtische Entscheidungsträger_innen bestimmte energie- und klimapolitische Ziele und Prioritäten verinnerlicht haben, wie dies ihr Handeln prägt und damit auch ihre Positionierung gegenüber den unterschiedlichen Regierungsformen. Mit anderen Worten: Werden Gesetze eher am »oberen« oder am »unteren« Rand ausgelegt? Beschränken sich Entscheidungsträger_innen auf die Umsetzung gesetzlicher Vorgaben oder werden Anreizsysteme aktiv genutzt und generiert, um energie- und klimapolitische Maßnahmen über die Mindestanforderungen hinaus zu etablieren?

4. Empirische Beobachtungen: Energie- und Klimapolitik in Münster und Dresden

Wie unterschiedlich die Umsetzung nationaler klima- und energiebezogener Vorgaben in einzelnen Städten sein kann, macht ein Vergleich der Städte Münster und Dresden deutlich. Die Städte wurden als Fallbeispiele ausgewählt, weil sie die Unterschiedlichkeit im Umgang mit nationaler Energie- und Klimapolitik sehr gut zeigen. Die Homepages der Stadtverwaltungen² beinhalten zwar bei-

² Für die Stadt Dresden: <http://www.dresden.de/de/stadtraum/umwelt/umwelt.php> [18.01.2016]

Für die Stadt Münster: <http://www.muenster.de/stadt/umwelt/>.

Tab. 1:
Regierungstechnologien zur Steuerung der Umsetzung energie- und klimapolitischer Ziele

de unter der Rubrik »Umwelt« Informationen zu Energie- und Klimafragen und vermitteln damit zunächst den Eindruck, »Energiewende« und »Klimawandel« seien in beiden Fällen relevante Themen der jeweiligen Stadtentwicklung. Die Frage jedoch, wie nationale energie- und klimapolitische Vorstellungen und Ziele implementiert werden, lässt deutliche Unterschiede im Umgang mit nationalen Energie- und Klimazielen erkennen, die im Folgenden anhand von drei Beispielen skizziert werden sollen:

a) Um die energie- und klimapolitischen Ziele im Kontext der Stadtentwicklung umzusetzen, betont die Bundesregierung, wie wichtig es ist, entsprechende kommunale *Organisationsstrukturen* zu erstellen (BMU 2013: S. 2; DEUTSCHE ENERGIE-AGENTUR 2011: S. 6). In Münster gibt es diese bereits seit einigen Jahren, u.a. in Form einer Koordinierungsstelle für Klima und Energie (Klenko), die Energie- und Klimaschutzmaßnahmen plant, koordiniert und initiiert. Damit hat die Klenko großen Anteil daran, dass Energie- und Klimafragen innerhalb der Münsteraner Stadtentwicklungspolitik sehr gut institutionell verankert sind. Im Gegensatz dazu machen Gespräche mit Entscheidungsträger_innen in Dresden deutlich, dass das dortige Klimaschutzbüro nur einen geringen Einfluss auf die lokalen stadtentwicklungspolitischen Entscheidungen hat und energie- und klimapolitischen Fragen generell innerhalb der Stadtentwicklungspolitik bislang nur eine geringe Bedeutung beigemessen wird. Dies zeigt sich u.a. auch in der fehlenden Konkretisierung und politischen Unterstützung der tatsächlichen Durchführung von Maßnahmen des Energie- und Klimaschutzkonzeptes.

b) Wie bereits angesprochen, werden Teile der politischen Aushandlungsprozesse um Bedeutung und Relevanz energie- und klimapolitischer Ziele in *Stadtratsdebatten* sichtbar. Im Vergleich fallen hier zwei Aspekte auf: Erstens ist die Anzahl energie- und klimapolitischer Vorlagen in Münster deutlich größer als in Dresden (2009-2013: Münster 42 Anträge, Dresden 25). Zweitens wurden die Anträge und Vorlagen in Münster wesentlich häufiger als in Dresden im Sinne der nationalen Energie- und Klimastrategien entschieden.

c) Auf bundespolitischer Ebene gilt im Zusammenhang mit der Transformation der Energie- und Klimapolitik auch die *Initiierung von Bürgerbeteiligungsprozessen* als eine zent-

rale Strategie. Das heißt, städtische Entscheidungsträger_innen werden aufgefordert, nicht nur gesetzliche Vorgaben umzusetzen, sondern darüber hinaus auch aktiv »ihre« Zivilgesellschaft zu entsprechendem »richtigen« Handeln anzuleiten (BMVBS 2010: S. 8). Die Stadt Münster beschreibt sich selbst innerhalb des Klimaschutzkonzeptes als eine Stadt, die als »Motor« fungieren soll. In diesem Sinne wurden verschiedene kommunale Kampagnen wie »Münster packt's. Der Bürgerpakt für Klimaschutz«, »40+20=2020« oder »Münsters Energiewende. Klimagerecht bauen & sanieren« initiiert. Damit werden in Münster nationale energie- und klimapolitische Werte an Unternehmen und Bürger_innen vermittelt, um diese zu einem entsprechenden Handeln zu motivieren. Die Stadt Dresden hat im Gegensatz dazu bislang keine lokalen Steuerungsmechanismen in Form eigener Kampagnen oder kommunaler Förderprogramme initiiert, welche die Umsetzung energie- und klimapolitischer Ziele unterstützen würden.

Die Beispiele zeigen, dass die lokalen Debatten um Relevanz und Priorität von energie- und klimapolitischen Zielen sehr unterschiedlich sind und sich Entscheidungsträger_innen in unterschiedlichen Kontexten sehr verschieden positionieren. Dabei können Parallelen beobachtet werden zwischen der Art und Weise, wie sich städtische Akteure innerhalb ihrer Handlungsspielräume bewegen und der Frage, inwieweit die jeweiligen Städte selbst eigene Anreizsysteme initiieren, die wiederum neue, kleinräumigere Regierungstechnologien darstellen. So erscheint Münster als eine Stadt, in der kommunale Akteure sehr aktiv in der Teilnahme an Zertifizierungen und Wettbewerben (z.B. EEA) sind. Gleichzeitig initiierten gerade dort städtische Entscheidungsträger_innen auch eine breite Palette von Instrumenten, mit denen versucht wird, Bürgerinnen und Bürger zu aktivieren. Für Dresden dagegen werden Zertifizierungsverfahren kaum genutzt und es werden auch kaum nennenswerte Anreize zur Aktivierung der Bürgerinnen und Bürger gesetzt.

5. Räume des Sagbaren – landespolitische Einflüsse

Wie oben bei den diskurstheoretischen Ausführungen erläutert wurde, werden stadtentwicklungsbezogene Ziele diskursiv hergestellt und immer wieder neu verhandelt und

bewertet. Diese Bewertungen und damit auch die Legitimation verschiedener Handlungen, unterscheiden sich deutlich zwischen einzelnen Kontexten. Im Folgenden zeigen wir dies exemplarisch am Beispiel landespolitischer Äußerungen in Nordrhein-Westfalen und Sachsen auf. Dabei wird deutlich, dass in den einzelnen Bundesländern erhebliche Unterschiede in Bezug auf Räume des Sagbaren bzw. Nicht-Sagbaren bestehen, die auch an der Konstruktion städtischer Politik- und Planungspraktiken einen zentralen Anteil haben.

Nordrhein-Westfalen hat als erstes Bundesland ein Klimaschutzgesetz verabschiedet. Alle Landesparteiaktionen stimmen dahingehend überein, dass Maßnahmen der Energiewende und des Klimaschutzes als sinnvoll und legitim anerkannt werden. Auch die Opposition, in der aktuellen Legislaturperiode FDP und CDU, konstatieren: »Die FDP NRW bekennt sich zu den Zielen der Energiewende auf der Basis des Energiekonzeptes der Bundesregierung« (FDP NRW 2012) und »Wir wollen die Herausforderungen des Klimawandels und der Klimaanpassung in NRW erfolgreich meistern [...]« (CDU NRW 2015).

In Sachsen wurde die Landesregierung von 2009 bis 2014 durch die CDU und die FDP gebildet. Umso interessanter ist es, dass die gleiche Partei, die in Nordrhein-Westfalen selbst aus der Opposition heraus die Klima- und Energiepolitik der Landesregierung stützt, sich hier ganz anders positioniert. In Sachsen stellt sich die FDP als »alternativ« und als »Kraft [...], die Zweifel repräsentiert« (FDP SACHSEN 2012a: S. 7) dar. So wird die Energiewende nicht nur kritisch diskutiert, sondern deren Sinnhaftigkeit und die Legitimität klimapolitischer Ziele und Maßnahmen, die auf nationaler Ebene beschlossen wurden, insgesamt in Frage gestellt. Energiepolitik wird als »Ökologismus« (FDP SACHSEN 2012b: S. 4) bewertet, Maßnahmen gegen den Klimawandel werden als »kurios, symbolisch oder plakativ, meist alarmistisch« abgelehnt und »mehr und mehr als sinnlose Ökoschikane für die Bürger« (FDP SACHSEN 2012a: S. 4) empfunden, mit denen man, so die sächsische FDP, »nicht mehr weit vom totalitären Meinungsmonopol in der DDR entfernt« sei (ebd. 2012a: S. 4).

Derartige Sichtweisen und Bedeutungszuschreibungen schreiben sich in konkrete Handlungspraktiken der Landespolitik und -planung ein, die wiederum als Regierungstechnologien das Verhalten städtischer Entscheidungsträger_innen und Bürger_innen

beeinflussen und lenken. Während bspw. auf Bundesebene eine »ambitionierte[n] Strategie zur Steigerung der Energieeffizienz und der weitere Ausbau der Erneuerbaren Energien« als richtige Antwort verstanden wird, »um die Emission der Treibhausgase zu reduzieren« (BMW1 2007: S. 4), beschreitet Sachsen »[m]it dem Energie- und Klimaprogramm [...] einen deutlich eigenständigen Weg.« Das heißt konkret, dass der »Zubau an erneuerbaren Energien [...] mit 28 Prozent bis 2022 begrenzt und von uns klar reduziert« wird und gleichzeitig auf einen Energie-Mix gesetzt wird, »dessen grundlastfähiges Fundament in der Lausitzer und Mitteldeutschen Braunkohle liegt« (BREITENBRUCH 2013).

Dieser kurze Einblick in konkrete Praktiken der Umsetzung klima- und energiebezogener Ziele in der Stadtentwicklung und die damit verbundenen diskursiven Aushandlungsprozesse machen gemeinsam deutlich, dass die skizzierten Unterschiede in den Positionierungen gegenüber energie- und klimapolitischen Fragen als kontingentes Zusammenspiel von Herrschafts- und Selbsttechniken verstanden werden können, zwischen denen sich politische Entscheidungsträger_innen, beeinflusst durch jeweils dominante diskursive Deutungsmuster, positionieren.

6. Fazit

Unser Beitrag argumentiert, dass Planung aus einer diskurs- und gouvernementalitäts-theoretischen Perspektive als zutiefst normativer und kontingenter Prozess verstanden werden kann, in dem sich gesellschaftliche Wissens- und Machtverhältnisse widerspiegeln. Wenngleich zugrunde liegende Normen und Ziele in der Regel in den alltäglichen Planungspraktiken kaum hinterfragt werden, geschieht dies durchaus in den politischen Aushandlungsprozessen um Bedeutung, Relevanz und Priorität energie- und klimapolitischer Ziele, in die Planungsentscheidungen stets eingebettet sind.

Um analysieren zu können, wie das Handeln städtischer Entscheidungsträger_innen und der Bevölkerung insgesamt in Richtung nationaler Energie- und Klimaziele gelenkt wird, haben wir drei sich ergänzende Steuerungsformen unterschieden: a) Herrschaftstechniken, b) Anreiztechniken und c) Selbsttechnologien. Diese nehmen das Verhältnis zwischen Zwang und Freiwilligkeit in den

Blick und machen die jeweiligen Handlungsspielräume der Akteure deutlich.

Am Beispiel der unterschiedlichen Umsetzungen von Energie- und Klimapolitik in Münster und Dresden haben wir aufgezeigt, wie sich diese mit Hilfe einer solchen theoretischen Perspektive erklären lassen: Sie sind

demnach ein Ergebnis der kontingenten Verortung von Entscheidungsträger_innen und Bürger_innen zwischen unterschiedlichen Steuerungsformen, die wiederum maßgeblich beeinflusst werden durch die Frage, welche Diskurse in bestimmten Kontexten besonders prominent artikuliert werden.

Literatur

- BAASCH, Stefanie; Bauriedl, Sybille; Hafner, Simone; u. a. (2012): »Klimaanpassung auf regionaler Ebene: Herausforderungen einer regionalen Klimawandel-Governance«. In: *Raumforschung und Raumordnung*. 70 (3), S. 191–201, DOI: 10.1007/s13147-012-0155-1.
- BIRKMANN, Jörn; Schanze, Jochen; Müller, Peter; u. a. (2012): *Anpassung an den Klimawandel durch räumliche Planung Grundlagen, Strategien, Instrumente*. Hannover: Akad. für Raumforschung und Landesplanung. — ISBN: 978-3-88838-731-9
- BIRK, Susanne; Ley, Sebastian; Grunow, Dieter; u. a. (2011): »Governance der Klimaanpassung in der dynamischen Region«. In: (dynamik-Publikation) (16).
- BMU (2013): »Richtlinie zur Förderung von Klimaschutzprojekten in sozialen, kulturellen und öffentlichen Einrichtungen im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative«.
- BMVBS (2011): »Handlungsleitfaden zur Energetischen Stadterneuerung«.
- BMVBS (2010): »StadtKlima. Kommunale Strategien und Potenziale zum Klimawandel«.
- BMVBS; BBR (2000): »»Gute Beispiele« einer nachhaltigen Raum- und Siedlungsentwicklung«. In: (Werkstatt: Praxis) (1/2000).
- BMVBS; BBSR (2009): »Handlungskatalog: »Optionen erneuerbarer Energien im Stadtraum««.
- BMW1 (2007): »Eckpunkte für ein integrierten Energie- und Klimaprogramm des Bundes«.
- BREITENBRUCH, Georg-Ludwig von (2013): »CDU-Energieexperte: »Eigenständiger Weg Sachsens gut und richtig««.
- BRÖCKLING, Ulrich; Krasmann, Susanne; Lemke, Thomas (2000): *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- CANNON, Terry; MÜLLER-MAHN, Detlef (2010): »Vulnerability, resilience and development discourses in context of climate change«. In: *Natural Hazards*. 55 (3), S. 621–635, DOI: 10.1007/s11069-010-9499-4.
- CDU NRW (2015): »Online-Präsenz«.
- DEUTSCHE ENERGIE-AGENTUR (2011): »Energie- und Klimaschutzmanagement: Der Schlüssel zu mehr Energieeffizienz in Kommunen«.
- DEUTSCHER STÄDTETAG (Hrsg.) (2011): »Klimagerechte und energieeffiziente Stadtentwicklung: Positionspapier« URL: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:kobv:109-opus-122982>.
- DIFU – Deutsches Institut für Urbanistik (2011): »Klimaschutz in Kommunen. Ein Praxisleitfaden«.
- DZUDZEK, Iris (2013): »Hegemonie kultureller Vielfalt. Eine Genealogie kultur-räumlicher Repräsentationen der UNESCO«. In: *Forum Politische Geographie* (5).
- FDP NRW (2012): »Thesenpapier zur Energiepolitik«.
- FDP SACHSEN (2012a): »Sind wir noch zu retten? Zwischen Klimakatastrophe und Ökohysterie. Dokumentation zur Alternativen Klimakonferenz der FDP-Fraktion im Sächsischen Landtag«.
- FDP SACHSEN (2012b): »Zurück in die Steinzeit. Wie viel Energiewende verträgt Deutschland? Dokumentation zur Alternativen Energiekonferenz aus der Veranstaltungsreihe FORT SCHRITT SOF-FENSIVE der FDP-Fraktion im Sächsischen Landtag«.
- FOUCAULT, Michel (1973): *Archäologie des Wissens*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- FOUCAULT, Michel (1993): »About the Beginning of the Hermeneutics of the Self«. In: *Political Theory*. 21, S. 198–227.
- FOUCAULT, Michel (2000): »Die Gouvernementalität«. In: Lemke, Thomas; Krasmann, Susanne; Bröckling, Ulrich (Hrsg.) *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 41–67.
- GLASZE, Georg; MATTISSEK, Annika (Hrsg.) (2009): *Handbuch Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung*. Bielefeld: transcript.
- GRIESSHAMMER, Rainer; Jahn, Thomas; Korbun, Thomas; u. a. (2012): »Verstehen – Bewerten – Gestalten. Transdisziplinäres Wissen für eine nachhaltige Gesellschaft Memorandum zur Weiterentwicklung der sozial-ökologischen Forschung in Deutschland«.

- HILLIER, Jean (2010): »Introduction.«. In: Hillier, Jean; Healey, Patsy (Hrsg.) *The Ashgate Research Companion to Planning Theory. Conceptual Challenges for Spatial Planning*. o.V., S. 1–36.
- HUXLEY, Margo (2010): »Problematizing Planning: Critical and Effective Genealogies.«. In: Hillier, Jean; Healey, Patsy (Hrsg.) *Ashgate Research Companion to Planning Theory. Conceptual Challenges for Spatial Planning*. o.V., S. 135–158.
- KLEMMER, Marion; SELLE, Klaus (2010): »Gutes Klima.«. In: *Klimawandel und lokale Klimapolitik aus der Governance-Perspektive. Ein Dialog in Aachen. Ergebnisse eines Workshops im Rahmen des Projektes City2020+.* (PT_Materialien 25), Aachen.
- LEGGETT, Will (2014): »The politics of behaviour change: nudge, neoliberalism and the state.«. In: *(Policy and Politics)* 42 (1), S. 3–19.
- LEMKE, Thomas (1997): *Eine Kritik der politischen Vernunft: Foucaults Analyse der modernen Gouvernementalität*. Berlin/Hamburg: Argument.
- LEMKE, Thomas (2007): *Gouvernementalität und Biopolitik*. 1. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- LUKS, Fred (2008): »The Discourse about Climate and the Climate of Discourse.«. In: *GAIA-Ecological Perspectives for Science and Society*. 17 (2), S. 186–188.
- TEMENOS, Cristina; McCann, Eugene (2013): *Geographies of Policy Mobilities: »Geographies of Policy Mobilities«*. In: *Geography Compass*, 7(5), 344–357. DOI:10.1111/gec3.12063.
- THALER, Richard; SUNSTEIN, Cass R. (2008): *Nudge: Improving Decisions about Health, Wealth, and Happiness*. New Haven: Yale University Press.
- UNEP; UN-HABITAT (2005): »Climate Change: The Role of Cities: Involvement, influence, Implementation.«.





Zur Konstruktion einer Region: Diskursive Rationalitäten und Ambivalenzen der Regionsbildung am Beispiel Südwestfalen*

Zusammenfassung

Vor dem Hintergrund des dominanten Metropolendiskurses sehen sich insbesondere die an den Rändern und in der Peripherie von Metropolräumen gelegenen »Zwischenräume« einem besonderen Handlungsdruck zur regionalen Profilierung ausgesetzt. Der vorliegende Beitrag untersucht neue Regionsbildungsprozesse in diesen nicht-metropolitanen Räumen am Beispiel der Region Südwestfalen. Der Beitrag vertritt ein Verständnis von Regionalisierung als Ausdruck und Mittel neoliberaler Gouvernementalität und fragt nach den diskursiven Rationalitäten und Ambivalenzen der Regionsbildung in Südwestfalen.

1. Einleitung

In raumordnungspolitischen Diskursen spielen metropolitane Räume seit spätestens Mitte der 1990er Jahre eine dominante, wenngleich nicht gänzlich unumstrittene Rolle. Metropolräumen wird ein besonderes Maß an Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft zugeschrieben, während periphere und eher ländlich strukturierte Räume eine vermeintlich untergeordnete Position einnehmen (kritisch hierzu siehe DANIELZYK 2012). Auch in der raum- und planungswissenschaftlichen Debatte wird die herausragende Bedeutung von Stadtregionen innerhalb der globalisierten Ökonomie seit geraumer Zeit intensiv diskutiert (STORPER 1997; SCOTT 2001; BRENNER 2004). HARRISON (2014) differenziert

zwischen einer eher ökonomischen Lesart und einer politikwissenschaftlich geprägten Diskussion, konstatiert aber insgesamt eine Dominanz stadtreionaler Diskurse, die er unter dem Terminus »geopolitics of city regionalism« (HARRISON 2014: 1) zusammenfasst.

Weniger im Fokus stehen dagegen oft Prozesse regionaler Restrukturierung außerhalb von Metropolregionen. WATERHOUT et al. (2012: 10) stellen die berechtigte Frage, »[...] what happens to the non-metropolitan regions when metropolitan regions are identified with economic growth and competitiveness?« Im Zuge des immer deutlicher hervortretenden regionalen Wettbewerbs sehen sich insbesondere die nicht ausdrücklich zur Metropolregion auserkorenen »Zwischenräume« einem besonderen Handlungsdruck zur regi-

Jan Balke (oben) ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Geographie der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster und am Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung (ILS) in Dortmund. Er hat Geographie mit dem Nebenfach Politikwissenschaft in Münster studiert.

Dr. Mario Reimer (unten) ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung (ILS) in Dortmund. Er hat Geographie mit der Vertiefungsrichtung Stadt- und Regionalentwicklung in Bochum und in Zürich studiert und war von 2006 bis 2012 zunächst am Lehrstuhl für Kultur- und Siedlungsgeographie und anschließend am Lehrstuhl Urban and Metropolitan Studies der Ruhr-Universität in Bochum als wissenschaftlicher Mitarbeiter tätig.

onalen Profilierung ausgesetzt. Was bedeutet also die Dominanz des Metropolendiskurses für die Konstruktion metropolitaner Peripherien (vgl. DANIELZYK 2012: 29)? Welche diskursiven Rationalitäten und Handlungslogiken liegen den dortigen Regionsbildungsprozessen zugrunde? Und inwieweit sind diese neu entstehenden Regionen durch Ambivalenzen und Widersprüche geprägt? Der vorliegende Beitrag beleuchtet diese Fragen am Beispiel der im Zuge des nordrhein-westfälischen Strukturförderprogramms REGIONALEN neu konstruierten Region Südwestfalen.

Der Gouvernentalitätsansatz Foucaults (FOUCAULT 2006a [1978]; 2006b [1979]) bietet die Möglichkeit, Prozesse der experimentellen Regionsbildung (GUALINI 2004) im Schatten der großen metropolitanen Verdichtungsräume als inhärenten Bestandteil einer vorwiegend wettbewerbsorientierten bzw. neoliberalen Lesart von Raumordnungspolitik zu verstehen. Mitunter werden diese neuen Raumkonstrukte auch als *soft spaces* (ALLMENDINGER/HAUGHTON 2009; ALLMENDINGER et al. 2015) umschrieben (vgl. Kap. 2). In Ergänzung zu einer eher staatstheoretisch ausgerichteten raumbezogenen Governance-Forschung (u. a. DILLER 2004; FÜRST 2006; SELLE 2007), die sich vor allem auf die Analyse regionaler Akteursnetzwerke und Institutionen konzentriert, zeigen HAUGHTON et al. (2013), wie die Konstituierung neuer *soft spaces* auch als Bestandteil eines durchdringenden gesellschaftlichen Prozesses der Neoliberalisierung verstanden kann. Neoliberalisierung meint dabei im weitesten Sinne eine grundlegende Ökonomisierung bzw. Wettbewerbsorientierung staatlichen Handelns, die weit über die Sphäre des Ökonomischen hinausreicht. Dabei ist es gerade die dem Neoliberalismus zugrunde liegende Strategie flexibler räumlicher Restrukturierung, die die Formierung experimenteller *soft spaces* begünstigt und mit neuen, experimentellen Formen regionaler Fremd- und Selbstregierung einhergeht.

Zur Beantwortung der o.g. Fragen werden in Kap. 2 zunächst in aller Kürze die Grundlagen des Gouvernentalitätsansatzes dargelegt und erläutert, inwieweit aktuelle Regionalisierungspraktiken als Ausdruck und Mittel neoliberaler Gouvernentalität verstanden werden können. In Kap. 3 werden die Grundlagen und Ziele des Strukturförderprogramms REGIONALEN skizziert. Auf der Basis von leitfadengestützten Interviews mit regionalen Akteuren und über die Auswertung von Sekundärmaterial werden anschließend in Kap. 4 die dominanten Rationalitäten

und ambivalenten Identitätsdiskurse des Regionsbildungsprozesses in Südwestfalen untersucht. Kap. 5 schließt mit einer kurzen Diskussion der Ergebnisse.

2. Regionalisierung und neoliberale Gouvernentalität

Einem gouvernementalitätstheoretischen Verständnis folgend meint Regierung die »Gesamtheit der Institutionen und Praktiken, mittels derer man Menschen lenkt« (FOUCAULT 2005: 116). Es handelt sich dabei also um ein Verständnis von Regierung, das über eine alltagssprachliche Verwendung hinausgeht und die vielfältigen Praktiken, Institutionen, Programme und Maßnahmen beinhaltet, die einen Lenkungseffekt haben. Regierung wird in diesem Sinne verstanden als »Führung der Führungen« (FOUCAULT 1987: 255). Zentral ist dabei, dass diese Konzeption von Regierung nicht nur Fremdführung im Sinne eines »Regierens über Andere«, sondern gleichzeitig auch Formen der Selbstführung thematisiert.

Foucault schlägt also eine Analyse von Regierung vor, die sich dem Verhältnis von (staatlicher) Fremdführung und subjektiver bzw. kollektiver Selbstführung widmet und die Makro- und Mikroebenen von Machtpraktiken und -effekten miteinander verbindet (ROSOL 2013: 133). Gouvernentalitätsstudien richten sich dabei gerade auf die Schnittstellen, an denen Formen (staatlicher) Fremdführung und (regionaler) Selbstführung aufeinandertreffen. Überträgt man Formen der (kollektiven) Selbstführung von der Subjektebene auf räumliche Entitäten wie z.B. Regionen wird deutlich, dass es sich bei der Etablierung neuer Regionsbildungsprozesse nicht um einen Rückzug oder gar ein »Verschwinden« des Staates handelt, sondern um eine damit verbundene Neuordnung des Verhältnisses zwischen Staat, Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft auf der regionalen Maßstabsebene (LEMKE 2002: 58).

Im Zuge der neoliberal motivierten räumlichen Restrukturierung (BRENNER 2004; PECK 2010), die im Kern ein *Re-Scaling* wirtschafts- und strukturpolitischer Zuständigkeiten von der nationalen auf supra- und subnationale Maßstabsebenen im Kontext staatlicher Deregulierungsprozesse beinhaltet (vgl. SCHIPPER/BELINA 2009), lässt sich in den letzten zwei Jahrzehnten auf europäischer Ebene die Entstehung eines zunehmend differenzierten und heterogenen Geflechts regionaler »soft spaces of governance« (HAUGHTON et al. 2013;

METZGER/SCHMITT 2012; ALLMENDINGER et al. 2015) beobachten. Sie stellen horizontale, netzwerkartige, temporäre und administrative Grenzen überschreitende Raumkonstruktionen dar, die in Ergänzung zu formellen Strukturen und Räumen staatlicher Planung agieren (HOHN/REIMER 2010). *Soft spaces* und die ihnen zugrunde liegenden Rationalitäten und Technologien des Regierens (s.u.) stellen nicht bloß das regional differenzierte Ergebnis räumlicher Restrukturierung dar, sondern müssen selbst als integrale Bestandteile neoliberalen Regierens verstanden werden (HAUGHTON et al. 2013: 220). *Soft spaces* formieren sich nicht »hierarchiefrei«, vielmehr stellen sie räumliche Experimentierfelder dar, in denen sich hierarchische und netzwerkartige Formen der Steuerung ergänzen.

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass sich mit der Entstehung von *soft spaces* kein grundsätzlicher Verlust staatlicher Souveränität verbindet, sondern eher eine bewusste Verlagerung von Steuerungskapazitäten und Kompetenzen. Der Staat agiert hier nicht mehr als alleiniger Versorger bzw. Wohlfahrtsgarant zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse, sondern der Fokus liegt stärker auf Regierungsnarrativen der Ermöglichung, Lenkung, Stimulierung, Kooperation und Aktivierung (HAUGHTON et al. 2013: 221). Damit einhergehende Diskurse und Praktiken der »Aktivierung endogener Potenziale« und der »Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements« deuten nicht zwingend auf eine neoliberale Gouvernamentalität hin. Im Zuge neoliberaler Restrukturierung sind diese jedoch mit grundlegenden Verantwortungs- und Kompetenzverlagerungen verbunden, so dass regionale Akteure zunehmend dazu angehalten werden, selbstverantwortlich zu handeln und sich einer spezifischen (neoliberalen) Rationalität entsprechend selbst zu regieren (vgl. auch Beitrag von Mießner in diesem Heft).

Eine governamentalitätstheoretische Analyse dieser häufig neoliberal motivierten Restrukturierungsprozesse muss daher danach fragen, inwieweit neue Regionsbildungen gleichzeitig als Ausdruck und Mittel einer spezifischen (neoliberalen) Regierungsweise verstanden werden können und welche neuen Formen regionaler Fremd- und Selbstführung mit der Bildung dieser *soft spaces* einhergehen. Für die Operationalisierung werden zwei zentrale Analysekatoren relevant, die zugleich Schlüsselbegriffe des Gouvernamentalitätsansatzes darstellen:

■ *Rationalitäten des Regierens*, die im weitesten Sinne die diskursiven Wissensordnungen meinen, die zu einem bestimmten Zeitpunkt als hegemoniale Denk- und Handlungslogiken spezifische Regierungspraktiken hervorbringen. Rationalitäten des Regierens schaffen gesellschaftliche Ordnungen, in denen bestimmte Handlungsweisen nahegelegt und andere unwahrscheinlich gemacht bzw. marginalisiert werden. Rationalitäten des Regierens konstituieren gleichzeitig das »Feld des Sagbaren« (FOUCAULT 2003), in dem zu regierende Probleme identifiziert, anzustrebende Ziele bestimmt und Lösungsstrategien verhandelt werden (ROSOL/SCHIPPER 2014: 724).

■ *Technologien des Regierens*, die in Fremdtechnologien und Technologien des Selbst unterteilt werden. Sie umschreiben »die Verfahren und Techniken, die in einem bestimmten ›Realitätsbereich‹ zur Anwendung kommen und die das Wissen über diese Realität und den praktischen Umgang mit ihr prägen« (MATTISSEK 2008: 39). Fremdtechnologien der Raumentwicklung stellen z. B. formelle Planwerke wie Raumordnungs-, Flächennutzungs- und Bebauungspläne dar. Des Weiteren können regionale Strukturförderprogramme und informelle Entwicklungskonzepte, die Einrichtung von Regionalmanagements, aber auch planerische Leibbilder und Beteiligungsprozesse unter dem Begriff zusammengefasst werden. Entscheidend ist, dass Fremdtechnologien gleichzeitig mit entsprechenden Technologien des Selbst verbunden sind. Technologien des Selbst meinen dann die Art und Weise, wie (kollektive) Akteure das eigene Handeln rationalisieren, also die diskursiven und nicht-diskursiven Praktiken, mittels derer sich Subjekte einer spezifischen Rationalität des Regierens entsprechend selbst regieren.

Staatliche Anreize wie z. B. regionale Strukturförderprogramme oder Landeswettbewerbsspielen als Fremdtechnologien für die Initiierung von *SOFT SPACES* und die Etablierung experimenteller Formen regionaler Selbstregierung eine zentrale Rolle. REUBER (2012: 208) weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass »Raumplanung/Raumordnung [...] nicht nur als Technik der räumlichen Gestaltung zu Tage tritt, sondern als zutiefst normative, machtgeladene und politische Technologie des Regierens, die mit Bezug auf politisch hegemoniale Rationalitäten [...] jeweils für bestimmte Formen der räumlichen Ordnung und darauf aufbauende Technologien eintritt [...]«. So ist es dann auch auf Ebene der Raum-

ordnungs- und Strukturpolitik möglich, neue Formen der Regionalisierung als Techniken indirekter Machtausübung zu verstehen, die darauf ausgerichtet sind, entsprechend spezifischer räumlicher, politischer, ökonomischer und sozialer Rationalitäten andere und sich selbst zu regieren.

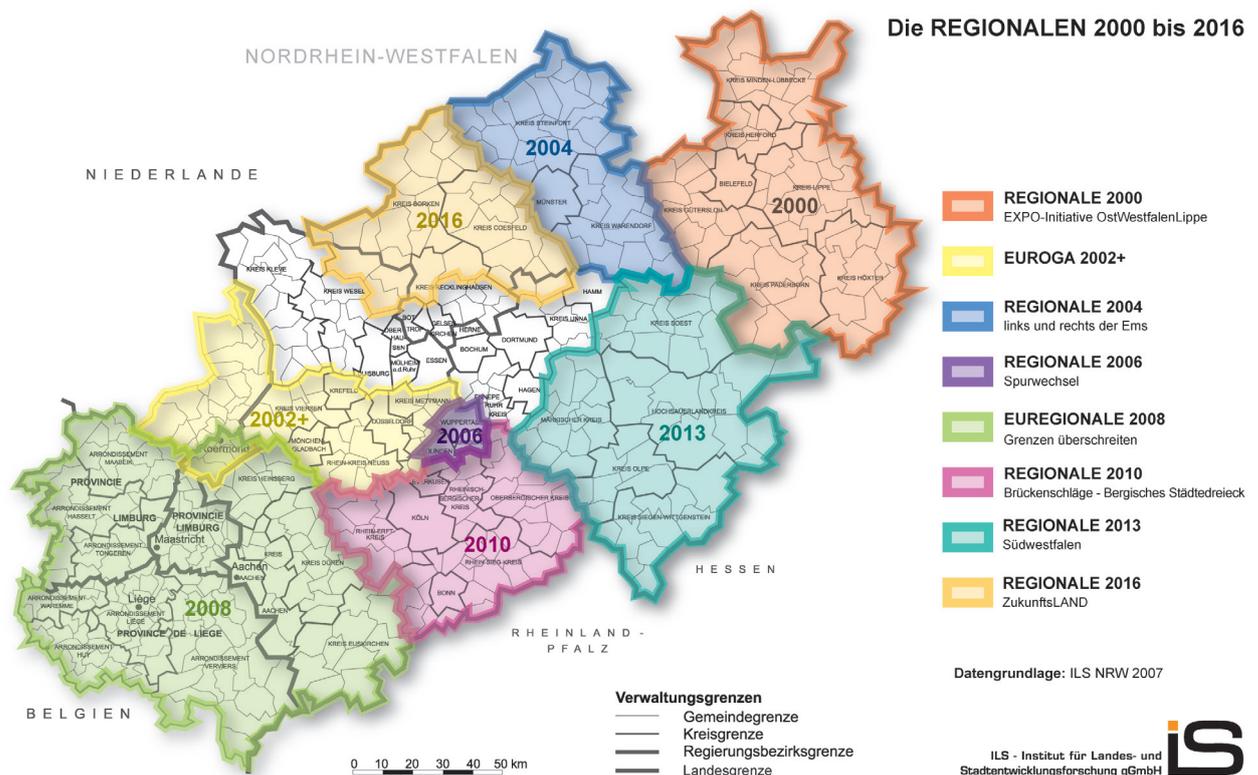
3. Die REGIONALEN in Nordrhein-Westfalen

Als Instrument regionalisierter Strukturpolitik und Nachfolgeformat der IBA Emscher Park sind die REGIONALEN Ausdruck eines paradigmatischen Wandels in der regionalen Strukturpolitik Nordrhein-Westfalens. Dieser Wandel umschreibt im Kern eine Ergänzung des interregionalen Ausgleichziels um Formen regionaler Strukturpolitik, die den Fokus auf die Aktivierung endogener Potenziale und die Förderung partizipatorisch angelegter Governance-Prozesse im Rahmen einer vorwiegend wettbewerbsorientierten Strukturförderpolitik legt. Die REGIONALEN agieren dabei als staatlich gelenkte Impulsgeber für eine flexible und zunächst zeitlich befristete interkommunale Zusammenarbeit und verfolgen durch die prioritäre Vergabe von Fördermitteln das übergeordnete Ziel, freiwillig formierte Regionen über die Inwertsetzung endogener Potenziale und die Umsetzung innovativer Projekte nach innen und außen zu profilieren (DANIELZYK et al. 2011).

Die Vergabe einer REGIONALE fand im zwei- (2000 bis 2010) bzw. dreijährigen (2013 und 2016) Turnus statt und wurde als Wettbewerbsverfahren durch die Landesregierung organisiert. Prinzipiell konnten sich einzelne Kommunen in interkommunalen Verbänden auch mehrmals um die Durchführung einer REGIONALE bewerben oder an verschiedenen Bewerbungen teilnehmen. Eine Besonderheit dabei ist, dass die REGIONALEN als Strukturförderprogramm über keine eigenen Fördertöpfe verfügten; vielmehr wurden die einzelnen Regionen und Projekte durch einen prioritären Zugriff auf vorhandene Förderprogramme von EU, Bund und Land gefördert. Einzelne Projekte unterlagen dabei einem regionsinternen Qualifizierungs- und Wettbewerbsverfahren, das wiederum Grundlage für die spätere Freigabe von Fördermitteln durch die jeweilige Bezirksregierung war. Gegenwärtig ist eine Fortführung der REGIONALEN nicht absehbar.

Die REGIONALE 2013 in Südwestfalen stellte insofern ein besonderes Beispiel dar, da mit der Bewerbung der Region gleichzeitig der Anspruch einer neuen Regionsbildung verbunden war. Als künstlich geschaffene »Designerregion« (WEICHHART 2000) umfasst Südwestfalen die Kreise Soest, Hochsauerlandkreis, Siegen-Wittgenstein, Märkischer Kreis sowie den Kreis Olpe (vgl. Abb. 1). Südwestfalen, das z. T. im engeren Verflechtungsbereich der Metropole Ruhr oder der

Abb.1 Die REGIONALEN in NRW
Quelle: ILS – Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung



Metropolregion Rheinland liegt, zum großen Teil aber auch periphere und eher ländlich strukturierte Gebiete abdeckt, ist ein exemplarisches Beispiel einer Regionsbildung an Rande von Metropolräumen. Die REGIONALE 2013 bot nicht zuletzt eine Plattform, um Südwestfalen als gemeinsame Handlungs- und Repräsentationsebene im interregionalen Wettbewerb zu etablieren.

4. Rationalitäten und Ambivalenzen der Regionsbildung in Südwestfalen

Ein gouvernementalitätstheoretisches Verständnis von Regionalisierung und Regionskonstruktion ermöglicht es, nach den dominanten Rationalitäten des Regierens im Zuge regionaler Restrukturierungsprozesse zu fragen. In einem ersten Schritt (Kap. 4.1) wird der Regionsbildungsprozess in Südwestfalen daher im Hinblick auf seine zugrunde liegenden diskursiven Rationalitäten und Handlungslogiken untersucht. Aus einer post-strukturalistischen Perspektive, die auch die Brüche, Instabilitäten und Heterogenitäten gesellschaftlicher und raumbezogener Wissensordnungen in den Blick nimmt, werden in einem zweiten Schritt die Ambivalenzen des Regionsbildungsprozesses in Südwestfalen thematisiert, die sich insbesondere durch intraregionale Differenzen regionaler Identitätsdiskurse auszeichnen (Kap. 4.2).

4.1 Rationalitäten der Regionsbildung

Im Kern lassen sich drei übergeordnete Rationalitäten identifizieren, die als diskursives Bezugssystem fungieren, auf dessen Grundlage strategische Ziele und thematische Handlungsfelder der Regionsbildung in Südwestfalen abgesteckt wurden. Diese dominanten Rationalitäten der Regionsbildung kommen dabei nicht nur in Südwestfalen zum Tragen, sondern können vielmehr als derzeit hegemoniale Rationalitäten neuer Regionalisierungsprozesse verstanden werden. Entscheidend ist jedoch, dass diese Rationalitäten im Schatten von Metropolräumen eine besondere Dynamik entfalten, da sich diese Zwischenräume aufgrund drohender Peripherisierungsszenarien einem stetig wachsenden Druck regionaler Profilierung ausgesetzt sehen.

Als erste übergeordnete Rationalität dominiert die *Herstellung interregionaler Wettbewerbsfähigkeit* den Regionsbildungsprozess in Südwestfalen. Dabei wird die Region als Handlungsebene für die Sicherstellung der

Wettbewerbsfähigkeit der einzelnen Kreise naturalisiert. Es wird argumentiert, dass man »[...] eine übergeordnete wirtschaftliche Region bilden und europaweit auftreten [müsse]. Jeder Kreis für sich ist zu klein. Daher bedarf es dieser Zusammenbindung, um Fachkräfte anzuwerben, aber auch, um als Wirtschaftsregion in größeren Zusammenhängen gesehen zu werden« (Interview Kommunalpolitik I).¹ In Südwestfalen kommen zudem regionspezifische Rationalisierungen zum Tragen, die auf den vermeintlich defizitären Bekanntheitsgrad der einzelnen Kreise gegenüber Großstädten und Metropolregionen im nationalen und europäischen Kontext hinweisen. So wird konstatiert, dass »all diesen Kreisen, die bei der REGIONALE 2013 mitmachen, gemeinsam (ist), dass sie in der Wahrnehmung des Landes, in Berlin und in Brüssel wenig vorkommen und wir uns über Jahrzehnte hinweg schlecht nach außen verkauft haben« (Interview Kommunalpolitik II).

Zweitens lässt sich eine diskursiv machtvolle »Notwendigkeit« *interkommunaler Kooperation* identifizieren. Die Bereitschaft zu interkommunaler Kooperation wird dabei von Seiten des Landes im Sinne einer politisch-administrativen verankerten Rationalität für die Aufnahme in strukturpolitische Programme wie die REGIONALEN vorausgesetzt. Durch interkommunale Kooperation sollen regionale Potenziale aktiviert werden, denn »die Anpassung und arbeitsteilige Erbringung der städtebaulichen Infrastruktur für die öffentliche Daseinsvorsorge erfordert eine aktive interkommunale bzw. überörtliche Zusammenarbeit« (PIETSCHMANN 2014: 17). Für die Herstellung regionaler Handlungsfähigkeit ist von besonderer Bedeutung, dass interkommunale Kooperation als sog. »leerer Signifikant« über ein hohes Maß an Integrationskraft zur Einbeziehung verschiedener kommunaler Partikularinteressen verfügt (vgl. auch Beitrag von Mießner in diesem Heft). Interkommunale Kooperation fungiert dann als »kleinster gemeinsamer Nenner« (MATTISSEK 2008) der Regionsbildung und wirkt als politisch-administratives »Allheil-

¹ Das empirische Material wurde im Zeitraum von 2011 bis 2014 im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitforschung des Strukturförderprogramms REGIONALEN durch das ILS – Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung erhoben, an der die Autoren federführend mitgewirkt haben. Wörtliche Zitate aus persönlich geführten Interviews mit kommunalpolitischen Akteuren (n=4) wurden zum Zweck der Anonymisierung mit der Angabe „Interview Kommunalpolitik“ gekennzeichnet.

mittel« zur gemeinsamen Überwindung regionaler Herausforderungen. Sie stellt den kooperativen Grundpfeiler für strategische Maßnahmen und Projekte auf der regionalen Handlungsebene dar.

Interkommunale Kooperation verläuft auch im Rahmen der REGIONALE 2013 keinesfalls konfliktfrei, sondern ist mit Abgrenzungen und Brüchen verbunden. Dies betrifft zum einen die z. T. eigennutzorientierten und äußerst pragmatischen Beziehungen von Kommunen untereinander. Zum anderen werden konfliktive Beziehungen zwischen verschiedenen Gebietskörperschaften deutlich, da die Steuerung des Regionsbildungsprozesses insbesondere über die Kreisebene erfolgt und z.T. Legitimationsdefizite auf der Gemeindeebene bestehen. Die durch die REGIONALE 2013 angestoßene Regionsbildung stellt also keinesfalls ein homogen geschlossenes System »strukturierter Kohärenz« dar, sondern befindet sich in einem stetig offenen Zustand zwischen Kooperation und Konkurrenz und muss daher im Sinne eines »continuously emergent scalar fix (als) tendenziell unvollständiger und stets umkämpfter Versuch, einen regionalen skalaren Kompromiss im Namen und im Dienste der globalen interregionalen Konkurrenz zu erzielen« (BELINA 2013: 145), verstanden werden.

Als dritte Rationalität lassen sich *fördermittelpolitische Zwänge* identifizieren. Durch den im Rahmen einer REGIONALE gewährten prioritären Fördermittelzugang agiert das Land Nordrhein-Westfalen als wesentlicher Initiator der Regionsbildung. Staatlich gelenkte Anreize zur Initiierung von Regionsbildungsprozessen offenbaren die Schnittstellen von Technologien der regionalen Fremd- und Selbstführung. Rationalisierungen fördermittelpolitischer Zwänge thematisieren in Südwestfalen insbesondere die Abgrenzung gegenüber metropolitanen Räumen: »Das Rheinland sonnt sich im Glanz wohlwollender Unterstützung, das Ruhrgebiet saht Fördergelder ab. Und zwischen Soest und Siegen haben einige Angst vor der eigenen Courage, sich endlich nicht mehr hinten anzustellen, wenn der staatliche Subventionskuchen verteilt wird« (SÜDWESTFALEN AGENTUR 2014: 4). Förderpolitiken, die sich nicht primär am übergeordneten Ziel interregionaler Kohäsion orientieren, werden dabei als gewinnbringend für die regionale Entwicklung eingestuft: »Die REGIONALEN sind ein hervorragendes Strukturförderungsprogramm, das nicht nur strukturschwachen Regionen auf die Beine hilft, sondern auch strukturstärkeren Regio-

nen wie dieser die Möglichkeit verschafft, die Stärken noch weiter auszuprägen« (Interview Kommunalpolitik III). Fördermittelpolitische Rationalisierungen, die dem Prinzip »Stärken stärken« folgen, äußern sich hier als internalisierte Handlungslogiken und tragen letztendlich dazu bei, neoliberale Paradigmen regionalisierter Strukturpolitik zu naturalisieren.

4.2 Ambivalenzen regionaler Identitätsdiskurse

Die Durchsetzung, Legitimation und Akzeptanz neuer Regionen ist trotz weitgehend internalisierter Rationalitäten und Handlungslogiken keineswegs ein homogener Prozess, sondern durch vielfältige Ambivalenzen und Widersprüche geprägt, die die prinzipielle Offenheit und potenzielle Konflikthaftigkeit von Prozessen der Regionsbildung verdeutlichen. ZIMMERBAUER und PAASI (2013) betonen, dass Regionen als diskursive Konstruktionen verstanden werden müssen »that are produced and removed in contested, historically contingent and context-bound processes of institutionalization and deinstitutionalization (ZIMMERBAUER/PAASI 2013: 31). Die Institutionalisierung von Regionsbildungsprozessen sowie die Konstruktion neuer regionaler Identitäten stehen dabei in einem spannungsgeladenen Verhältnis, »in which the contested ideas of boundaries, territories and regional identities are mobilized and exploited« (ebd.: 32).

Um die sich neu konstituierenden Spannungen im Zuge des Regionsbildungsprozesses in Südwestfalen konzeptionell fassen zu können, kann auf die analytische Unterscheidung von *spaces of regionalism* und *regional spaces* (JONES/MACLEOD 2004) bzw. von *thick regional identities* und *thin regional identities* (TERLOUW/VAN GORP 2014; ZIMMERBAUER 2013) zurückgegriffen werden. Während *regional spaces* als strategische Raumkonstruktionen auf die Herstellung interregionaler Wettbewerbsfähigkeit abzielen und aufgrund ihres künstlichen bzw. funktionalen Charakters durch *thin regional identities* geprägt sind, beziehen sich die *spaces of regionalism* mit *thick regional identities* auf die historisch und kulturell gewachsenen Identitätsdiskurse, die ein hohes Maß an Resistenz und Widerstandsfähigkeit aufweisen können. *Thin identity regions* wie Südwestfalen stellen dabei sog. »Legitimationsidentitäten« (TERLOUW/VAN GORP 2014) dar, die im ambivalenten und z.T.

konfliktiven Verhältnis zu den gewachsenen *thick identity regions* stehen.

Als künstlich geschaffene Region stellt Südwestfalen eine sog. *thin identity region* dar und ist in erheblichem Maße von Legitimierungsdiskursen abhängig. Dabei stehen die zumeist funktionalen und primär strukturell ausgerichteten neuen Identitätsdiskurse im Spannungsverhältnis zu den historisch und kulturell gewachsenen regionalen Identitätsdiskursen. Im Falle Südwestfalens zeigen dies insbesondere Identitätsdiskurse in den Teilregionen des Sauerlandes und des Siegerlandes (sowie in Teilen des Wittgensteiner Landes), die im Sinne der analytischen Unterscheidung als subregionale *thick identity regions* bezeichnet werden können. Die Legitimierungsdiskurse zielen dabei vor dem Hintergrund des vermeintlich defizitären Bekanntheitsgrades der einzelnen Teilregionen auf der nationalen und internationalen Ebene auf die Konstruktion einer neuen und übergeordneten südwestfälischen »Legitimationsidentität« ab, um regionale Wettbewerbsfähigkeit sicherzustellen.

Aufgrund des Spannungsverhältnisses zwischen den Identitätsdiskursen von *thick identity regions* und *thin identity regions* ist der Regionsbildungsprozess in Südwestfalen daher durch diskursive Brüche und Widerstände geprägt, die die Durchsetzung, Legitimation und Akzeptanz der primär funktionalen »Legitimationsidentität« Südwestfalens herausfordern: »Es wird keiner sagen, dass er Südwestfale ist, bevor er sagt, dass er Sauerländer oder Siegerländer ist. [...] Die Identität einer gewachsenen Region kann man nicht innerhalb von wenigen Jahren ändern« (Interview Kommunalpolitik IV). Ambivalenzen von *thick regional identities* und *thin regional identities* verdeutlichen somit die Ungeschlossenheit und potenzielle Konflikthaftigkeit neuer, künstlicher Regionsbildungen.

5. Fazit

Der vorliegende Beitrag beschäftigt sich mit neuen Regionsbildungsprozessen in nicht-metropolitanen Räumen, die sich im Zuge eines gesteigerten interregionalen Wettbewerbs einem wachsenden Druck regionaler Profilierung ausgesetzt sehen. Vor dem Hintergrund eines gouvernementalitätstheoretischen Verständnisses von Regionalisierung werden neue Regionsbildungsprozesse im Schatten der großen metropolitanen Verdichtungsräume als (produktive) Machteffekte einer

vornehmlich wettbewerbsorientierten Raumordnungspolitik verstanden, die in erster Linie Metropolräume mit wirtschaftlichem Wachstum und Innovationskraft in Verbindung setzt und das Prinzip des räumlichen Ausgleichs mehr und mehr zu Gunsten einer neoliberalen Lesart von Raumentwicklung aufgibt.

Damit verbunden ist zugleich eine raumordnungspolitische Diskursverschiebung, die die Verantwortung für die Herstellung von Wettbewerbsfähigkeit zunehmend in die Regionen selbst legt. Dabei handelt es sich nicht um einen vermeintlichen Rückzug des Staates, sondern um eine bewusste Verlagerung von Regierungstechniken und um eine Restrukturierung des Verhältnisses von Staat, Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft auf der regionalen Ebene. Regionsbildungsprozesse und staatlich gelenkte Regionalisierungspraktiken zur Etablierung von *soft spaces* können dann auch als Techniken der »Regierung aus der Ferne« (ROSE/MILLER 1992) verstanden werden. Sie sind Ausdruck und Mittel einer neoliberalen Gouvernementalität, die mit neuen, experimentellen Formen regionaler Fremd- und Selbstregierung einhergeht.

Im Rahmen des Regionsbildungsprozesses in Südwestfalen agiert das Land Nordrhein-Westfalen über das Strukturförderprogramm der REGIONALEN und die Setzung fördermittelpolitischer Anreize als wesentlicher Impulsgeber des Regionsbildungsprozesses. Dabei können drei dominante Rationalitäten des Regierens identifiziert werden, die den Regionsbildungsprozess in Südwestfalen anleiten: Erstens die Dominanz regionalökonomischer Handlungslogiken zur Herstellung interregionaler Wettbewerbsfähigkeit, zweitens politisch-administrative Rationalitäten, die interkommunale Kooperation als unabdingbare Handlungslogik naturalisieren, um regionalen Problematisierungen angemessen zu begegnen sowie drittens fördermittelpolitische Zwänge, die als »goldener Zügel« der Strukturförderpolitik experimentelle Formen der regionalen Selbstführung unterstützen. Bei integrierter Betrachtung der wirkenden Rationalitäten lässt sich schlussfolgern, dass das Zusammenwirken fördermittelpolitischer Zwänge mit internalisierten Handlungslogiken interkommunaler Kooperation unter dem übergeordneten ökonomischen Primat der Herstellung regionaler Wettbewerbsfähigkeit den gouvernementalen Kern einer von neoliberalen Anreizen durchsetzten regionalen Strukturförderpolitik offenbart.

Rationalitäten der Regionsbildung wirken dabei in Südwestfalen durchaus homogenisierend, um konsensorientierte Formen der regionalen Selbstregierung auf Basis kollektiv geteilter Handlungslogiken zu etablieren. Trotz weitgehend internalisierter Rationalitäten sind neue Regionsbildungen keineswegs konfliktfrei, sondern durch vielfältige Ambivalenzen und Widersprüche geprägt. Dies betrifft etwa z.T. konflikthafte Prozesse interkommunaler Kooperation, die die Entstehung eines regionalen Konsenses aufgrund einzelkommunaler Partikularinteressen herausfordern. In Südwestfalen offenbarten sich zudem intraregionale Differenzen raumbezogener Identifikation. Als künstlich geschaffene »Designerregion« stellt Südwestfalen eine sog. *thin identity region* dar, deren funktionale Legitimierungsdiskurse im Spannungsverhältnis zu den historisch und kulturell gewachsenen regionalen Identitätsdiskursen einzelner

Teilregionen stehen. Ambivalenzen von *thick regional identities* und *thin regional identities* verdeutlichen die Ungeschlossenheit und potenzielle Konflikthaftigkeit von Regionsbildungsprozessen, die sich in einem stetigen Prozess des Werdens befinden.

Insgesamt ist der Beitrag als Versuch zu verstehen, das Zusammenspiel von diskursiven Wissensordnungen und neuen Formen der regionalen Fremd- und Selbstführung im Rahmen von Regionsbildungsprozessen in nicht-metropolitanen Räumen näher zu beleuchten. Der Gouvernementalitätsansatz eröffnet dabei eine alternative Sichtweise auf Prozesse der regionalen Restrukturierung, die in Ergänzung zu etablierten Formen der raumbezogenen Governance-Forschung dazu beitragen kann, ein tieferes Verständnis über das Verhältnis der Mikro- und Makroebenen neuer Regionalisierungspraktiken zu entwickeln.

* Anmerkung

Dieser Beitrag ist eine im theoretisch-konzeptionellen Teil gekürzte und im empirischen Teil anders gewichtete Veröffentlichung der Originalpublikation »Regionsbildung im Schatten des Metropolendiskurses. Das Fallbeispiel der Region Südwestfalen« (BALKE/REIMER 2016), die in der Zeitschrift »Raumforschung und Raumordnung« beim Springer-Verlag erschienen ist (Einreichung 11.10.2015, Online first Publikation 22.06.2016). Die Publikationsrechte der Originalpublikation obliegen dem Springer-Verlag.

Literaturverzeichnis

- ALLMENDINGER, P.; HAUGHTON, G. (2009): Soft spaces, fuzzy boundaries and metagovernance: the new spatial planning in the Thames Gateway. In: *Environment and Planning A* 41, 3, 617-633.
- ALLMENDINGER, P.; HAUGHTON, G.; KNIELING, J.; OTHENGRAFEN, F. (Hrsg.) (2015): *Soft Spaces in Europe. Re-negotiating governance, boundaries and borders*. London.
- BELINA, B. (2013): *Region, strukturierte Kohärenz und Continuously Emergent Scalar Fix*. Zu Kooperation und Konkurrenz in der *Global City Region Frankfurt Rhein-Main*. In: Brand, O.; Dörhöfer, S.; Eser, P. (Hrsg.): *Die konflikthafte Konstitution der Region*. Münster, 140-161.
- BRENNER, N. (2004): *New state spaces. Urban Governance and the Rescaling of Statehood*. New York.
- DANIELZYK, R.; KEMMING, H.; REIMER, M. (2011): Die REGIONALEN in NRW – Impulse der IBA Emscherpark. In: Reicher, C.; Niemann, L.; Uttke, A. (Hrsg.): *Internationale Bauausstellung Emscherpark: Impulse. Lokal, regional, national, international*. Essen, 276-284.
- DANIELZYK, R. (2012): Der raumordnungspolitische Metropolendiskurs – Konstruktion von (neuen) Peripherien? In: *disP – The Planning Review* 189, 48, 2, 27-33.
- DILLER, C. (2004): *Regional Governance im »Schatten der Hierarchie«*. In: *Raumforschung und Raumordnung* 62, 4-5, 270-279.

- FOUCAULT, M. (1987): Das Subjekt und die Macht. In: Dreyfus, H.; Rabinow, P. (Hrsg.): *Jenseits von Strukturalismus und Hermeneutik*. Frankfurt am Main, 243-261.
- FOUCAULT, M. (2003): *Die Ordnung des Diskurses*. Frankfurt am Main.
- FOUCAULT, M. (2005): Gespräch mit Ducio Trombadori. In: Devert, D.; Ewald, F. (Hrsg.): *Schriften in vier Bänden. Dits et Écrits. 1980-1988*. Bd. 4. Frankfurt am Main, 51-119.
- FOUCAULT, M. (2006a [1978]): Sicherheit, Territorium, Bevölkerung. *Geschichte der Gouvernementalität I*. Frankfurt am Main.
- FOUCAULT, M. (2006b [1979]): Die Geburt der Biopolitik. *Geschichte der Gouvernementalität II*. Frankfurt am Main.
- FÜRST, D. (2006): Regional Governance – ein Überblick. In: Kleinfeld, R.; Plamper, H.; Huber, A. (Hrsg.): *Regional Governance*, Bd. 1. Göttingen, 37-60.
- GUALINI, E. (2004): Regionalization as ›experimental regionalism‹: the rescaling of territorial policy-making in Germany. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 28, 2, 329-353.
- HARRISON, J. (2014): Rethinking City-Regionalism as the production of New Non-State Spatial Strategies: The Case of Peel Holdings Atlantic Gateway Strategy. In: *Urban Studies* 51, 1-21.
- HAUGHTON, G.; Allmendinger, P.; Oosterlynck, S. (2013): Spaces of neoliberal experimentation: soft spaces, post politics and neoliberal governmentality. In: *Environment and Planning A* 45, 1, 2017-234.
- HOHN, U.; REIMER, M. (2010): Neue Regionen durch Kooperation in der polyzentrischen »Metropole Ruhr«. In: Mielke, B.; Münter, A. (Hrsg.): *Neue Regionalisierungsansätze in Nordrhein-Westfalen*. Hannover, 60-83. = Arbeitsmaterial der ARL, Nr. 352.
- JONES, M.; MACLEOD, G. (2004): Regional spaces, spaces of regionalism: territory, insurgent politics and the English question. In: *Transactions of the Institute of British Geographers* 29, 4, 433-452.
- LEMKE, T. (2002): Foucault, Governmentality, and Critique. In: *Rethinking Marxism* 14, 6, 49-64.
- MATTISSEK, A. (2008): *Die neoliberale Stadt. Diskursive Repräsentationen im Stadtmarketing deutscher Großstädte*. Bielefeld.
- METZGER, J.; SCHMITT, P. (2012): When soft spaces harden: the EU strategy for the Baltic Sea Region. In: *Environmental Planning A* 44, 2, 263-280.
- PECK, J. (2010): *Constructions of neoliberal reason*. Oxford.
- PIETSMANN, H. (2014): Das Bund Länder Programm »Kleinere Städte und Gemeinden – Überörtliche Zusammenarbeit und Netzwerke. In: Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V. (Hrsg.): *Forum Wohnen und Stadtentwicklung*, Heft 1/2014, 16-20.
- REUBER, P. (2012): *Politische Geographie*. Stuttgart.
- ROSE, N.; MILLER, P. (1992): Political Power beyond the State: Problematics of Government. In: *the British Journal of Sociology* 43, 2, 173-205.
- ROSOL, M. (2013): Regieren (in) der neoliberalen Stadt. Foucaults Analyse des Neoliberalismus als Beitrag zur Stadtforschung. In: *Geographische Zeitschrift* 101, 3-4, 132-147.
- ROSOL, M.; SCHIPPER, S. (2014): Das Foucaultsche Konzept der Gouvernementalität. In: Ossenbrügge, J.; Vogelpohl, A. (Hrsg.): *Theorien in der Raum- und Stadtforschung – Einführungen*. Münster, 271-289.
- SCHIPPER, S./BELINA, B. (2009): Die neoliberale Stadt in der Krise. Anmerkungen zum 35. Deutschen Städtetag unter dem Motto »Städtisches Handeln in Zeiten der Krise«. In: *Zeitschrift Z. Zeitschrift für marxistische Erneuerung* 21, 83, 97-111.
- SCOTT, A. (2001): *Global City Regions. Trends, Theory, Policy*. New York.
- SELLE, K. (2007): Stadtentwicklung und Bürgerbeteiligung – Auf dem Weg zu einer kommunikativen Planungskultur? Alltägliche Probleme, neue Herausforderungen. In: *Informationen zur Raumentwicklung*, H. 1/2007, 63-71.
- STORPER, M. (1997): *The regional world: territorial development in a global economy*. New York.
- SÜDWESTFALEN AGENTUR (2014): *Das Regionale-Magazin*. Ausgabe Herbst 2014. http://regionale.suedwestfalen.com/fileadmin/dokumente/Downloads/Download_2014/Magazin_Herbst_2014.pdf (Zugriff am 15.11.2015).
- TERLOUW, K.; VAN GORP, B. (2014): Layering Spatial Identities: the identity discourses of new regions. In: *Environment and Planning A* 46, 4, 852-866.
- WATERHOUT, B.; Othengrafen, F.; Sykes, O. (2012): Neo-liberalization Processes and Spatial Planning in France, Germany and the Netherlands: An Exploration. In: *Planning Practice & Research* 28, 1, 141-159.
- WEICHART, P. (2000): Designerregionen – Antworten auf die Herausforderungen des globalen Standortwettbewerbs? In: *Informationen zur Raumentwicklung*, H. 9/10, 549-566.
- ZIMMERBAUER, K. (2013): Constructing supranational regions and identities through branding. Thick and thin region-building in the Barents and Ireland-Wales. In: *European Urban and Regional Studies*, DOI: 10.1177/0969776413512842, 1-16.
- ZIMMERBAUER, K.; PAASI, A. (2013): When old and new regionalism collide. De-institutionalization of regions and resistance identity in municipality amalgamations. In: *Journal of Rural Studies* 30, 2, 31-40.



»Was im Dunkeln liegt, kann man nicht sehen« – Eine Spurensuche nach diskurstheoretischen Impulsen in der Raumplanung



In den Planungswissenschaften wird seit einiger Zeit die Frage nach einer gezielten diskursiven Raumproduktion gestellt. Bei einem Blick in aktuelle Publikationen zur Diskursforschung wird allerdings schnell deutlich, dass die Planung dort nicht als eigenständiges Forschungsfeld vertreten ist. Der folgende Beitrag arbeitet mithin die gleichwohl prominente Verwendung sowie die mitunter variierende Bedeutung des Diskursbegriffes in den planungstheoretischen Debatten auf. Ausgehend von den gegenwärtig rahmengebenden Metadiskursen um ›Risiko‹, ›Unsicherheit‹ und ›Komplexität‹ werden die kommunikative Planung, die Deliberation und das Storytelling sowie die strategische Navigation als Entwurf einer poststrukturalistischen Planungstheorie nachgezeichnet und die Potentiale und Grenzen einer diskurstheoretischen Perspektive für die Planungsforschung skizziert.

1. Diskurstheorie und Planung: Ein Überblick

Die gesellschaftliche Konstruktion von Räumen als Bestandteil dessen, was als Wirklichkeit gilt, ist sowohl in der Soziologie als auch in den Raumwissenschaften seit geraumer Zeit eine allgemein anerkannte Feststellung. Auf die Frage danach, *wie* diese Orte und Räume nicht nur sozial konstruiert, sondern Soziales und Raum diskursiv konstituiert werden, leisten die verschiedenen Ansätze der Diskursforschung einen mittlerweile ebenfalls viel beachteten Antwortversuch. Bereits FOUCAULT (2005; vgl. auch RUOFF 2009) sieht etwa den architektonischen Raum in Verbindung mit Diskursen als materialisierte Machtformationen. Auf den Ansätzen einer empirisch-

analytischen Umsetzung der Diskurstheorie in den Raumwissenschaften (DZUDZEK et al. 2009; GLASZE 2007a; MATTISSEK/REUBER 2004) basierend, tritt im folgenden Beitrag die Frage nach den Spuren des Diskurses und der diskurstheoretischen Substrate für die aktuellen planungstheoretischen Debatten in den Vordergrund. Diskurse werden hierbei verstanden als Übersetzungsvorschriften, die Bedeutungsgebungs- und Identitätsbildungsprozesse im Wechselspiel zwischen Sprechen und Denken intersubjektiv organisieren: Ein Diskurs ist »eine Menge von Aussagen, die einem gleichen Formationssystem zugehören.« (FOUCAULT 1981: 156) Essentialistischen Vorstellungen einer dem Sozialen vorgängigen Realität werden damit ebenso eine Absage

Marian Günzel studierte Geographie, Verkehrsplanung und Informatik an der Technischen Universität Dresden und der Lunds Universität in Schweden. Er ist derzeit wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Fakultät Raumplanung der Technischen Universität Dortmund am Fachgebiet Raumordnung und Planungstheorie. Seine kurz vor dem Abschluss stehende Promotion beschäftigt sich mit der Rolle von Diskursen im planungsbezogenen Raumnutzungskonflikt. Darüber hinaus ist er in einem von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderten Projekt zum Agenda-Setting und der Themenentwicklung in den Planungswissenschaften beschäftigt.

erteilt wie kulturanthropologischen Registern, die von einer quasi-natürlichen sozialen Ordnung und Räumlichkeit ausgehen. Wenn gesellschaftliche Wirklichkeiten und mit ihnen auch Räume also als diskursiv konstituiert gelten, stellt sich für die Planungstheorie die Frage, wie die Entscheidungsprämissen für die künftige Raumentwicklung erarbeitet werden können. Ein systematischer Ansatz unter den Vorzeichen einer technischen Rationalität trägt hier offensichtlich nicht mehr. Und auch kommunikative und kritische Rationalitäten kommen schnell an ihre Grenzen, wenn Akteure und Interessen als kontingent aufgefasst werden und damit nicht mehr allein anhand klassischer Stakeholder-Typologien und in normierten Beteiligungsverfahren hinreichend adressierbar sind. Andererseits hält eine poststrukturalistisch informierte Perspektive ein endogenes Potential für die Eröffnung von Handlungsspielräumen in Planungsprozessen sowie die Erhöhung der Optionsvielfalt für künftige Raumentwicklungen bereit. Es erscheint also lohnenswert, planungstheoretische Ansätze nach den Spuren der poststrukturalistischen Diskurstheorie mit dem Ziel zu befragen, die Möglichkeiten und Grenzen einer entsprechenden theoretischen Verschneidung aufzuzeigen. Mit diesem Ziel vor Augen werden im Folgenden die genannten Spuren in der gebotenen Kürze und der damit notwendigen Konzentration auf die wesentlichen Aussagen aufgezeigt und zusammenfassend diskutiert.

Bei einem ersten Blick in aktuelle interdisziplinäre Handbücher und Sammelbände zur Diskursforschung wird zunächst deutlich, dass die Planungswissenschaften darin nicht als dezidiertes Diskussionsfeld benannt werden. Seit den Anfängen der Diskursanalyse im Frankreich der 1960er Jahre sieht VAN DIJK (2011) eine sukzessive Rezeption vor allem in der Anthropologie, den Sprach- und Literaturwissenschaften, der Soziologie und Psychologie sowie daran anschließend den Kommunikations- und Politikwissenschaften. ANGERMÜLLER (2014) erkennt darüber hinaus auch die Geographie als wichtiges transdisziplinäres Feld der Diskursforschung und reiht sie mit dem Verweis auf die Räumlichkeit des Diskurses in den genannten disziplinären Fächerkanon ein. Doch Erkenntnisse und Diskussionsansätze in den Planungswissenschaften suchen die Leser auch hier vergebens. Diese Lücke ist insofern bemerkenswert, als dass die Planungsforschung bereits mehrfach Versuche einer analytischen und

anwendungsorientierten Operationalisierung der Diskurstheorie unternahm.

Doch bedarf es zunächst einer Deutung des Raumes als inhaltlich-thematischen Gegenstands der Planung. In der deutschsprachigen Humangeographie wird die Diskurstheorie seit der Jahrtausendwende vorwiegend in der Kulturgeographie (GLASZE/MATTISSEK 2009a), der Politischen Geographie (REUBER/WOLKERSDORFER 2001; WOLKERSDORFER 2001) sowie der Feministischen Geographie (WUCHERPFENNIG/FLEISCHMANN 2008) rezipiert. Dabei fokussieren die Diskussionen das Verhältnis von räumlicher Identität und Macht, wobei Räume »nicht einfach nur Ausdruck des Sozialen [sind], sondern die Herstellung von Räumen ist immer wieder konstituierendes Element der permanenten (Re-)Produktion des Sozialen.« (GLASZE/MATTISSEK 2014: 210) Mit Blick auf die empirische Anwendung diskursanalytischer Ansätze in der Humangeographie deuten Glasze und Mattissek (2009b) schließlich eine Annäherung an die Raumplanung an, fokussieren hierbei jedoch in einer kritisch-analytischen Haltung ihr gegenüber deren augenscheinliches Selbstverständnis, hegemoniale gesellschaftliche Diskurse in Form von Leitbildern in den (materiell-physischen und sozialen) Raum zu übersetzen.

Im Folgenden wird zunächst anhand der Begriffe Risiko, Unsicherheit und Komplexität der diskursive Kontext dargelegt, in dem sich aktuelle planungswissenschaftliche Debatten vielfach verorten. Sie bilden den Ausgangspunkt für einen stärker diskurstheoretischen Blickwinkel bei der Beschreibung und Erklärung von Planungsprozessen sowie dem Entwurf handlungsleitender Präskriptionen. Daraufhin werden unterschiedliche Ansätze der prozeduralen Planungstheorie diskutiert, die entsprechende Anknüpfungspunkte zur Diskursforschung bereithalten. Den Konzepten zur kommunikativen bzw. kollaborativen Planung des sog. *communicative turn* in den Planungswissenschaften folgen die international diskutierten Ansätze der Deliberation und des Storytelling sowie einzelne Äußerungen hinsichtlich einer dezidiert poststrukturalistischen Planungstheorie. Planungsprozesse sind außerdem stets in einen spezifischen organisatorischen Kontext eingebettet, an dem sich die unterschiedlichen Rollenverständnisse von PlanerInnen orientieren. Deren planungstheoretische Verhandlung wird vor dem erkenntnistheoretischen Hintergrund der Diskurstheorie ebenfalls skizziert. Abschließend wird der Beitrag zusammenge-

fasst und einige zentrale Schlussfolgerungen hinsichtlich der planungstheoretischen und planungspolitischen Implikationen einer Rezeption der poststrukturalistischen Diskurstheorie präsentiert.

2. Risiko, Unsicherheit und Komplexität: Aktuelle Metadiskurse in den Planungswissenschaften

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurde eine Skepsis gegenüber den sog. gesellschaftlichen »Metaerzählungen« (LYOTARD 1986: 14) laut, die sich weitgehend unter dem Etikett der Postmoderne versammelt und mit dem Ende des Kalten Krieges noch an Intensität gewonnen hat. Prominente Versuche, die großen politischen Erzählungen von Kommunismus und Kapitalismus mit Hilfe eines allumfassenden Demokratie-Diskurses zu uniformieren wie in FUKUYAMAS (1989, 1992) »Ende der Geschichte« oder die Blockkonfrontation zu substituieren durch einen vermeintlich heraufziehenden »Kampf der Kulturen« (HUNTINGTON 1996) wurden vielfach kritisch kommentiert und mit einer im Zuge der Globalisierung zunehmenden Polarisierung und Fragmentierung sozialer Ordnungen beantwortet (REUBER/WOLKERSDORFER 2007). Als Begleiterscheinung dieser Entwicklungen werden Risiken und Unsicherheiten in einer an Komplexität gewinnenden Welt zunehmend thematisiert (BECK 2007; GLASZE 2007b). Sie bilden somit das diskursive Substrat aktueller planungswissenschaftlicher Debatten.

Sich ausdifferenzierende Interessen und raumgebundene Identitäten wiederum begünstigen die Entstehung von lokalen und regionalen planungsbezogenen Raumnutzungskonflikten, welche spätestens seit den Eskalationen rund um den Bau des Tiefbahnhofs »Stuttgart 21« über die planungswissenschaftlichen Debatten hinaus in das Bewusstsein einer breiten Öffentlichkeit gelangt sind. Planungstheoretische Auseinandersetzungen der letzten Jahre reagierten darauf mit einer gesteigerten Anstrengung, Komplexität und Unsicherheit analytisch zu fassen, zu verstehen und unter den Vorzeichen der Postmoderne konzeptionell in die Raumplanung einzubinden. Als Metadiskurse zeigen sie sich häufig in ihrer Funktion als Letztbegründung in der Planungswissenschaft. Deren diskursiver Konstitutionscharakter wird hingegen vergleichsweise selten adressiert. Gleichwohl haben diskursanalytische Untersuchungsdesigns unterhalb der Metaebene vereinzelt

eine erhöhte Aufmerksamkeit erfahren. Sie thematisieren dabei vornehmlich die diskursiven Herstellungskontexte für spezifische Sinn- und Bedeutungszusammenhänge in der Planung. So analysierten etwa HESSE und KALTENBRUNNER (2005) den Begriff der »Zersiedelung«, NUISSL und HEINRICHS (2011) untersuchten das Konzept der »Governance« in der Raumplanung, RYDIN (1997) fokussierte auf die diskursive Konzeption einer nachhaltigen Stadtentwicklung und HEALEY (1999) setzte sich mit den Diskursen der ökonomischen Entwicklung und Leistungsfähigkeit in den planungswissenschaftlichen Debatten auseinander. Aus den zunächst sehr unterschiedlichen Erkenntnissen dieser Untersuchungen lassen sich als übergreifende Metadiskurse die mit der Komplexität einhergehenden Risiken und Unsicherheiten als eine dominante thematische Metaebene planungswissenschaftlicher Debatten herauslesen. Darauf basierend wird eine Vielzahl aktueller planungspolitischer Handlungserfordernisse im Rahmen beispielsweise des Klimawandels oder der Nachhaltigkeit und Resilienz formuliert und begründet.

3. Planen in der Postmoderne – Prozesse diskursiver Raumgestaltung

Die kommunikative Wende in den Planungswissenschaften

In Reaktion auf die zunehmend komplexer wahrgenommene Umwelt wird seit den späten 1980er Jahren in den angloamerikanischen Politik- und Planungswissenschaften, und etwas zeitversetzt seit Beginn der 1990er Jahre auch im deutschsprachigen Raum, der sog. *communicative turn* (HEALEY 1992) bzw. *argumentative turn* (FISCHER/FORESTER 1993) wiederkehrend diskutiert. Der Ausgangspunkt war die Kritik am wissenschaftlich-technokratischen Rationalismus, der oft das Ziel einer inkludierenden Planung und demokratischen Raumentwicklung verfehlte (HEALEY 1992). So wurden die eher klassisch-rationalistischen Ansätze von Anpassungs-, Auffang- und Entwicklungsplanung (ALBERS 1993; SELLE 1994) nicht nur als unfähig erachtet, Raumnutzungsansprüche adäquat und konfliktfrei zu adressieren. Sie waren offensichtlich ebenso wenig geeignet, besagte Verwerfungen und Konflikte zu lösen, sobald sich diese äußerten. Als Ausweg sahen Vertreter der argumentativ-kollaborativen Planungstheorie(n) eine Konzentration auf

die alternative Rationalität der Kommunikation. Diese wurde in einer gezielten Fortschreibung der humanistischen Moderne verankert und entwarf damit im Gegensatz zur Prämisse der Kontingenz im Poststrukturalismus einen weiteren – wenn auch zunehmend im Sozialen verorteten – kommunikativen Rationalismus.

In seiner Theorie des kommunikativen Handelns definiert HABERMAS (1995a, 1995b) Rationalität mithin als den Grad des Wahrheitsgehaltes einer Aussage bzw. die Wirksamkeit einer Handlung. Dieser Grad wird anhand von Gültigkeitsbedingungen und Begründungen bestimmt, die wiederum Ergebnisse gesellschaftlicher Aushandlungen sind. Damit seien Aussagen jederzeit legitim kritisierbar dann, wenn die Kritik ebenfalls argumentativ belegt werden könne. Als Referenzrahmen der Aushandlung sieht HABERMAS (1995a: 27) einen transsubjektiven Geltungsanspruch, von ihm auch als objektive Welt bezeichnet: »Eine Äußerung erfüllt die Voraussetzungen für Rationalität, wenn und soweit sie fehlbares Wissen verkörpert, damit einen Bezug zur objektiven Welt, d. h. einen Tatsachenbezug hat, und einer objektiven Beurteilung zugänglich ist.« Das Terrain dieser Äußerungen sieht er im Diskurs, verstanden als kommunikativ-argumentative Verhandlung, wobei die normativ von ihm formulierte Diskursethik eine auf den Diskurs anzuwendende Argumentationsregel darstelle, in der grundlegend anerkannte Gesetzgebungsformeln kristallisierten (HABERMAS 2009).

Mit der kommunikativen Wende erfuhr der Diskursbegriff erstmals prominente Beachtung in den planungswissenschaftlichen Debatten. Oft wurde er dabei im Sinne der Diskursethik nach Habermas interpretiert und entsprechend normativ formuliert. Nicht nur das, was PlanerInnen tun steht im Zentrum der Untersuchungen wie es etwa INNES (1995) beschreibt, sondern ebenfalls wie Planung sein *sollte* im Lichte dieses Paradigmas kommunikativen und kollaborativen Handelns: »What is being invented, in planning practice and planning theory, is a new form of planning, a respectful argumentative form, of planning through debate, appropriate to our recognition of the failure of modernity's conception of ›pure reason‹, yet searching, as Habermas does, for a continuation of the Enlightenment project of democratic progress through reasoned inter-subjective argument among free citizens.« (HEALEY 1992: 160; für die deutschsprachige Debatte vgl. u.a. SELLE 1994) In der Folge dieses Ansatzes wird die

Begrifflichkeit einer diskursiven Planung wiederholt genannt, vorrangig als Synonym für Verhandlung (WIECHMANN 1998) sowie als Sammelbegriff für Kommunikation und Kooperation unter der Bedingung, betroffene Akteure zu beteiligen (MEYER-OLDENBURG 2003). Auf dieser Grundlage entstand eine Reihe sog. diskursiver Verfahren als Handlungsanweisung für die Raumplanung, die RENN und WEBLER (1998) in einem Überblick zusammengestellt haben:

- Anhörungen
- Verhandlungen gesellschaftlich relevanter Akteure
- Mediation
- Zukunftswerkstätten
- Beratungskommissionen mit betroffenen Bürgern
- Bürgerforen
- Konsenskonferenzen.

Die sich ebenfalls bereits in den 1990er Jahren formierende Kritik an diesen frühen Ansätzen der kommunikativen Planung argumentiert aus einer stärker sozialkonstruktivistischen Perspektive und wird von HUXLEY (2000) entlang folgender Diskussionslinien aggregiert:

1. Eine fast unlösbare Aufgabe von PlanerInnen wäre es, in den o.g. Verfahren sicherzustellen, dass die potenziellen und tatsächlichen Kommunikationsteilnehmer strategische, nicht am eigentlichen Diskussionsgegenstand orientierte Positionen der Verhandlung außen vor liessen. Damit verbunden wäre eine ständig nötige Kontrolle der Kommunikation von Seiten der PlanerInnen, womit sie dem Anspruch eines niedrighschwelligigen Austausches in einer Art Wachturm-Position (mit im Zweifel entsprechenden Interventionsmöglichkeiten) zuwiderliefen.

2. Die gesellschaftliche Konstruktion von Geschlecht, Ethnizität, sozioökonomischem Status etc. würden Ungleichheiten konstituieren, die sich auch in Verhandlungen zur räumlichen Entwicklung auswirkten. Da sich diese auf einer der konkreten Sprechsituation übergeordneten Diskursebene manifestieren, sei deren Eliminierung in einschlägigen Partizipationsverfahren kaum möglich.

3. Selbst wenn es dennoch gelänge, eine ideale, mithin zwang- und hierarchiefreie Sprechsituation zu schaffen, bedeutete das noch nicht die Lösung des zur Diskussion stehenden Problems: Das Gegenüber zu verstehen heißt nicht, ihm zuzustimmen.

4. Nicht zuletzt wird insbesondere Habermas eine wenig hilfreiche Machtblindheit vorgeworfen. Macht sei weniger ein zu eliminierendes, destruktives Element des menschlichen Miteinanders, als ein dem Sozialen und also auch Aushandlungsprozessen immanentes Phänomen, das dort ebenfalls konstruktives Potenzial entfaltet.

Die Kritikpunkte mögen laut REUTER (2000, 2004) die Theorie des kommunikativen Handelns nicht direkt treffen, da sie von vornherein als anzustrebendes Ideal, nicht als Befund formuliert wurde. Aus Sicht der zu Beginn dieses Beitrages festgestellten diskurstheoretischen Perspektive ergibt sich gleichwohl ein epistemologisches Dilemma. An dieser Stelle sei Punkt 3 der vorab formulierten Kritik in poststrukturalistischer Lesart aufgegriffen und weitergedacht: Selbst unter der Bedingung der inklusiven und gleichberechtigten Teilnahme aller Betroffenen in den Verhandlungen um die räumliche Entwicklung (mithin uneingeschränkte Partizipation), ist der Wahrheitsanspruch der Aussagen nicht auf einen gesellschaftlichen Universalisierungsgrundsatz (HABERMAS 2009) zurückzuführen. Vielmehr ist davon auszugehen, dass im ›Fluß der Diskurse‹ (JÄGER 1993) unterschiedliche Wirklichkeiten mit ihren jeweils eigenen internen Rationalitätslogiken und ansprüchen parallel existieren, wenn auch nur temporär im Diskurs fixiert und weder ontologisch noch universal.

In der Planungspraxis ist darüber hinaus oft festzustellen, dass schon die genannten Bedingungen der uneingeschränkten Partizipation kaum zu erfüllen sind, was eine Weiterentwicklung der hier als erste Generation zu bezeichnenden Ansätze kommunikativer Planung in Form von Deliberation und Storytelling induzierte.

Deliberation und Storytelling: Fortsetzung der Moderne mit anderen Mitteln?

Bei der unbedingten Beteiligung betroffener und relevanter Akteure in gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen zeigt sich als zentrale Herausforderung der Versuch, Experten- und Fachdiskurse zu demokratisieren (FISCHER 2003). Auf die Raumplanung übertragen könnte es im Sinne strikt deliberativer Politik ein Ansatz sein, PlanerInnen selbst in den Meinungsbildungs- und Lernprozess zu integrieren. Sie sind damit einer Verantwortung für die Ergebnisse unterworfen, da sie nicht mehr nur fachlich-planerisches, mithin vorwiegend technisches Wissen in

den Raum zu transferieren bzw. lediglich die Entscheidungen anderer möglichst effizient zu verwalten haben. Ein weiterer zentraler Aspekt deliberativer Politik ist, dass obgleich PlanerInnen nach wie vor eine demokratische Verhandlungsarena organisieren sollten, sie oder andere ExpertInnen nicht über die ›Richtigkeit‹ von Interessen und Positionen der Beteiligten befinden könnten. Der institutionelle Anspruch einer deliberativ gedachten Politik liegt darin, die Entwicklung einer gemeinsamen ›Sprache‹ in den zu schaffenden Kommunikations-Arenen zu fördern. Oder im Sinne FOUCAULTS (1981) ausgedrückt: Eine Menge von Aussagen in einem übergreifenden Formationssystem zu generieren. Neben der inhaltlichen Dimension der Aussagen sind außerdem die Formationsregeln, nach denen die Inhalte legitim geniert werden können, Gegenstand der Intervention. Darin wird der methodologische Anspruch erkennbar, die Fragen nach dem ›Wer?‹, ›Was?‹ und ›Wie?‹ zu beantworten, um horizontale und vertikale Diskursverknüpfungen herstellen zu können.

Doch auch in der unbedingten Beteiligung aller Betroffenen bleibt das Problem, dass die Aushandlung weder zwingend zu einem Konsens noch zu einem Kompromiss führt. Die Entscheidungsfindung ist jedoch ein dem deliberativen Ansatz implizites Moment, womit er letztlich auch das Element einer normativen und kaum objektivierbaren Entscheidung beinhaltet (LÖSCH 2005). Diesen Umstand bemängelt auch MOUFFE (2000: 105, Hervorh. im Orig.) mit dem Hinweis, »that bringing a deliberation to a close always results from a *decision* which excludes other possibilities and for which one should never refuse to bear responsibility by invoking the commands of general rules or principles.« Habermas' Ausführungen zu seiner Diskursethik direkt konfrontierend, kritisiert KOHN (2000) darüber hinaus, dass auch sprachliche Kompetenzen und damit einhergehende kommunikative Rationalitäten soziale Konstruktionen seien, die Meinungsführungseliten begünstigten. Und tatsächlich hebt ein diskurstheoretisch informierter Blick einige zu beachtende Grundzüge der Deliberation hervor. Aus einer diskurstheoretischen Perspektive wird deutlich, dass die Konsens- und Kompromissfindung im Vordergrund stehen, basierend auf Objektivitäten und handlungsfähigen, dem Diskurs vorgängigen Subjekten. Die Analyse von Bedeutungen und Interessen wird dieser Feststellung folgend als hermeneutisches Projekt des Sinn-Verstehens artikuliert, wobei nicht

zuletzt Macht als Instrument gesehen wird, welches es möglichst zu eliminieren gilt.

Auf diese Punkte stellt auch ROBERTS (2011: 7) ab, wenn er feststellt, dass »[t]hese concerns have led some to suggest that one way forward might be for the deliberative turn to be reconciled with the cultural and narrative turns [...]«. Mit dem Blick auf die Produkte planerischer Beteiligungsprozesse erkennt THROGMORTON (2003), dass »stories« – sprich Narrationen – Bedeutungen konstruieren und fixieren. Letztere ergäben sich dabei aus den kontextbasierten Interpretationen kommunikativer Akte, wobei Kontexte in Erzählungen nicht nur reproduziert, sondern auch herausgefordert und modifiziert werden. Mit der für seine Überlegungen namensgebenden Persuasion, also einer argumentativen Überzeugung, verbindet Throgmorton mit dem Ansatz des Storytelling einen normativen Anspruch. Strategische Narrative seien seiner Meinung nach gezielt in Planungsprozessen zu generieren, um neue Denkmuster zu etablieren, die unter anderem eine Verschiebung von Subjektpositionen ermöglicht. Weiterhin ist im Ansatz des Storytellings wie schon bei der Deliberation ein methodologischer Anspruch zu erkennen: »[T]ake the symbolic level into account – the level where meaning is made, perceptions shape reality, and identities are defined and redefined in the dynamic dance of relationship.« (LEBARON 2002: 7) Die Gefahr eines theoretisch fundierten Rollbacks zur Rationalität modernistischer Prägung besteht hier freilich in der Auslegung der Persuasion als argumentativen Überredungsversuches nach vermeintlich »objektiver Faktenlage«. Diese kann hier beispielsweise im Zuge von normierten Verfahren der Bürgerbeteiligung in Planungsprozessen zum Ausdruck kommen, wobei sie letztlich hegemoniale Diskurse und damit einhergehend bestehende Machtverhältnisse sowie diskursive Ausschlussmechanismen im Sozialen reproduziert (vgl. Kap. 2). Dem wird im Folgenden ein stärker poststrukturalistisch informiertes Konzept von Planung als strategischer Navigation gegenübergestellt.

Die strategische Navigation als Angebot einer poststrukturalistischen Planungstheorie

Unter dem Eindruck der poststrukturalistischen Diskurstheorie geht HILLIER (2007, 2011) davon aus, dass Raum eine relationale Durchgangsstation von tatsächlichen zu potentiellen Welten ist. Sie formuliert damit einhergehend ein planungstheoretisches In-

teresse, welches auf die strategische Entwicklung der genannten potentiellen Welten gerichtet ist. Ihr daraufhin entwickelter Ansatz der strategischen Navigation beinhaltet die Anforderung, soziale und räumliche Relationalitäten in Form bestehender diskursiver Ordnungen zunächst zu identifizieren und diese anschließend experimentell aufzubrechen, um im Ergebnis die Etablierung neuer Relationen zu ermöglichen. Der inhaltliche Fluchtpunkt des so verstandenen strategischen Handelns in der Planung sei dabei aufgrund der rahmengebenden Unsicherheiten und Komplexität weder determiniert noch auf Basis der Vergangenheit prognostizierbar.

Das theoretische Konzept einer strategischen Planung lasse sich laut HILLIER (2007, 2011) im Spannungsfeld unterschiedlicher Ebenen (*planes*) realisieren. Visionen dienen dabei der generellen Orientierung in eine langfristige Zukunft, untersetzt durch kurzfristigere Projekte und Ziele im Bereich des aktuell Möglichen. Seine Stärke entfaltet das Konzept aus einer poststrukturalistischen Perspektive darin, nicht die normativ-inhaltliche Dimension der Planung zu fokussieren, sondern die freigesetzten Kräfteverhältnisse bei der Kartierung der bestehenden Relationen diskursiver Ordnungen. Darin verberge sich gleichsam das Potential einer zukunftsgerichteten Verschiebung von Diskursen, Bedeutungen und Identitäten. In der kartierenden Analyse des Ist-Zustandes materialisiere dieser zunächst als aktuelle räumliche Realität. Werden die darin erkundeten Relationen aufgebrochen und neu verknüpft, entstehen alternative Realitäten als Potentiale einer zukünftigen Raumentwicklung. Hierbei bilden diskursiv konstituierte Masterpläne als Ergebnis rationaler Argumentationslogiken den Angriffspunkt einer strategischen Planung poststrukturalistischer Prägung. Bestehende Relationen der sozialen Ordnung seien offenzulegen, um Potentiale einer Neuformulierung als experimentelles Kartographieren von Möglichkeiten aufzuzeigen. Zu beachten bleibt hierbei allerdings die ideologische Prägung und Kontextualisierung jeglicher planerischer Neuformulierung (vgl. GUNDER/HILLIER 2009). Denn so wenig Bedeutungen und Identitäten in diskurstheoretischer Lesart endgültig fixiert sind, so wenig ist den temporär fixierten diskursiven Strukturen der sozialen Ordnung zu entkommen.

Organisatorischer Kontext: Rolle und Aufgabe von PlanerInnen im Fluss der Diskurse

Mit einem sich verändernden Planungsverständnis ist nicht zuletzt auch die Frage nach einer Neubewertung und Veränderung der Aufgaben und Rollen von PlanerInnen verbunden. Im Zusammenspiel mit den veränderten inhaltlichen Rahmenbedingungen (vgl. Kap. 2) und den Ansätzen, Planung als politischen Prozess und nicht als technische Ingenieursleistung zu fassen, werden auch Rolle und Selbstverständnis von PlanerInnen stetig neu definiert.

FAINSTEIN (2000, 2005) verteidigt etwa das Prinzip der Gerechtigkeit als Leitsatz planerischen Handelns mit dem Ziel, Widersprüche und Meinungsverschiedenheiten auszutarieren. PlanerInnen sollten sich also davor in Acht nehmen, unhinterfragt auf jeweils aktuelle gesellschaftspolitische Trends aufzuspringen und damit Alternativen von vorherein auszublenden. Gleichzeitig haben sie inhaltliche Leitvorstellungen einer gerechten und attraktiven Stadt zu entwickeln. PlanerInnen setzten damit aktiv diskursive Impulse zur Raumproduktion, die in einem partizipativ-kommunikativen Spannungsfeld zur Diskussion gestellt werden.

Im Anschluss an das Konzept des Storytellings bietet es sich weiterhin an, PlanerInnen als ErzählerInnen zu begreifen, »as authors who write *texts* (plans, analyses, articles) that can be read (constructed and interpreted) in diverse and often conflicting ways.« (THROGMORTON 2003: 127, Hervorh. im Orig.) Denn nicht nur dem Sozialen allgemein, sondern auch der Planung im speziellen sei es immanent, Geschichten zu erzählen (SANDERCOCK 2003). Unter der Annahme, dass sich produktiv-strategische Macht durch jegliche Form des Sozialen zieht, droht allerdings die Gefahr, dass PlanerInnen selbst wieder in einen rationalistisch-technokratischen Duktus verfallen. Aus diesem Grund sieht SANDERCOCK (2003) die Aufgabe von PlanerInnen darin, die Rolle spezifischer Narrative im Planungsprozess verstehen zu lernen und kritisch zu hinterfragen. Diese Aufforderung spricht für eine analytisch-dekonstruktivistische Aufgabe, denn in der Dekonstruktion hegemonialer Diskurse liegt der Schlüssel zu deren Verschiebung (FEUSTEL 2015). Damit werden ebenfalls diskursive Brüche deutlich, die auf ganz unterschiedlichen Formationssystemen gründen. Laut DAVY (2008) sollten PlanerInnen die Friktionslinien zwischen den unterschiedlichen Rationalitäten nicht versuchen

zu nivellieren, sondern sie erkunden und die Unterschiede kultivieren. Nur so sei eine progressive Raumgestaltung möglich unter der Maßgabe des »gemeinsam leben in Vielfalt« (SANDERCOCK 2006).

Abschließend bleibt festzuhalten, dass die Diskurstheorie für PlanerInnen weniger einen instrumentellen planungspolitischen Werkzeugkasten bereitstellt, als vielmehr ein erkenntnistheoretisches Fundament aufspannt, auf dem sie die demokratischen Verhandlungsarenen der zukünftigen Raumentwicklung abzustecken in der Lage sind.

4. Möglichkeiten und Grenzen einer diskurstheoretischen Perspektive in der Planungstheorie

Der vorliegende Beitrag befragte die aktuellen planungstheoretischen Debatten nach Spuren der poststrukturalistischen Diskurstheorie mit dem Ziel, die Möglichkeiten und Grenzen einer entsprechenden Verschneidung für die Planungswissenschaften aufzuzeigen. Dabei fiel zunächst auf, dass die Raumplanung in der Diskursforschung allenfalls rudimentär und nur mittelbar über die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung wahrgenommen wird. Die Planungstheorie griff die Diskursforschung ihrerseits hingegen an verschiedenen Stellen sehr viel dezidierter auf. Zum einen warfen diskursanalytisch angeleitete Untersuchungen einen Blick auf die gesellschaftlichen und sozialen Konstitutionsdynamiken einzelner dominanter Schlagwörter in den Planungswissenschaften und ließen die derzeit zentralen Metadiskurse um Unsicherheit, Risiko und Komplexität erkennen. Zum anderen griff insbesondere die prozedurale Planungstheorie Elemente der Diskurstheorie aus einer stärker handlungsorientierten Perspektive auf und entwarf Ansätze, die den Versuch einer erkenntnistheoretischen Positionierung jenseits der Moderne markieren. Im Anschluss an die Konzepte der kommunikativen Planung waren dies insbesondere die Deliberation, das Storytelling und in einer deutlich stärker poststrukturalistischen Haltung die strategische Navigation. Dabei wurde deutlich, dass ein sozialkonstruktivistisches Fundament ein endogenes Potential für die Eröffnung von Handlungsalternativen bereithält, womit eine wesentliche Funktion der Planung adressiert wird. Sie gleicht dann allerdings weniger einer systematischen Entwicklung von Entscheidungsprämissen zur zukünftigen Raumentwicklung als vielmehr

einem Ort wechselseitiger Lernprozesse, des Entwurfs alternativer Bedeutungsangebote auf der symbolischen Ebene der Narration oder einer kritisch-reflexiven Arena der stetigen Herausforderung diskursiver Strukturen und Hegemonien im Sinne der strategischen Navigation.

Die Grenzen der poststrukturalistischen Diskurstheorie wurden hingegen bei deren planungspolitischer Umformulierung in Richtung eines stärker präskriptiven bzw. normativen Handlungsprogramms deutlich. Während planerisches Handeln die Fixierung hegemonialer Diskurse im Raum zur Folge hat, sucht eine poststrukturalistisch informierte Diskurstheorie vielmehr nach den Konstitutionsprinzipien und Regelmäßigkeiten eben dieser Diskurse und fordert sie auf dem entsprechenden erkenntnistheoretischen Fundament der Kontingenz und Unabschließbarkeit von Bedeutung und Identität immer wieder heraus.

Von diesen Erkenntnissen ausgehend kann die Verknüpfung der poststrukturalistischen Diskurstheorie mit der Planungstheorie einerseits den Gegenstand weiterer Untersuchungen sowohl mit einem analytisch-deskriptiven als auch einem explanativen Fokus bilden. Andererseits sind die planungspolitischen Konsequenzen auf der Grundlage dieser Verschneidung stärker in den Blick zu nehmen. Hier schließt sich der Kreis zum Titel des Beitrages, denn »[d]ie im Dunkeln sieht man nicht« (BRECHT 2015: 109) oder mit WITTGENSTEIN (2003: 7) formuliert: »[W]ovon man nicht sprechen kann, darüber muß man schweigen.« Eine Planung mit dem Anspruch der inklusiven und demokratischen Entwicklung von Entscheidungsprämissen zur zukünftigen Raumentwicklung muss sich also sowohl auf der theoretischen als auch auf der praktischen Ebene fragen lassen, wie sich dieses Schweigen brechen ließe.

Literatur

- ALBERS, G. (1993) Über den Wandel im Planungsverständnis. *RaumPlanung*, 1993 (61): 97-103.
- ANGERMÜLLER, J. (2014) Einleitung. Diskursforschung als Theorie und Analyse. Umriss eines interdisziplinären und internationalen Feldes. In: Angermüller, J. et al. (Hrsg.) *Diskursforschung. Ein interdisziplinäres Handbuch*, Band I. Theorien, Methodologien und Kontroversen. Transcript Verlag, Bielefeld.
- BECK, U. (2007) *Weltrisikogesellschaft. Auf der Suche nach der verlorenen Sicherheit*. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M.
- BRECHT, B. (2015) *Die Dreigroschenoper*. Suhrkamp Verlag, Frankfurt a.M.
- DAVY, B. (2008) Plan it without a Condom! *Planning theory*, 7 (3): 301-17.
- DZUDZEK, I. et al. (2009) Verfahren der lexikometrischen Analyse von Textkorpora. In: Glasze, G. und Mattissek, A. (Hrsg.) *Handbuch Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung*. transcript, Bielefeld.
- FAINSTEIN, S.S. (2000) New Directions in Planning Theory. *Urban affairs review*, 35 (4): 451-78.
- FAINSTEIN, S.S. (2005) Cities and Diversity: Should We Want It? Can We Plan For It? *Urban affairs review*, 41 (1): 3-19.
- FEUSTEL, R. (2015) *Die Kunst des Verschiebens. Dekonstruktion für Einsteiger*. Verlag Wilhelm Fink, Paderborn.
- FISCHER, F. (2003) *Reframing Public Policy. Discursive Politics and Deliberative Practices*. Oxford University Press, New York.
- FISCHER, F.; FORESTER, J. (1993) (Hrsg.) *The Argumentative Turn in Policy Analysis and Planning*. Duke University Press, Durham.
- FOUCAULT, M. (1981) *Archäologie des Wissens*. Suhrkamp Verlag, Frankfurt a.M.
- FOUCAULT, M. (2005) *Dits et Ecrits. Schriften. Vierter Band*. Suhrkamp Verlag, Frankfurt a.M.
- FUKUYAMA, F. (1989) The End of History? *The National Interest*, 16 (Summer 1989): 3-18.
- Fukuyama, F. (1992) *The End of History and the Last Man*. Free Press, New York.
- GLASZE, G. (2007a) Vorschläge zur Operationalisierung der Diskurstheorie von Laclau und Mouffe in einer Triangulation von lexikometrischen und interpretativen Methoden. *Forum Qualitative Sozialforschung*, Berlin.

- GLASZE, G. (2007b) (Un-)Sicherheit und städtische Räume. In: Gebhardt, H. et al. (Hrsg.) *Geographie. Physische Geographie und Humangeographie*. Elsevier. Spektrum Akademischer Verlag, München.
- GLASZE, G.; MATTISSEK, A. (2009a) (Hrsg.) *Handbuch Diskurs und Raum: Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung*. transcript, Bielefeld.
- GLASZE, G.; MATTISSEK, A. (2009b) Die Hegemonie- und Diskurstheorie von Laclau und Mouffe. In: Glasze, G. und Matissek, A. (Hrsg.) *Handbuch Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung*. transcript, Bielefeld.
- GLASZE, G.; MATTISSEK, A. (2014) Diskursforschung in der Humangeographie. In: Angermüller, J. et al. (Hrsg.) *Diskursforschung. Ein interdisziplinäres Handbuch. Band 1: Theorien, Methodologien und Kontroversen*. Transcript, Bielefeld.
- GUNDER, M.; HILLIER, J. (2009) *Planning in Ten Words or Less: A Lacanian Entanglement with Spatial Planning*. Ashgate Publishing.
- HABERMAS, J. (1995a) *Theorie des kommunikativen Handelns. Band 1: Handlungsrationalität und gesellschaftliche Rationalisierung*. Suhrkamp Taschenbuch Verlag, Frankfurt a.M.
- HABERMAS, J. (1995b) *Theorie des kommunikativen Handelns. Band 2: Zur Kritik der funktionalistischen Vernunft*. Suhrkamp Taschenbuch Verlag, Frankfurt a.M.
- HABERMAS, J. (2009) *Diskursethik*. Suhrkamp, Frankfurt a.M.
- HEALEY, P. (1992) Planning through Debate. The Communicative Turn in Planning Theory. *Town Planning Review*, 63 (2): 143-62.
- HEALEY, P. (1999) Sites, Jobs and Portfolios: Economic Development Discourses in the Planning System. *Urban Studies*, 36 (1): 27-42.
- HESSE, M.; KALTENBRUNNER, R. (2005) Zerrbild «Zersiedelung». Anmerkungen zum Gebrauch und zur Dekonstruktion eines Begriffs. *disP-The Planning Review*, 41 (160): 16-22.
- HILLIER, J. (2007) *Stretching Beyond the Horizon. A Multiplanar Theory of Spatial Planning and Governance*. Aldershot, Ashgate Publishing.
- HILLIER, J. (2011) *Strategic Navigation across Multiple Planes: Towards a Deleuzean-Inspired Methodology for Strategic Spatial Planning*. *Town Planning Review*, 82 (5): 503-27.
- HUNTINGTON, S.P. (1996) *The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order*. Simon and Schuster, New York.
- HUXLEY, M. (2000) The Limits to Communicative Planning. *Journal of Planning Education and Research*, 19 (4): 369-77.
- INNES, J.E. (1995) *Planning Theory's Emerging Paradigm: Communicative Action and Interactive Practice*. *Journal of Planning Education and Research*, 14 (4): 183-89.
- JÄGER, S. (1993) *Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung*. DISS, Duisburg.
- KOHN, M. (2000) *Language, Power, and Persuasion: Toward a Critique of Deliberative Democracy*. *Constellations*, 7 (3): 408-29.
- LEBARON, M. (2002) *Bridging troubled Waters: Conflict Resolution from the Heart*. Jossey-Bass, San Francisco.
- LÖSCH, B. (2005) *Deliberative Politik. Moderne Konzeptionen von Öffentlichkeit, Demokratie und politischer Partizipation*. Westfälisches Dampfboot, Münster.
- LYOTARD, J.-F. (1986) *Das postmoderne Wissen. Ein Bericht*. Edition Passagen, Wien.
- MATTISSEK, A.; REUBER, P. (2004) Die Diskursanalyse als Methode in der Geographie – Ansätze und Potentiale. *Geographische Zeitschrift*, 92 (4): 227-42.
- MEYER-OLDENBURG, T. (2003) *Planen im Diskurs: Konfliktmanagement und Kooperation am Beispiel der kommunalen Landschaftsplanung*. Dortmund Vertrieb für Bau- und Planungsliteratur, Dortmund.
- MOUFFE, C. (2000) *The Democratic Paradox*. Verso, New York, London.
- NUISSEL, H. und HEINRICHS, D. (2011) Fresh Wind or Hot Air - Does the Governance Discourse have Something to offer to Spatial Planning? *Journal of Planning Education and Research*, 31 (1): 47-59.
- RENN, O.; WEBLER, T. (1998) Der kooperative Diskurs - Theoretische Grundlagen, Anforderungen, Möglichkeiten. In: Renn, O. et al. (Hrsg.) *Abfallpolitik im kooperativen Diskurs: Bürgerbeteiligung bei der Standortsuche für eine Deponie im Kanton Aargau*. Vdf Hochschul-Verlag an der ETH, Zürich.
- REUBER, P.; WOLKERSDORFER, G. (2001) (Hrsg.) *Politische Geographie. Handlungsorientierte Ansätze und Critical Geopolitics*. Selbstverlag des Geographischen Instituts der Universität Heidelberg, Heidelberg.
- REUBER, P.; WOLKERSDORFER, G. (2007) *Raum und Macht: Geopolitik des 21. Jahrhunderts*. In: Gebhardt, H. et al. (Hrsg.) *Geographie. Physische Geographie und Humangeographie*. Elsevier. Spektrum Akademischer Verlag, München.
- REUTER, W. (2000) Zur Komplementarität von Diskurs und Macht in der Planung. *disP-The Planning Review*, 36 (141): 4-16.
- REUTER, W. (2004) *Planung und Macht. Positionen im theoretischen Diskurs und ein pragmatistisches Modell von Planung*. In: Altrock, U. et al. (Hrsg.) *Perspektiven der Planungstheorie*. Leue Verlag, Berlin.
- ROBERTS, T. (2011) *Embracing Conflict: The Deliberative Storytelling Workshop*. unveröffentl. Arbeitspapier, Planning / Conflict: Critical Perspectives on Contentious Urban Developments, Berlin.
- RUOFF, M. (2009) *Foucault-Lexikon*. Wilhelm Fink Verlag, Paderborn.
- RYDIN, Y. (1997) *Urban Sustainability: Discourses, Networks and Policy Tools*. *Progress in Planning*, 41 1-74.

- SANDERCOCK, L. (2003) *Cosmopolis II: Mongrel cities of the 21st century*. Continuum International Publishing Group, New York, London.
- SANDERCOCK, L. (2006) *Cosmopolitan Urbanism: A Love Song to Our Mongrel Cities*. In: Binnie, J. et al. (Hrsg.) *Cosmopolitan Urbanism*. Routledge, New York.
- SELLE, K. (1994) *Was ist bloß mit der Planung los? Erkundungen auf dem Weg zum kooperativen Handeln*. Institut für Raumplanung IRPUD, Fakultät Raumplanung, Universität Dortmund, Dortmund.
- THROGMORTON, J.A. (2003) *Planning as Persuasive Storytelling in a Global-Scale Web of Relationships*. *Planning theory*, 2 (2): 125-51.
- VAN DIJK, T.A. (2011) *Preface*. In: Van Dijk, T. A. (Hrsg.) *Discourse Studies. A Multidisciplinary Introduction*. Sage Publications, London, Thousand Oaks.
- WIECHMANN, T. (1998) *Vom Plan zum Diskurs? Anforderungsprofil, Aufgabenspektrum und Organisation regionaler Planung in Deutschland*.
- WITTGENSTEIN, L. (2003) *Logisch-philosophische Abhandlung. Tractatus logico-philosophicus*. Suhrkamp Verlag, Frankfurt a. M.
- WOLKERSDORFER, G. (2001) *Politische Geographie und Geopolitik zwischen Moderne und Postmoderne*. Selbstverlag des Geographischen Instituts der Universität Heidelberg, Heidelberg.
- WUCHERPFENNIG, C.; FLEISCHMANN, K. (2008) *Feministische Geographien und geographische Geschlechterforschung im deutschsprachigen Raum*. *ACME: An International E-Journal for Critical Geographies*, 7 (3): 350-76.



Umschau

pnd | online
www.planung-neu-denken.de



REviewed

Landesgartenschauen als Format der Entwicklung von Mittelstädten

– das Beispiel der Landesgartenschau Gießen 2014



Dr. Christian Diller ist
Professor für kommunale und
regionale Planung am Institut
für Geographie der Justus-
Liebig-Universität Gießen.

Der Beitrag wurde in einem
offenen Verfahren durch
pnd|online REviewed.

Zusammenfassung

Im ersten Teil dieses Beitrags wird zunächst ein Abriss über die Debatte zur ereignisorientierten Stadtentwicklung gegeben, woraus Fragen für die weitere Betrachtung abgeleitet werden. Danach werden das Format der Landesgartenschauen in Deutschland und dazu vorliegende Untersuchungen vorgestellt. Im zweiten Teil werden Ergebnisse eigener begleitender Untersuchungen der Landesgartenschau Gießen dargelegt. Dabei steht der Planungs- und Beteiligungsprozess im Vordergrund und es werden Erkenntnisse zu den Wirkungen der Landesgartenschau vorgestellt. Im dritten Teil werden die Ergebnisse diskutiert und der weitere Forschungsbedarf formuliert.

1. Landesgartenschauen als Format ereignisorientierter Stadtentwicklung

1.1 Prolog: Landesgartenschauen – Eventimpulse für die Provinz

Die Literaturrecherche im Katalog der Deutschen Nationalbibliothek ergibt eine Überraschung: Unter den 76 Einträgen zum Stichwort »Landesgartenschau« finden sich fünf Krimis, in denen Landesgartenschauen die lokale Kulisse bilden: Die Landesgartenschau (Laga) im pfälzischen Landau droht zu scheitern als auf ihrem Gelände zwei Skelette entdeckt werden und auch noch der Ermittler der die Gartenschau in die Stadt gebracht hatte stirbt (BÖHM 2015); dazu kommt noch eine Ex-

plosion auf dem Landesgartenschauengelände (SCHNEIDER 2014). Auch in Bamberg werden vor der Eröffnung der Laga auf dem Gelände schlagzeilenträchtige Leichenteile gefunden, aber »Die Einheimischen sind harte Knochen, die gehen trotzdem hin. Wenn sie überhaupt mitkriegen, dass wir eine Landesgartenschau haben« (SCHMÖE 2012: 18). Und auch in Norderstedt inspirierte die Laga zu zwei Krimis: Der Roman »Morderstedt« »...erfüllt das Gartenschauversprechen der Nachhaltigkeit mit einer wortwitzigen Grotteske über ernsthafte Amtstätigkeit und investigativen Provinz-Journalismus« (WALITZEK/POOST 2013). Auch hier wird auf dem Grundstück eines Landesgartenschauengeländes eine Leiche gefunden (WEISSMANN 2011).

Diese Impressionen aus neuen Kriminalromanen zeigen: Landesgartenschauen sind offensichtlich ein Ereignis, das für Mittelstädte und kleine Großstädte hohe Bedeutung haben kann. Und mit den Schlagworten aus diesen Kriminalromanen sind bereits einige zentrale Begriffe markiert, die bei Landesgartenschauen eine Rolle spielen: Politik, Verwaltung, Störung der Vorbereitungen, Provinzpresse, Nachhaltigkeit.

1.2 Zur Entwicklung von Landesgartenschauen in Deutschland

Gartenschauen sind direkte Nachfolger der erstmals in Gent 1809 veranstalteten Blumenschauen. Die erste deutsche Gartenbauausstellung wurde 1869 in Hamburg durchgeführt (SEEMANN 1992: 3). In den 1920er Jahren wurden allmählich die Stadtverwaltungen zum wichtigen Mitorganisator. 1949 gab es in Landau die erste Gartenbauausstellung nach dem Krieg, die erste Bundesgartenschau (BUGA) fand 1951 in Hannover, die erste Internationale Gartenschau (IGA) 1953 in Hamburg statt. Bundesgartenschauen werden im Zweijahresrhythmus durchgeführt, alle zehn Jahre mit der IGA zusammen. Bislang wurden in der Bundesrepublik Deutschland 26 Bundesgartenschauen und sieben Internationale Gartenschauen (davon vier in Hamburg) durchgeführt.

Abb. 1 zeigt die Gartenschauen, die bislang in Deutschland durchgeführt wurden (vgl. BUNDESGARTENSCHAU 2015; LANDESGARTENSCHAU 2015). Nordrhein-Westfalen war 1970 das erste Bundesland, das das Format der Bundesgartenschauen durch eigene Landesgartenschauen ergänzte, Baden-Württemberg und Bayern folgten 1980. Baden-Württemberg hatte von Anfang an den dichtesten Takt: Hier findet jährlich eine Landesgartenschau statt, wobei sich seit 2001 Große und Kleine (»Grünprojekte«) Landesgartenschauen abwechseln.

Bayern nahm diesen Jahresrhythmus 1989 mit einem Wechsel von Großer und Kleiner Landesgartenschau auf. NRW ist das einzige Bundesland mit einer dezentralen Laga in mehreren Städten und richtete zudem eine Landesgrenzen übergreifende Laga aus. Die kleineren Bundesländer begannen erst um das Jahr 2000 mit der Durchführung von Landesgartenschauen, diese fanden in drei- oder vierjährigen Abständen statt, wobei der Rhythmus nicht immer konstant ist. Mecklenburg-Vorpommern hat bislang erst eine Laga durchgeführt, die drei Stadtstaa-

ten und das Saarland trugen bislang noch keine Laga aus. Insgesamt wurden damit in Deutschland bis 2015 in 35 Jahren 117 Landesgartenschauen durchgeführt, weitere 22 sind für die Zukunft bereits vergeben.

In Hessen wurde 1994 in Fulda die erste Laga durchgeführt, danach in Hanau 2002, Bad Wildungen 2006, Bad Nauheim 2010 und Gießen 2014 als bislang letzter Station; für 2018 ist die Laga nach Bad Schwalbach vergeben. Ähnlich wie in Niedersachsen zeigt sich in Hessen eine gewisse Häufung der Landesgartenschauen in den Kurorten, die so in den anderen Bundesländern nicht zu finden ist.

Im Laufe der Zeit haben Gartenschauen eine kontinuierliche Maßstabsvergrößerung erfahren: Von der Präsentation der einzelnen Pflanze für den Gartennutzer, über künstlerisch wertvollere Gesamtanlagen bis hin zu einem Ansatz der umfassenden Umgestaltung der grünen und z. T. sonstigen Infrastruktur einer Stadt (SEEMANN 1992: 4). Die zunehmende Professionalisierung der Durchführung ist augenscheinlich: nicht selten werden Managements von Gartenschau zu Gartenschau exportiert.

1.3 Festivalisierung der Stadt- und Regionalpolitik – Stand der Diskussion

Die Fachdebatte um die Festivalisierung der Stadt- und Regionalpolitik wurde in Deutschland in den 1990er Jahren vor allem durch den Band von HÄUSSERMANN/SIEBEL (1993) forciert und entwickelte sich in den nächsten Jahren beeinflusst durch die intensive Auseinandersetzung mit der EXPO-2000 in Hannover (MÜLLER/SELLE 2002) – vermutlich das am besten erforschte Beispiel ereignisorientierter Stadt- und Regionalentwicklung – weiter. In der planungstheoretischen Debatte über den Begriff »Formate der Aufmerksamkeit« (HOHN et al. 2014) lassen sich Landesgartenschauen in die Kategorie »Formate der Festivalisierung« zusammen mit größeren Gartenschauen, EXPOS, Fußballwelt- und -europameisterschaften und Olympischen Spielen einordnen. Im Gegensatz dazu stehen »Formate der Innovation« (z. B. Wost, MORO), zudem existieren Mischformen beider Grundtypen (z. B. Europäische Kulturhauptstädte, Internationale Bauausstellungen und die REGIONALEN in NRW).

Die Formate der Festivalisierung haben in diesem Formatkanon zwar einen relativ geringen Innovationsanspruch, weisen aber eine starke Orientierung am breiten



Abb. 1: Gartenschauen in Deutschland
 Quelle: eigene Darstellung; Informationsgrundlagen <http://bundesgartenschau.de/buga-iga.html> (15.09.2015); <https://de.wikipedia.org/wiki/Landesgartenschau> (15.09.2015)

Gartenschauen mit Ort und Jahr

bis 2015 ab 2016

- Stuttgart ● Berlin **Internationale Gartenbauausstellung, Internationale Gartenschau**
- Köln ● Erfurt **Bundesgartenschau**
- Hof ● Eutin **Landesgartenschau**
- Cham ● Lahr **Grünprojekt (Baden-Württemberg), Kleine Landesgartenschau (Bayern)**

- 1 Mülheim a. d. Ruhr 1992
- 2 Bad Rappenau 2008
- 3 Eppingen 2021
- 4 Nordheim 2003
- 5 Heilbronn 2019
- 6 Heilbronn 1985
- 7 Öhningen 2016
- 8 Schwäbisch Hall 1982
- 9 Pforzheim 1992
- 10 Mühlacker 2015
- 11 Bietigheim-Bissingen 1989
- 12 Sindelfingen 1990
- 13 Böblingen 1996
- 14 Stuttgart 1993
- 15 Stuttgart 1961, 1977
- 16 Ostfildern 2002
- 17 Plochingen 1998
- 18 Rechberghausen 2009
- 19 Remstal 2019
- 20 Schwäbisch Gmünd 2014

* Havelregion (Brandenburg an der Havel, Premnitz, Rathenow, Amt Rhinow, Havelberg)
 ** Dezentrale Landesgartenschau NRW (Düsseldorf, Jüchen, Monheim, Mönchengladbach, Willich, Krefeld)
 Quellen: <http://bundesgartenschau.de/buga-iga.html> (15.09.2015), <https://de.wikipedia.org/wiki/Landesgartenschau> (15.09.2015)
 Kart.: Inst. f. Geogr., JLU Gießen

Publikum auf. Mit ihnen wird mittlerweile regelmäßig versucht, nicht nur kurzfristig öffentliche Aufmerksamkeit auf die Städte zu lenken und einen Imagegewinn zu erreichen, sondern ebenfalls eine langfristige Aufbruchstimmung zu befördern, aus der heraus im großen Umfang gebaute Ergebnisse für eine nachhaltige Stadtentwicklung geschaffen werden. Die Grundidee der festivalisierten Stadtentwicklungspolitik ist, dass durch die zeitliche Fokussierung auf ein Ereignis Kräfte gebündelt und damit zusätzliche Synergieeffekte erzielt werden. Durch dieses »Eigendoping« (HÄUSSERMANN/SIEBEL 1993: 21f) werden Kräfte aktiviert, die ansonsten brach lägen. Zudem werden bei Ereignissen mit überörtlicher Ausstrahlung häufig Fördermittel akquiriert, in deren Genuss Kommunen ansonsten nicht kämen. Die Frage der systematischen Einbettung der Großereignisse tritt immer mehr in den Vordergrund. Meist werden eigene Trägerformen dafür entwickelt, in denen Gebietskörperschaften nur noch einen von vielen Partnern darstellen, dadurch soll privates Kapital mobilisiert werden.

Stadtentwicklung durch Festivals zielt als eine Form der »Planung durch Projekte« nicht nur auf die Entwicklung der physischen Stadtstruktur, sondern auch auf die Veränderungen der Werte, Denk- und Verhaltensweisen der Politik und der Bürger (HÄUSSERMANN et al. 2008: 260). Folgende Wirkungen werden Ansätzen festivalisierter Stadtentwicklung zugeschrieben:

■ **Auswirkungen auf die physische Stadtentwicklung:** Dies sind in der Regel die am einfachsten sichtbaren Effekte: Das Event dient der Durchführung z. T. sehr großer Infrastrukturmaßnahmen (vor allem aus dem Verkehrsbereich) und zur Aufwertung des Stadtbildes, oder der grundlegenden Neuausrichtung der Stadtentwicklung. Die infrastrukturelle Modernisierung der Stadt München im Zuge der Olympischen Spiele 1972 oder im Falle Barcelonas 1992 (GARCIA 1993) die Öffnung der Stadt zum Meer sind unbestritten Zäsuren in der Stadtentwicklung, die ohne das Ereignis gar nicht oder zumindest nicht so realisiert worden wären. Die Frage der Folgenutzung z. B. großer Stadien wird zumindest in Europa stärker bedacht, wie die deutlich intensivierten Überlegungen zur regionalen Akzeptanz und zur Nachnutzung der Gelände bei der EXPO-Hannover 2000 im Vergleich zur EXPO 1992 Sevilla zeigen (EHRENBERG/KRUSE 2000).

■ **Ökonomische Auswirkungen:** Diese sind so weit verzweigt, dass sie kaum alle erfasst werden können. Gleichwohl erscheinen zumindest die zeitnahen Effekte der Ereignisse messbar: So kommt eine Rechnung zu dem Ergebnis, dass die EXPO Hannover in den Jahren 1999 bis 2000 immerhin 0,7 - 0,8% der Wertschöpfung des Landes Niedersachsen ausmachte (REVILLA-DIEZ/KRAMER 2001: 278). Betroffen sind Bauindustrie, Tourismusbranchen, Kultursektoren und über Multiplikatoreffekte auch andere Wirtschaftszweige (KÖNIGSHOFER 2008: 45; SELLE 2002b: 161). Deutlich schwieriger ist die Frage nach den nachhaltigen Wirtschaftseffekten zu beantworten: etwa durch Betriebsansiedlungen auf den Ausstellungsgeländen oder durch den ereignisbedingten Imagegewinn der Stadt, der sich vor allem auf den Tourismus auswirkt. Die weltweite dauerhafte Strahlkraft von Events auf Unternehmensansiedlungen wird vermutlich ebenso eher überschätzt wie die dauerhafte Belebung des regionalen Arbeitsmarktes (SELLE 2002b: 179). Was den Tourismus angeht ist umstritten, ob Events alleine zu wiederholten Besuchen der Städte führen oder nicht vielmehr ohnehin geplante Besuche nur »vorgezogen« werden. Zum Teil nachweisbar ist auch, dass Städte im Jahr nach dem Event sogar einen Einbruch in den Besucherzahlen erleiden. Gegengerechnet werden müssen zudem auch Substitutions- und Verdrängungseffekte, wenn z. B. bestimmte Touristengruppen durch das Event eher abgeschreckt werden. Wie Events das nachhaltige Image von Städten langfristig verändert haben, dafür gibt es keine verlässlichen Untersuchungen, die vermutete Imageverbesserung kann selbst Teil der Legenden um das Event sein.

■ **Sozialräumliche Auswirkungen und Überlastungserscheinungen:** Festivalisierte Stadtpolitik kann schließlich auch zu Störungen und Überhitzungserscheinungen in den betroffenen Städten mit negativen sozialen Auswirkungen führen. Die Befürchtungen durch Überlastungen während des Events treten z. T. deshalb nicht ein, weil die angestrebten Besucherzahlen bei weitem unterschritten werden, wie bei der EXPO Hannover. Diskutiert werden dabei häufig die Belastungen während der Bauphase also vor allem die negativen Auswirkungen in Form von gestiegenen Mieten, Segregations- und Gentrification-Prozesse (HÄUSSERMANN et al. 2008). Das Beispiel Barcelona 1992 macht die Problematik der Zurechnung sowohl der positiven (Öffnung der Stadt zum Meer) als

auch der negativen Aspekte (Immobilienpreisentwicklung) deutlich (EHRENBERG/KRUSE 2000). »Harte« Nachweise für die negativen sozialräumlichen Auswirkungen werden dabei allerdings relativ selten geliefert, obgleich dies methodisch z. T. durchaus möglich wäre (z. B. AHLFELD/MAENNIG 2008: 234f).

■ **Kosten-Nutzen-Relationen:** Der direkte finanzielle Erfolg des Ereignisses stellt nicht die Hauptmotivation dar und spielt letztlich in den Diskussionen nur eine untergeordnete Rolle (KÖNIGSHOFER 2008: 38). Es gibt sowohl Events mit großem finanziellen Erfolg und geringen Impulsen für die Stadtentwicklung (Olympische Spiele Los Angeles 1984) als auch den umgekehrten Fall (Olympische Spiele München 1972, vgl. KÖNIGSHOFER 2008: 38). Gleichwohl halten die Promotoren der Events in der Regel an der betriebswirtschaftlichen »Schwarzen Null« fest. Um das Event politisch akzeptabel zu gestalten, werden auch angestrebte Besucherzahlen »schöngerechnet«. Die EXPO Hannover ist ein Paradebeispiel für die Irrationalität dieser Denk- und Handlungsweise. Die als betriebswirtschaftlich erforderlich angesetzte Besucherzahl wurde nur zu 50% realisiert. Ein Erreichen der angestrebten Besucherzahl hätte jedoch zu erheblichen logistischen Problemen und möglicherweise eher zu einem Imageschaden für die EXPO-Veranstalter geführt (SELLE 2002a: 74; MÜLLER et al. 2002: 133). Die Gesamtausgaben für das Event stehen in der Regel in keiner Relation zu den vergleichsweise geringen direkten Einnahmen. Wenn überhaupt, dann werfen die Events den größten Nutzen vor oder nach dem Event ab. Eine umfassende regionalwirtschaftliche Nutzen/Kostenbilanz wird jedoch nur selten durchgeführt und ist auch alleine aufgrund der Vielfalt möglicher Wirkungen, aber auch der in der Regel komplizierten Finanzierungsmodelle gar nicht möglich. Nutzen und Lasten fallen an völlig verschiedenen Stellen an und werden von Akteuren völlig unterschiedlich beurteilt (MÜLLER/SELLE 2002: 16), entsprechende Streits sind in der Regel unentscheidbar (SELLE 2002b: 205ff). Noch komplizierter wird die Debatte, wenn die Opportunitätskosten berücksichtigt werden: Gehen die kommunalen Gelder damit nicht für andere dringender benötigte Dinge verloren, wie etwa Ausgaben für die soziale Infrastruktur? Events stellen eine »Subventionsumlengungsmechanik« (HÄUSSERMANN/SIEBEL 1992: 16) dar. Schließlich ist mit der Festivalisierungspolitik auch immer die Gefahr der reinen Symbolpolitik verbunden und es droht ein Nullsummenspiel. Wenn es für alle Kom-

munen zur Pflicht wird sich zu inszenieren, verpufft der Imageeffekt im interkommunalen Wettbewerb letztlich ohne Mehrwert.

■ **Politische Auswirkungen und Akzeptanz:** In der Zeit des Events wird Aufmerksamkeit auf die Städte gelenkt, die von politischen Interessengruppen als Plattform der Selbstdarstellung und Akzeptanzsicherung ihrer Politik genutzt werden kann. Das Event schafft ansonsten nicht vorhandene politische Kohärenz (HÄUSSERMANN et al. 2008: 263) und stellt vor allem ein Mittel der Selbstmobilisierung der politischen Administration dar (HÄUSSERMANN/SIEBEL 1993: 22). Im günstigsten Fall stärken die Events auch die Identifizierung der Bevölkerung mit ihrer Stadt (KÖNIGSHOFER 2008: 50). Das unvermeidbare Pendant zum »Eigendoping« kann der »Kater danach« sein, der dazu führt, dass sich die kommunalen Akteure erholen müssen und dadurch erforderliche Aktivitäten der Stadtentwicklung vernachlässigt werden. Der Prozess des Events ist in der Regel Top-down initiiert; zumindest gab es noch nie ein Beispiel für eine soziale Bewegung von unten, die eine Stadtregierung zu einem Mega-Event gebracht hätte. Gleichwohl haben ereignisorientierte Stadtentwicklungsansätze partizipative Elemente ausgebaut. Die EXPO Hannover war hier seinerzeit sicherlich beispielgebend: zum einen durch den regional-dezentralen Ansatz, zum anderen durch relativ forcierte Bürgerbeteiligungsaktivitäten (MÜLLER et al. 2002: 132; SELLE 2002b: 182). Bis in die 1990er Jahre scheute die Politik jedoch vor allem die frühzeitige Einbindung der Bevölkerung in die Frage des »ob«. Die Abstimmungen zur EXPO in Wien/Budapest und zu den Olympischen Spielen in Hamburg und Berlin zeigen, dass zumindest für die obere Liga der Events in Metropolen ein gewisses politisches Umdenken stattgefunden hat (KÖNIGSHOFER 2008: 39). Durch solche plebiszitären Elemente kann es der Politik gelingen, auch die Risiken eines solchen Events (Schuldenberg, nicht nachnutzbarer Infrastruktur, bloße Inselwirkungen [HÄUSSERMANN et al. 2008: 264]) auf breitere Schultern zu verlagern.

Somit bleiben auch für die wissenschaftliche Diskussion für stadtentwicklungsorientierte Events meist auch am Ende noch Fragen offen: Was wird in die Bilanz aufgenommen? Wie weit sollen Wirkungen erfasst werden? Soll der alternative Mitteleinsatz berücksichtigt werden? Was ist messbar und belegbar? Wie ist es zu bewerten? Was ist außergewöhnlich? Was ist durch das Event bewirkt? War das nur so möglich?

Während die ersten dieser Fragen typische generelle Probleme von Evaluationen darstellen sind die drei letzten Fragen spezifisch für Projekte der ereignisorientierten Stadtentwicklung. Sie werden von ihren Protagonisten vor allem damit begründet, dass durch die zeitlich begrenzte Bündelung aller Kräfte sich innovative Projekte realisieren lassen, die ansonsten zumindest in diese Form nicht durchführbar gewesen wären. Oft wird der »Vorzieheffekt« mit dem »Event-Effekt« gleichgesetzt (MÜLLER et al. 2002: 123). Die genauere Betrachtung z. B. der EXPO Hannover zeigt jedoch, dass diese These oft nicht belegbar ist bzw. die Forschung hier auf subjektive Experteneinschätzungen angewiesen ist: Nur wenige der gebauten Ergebnisse wären ohne das Event überhaupt nicht realisierbar. Häufig wären die Projekte grundsätzlich auch so entstanden. Nicht selten handelt es sich um alte Projekte, die in Schubläden verschwanden und insofern auch nur bedingt innovativ sind. Wie die Projekte durch den Kontext des Events modifiziert wurden und wie viel schneller sie kamen, kann oft nicht verlässlich beurteilt werden (MÜLLER/SELLE 2002: 16). Kritiker bemängeln zudem häufig, dass gerade durch den Kontext des Events im Entscheidungsdruck Projekte realisiert werden, die ansonsten Qualitätsmaßstäben nicht gerecht würden, sie entziehen sich z. T. Maßstäben der fachlichen und politischen Kontrolle (HÄUSSERMANN/SIEBEL 1993: 22).

Bedingt vermutlich auch durch die relativ geringe Anzahl vergleichbarer Events hat sich die Forschung mit generalisierenden Aussagen zum Verlauf der Akzeptanz von Events in der Stadtentwicklung zurückgehalten. Plausibel ist sicherlich eine gewisse Phasenbildung: Euphorie durch die Jahrhundertchance – Ernüchterung bei der Konkretisierung – Anpassungen und Abstriche – Lückenfüllen und Durchhalten (SELLE 2002b: 175). Ohne dass diese durch systematische Vergleiche belegt ist, lässt sich auch die Hypothese aufstellen: Die Akzeptanz für ereignisorientierte Entwicklungsansätze ist in Städten, die sich ohnehin im Fokus des Tourismus befinden und Überlastungsprobleme aufweisen, wie Venedig (KRÄMER-BADONI 1993), oder die sich nach Umbruchsituationen objektiv oder zumindest den kollektiven Erwartungen nach in einer stabilen Aufschwungphase befinden, eher gering, wie die Ablehnungen der EXPO 1995 in Wien/Bratislava (SCHIMAK 1993) oder der Olympischen Spiele 2000 in Berlin zeigen – beides Städte, die nach dem Fall des Eisernen Vorhangs ohnehin im Brennpunkt

der Erwartungen standen. Die Zeichen für eine Akzeptanz des Events stehen dagegen günstig, wenn die damit verbundenen Wachstumserwartungen noch nicht als Wachstumsbelastungen empfunden werden wie etwa im Falle München 1972 (GEIPEL et al. 1993).

Betrachtet man die Debatte um ereignisorientierte Stadtentwicklung im längeren Zeitrahmen, so lässt sich insgesamt zumindest in der Wissenschaft, z. T. aber auch in der Praxis eine gewisse Ernüchterung feststellen. Ereignisorientierung scheint insgesamt mittlerweile eher eine Strategie für die weniger bekannten Städte zu sein, wie besonders das Format der EXPOS zeigt, wo Bemühungen in den Landeshauptstädten stärker von der Bevölkerung abgelehnt wurden (z. B. Wien/Budapest) dagegen in regionalen Zentren (Sevilla, Hannover) durchgeführt wurden (KÖNIGSHOFER 2008: 37). Damit rücken auch Städte aus der zweiten, dritten und gar vierten Liga der Städtehierarchien in den Betrachtungsfokus, Gartenschauen stellen ein mögliches Event für diese Städte dar.

1.4 Wirkungen von Landesgartenschauen als Format ereignisorientierter Stadtentwicklungspolitik für Mittelstädte und kleine Großstädte

Die Debatte um ereignisorientierte Stadt- und Regionalentwicklung stellt die Metropolen in den Vordergrund, wie bei den meisten Themen sind hier Klein- und Mittelstädte bzw. kleine Großstädte schwächer beforscht (BBSR 2012; BELL/JYNE 2009). Es stellt sich damit die Frage, ob die Erkenntnisse zur ereignisorientierten Stadtentwicklung für Metropolen einfach als »Blaupause« (BAUMGART et al. 2004) für Klein- und Mittelstädte bzw. kleine Großstädte übertragbar sind.

Seit längerem werden Landesgartenschauen auch systematisch genutzt, um Impulse für die gesamtstädtische Entwicklung zu setzen. Inwieweit treffen die o. g. Argumente pro und contra festivalisierter Stadtentwicklungspolitik auch für Landesgartenschauen zu? Nur einige Zahlen verdeutlichen die Unterschiede in der Dimension zwischen dem Format Laga und größeren Formaten wie etwa EXPOS, aber auch Bundesgartenschauen. Die Besucherzahl der Laga Gießen 2014 lag bei 500.000 und betrug damit etwa das Sechsfache der Einwohnerzahl Gießens. Bei etwa 20 Mio. € Gesamtkosten kamen auf jeden Einwohner etwa 250 € je Einwohner. Die als wirtschaftlich besonders erfolgreiche Bundesgartenschau Koblenz 2011 zog 3,569 Mio.

Besucher an, das ist das 32-fache der Einwohnerzahl der Stadt. Ihr nicht ganz ausgegebenes Budget lag bei 102 Mio. €, je Einwohner also 927 €. Die EXPO Hannover 2000 erzielte mit 18 Mio. Besuchern knapp das 40-fache der Einwohnerzahl der Stadt und kostete insgesamt 3,5 Mrd. (EXPO 2000), das sind 7.000 € je Einwohner.

Gartenschauen, vor allem Landesgartenschauen sind also generell ein verglichen mit EXPOS relativ investitionsarmes Format. Die Auswirkungen von Landesgartenschauen auf die Stadtentwicklung dürften also insgesamt weniger gravierend ausfallen als für die größeren Formate, selbst wenn man sie in Relation zur Maßstäblichkeit ihrer kleineren Austragungsorte rückt. Gleichwohl kann davon ausgegangen werden, dass zunächst einmal die gleichen Aspekte zu betrachten sind.

Während z. B. zu den Wirkungen von EXPOS wissenschaftliche Studien vorliegen, sind tiefergehende wissenschaftliche Analysen zu Landesgartenschauen rar. Die meisten Publikationen sind Darstellungen einzelner Landesgartenschauen und haben meist werbenden Charakter, die Bilanzen aus Ländersicht sind in der Regel positiv (vgl. FESER 2000; SEEMANN 1994): Landesgartenschauen bringen Dinge in Bewegung, die ansonsten nicht in Bewegung gekommen wären. Sie dienen der Umsetzung des Leitbildes der Nachhaltigkeit in allen drei Dimensionen: Ökologie, Ökonomie und Soziales. In ihnen wird strategische mit projektorientierter Planung verknüpft, sie geben Spielräume für kreative Innovationen und bewirken weitere Initialzündungen. Sie sind ein wirksames Instrument zur Aufwertung und Schaffung großer zusammenhängender Freiräume in der Stadt und erfordern die interdisziplinäre Zusammenarbeit und bündeln Verwaltungshandeln (WÜST/APPEL 2000: 54f).

Zur umfassenderen Abschätzung der ökonomischen Wirkungen einer Laga, in die auch Folgeeffekte eingehen, wurden zwar komplexe Modelle vorgestellt, durchgeführte Berechnungen ermitteln allerdings nur die Effekte direkter Investitionen: Für die Laga Kaiserslautern wurden 24 Mio. in den Kernbereich des Laga-Geländes investiert. Dadurch wurden öffentliche Investitionen im Umfang von 33 Mio. DM in der Stadt und 27 Mio. DM in der Westpfalz entweder beschleunigt oder überhaupt erst ausgelöst. Dazu kam noch ein privates Investitionsvolumen in Höhe von 21 Mio. DM. Der Mobilisierungskoeffizient öffentlicher zu privaten Mitteln ist demnach eher bescheiden: durch 1 € öffentlicher Mittel

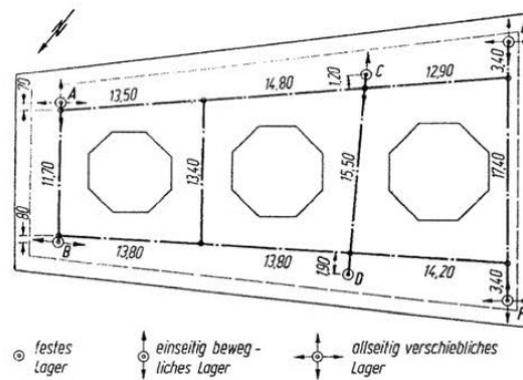
werden 25 Cent private Investitionen ausgelöst. Im Bereich der Stadterneuerungsprogramme z. B. werden umgekehrt für jeden Euro öffentlicher Mittel 7 € privater Investitionen induziert (FESER 2000a).

Die insgesamt vergleichsweise positive Bewertung von Landesgartenschauen mag auch an der Einschätzung der Autoren liegen, dass in den Austragungsorten der Landesgartenschauen ansonsten gar nichts geschehen würde. Sie ist aber sicherlich auch dadurch begründet, dass die Kosten auch in Relation zu Stadtgröße deutlich geringer sind und die Eingriffe sich im Rahmen halten; gegen eine Aufwertung von Grünflächen gibt es grundsätzlich in einer Stadt nur selten Opponenten, was sich bei großen baulichen Infrastrukturmaßnahmen in der Regel anders darstellt.

2. Die Landesgartenschau Gießen 2014: ein Schlüsselereignis für die Entwicklung der Stadt?

Die nachfolgenden Ausführungen zur Laga Gießen basieren auf der jahrelangen Begleitung der Vorbereitung und Realisierung dieses Ereignisses. Grundlegend waren dabei insgesamt drei im Jahrestakt aufeinanderfolgende Studienprojekte innerhalb des Masterstudienganges Geographie an der Justus-Liebig-Universität Gießen, in dem ein Schwerpunkt auf Evaluationsmethoden gesetzt wird. Hierbei erfolgte eine Abstimmung mit den für die Landesgartenschau verantwortlichen Verwaltungsakteuren der Stadt Gießen, jedoch waren die Projekte in Fragestellung, Methodenwahl (Befragungen, Zählungen, Dokumentenanalysen) und Ergebnisdarstellung vollständig unabhängig von den Positionen der Stadt zur Laga. Im ersten MSc-Studienprojekt (JLU GIESSEN 2013) wurde das Evaluationskonzept vorbereitet. In zweiten Studienprojekt aus dem Jahr 2014 (JLU GIESSEN 2014) wurde parallel zur Laga der Großteil der Erhebungen durchgeführt. Die letzte Studienprojektgruppe (JLU GIESSEN 2015) stellte in einem Rückblick das Thema der Bürgerbeteiligung der Stadt zur Laga in den Fokus. Zudem wurden z. T. in enger Abstimmung mit den Studienprojekten am Institut für Geographie der JLU Gießen vier BSc-Abschlussarbeiten zum Thema Laga Gießen gefertigt (BITTORF 2012; FICKEL 2013; KILLAT 2014; THEOBALD 2014). Darüber hinaus gehen in den Beitrag Recherchen des Autors ein, die im Zusammenhang mit anderen Arbeiten zur historischen Stadtentwicklung Gie-

Abb. 2: Das unbestrittene Wahrzeichen von Gießen: Das Elefantenklo
 Quellen: Diller 2008, Wikipedia.org



ßens gewonnen wurden (insbes. DILLER et al. 2008; DILLER 2014).

2.1 Hintergrund: Zur Stadtentwicklung Gießens

Für die heute fast 83.000 Einwohner große Stadt Gießen war die Laga 2014 das erste überregional bedeutsame Großereignis seit dem Hessentag 1969 und damit überhaupt die erste Erfahrung mit moderner ereignisorientierter Stadtentwicklung. Die Rahmenbedingungen der städtebaulichen Entwicklung waren in Gießen historisch ungünstig: Seine Lage ist, anders als etwa in den benachbarten Städten Wetzlar und Marburg, nahezu frei von topographischer Attraktivität. Der sumpfige Baugrund an der Lahn führte dazu, dass der Fluss kaum in die Stadtentwicklung mit einbezogen wurde. Als sich dann im 19. Jahrhundert die Bahn noch zwischen Stadtkern und Fluss schob, war die räumliche Trennung zwischen Altstadt und Fluss endgültig vollzogen. Ein mittelhessisches Bonmot lautet daher: »Marburg und Wetzlar an der Lahn – Gießen an der Bahn« (DILLER 2014). Entwickelte sich in Gießen ohnehin nie ein Genius Loci architektonischer Qualität wie etwa im fürstlich geprägten Fulda, so wurde die Stadt im Zweiten Weltkrieg endgültig zerstört: Nach den beiden Luftangriffen vom 6. Dezember 1944 und 17. Februar 1945 blieben in der Innenstadt nur 700 von 5.500 Gebäuden unbeschädigt. Praktisch die Hälfte der Stadt – vor allem die östliche Innenstadt – wurde vollständig zerstört (SCHMIDT 1993; NIPPER 1993). 56% der Wohnungen waren unbrauchbar geworden, in Marburg z. B. dagegen waren es nur 7% (MEYER 1985: 142ff). In der pragmatisch geführten Debatte des Wiederaufbaus nach den Leitbildern der Moderne unterblieb eine intensivere Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit (BRAKE 1997: 284). Klare neue städtebauliche Zeichen wurden in

der ehemaligen Altstadt nicht gesetzt. Architektonische Qualität blieb – anders als etwa in Kassel mit zumindest punktuell hochwertiger 1950er Jahre-Architektur – nachrangig. So stellt sich die Stadt auch heute noch in weiten Teilen als ein Sinnbild des spätmodernschlichten Funktionalismus dar. Das kommt auch in seinem unbestrittenen Wahrzeichen zum Ausdruck: Dieses ist keine Burg und kein Schloss, kein Rathaus mit hessischem Fachwerk, sondern eine 1967 aus Beton gebaute Fußgängerplattform über den Anlagenring: das »Elefantenklo« (Abb. 2. vgl. DILLER et al. 2008).

Funktional ist Gießen nach dem Bedeutungsrückgang der Industrie in den 1980er Jahren heute vor allem durch die Universität geprägt. Rechnerisch sind 50% der Gießener Bewohner Studierende, was den bundesweiten Spitzenwert darstellt (GLATTER et al. 2014: 389; DILLER 2014). Allerdings vermittelt die Stadt trotz hoher Studentendichte nicht den Eindruck einer Studentenstadt wie etwa Marburg, Heidelberg, Tübingen oder Göttingen. Es fehlt neben den historischen städtebaulichen Qualitäten vor allem das für alte Universitätsstädte typische, nach außen sichtbare kulturelle studentische Milieu. Das Rathaus mit benachbartem Kino am zentralen Berliner Platz stellte 2012 das letzte größere Bauprojekt in Gießen dar, das die Aufenthaltsqualitäten in diesem Bereich zwar durchaus erhöht hat. Gleichwohl muss Gießen wohl als eine der städtebaulich unattraktiven Universitätsstädte Deutschlands bezeichnet werden.

Es gab und gibt also gute Argumente für Gießen durch Großereignisse wie eine Laga Impulse für die Stadtentwicklung zu initiieren. Das Motto der Laga 2014 »Auf zu neuen Ufern« stand für das wichtigste Ziel der Landesgartenschau: das historisch bedingte Defizit der nur fehlenden Einbindung des Flusses in die Innenstadt zu anzugehen.

2.2 Die Planungsdebatten um die Landesgartenschau 2004 - 2014

Im Oktober 2004 wurde der Magistratsbeschluss der Stadt Gießen zur Bewerbung um die Laga 2014 gefasst. 2005 wurde eine Machbarkeitsstudie der Arbeitsgruppe »Stadt und Landschaft u. Architekten BDA« (ASLA) in Auftrag gegeben, in der bereits einige Grundgedanken der Laga formuliert waren. Die Ziele der unter dem Motto »Auf zu neuen Ufern« konzipierten Laga wurden in der Machbarkeitsstudie formuliert: »Die Landesgartenschau 2014 soll dazu beitragen, in der Stadt Gießen unter umweltpolitischen und ökologischen Gesichtspunkten gestaltete Lebensräume und Grünzonen zu schaffen und zu sichern. Im Besonderen sollen dadurch nachhaltig Stadtklima, Erholungsmöglichkeiten und Lebensbedingungen der Bevölkerung sowie der heimischen Tier- und Pflanzenwelt verbessert werden« (ASLA 2006: 9). Deziert wurde die stadtentwicklungspolitische Funktion der Laga, die weit über die Grünräume hinausging, betont: »Der Plan hat das Ziel, einen [...] Entwicklungskorridor für die Stadt als Orientierungsrahmen für künftige stadtentwicklungsrelevante Entscheidungen aufzuzeigen und so [...] als Leitlinie für die Stadt Gießen in einem Zeitraum von ca. 15 Jahren zu dienen.« (PSE 2004: 4). Das Wegekonzept stellte die Verbindung zwischen Lahn, der Innenstadt und der Wieseckau in den Vordergrund. Bei der Konzeption wurden zwei Kernzonen differenziert, die durch drei Korridore verbunden waren (vgl. Abb. 3; vgl. JLU GIESSEN 2014: 17ff; THEOBALD 2014).

Die erste Kernzone war die nordöstlich der Innenstadt gelegene Wieseckau, die auch gleichzeitig den Besucherschwerpunkt mit nach außen abgeschlossenem Eintrittsbereich bildete. Die Umgestaltung musste hier also bis zur Eröffnung der Laga abgeschlossen sein. Die bereits seit dem Hessentag 1969 vorhandene Parkanlage strahlte in weiten Teilen den Charme von Abstandsgrünflächen der 1960er Jahre aus. Die Aufwertung sollte anhand von Parkkorridoren erfolgen, wobei der Schwanenteich, ein Auwäldchen, ein Natura 2000-Gebiet und Kleingartenbereiche im Vordergrund standen. Die Umgestaltung des Messeplatzes als Parkplatz und des Freibades Ringallee, in weiten Teilen seit den frühen 1960er Jahren unverändert, im Eingangsbereich des Laga-Geländes an der Ringallee stellten weitere Handlungsschwerpunkte dar (STADTPLANUNGSAMT GIESSEN 2009).



Die zweite Kernzone war die westlich gelegene Lahnau; 2,1 km des Flussbereichs waren als Landesgartenschaubereich gefasst. Das Hauptziel war hier die Verbesserung der Einbindung des Flusses in die Stadt: insbesondere die Überwindung der trennenden Bahntrasse durch die Verbesserung der Wegeverbindungen. Die Konzeption ist langfristig angelegt, die Laga soll hier den Anfangsimpuls darstellen. Sichtbarste Maßnahme war hier der Christoph-Rübsamen-Steg als Endpunkt des Nordkorridors: die erste Fußgänger- und Fahrradbrücke über die Lahn im Bereich der Stadt überhaupt. Auch die Bahnunterführung Dammstraße und die Erneuerung der Konrad-Adenauer-Brücke sowie die Überbrückung der Wieseckmündung sollten bis zur Laga abgeschlossen sein, ebenso wie die Entwicklung des Gebiets zu den Mühlen. Eher perspektivisch angelegt waren die Planungen für die Bereiche Hinterer Bahnhofsbereich Lahnstraße, und den Lahnpark als Gesamtareal (STADTPLANUNGSAMT GIESSEN 2009).

Von den drei Korridoren, die die beiden Kernzonen miteinander verbanden, war der Innenstadtkorridor insofern der wichtigste als damit erhofft wurde, Landesgartenschaubesucher, die beide Hauptstandorte frequentierten, auch durch Teile der Einkaufszone Seltersweg zu leiten und damit positive Effekte für die innerstädtische Gastronomie und den innerstädtischen Einzelhandel zu erzielen (FICKEL 2013).

Im März 2008 erhielt Gießen auf Grundlage dieser Planung von der Landesregierung den Zuschlag zur Durchführung der Laga 2014. Im Rückblick fällt auf, dass die Laga in Gießen während der Bewerbungsphase kaum

Abb. 3: Die räumlichen Schwerpunkte der Landesgartenschau Gießen 2014

Quelle: Landesgartenschau Gießen (2014) <http://www.landesgartenschau-giessen.de/gartenschau/ueberblick.html>

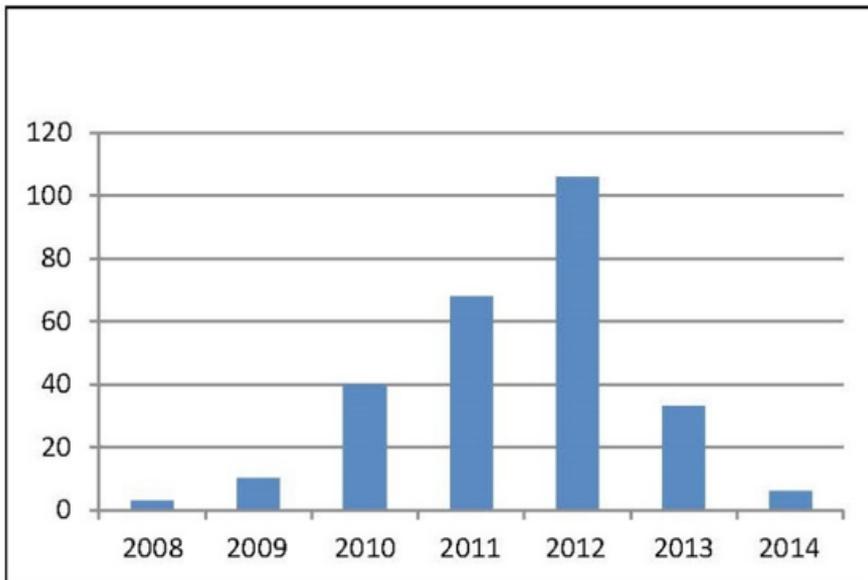


Abb. 4: Anzahl der Presseartikel zur Landesgartenschau Gießen 2008 - 2014
Quelle: JLU Gießen 2015: 27

öffentlich diskutiert wurde. Mit dem Zuschlag setzte die Debatte um die Laga Gießen ein, gewann jedoch nur sehr langsam an Fahrt (JLU GIESSEN 2015: 26f). Abb. 4 zeigt die Entwicklung der Zahl der lokalen Presseartikel zur Laga. Auffällig ist hierbei eine kontinuierliche Steigerung bis zum Jahr 2012 mit über 100 Artikeln zum Thema. Dies korreliert – nicht verwunderlich – mit der Brisanz der Auseinandersetzungen um die Planungen der Laga.

Die erste Phase 2008 - 2009 war gekennzeichnet durch punktuelle Partizipationsaktivitäten der Stadt zur Laga, die jedoch in der Presse ebenfalls nur vereinzelt Resonanz erfuhren. 50 Vereine und Gruppen brachten im Juni 2008 im Rahmen einer Veranstaltung, auf der bisherige Planungen vorgestellt wurden, ihre Vorschläge und Befürchtungen ein. In der Zukunftswerkstatt im November 2008 wurden dann 130 Vorschläge gesammelt. Dieses von der Presse als »Sammelsurium von Wünschen« bezeichnete Papier wurde an den Magistrat weitergeleitet. Alleine der Umfang der Presseberichterstattung zeigt, dass die Laga seinerzeit noch immer ein Randthema der stadtpolitischen Debatte war. Ein Großteil der Bürger wusste noch immer wenig über die Laga (JLU GIESSEN 2015: 26ff).

Im März 2009 gründete sich dann jedoch – erstmals im Vorfeld einer hessischen Landesgartenschau – ein Förderverein, der durch Pflanzaktionen und das Aufstellen von Kunstleitpfosten auf sich und die Laga aufmerksam machte: rund 9.000 Pfosten wurden von Bürgern und Initiativen der Region gestaltet und in Gießen und ganz Mittelhessen eingesetzt. Ebenso gründete sich eine Agenda-21-Gruppe

zur Laga. Abgesehen von kleineren Auseinandersetzungen bei Umbaumaßnahmen an der Licher Straße, einer Maßnahme mit mittelbarem Bezug zur Laga, wo die Gewerbetreibende den Wegfall von Parkplätzen befürchteten, gab es noch keine konkreten Konflikte um die Landesgartenschau. Eine Mitte 2009 in der Presse durchgeführte Umfrage unter den Bürgern ermittelte ein leichtes Plus zugunsten der Befürworter der Laga. Gleichzeitig wurde aber in der Laga-Agenda-21-Gruppe bereits der Unmut über undurchsichtige Planungen der Stadt artikuliert. Dann änderten sich die politischen Verhältnisse in Gießen. Bei den OB-Wahlen im Juni 2009 löste Dietlind Grabe-Bolz (SPD) Heinz-Peter Haumann (CDU) ab. Eines der erklärten Ziele der neuen Oberbürgermeisterin aus dem Wahlkampf war die stärkere Partizipation der Gießener Bürger bei stadtpolitischen Entscheidungen. Einer der massivste Konflikte der Laga gewann allmählich Konturen, als Ende 2009 die Planungen zur Fällung einiger Bäume am Philosophenweg erkennbar wurden. Es gründete sich eine Bürgerinitiative Agenda-Philosophenwald (JLU GIESSEN 2015: 26ff).

Die Hauptphase der öffentlichen Auseinandersetzung um die Laga waren die Jahre 2010 - 2013. Hier nahm die Zahl der Presseartikel zu dem Thema kontinuierlich und deutlich zu, denn die Planungen konkretisierten sich: Die europaweite Ausschreibung zwischen August 2009 und Januar 2010 für die landschaftsgärtnerische Gestaltung ergab 27 Einsendungen, von denen im Januar 2010 die Entwürfe von geskes.hack Landschaftsarchitekten (Berlin) für die Wieseckau und von A24 Landschaft (Berlin) für die Lahnaue ausgewählt wurden (JLU GIESSEN 2015: 26ff).

Im Jahr 2010 wurde der Förderbescheid des Landes in Höhe von 3,3 Mio. € erteilt und die detaillierteren Planungen der Laga wurden in einer Veranstaltung im Rathaus vorgestellt. In dieser Zeit konkretisierten sich die Konflikte mit bestimmten Interessengruppen. Der eine war der Konflikt um die Spielvereinigung Blau-Weiß-Gießen, deren Gelände für die Umsetzung der Planungen zentral war. Letztlich wurde für den Verein für die Dauer der Laga eine Alternative gefunden und der Verein mit Geldern für die Verlegung eines neuen Rollrasens entschädigt, was seine Mitwirkung begünstigte. Eine zweite wichtige Zielgruppe der Beteiligung stellten die Kleingärtner dar, die der Laga in weiten Teilen skeptisch gegenüber standen, weil sie Eingriffe in ihre Parzellen befürchteten. Ansonsten wird die Presseberichterstat-



tung vor allem durch zahlreiche Projekte zur Einbindung von Akteuren in die Laga in den einzelnen Bereichen geprägt, wobei auch die Verbindungswege zwischen Laga-Gelände und Innenstadt (Kirchplatz/Schlossgasse) ein wichtiges Thema waren (JLU GIESSEN 2015: 26ff).

Das Jahr 2011 war zunächst durch einen weiteren kommunalpolitischen Wechsel bestimmt: Bei den Wahlen der Stadtverordnetenversammlung im März 2011 gewannen – sicherlich auch durch den »Fukushima-Effekt« bedingt – die Grünen erhebliche Stimmanteile und die SPD löste die CDU als stärkste Partei ab. Im Juni bzw. September 2011 wurde der Rahmenplan der Lahnaue durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossen. Gegen Jahresende 2011 verstärkte sich die öffentliche Kritik an der Laga, was institutionell seinen Ausdruck vor allem in der Gründung der Bürgerinitiative »Stoppt diese Landesgartenschau« im November seinen Ausdruck fand. Ein Grund für die Zuspitzung der Auseinandersetzungen war sicherlich, dass nunmehr auch die ersten Folgen der Laga sichtbar wurden. Die geplanten Baumfällungen in der Wieseckau stellen den zentralen Konfliktpunkt dar. Am 11. November 2011 markierten Mitglieder der Bürgerinitiative die Bäume in der Wieseckau, die der Laga zum Opfer fallen würden. Die Stadt reagierte mit einer Infoveranstaltung zu den geplanten Fällungen, den Kritikern ging dies aber nicht weit genug; sie forderten die Erstellung einer Liste der zu fällenden Bäume. Gegen Ende des Jahres 2011 kam es zu einer Demonstration gegen die Laga, bei der der Naturschutz-

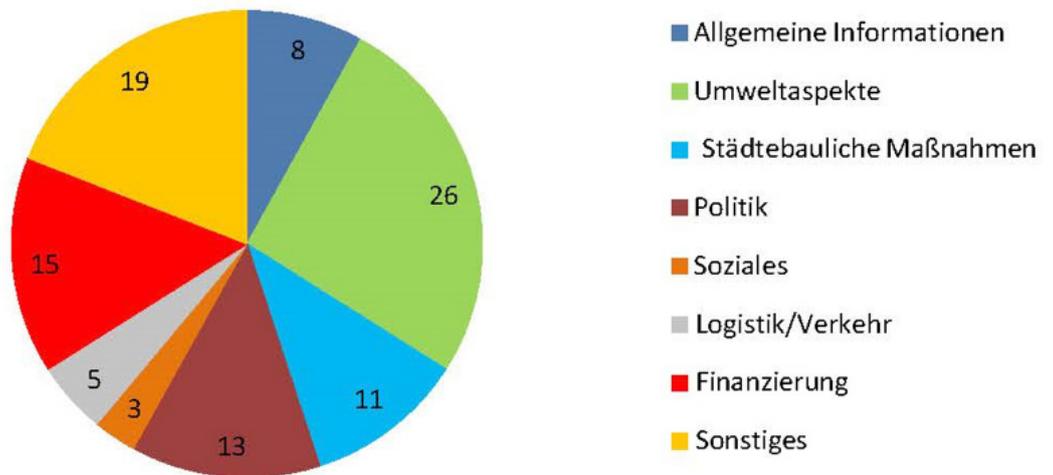
bund eine wichtige Rolle spielte. Erstmals war nun in der Presse von »Wutbürgern« die Rede. Eine Initiative zur Absage der Laga wurde diskutiert, 91 Unterschriften wurden gegen die Laga gesammelt. Nunmehr wurden auch juristische Wege eingeschlagen: Ende 2011 wurde ein Eilantrag für eine einstweilige Verfügung gegen die Laga beim Verwaltungsgericht Gießen gestellt, dieser wurde abgelehnt. Zu den Kritiken der Baumfällungen kam auch noch die Kritik an den finanziellen Belastungen. Die Kampagne für das Bürgerbegehren konnte bis Februar 2012 4.000 Unterschriften sammeln. Auf Empfehlung des Magistrats lehnte die Gießener Stadtverordnetenversammlung am 10. Februar 2012 in einer Sondersitzung des Parlamentes jedoch die Durchführung des Bürgerbegehrens ab. Gegen diese Ablehnung erhoben die Vertrauensleute der Bürgerinitiative Widerspruch vor dem Verwaltungsgericht Gießen. Im Februar 2012 erklärte das Gießener Verwaltungsgericht den Teil des Bürgerbegehrens, der sich gegen das Fällen der Bäume im Bereich der Wieseckau richtete und den Erhalt der Gewässerufer forderte, für unzulässig. Mit Verkündung des Beschlusses begannen umgehend die Abholzungen und Umgestaltungsarbeiten an den Teichen im Bereich der Wieseckau (JLU GIESSEN 2015: 26ff).

Auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen um die Laga startete die Stadt Gießen im Februar 2012 das Internet-Portal Gießen DIREKT, als ein Angebot zur aktiven Bürgerbeteiligung (JLU GIESSEN 2015: 11f). Innerhalb der Laufzeit des Portals von vier Wochen kamen 430 Bürgerfragen zusammen, die

Abb. 5: Schwanenteich Gießen: Historische Aufnahmen (Blick vom Südwesten) und Umgestaltungsmaßnahmen (Blick vom Nordosten) zur Laga 2014

Quelle: Gießener Anzeiger, http://www.landesgartenschau.giessen.de/uploads/tx_templavoila/Schwanenteich.jpg

Abb. 6: Anteile der Themenfelder an den Bürgerfragen bei Gießen DIREKT Februar-März 2014 in Prozent.
Quelle: JLU Gießen 2015: 19 nach der Auswertung von Gießen DIREKT



innerhalb von 48 Stunden durch die Stadt beantwortet wurden. Abbildung 6 zeigt die Themen der Bürgerstellungen und damit eine gewisse Gewichtung der Konflikte: Umweltaspekte (vor allem Baumfällungen, Gestaltung Schwanenteich, Auswirkungen auf die Tierwelt), Finanzierung (die Kosten vor dem Hintergrund der Verschuldung), Politik (insbesondere das Bürgerbegehren), städtebauliche Maßnahmen (JLU GIESSEN 2015: 18f).

Im März 2012 erklärte dann der 8. Senat des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs in Kassel mit weiterem Beschluss das Bürgerbegehren der Bürgerinitiative auch in der Frage, ob die Stadt Gießen zum Zwecke der Durchführung der Laga neue Darlehen aufnehmen und Sicherheiten für die Laga 2014 Gießen GmbH stellen dürfe, für unzulässig. Dieser Beschluss wurde gleichzeitig für unanfechtbar erklärt. Im Juli 2012 beschloss die Bürgerinitiative ein zweites Bürgerbegehren zu starten, um die Maßnahmen am Uferweg zwischen Wieseck und Schwanenteich (Bitterling-Projekt) zu verhindern, wo Naturschützer Arten bedroht sahen. Im Oktober wurden Unterschriftenlisten übergeben. Danach gab der Magistrat bekannt, keinen Bürgerentscheid durchführen zu wollen. Stattdessen wurden die Forderungen aus dem Bürgerbegehren erfüllt und die Planungen zum Uferweg an der Wieseckau wurden fallen gelassen (JLU GIESSEN 2015: 26ff).

Mit den gerichtlichen Entscheidungen zu den Baumfällungen und weiteren Darlehen im Sinne der Stadt im März 2012 einerseits und dem Einlenken der Stadt bei der Frage der Uferwegplanungen am Schwanenteich im Sinne der Gegner im Juli andererseits wurde der Höhepunkt der Auseinandersetzungen

um die Planungen der Laga überschritten, wenngleich es auch danach Konflikte gab: Die Bürgerinitiative gegen die Laga kündigte weiteren Widerstand gegen Planungen an, u. a. gegen das Palmencafé und die Fußgängerbrücke. Widerstand regte sich auch gegen den Ausbau der Ringallee am Eingangsbereich, es gab Befürchtungen die Parkplatzmöglichkeiten der Anwohner würden zu stark eingeschränkt. Verglichen mit den Konflikten zuvor eskalierten diese aber nicht so weit. Gleichzeitig wurden die Beteiligungsaktivitäten der Stadt weiter durchgeführt, so wurden Workshops zum Skaterbereich durchgeführt (vgl. Abb. 8), in denen eine Reihe von Vorschlägen der Bürger gesammelt wurden, die auch realisiert wurden (JLU GIESSEN 2015: 26ff). Zum kommunalpolitischen Hintergrund ist zu erwähnen, dass die Stadt Gießen im Dezember 2012 vor dem Hintergrund eines Schuldenbergs von 32 Mio. € unter den »kommunalen Schutzschirm« schlüpfte; eine Maßnahme des Landes Hessen zur Wiederherstellung der finanziellen Leistungsfähigkeit der Kommunen (LAND HESSEN 2016).

Auch im Jahr 2013 wurde eine Reihe von Laga-Planungen kontrovers diskutiert, ohne dass dabei jedoch die Eskalationsstufe der Jahre 2011 und 2012 erreicht wurde: Ein Streitpunkt war die Zuschüttung der Unterführung und Errichtung von Ampeln an der Ostanlage, wo Bürger Verkehrsprobleme befürchteten (vgl. Abb. 9 rechts). Kritikpunkt war auch die Einzäunung des Schwanenteichs mit den verbundenen Zugangsbeschränkungen (vgl. Abb. 7). Auch die Idee des Laga-Tickets für Studierenden stieß unter den Studierendenvertretern zunächst auf Vorbehalte aufgrund der damit verbundenen Erhöhungen der Semesterbeiträge. Gleichwohl wurde der



Grundgedanke die Universität in die Laga einzubinden weiter verfolgt, sichtbar vor allem an den Wissenschaftsgärten im Bereich der Wissenschaftsachse, die durch Fachbereiche der Justus-Liebig-Universität Gießen und der Technischen Hochschule Mittelhessen gestaltet wurden (JLU GIESSEN 2015: 26ff).

2.3 Zum Verlauf der Landesgartenschau 2014 und zur Resonanz

Die Landesgartenschau Gießen selbst präsentierte sich dann vom 26. April bis 5. Oktober 2014 unter dem Motto »Auf zu neuen Ufern« auf den Ausstellungsgeländen Wieseckau und Lahnaue auf einer Ausstellungsfläche von knapp 500 ha mit 13 Themengärten und Wissenschaftsgärten. Allein für die erste Blütenpracht zu Beginn der Laga Ende April wurden 270.000 Blumenzwiebeln gesteckt. Insgesamt wurden über 2.500 Veranstaltungen durchgeführt (JLU GIESSEN 2014: 52ff).

Während der Laufzeit der Laga von April bis Oktober 2014 stellte sich die Berichterstattung in der lokalen Presse insgesamt positiv dar: Von 162 zwischen April 2014 und Juli 2014 verfassten Artikeln zur Laga war die Hälfte eher positiv, 15% eher negativ, der Rest neutral ausgerichtet. Massivere Kritik wurde lediglich in der Anfangsphase an der fehlenden Beschilderung geübt; weiterhin wurden Maßnahmen im Bereich des Naturschutzes

kontrovers diskutiert (JLU GIESSEN 2015: 26ff).

Eine vom Institut für Geographie der Justus-Liebig-Universität Gießen von Anfang Juni bis Anfang Juli 2014 überwiegende nachmittags und bei sonnigem Wetter an sechs Standorten auf dem Laga-Gelände durchgeführte Besucherbefragung kann mit 1.497 Befragten zumindest für diesen Zeitraum als repräsentativ gelten (JLU GIESSEN 2014: 58ff). Einige ihrer zentralen Ergebnisse sind:

- Die Hälfte der Befragten kam von außerhalb der Stadt und blieb dort einen Tag. Mehr als die Hälfte der Befragten kam zu Fuß und nutzte dabei überwiegend den Innenstadtkorridor.
- Der Laga-Gesamteindruck war bei 85% der Befragten gut bis sehr gut. 2/3 gaben an, sich einen Wiederholungsbesuch vorstellen zu können.
- Erreichbarkeit, Bepflanzung, Öffnungszeiten und Sitzgelegenheiten wurden von über 80% der Befragten als sehr gut oder gut bewertet. Die Sanitär- und Freizeiteinrichtungen und die Beschilderung wurden von 2/3 als gut oder sehr gut bewertet. Gastronomieangebot und Veranstaltungen erhielten dagegen nur leicht überdurchschnittliche Bewertungen. Bei den Eintrittspreisen fiel die Kritik noch etwas stärker aus: 20% der Befragten empfanden diese als zu hoch.

Abb. 7: Photo auf der Website der Bürgerinitiative »Stoppt diese Landesgartenschau«
Quelle: www.stopptdieselandesgartenschau.de/

Abb. 8: Landesgartenschau Gießen 2014; Links: Skateranlage Wieseckau, rechts: Die Wegebahn für die Innenstadtkorridore
Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Landesgartenschau_Gie%C3%9Fen_2014





Abb. 9: Das vermutlich nachhaltigste gebaute Projekt der Landesgartenschau: Der Christoph-Rübsamen-Steg; die erste Gießener Fußgängerbrücke über die Lahn; Die zugeschüttete Fußgängerunterführung und die neue Fußgängerampel an der Ostanlage
Quelle: Wikipedia Common, Autor Klaus Föhl, Gießener Allgemeine Zeitung.

Insgesamt machten die Erhebungen vor allem deutlich, dass die Besucher mit der Laga in den meisten ihrer Elemente durchaus zufrieden waren. Die Gesamtbewertung der Laga wird mit zunehmenden Alter kontinuierlich besser. Sie erhielt bei den bis 17-jährigen eine Schulnote von 2,3; bei den 18-30-jährigen eine 2,2, bei den 31-50-jährigen eine 2,0; bei den 51-65-jährigen ein 1,9 und bei den über 66-jährigen eine 1,8. Der Zusammenhang ist deutlich, aber berücksichtigt man, dass Landesgartenschauen in der Regel für ein älteres Publikum ausgerichtet sind, so sind die Bewertungsunterschiede gering (JLU GIESSEN 2014: 58ff).

Im Vorfeld der Laga wurden die möglichen Verkehrsbelastungen intensiv diskutiert. Zählungen vor und während der Laga auf insgesamt neun innerstädtischen Parkplatzstandorten ergaben jedoch nur an drei Standorten veränderte Parkplatzauslastungen im Vergleich zu Zeitpunkten vor der Laga. Vor allem war hier die Parkplatzauslastung im Parkhaus am Berliner Platz um 67% höher als im letzten Jahr: Da die kostenfreien Parkplätze am Laga-Gelände wegfielen, wichen Beschäftigte auf den Berliner Platz aus. An zwei anderen Standorten stieg die Auslastung um 20%. Damit stieg zwar die durchschnittliche Parkplatzauslastung, was jedoch nur auf drei Standorte zurückzuführen war. Das Problem des durch die Laga bedingten Parkplatzmangels war damit deutlich geringer als von vielen befürchtet (JLU GIESSEN 2014: 27ff).

2.4 Ergebnisse und Wirkungen der Landesgartenschau Gießen

Mit dem Abstand von nunmehr zwei Jahren seit ihrer Durchführung lassen sich erste Erkenntnisse zu den Wirkungen der Laga Gießen sammeln. Diese Erkenntnisse müssen im Kontext der gesamtstädtischen Entwicklung der Stadt der letzten Jahre gesehen werden.

2.4.1 Physische Auswirkungen auf die Stadtstruktur, gebaute Ergebnisse

Die wichtigsten nachhaltigen Wirkungen auf die Entwicklung Gießens dürften die baulichen Maßnahmen haben, die Planungen wurden weitgehend (wichtigste Ausnahme: der Uferweg an der Wieseckau, der aufgrund von Bürgerprotesten nicht realisiert wurde) umgesetzt. Zum einen sind dies die Maßnahmen in der Lahn- und Wieseckau. Zu nennen sind aber auch die Maßnahmen im innerstädtischen Wegesystem: vor allem die kurz vor Realisierung stehende Erweiterung der Bahndurchbrüche zwischen Innenstadt und Lahn und die symbolträchtige Fußgängerbrücke über die Lahn (Christoph-Rübsamen-Steg Abb. 9 links); aber auch das Ersetzen der Fußgängerunterführung Ostanlage durch eine Ampel oder die dauerhafte Installation der Blumenkübel (bei Wegfall von Parkplätzen) in der Schlossgasse. Diese baulichen Maßnahmen wären ohne die Landesgartenschau so vermutlich nicht erfolgt. Diese Maßnahmen hatten auch Anstoßwirkungen: Z. B. werden die im Bereich der Schlossgasse anstelle von Parkplätzen installierten Pflanzenbehälter nach der Grundidee des Urban-Gardening-Ansatzes unter Einbeziehung von Bürgern weiter genutzt. Andere Maßnahmen wie die Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes waren zwar ohnehin fällig, wurden aber durch die Landesgartenschau sicherlich befördert.

2.4.2 Wirtschaftliche Effekte

Der Effekt der Laga für das Übernachtungsgewerbe lässt sich mittlerweile recht gut abschätzen. Die Betrachtung der Zeitreihe der Übernachtungen zeigt, dass die Laga einen messbaren Effekt auf die Übernachtungsentwicklungen hatte (Abb. 10): 2013 lag die Zahl der Übernachtungen in der Stadt Gießen bei 131.431, 2014 im Jahr der Laga bei 150.986, um dann 2015 wieder auf 139.446 zurückzu-

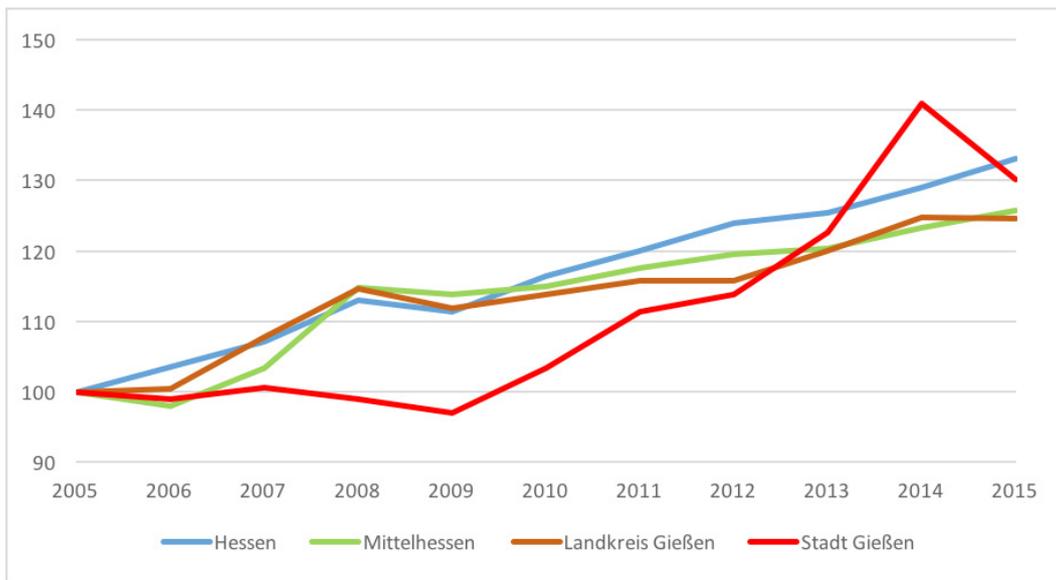


Abb. 10: Entwicklungen der Übernachtungszahlen in der Stadt Giessen und in Vergleichsräumen 2005 - 2015, indiziert

Quelle: Statistisches Landesamt Hessen (2016a). Auswertung BSc Marie-Louise Litmeyer

gehen. Der Vergleich mit den Entwicklungsverläufen in übergeordneten Raumeinheiten macht deutlich, dass in der Stadt Giessen 2014 ein überproportional deutlicher Sprung in den Übernachtungszahlen zu verzeichnen war. Eine genaue Auswertung nach Monaten festigt das Bild: vor allem in den Monaten der Laufzeit der Laga waren die Zuwächse besonders stark (STATISTISCHES LANDESAMT HESSEN 2016b). Es gibt auch keine Hinweise darauf, dass andere Gießener Events aus diesem Jahr (wie etwa die Messen »Reptilienbörse«, »Motorradmesse«, »Antik und Trödel«, vor allem aber die »BauExpo Hessen«) diesen Anstieg erklären, denn sie fanden turnusmäßig wie in jedem Jahr statt.

Nach den Ergebnissen der Besucherbefragung (JLU GIESSEN 2014: 58ff) waren die Laga-Besucher überwiegend Tagesgäste: nur 2,6% der Laga-Besucher blieben 2 Tage oder länger in der Stadt, 77,9% einen halben oder einen ganzen Tag; bei den restlichen 19,5% handelte es sich um Gießener Bewohner. Rechnet man den Anteil derer, die mindestens eine Nacht in Giessen verbrachten auf die Gesamtbesuchergesamtzahl von 500.000 an, so ergeben sich mindestens 13.000 Übernachtungen. Diese Zahl erklärt einen Gutteil der Gesamtentwicklung der Übernachtungen aus der amtlichen Statistik (plus 19.500). Bei einem somit vorsichtig geschätzten Plus von 16.000 Übernachtungen und einem angesetzten Wert von 80 € je Übernachtung hätte das Gießener Übernachtungsgewerbe also durch die Laga 2014 etwa 1,3 Mio. € zusätzlich eingenommen.

Die Wirkung der Laga auf den innerstädtischen Einzelhandel und die Gastronomie lässt sich nur sehr grob abschätzen: Nach den

Ergebnissen der Besucherbefragung (JLU GIESSEN 2014: 58ff) haben 40% der Befragten den Besuch der Laga mit anderen Aktivitäten verbunden: Einkaufen/Bummeln, Essen/Trinken und kulturelle Aktivitäten wurden hierbei am meisten genannt. Für den innerstädtischen Einzelhandel und die Gastronomie ist aufschlussreich, wie stark die Korridore zwischen den beiden Laga-Standorten frequentiert wurden. Immerhin 28% der Befragten besuchten beide Hauptstandorte der Laga. Von diesen nutzten 56,8% den Innenstadtkorridor, um sich zwischen den Schauplätzen zu bewegen. 14,1% entschieden sich für den Wieseck- und 9,4% für den Nordstadtkorridor (vgl. Abb. 3). Damit lässt sich bezogen auf die Gesamtbesucherszahl überschlägig hochrechnen, dass während der Laufzeit insgesamt immerhin 80.000 der Laga-Besucher den vom Einzelhandel geprägten Innenstadtkorridor nutzten, um die beiden Hauptstandorte aufzusuchen. Die zu diesem Zweck bereitgestellte Wegebahn (vgl. Abb. 8 rechts) zählte während der Laga insgesamt 40.000 Fahrgäste. Die anderen Besucher bewegten sich also überwiegend zu Fuß in dem innerstädtischen Korridor. Die Wahrscheinlichkeit, dass diese Fußgänger zumindest das gastronomische Angebot frequentierten ist hoch, auch die eine oder andere Einkaufsgelegenheit dürfte genutzt worden sein. Wie immer bei solchen Abschätzungen ist jedoch die Frage schwer zu beantworten, ob diese Aktivitäten in Giessen auch ohne die Laga durchgeführt worden wären oder ob die Laga diese Aktivitäten induzierte. Eine andere Zahl relativiert diesen möglichen Effekt ohnehin (JONES et al. 2014): An einem Samstag frequentieren in der Regel etwa 4.000 Passanten pro

Stunde die zentrale Einkaufsmeile Gießen Seltersweg. Die mit der Laga in ihrer gesamten Laufzeit verbundenen evtl. zusätzlichen Fußgängerbewegungen im Innenstadtkorridor entsprechen also dem normalen Passantenauflkommen der Fußgängerzone von drei Samstagen, was Erwartungen an allzu große Kaufkrafteffekte für den innerstädtischen Einzelhandel (FICKEL 2013) relativieren dürfte.

Der Vergleich der Gewerbemieten ergab zwischen 2013 und 2014 vor allem in den 1a-Lagen zwar deutliche Preissteigerungen: um 13%. Allerdings lag Gießen damit im bundesweiten Trend (JLU GIESSEN 2014: 44ff). Auch der Einfluss auf die Lebenshaltungskostenentwicklung der Gießener ist marginal. Wie die Erhebungen zeigten, blieben die Getränkepreise in den meisten der 16 im Einzugsbereich der Laga gelegenen untersuchten Gaststätten in der Zeit vor und während der Laga praktisch unverändert. Dort, wo sie stiegen, war ein Zusammenhang der Preissteigerung mit der Laga nicht auszumachen (JLU GIESSEN 2014: 25ff).

Diese Zahlen machen deutlich: Der direkte wirtschaftliche Erfolg der Laga Gießen lag in dem Rahmen, der aufgrund der Witterung zu erreichen war. Negative Effekte etwa auf das Preisniveau waren nicht zu registrieren. Für das Gießener Übernachtungsgewerbe ist der positive Effekt recht gut messbar: geschätzt wird ein Plus von 1,3 Mio. € gegenüber anderen Jahren. Positive wirtschaftliche Effekte auf die Innenstadt sind zwar sicherlich vorhanden, aber nicht genau zu beziffern und im Gesamtbild der wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt von nur geringer Relevanz.

2.4.3 Sozialräumliche Auswirkungen

Beispiele wie die Laga Bingen 2008, bei der auf dem Landesgartenschau Gelände auch im Rahmen der Städtebauförderung Wohnungen errichtet wurde (BUNBR 2016), lassen die Frage aufkommen, ob nicht auch im Zuge von Landesgartenschauen unmittelbar Auswirkungen auf Einwohnerentwicklung, Wohnungsmarkt und Wohnquartiere (KILLAT 2014) zu verzeichnen sind. Wie viele kleinere Universitätsstädte (GLATTER et al. 2014: 388f) hat auch Gießen in den letzten Jahren einen erheblichen Einwohnerzuwachs erfahren: die Zahl der Einwohner stieg zwischen 2010 und 2015 von 76.000 (STADT GIESSEN 2014) auf fast 84.000 Einwohner (STADT GIESSEN 2016). Diese Zahl ist zwar auch durch den Effekt einer Umstellung der Statistik und die Registrierungen von Asylbewerbern zu

erklären. Jedoch ist Gießen durchaus auch ein Beispiel für einen langfristigeren Trend der Reurbanisierung. Damit verbunden ist ein erheblicher Druck auf die lokalen Wohnungsmärkte, was die Stadt mittlerweile zur Erarbeitung eines kommunalen Wohnraumversorgungskonzepts veranlasst hat (GOE BIELEFELD 2015). Der deutliche Einwohnerzuwachs Gießens in den letzten Jahren vollzog sich jedoch eher parallel zur Laga, als dass er durch die Laga induziert war. Da die Einwohnerstatistik durch den Effekt der Asylbewerberregistrierung und Umstellungen in der Statistik erheblich beeinflusst war, ist ein harter Nachweis dieser These, etwa durch einen Vergleich der Einwohnerentwicklungszahlen mit anderen Städten, zwar nicht möglich. Für die These der Unabhängigkeit der Einwohnerentwicklung von der Laga spricht jedoch zum einen, dass die Einwohnerzuwächse der Stadt Gießen bereits vor der Laga beträchtlich waren. Ein weiteres Argument ist, dass die Einwohnerentwicklung auch in vielen kleinen Universitätsstädten vor allem durch erhöhte Studierendenzahlen (in Hessen auch durch Verkürzungen der Schulausbildungszeiten) in den letzten Jahren gestiegen ist. Zum dritten dürfte der generelle Trend zur Reurbanisierung mit einer gestiegenen Attraktivität auch für höhere Altersgruppen Gießen erreicht haben (SIEDENTOP 2015), was sich z. B. im forcierten Bau von Seniorenresidenzen im Stadtbild ablesen lässt.

2.4.4. Kosten-Nutzen-Bilanz

Die erste Bilanz nach Abschluss der Laga wurde kontrovers diskutiert (FRANKFURTER RUNDSCHAU 2014): Die Verantwortlichen der Laga zogen eine positive Bilanz, Kritiker sahen die hohen Kosten durch die Besucherresonanz dagegen nicht gerechtfertigt.

Verlässliche Zahlen lassen sich im Hinblick auf die Besucherresonanz bilanzieren: Die gesetzte Besucherzahl von 700.000 wurde in den 163 Tagen nicht erreicht. Auf dem Gelände der Wieseckau konnten insgesamt nur 504.458 Besucher gezählt werden. 47% von ihnen entfielen auf Tagesgäste, rund 7% kauften eine Abendkarte. Fast 30% der Besuchszahlen waren Dauerkartenbesitzer, von denen insgesamt 10.997 verkauft wurden, darunter 1.029 Halbzeitkarten (LANDESGARTENSCHAU GIESSEN 2014). Das Verfehlen der Zielzahl wurde vor allem auf das schlechte Wetter zurückgeführt: die Landesgartenschau Besucher erlebten in den gut fünf Monaten an 109 Tagen, also an 2/3 der Veranstaltungstage,

Niederschläge. Tatsächlich wurde in Gießen 2014 das Jahresmittel der Niederschläge vor allem in den Ferienmonaten deutlich überschritten: im Juli um 74% und im August um 39%; im April um 18%. Im Mai, Juni und vor allem September wurden die Niederschlagsmittel allerdings unterschritten (WETTERKONTOR 2014). Ein Grund, dass die Besucherzahlen nicht noch niedriger ausfielen, war die Tatsache, dass die vergünstigten Studierendentickets (Dauereintritt durch einmaligen Zwangsaufschlag auf das Semesterticket in Höhe von 5 €) Anklang fanden: immerhin 10% der Besucher waren Studierende, was für eine Laga eine relativ hohe Zahl darstellen dürfte. Die Idee der Einbindung der Universität in die Laga trug insofern also Früchte.

Auch wenn die Frage der Kosten-Nutzen-Relation öffentlich intensiv diskutiert wurde, hat die Stadt bis heute keine umfassende Kostenbilanz aller im Zusammenhang mit der Laga absolvierten Maßnahmen offengelegt. Die Kostenschätzungen variieren sehr stark – zwischen 2,6 Mio. € und 45 Mio. € – je nachdem welche Maßnahmen mit einbezogen werden (GIESSENER ALLGEMEINE 2014), auch zur Aufteilung der Kostenübernahme gibt es keine verlässliche offizielle Gesamtaufstellung. Somit bleibt zumindest die These im Raum, dass die Laga die Haushaltskonsolidierung der Stadt um einige Jahre verzögert hat (GIESSENER ALLGEMEINE 2014).

2.4.5. Politische Wirkungen: Bewertung des Bürgerbeteiligungsprozesses zur Landesgartenschau Gießen

Die Aktivitäten der Stadt Gießen zur Bürgerbeteiligung lassen sich im Rückblick anhand der von GOLDSCHMIDT (2014) für die Evaluation von Partizipationsverfahren formulierten Kriterien – Kompetenzentwicklung, Fairness, Legitimität, Transparenz, Effektivität und Effizienz – bewerten. Die Einschätzungen basieren auf der Auswertung des Online-Beteiligungsportals, von Dokumenten und insgesamt neun geführten Expertengesprächen mit Befürwortern und Gegnern der Laga, zu vielen Fragen variieren die Einschätzungen (JLU GIESSEN 2015: 28ff):

■ Unter dem Kriterium der **Kompetenzentwicklung** ist hervorzuheben, dass in den 6 Jahren der Laga-Vorbereitung insgesamt 300 Veranstaltungen – vor allem Informationsveranstaltungen, Begehungen und Workshops – durchgeführt wurden, also im Durchschnitt jede Woche eine. Damit wurde rechnerisch eine breite Zahl von Bürgern angesprochen.

Die 2012 eingerichtete Online Plattform wurde intensiv frequentiert. Diese Veranstaltungen haben sicherlich die allgemeine Kompetenz zu Sachfragen gesteigert, Experten- und Bürgermeinungen näherten sich an. Als besonders gelungenes Projekt lässt sich hier die von Bürgern mitgeplante Skateranlage nennen (JLU GIESSEN 2015: 32ff).

■ Das Kriterium der **Fairness** kann zumindest aus Sicht der Verwaltung insofern als erfüllt angesehen werden, da die zahlreichen Beteiligungsplattformen einen grundsätzlich offenen Zugang für alle Bürger ermöglichten. Umgekehrt wurde von Seiten der Verwaltung häufig der Argumentationsstil der Grundsatzgegner als unfair empfunden. Die wiederum warfen der Verwaltung etwa im Zusammenhang mit den Baumfällaktionen vor, nicht rechtzeitig alle Informationen bereitgestellt zu haben. Gleiches galt für die Bürger in den Projekten, deren Vorschläge nicht aufgegriffen wurden (JLU GIESSEN 2015: 36ff).

■ Das Kriterium der **Legitimität** wurde insofern erfüllt, als die grundsätzlich breite Partizipation auch die hierbei entwickelten Ergebnisse legitimierte. Es gab jedoch während der gesamten Vorbereitungszeit der Laga – abgesehen von den ab und zu in der Presse erhobenen Stimmungsbarometern – keine quantitativ ausgerichtete Abstimmung, die ein demokratisches Grundstimmungsbild der Akzeptanz der Laga ergeben hätte. Der Grundsatzbeschluss zur Beteiligung an der Laga 2004 war zwar durch die politischen Gremien legitimiert, die Meinung der Stadtbevölkerung hierzu wurde jedoch nicht explizit eingeholt. Ein erstes Bürgerbegehren zu einer Grundsatzabstimmung zur Laga scheiterte vor dem Oberverwaltungsgericht; einem zweiten Bürgerbegehren kam die Stadt zuvor, indem sie den damit verbundenen Forderungen nachgab. Insgesamt entsteht der Eindruck, dass Politik und Verwaltung eine direkte Beteiligung zur Grundsatzfrage der Laga zumindest nicht forcierten, sondern vermutlich eher scheuten. Dies ist insofern nachvollziehbar, als die Stimmungsbarometer zur Landesgartenschau nur ein knappes Plus der Befürworter nachzeichneten (JLU GIESSEN 2015: 41ff).

■ Das Kriterium der **Transparenz** wurde durch die zahlreichen kontinuierlichen Informationsveranstaltungen der Verwaltung und die Öffentlichkeitsarbeit verfolgt. Gleichwohl warfen Gegner der Verwaltung immer wieder fehlende Transparenz vor: zu späte Informationen, zu wenig umfangreiche Erklärungen. Inwieweit diese Vorwürfe berechtigt sind oder

selbst wiederum taktisches Element der Auseinandersetzung sind, kann im Nachhinein nicht mehr im Einzelnen rekonstruiert werden (JLU GIESSEN 2015: 44ff).

■ **Das Kriterium der Effektivität:** Die zahlreichen Beteiligungsaktivitäten haben zweifellos zu bürgernäheren Verbesserungen der Planungen geführt. Konflikte etwa mit Sportvereine und Kleingärtnern wurden reduziert. Auch wurden einzelne Planungen, zu denen sich kein ausreichender Konsens finden ließ, fallen gelassen: der Umbau des Schwanenteichs wurde aufgrund des Bürgerbegehrens zumindest verschoben. Insgesamt reduzierte sich nach der Intensivierung der Beteiligungsaktivitäten 2012 das Konfliktniveau um die Laga deutlich auch die Medienberichterstattung ging zurück (vgl. Abb. 4). War vorher die Stimmung in der Gießener Bevölkerung zur Laga in weiten Teilen von Skepsis geprägt, so wurde diese spätestens bei ihrer Durchführung 2014 von einer Mehrheit der Bewohner getragen. Grundsatzgegner, die vor allem Naturschutzargumente gegen die Laga anführten, konnten allerdings bis zuletzt nicht eingebunden werden. Einer der wichtigsten Effekte der Partizipationsaktivitäten im Zuge der Laga war sicherlich der Einfluss auf die Beteiligungskultur der Stadt selbst. Diese veränderte Beteiligungskultur drückt sich vor allem durch die Satzung zur Bürgerbeteiligung aus, die 2015 entworfen wurde (UNIVERSITÄTSSTADT GIESSEN 2015) und bereits 2009 im Wahlprogramm der OB angekündigt worden war. Ohne die Erfahrungen der Laga wäre sie jedoch sicherlich nicht in dieser Form erstellt worden (JLU GIESSEN 2015: 54ff).

■ **Effizienz:** Ob diese Effekte letztlich in angemessener Reaktion zum Aufwand standen, entzieht sich einer strengen Nutzen-Kosten-Analyse. Bemerkenswert ist, dass von den 6,2 Mio. € im Durchführungshaushalt der Stadt Gießen der Großteil für Informationsmaßnahmen aufgewendet wurde, das ist immerhin 1/3 der Gelder, die für investive Maßnahmen ausgegeben wurden. Vor allem die kontinuierliche Pflege des Online-Portals erwies sich aus Sicht der Laga-Durchführenden als sehr aufwändig, was von Seiten der Verwaltung nicht durchweg durch entsprechend produktive Anregungen der Nutzer zu rechtefertigen war (JLU GIESSEN 2015: 49ff).

Die Einschätzungen einer relativ umfassenden Bürgerbeteiligung beziehen sich allerdings vor allem auf den Zeitraum ab 2012. Zuvor waren die Beteiligungsaktivitäten deutlich schwächer ausgeprägt (BITTORF 2012).

Die dann weiter intensivierte Beteiligung hatte mehrere Gründe: Zum ersten das 2011 im Zuge der ersten Baumfällmaßnahmen gestiegene Konfliktniveau. Sicherlich spielten aber auch die veränderten politischen Mehrheiten eine Rolle und hatten auch die intensiven Debatten um Stuttgart 21 einen mittelbaren Einfluss. Ob eine frühzeitigere und von Anfang an intensivere Bürgerbeteiligung die Konflikte um die Landesgartenschauen, die z. T. vor Gericht ausgetragen werden mussten, reduziert hätte, darüber kann nur gemutmaßt werden. Denn auch verstärkte Beteiligungsaktivitäten, z. B. schon vor der Ausschreibung der Rahmenplanungen oder gar bereits zur Bewerbungsphase, hätten vor dem Problem des Partizipationsparadoxons (REINERT 2003; STOLLEN 2011; 100 PROZENT ERNEUERBAR STIFTUNG 2012) gestanden: gerade wenn und weil eine Planung noch ergebnisoffen ist, erscheint sie für die meisten Bürger zu abstrakt, um Anstoß zu erregen und Mitwirkung zu provozieren. Auch die Laga Gießen wurde in der Stadtbevölkerung erst breit und intensiv diskutiert, als mit den ersten Baumfällaktionen 2011 sichtbare Zeichen der Veränderung erfolgten. Zuvor wurden die durchaus vorhandenen Beteiligungsangebote der Stadt kaum genutzt, die Laga war in der Bevölkerung kaum ein Thema.

3. Diskussion und Forschungsbedarf

Landesgartenschauen sind vor allem für Städte in einer Größenordnung von 20.000 - 100.000 Einwohnern ein wichtiger Typus ereignisorientierter Stadtentwicklung. Für die Durchführung der Landesgartenschauen selbst hat sich ein lernendes System entwickelt, das dazu beiträgt, dass gravierende Misserfolge vermieden werden. Den Ausrichterkommunen ist in der Regel bewusst, dass ihnen Landesgartenschauen auch Impulse für die Stadtentwicklung bringen können, vor allem weil Maßnahmen gebündelt und Aktivitäten forciert und nicht zuletzt Fördergelder akquiriert werden.

Die Lga Gießen ist ein Beispiel dafür, wie eine Laga eingesetzt wird, um traditionelle stadtstrukturelle Defizite anzugehen: hier die Trennung der Innenstadt vom Fluss und die geringe Qualität von Grünflächen. Sie ist auch ein gutes Beispiel dafür, wie Landesgartenschauen eigene soziokulturelle Profile entwickeln können, die zu der Stadt passen. Der Versuch die Universität als Akteur der Stadt in die Laga einzubinden ist insgesamt

gelingen. Er trug mit dazu bei, dass diese Laga auch in jüngeren Altersgruppen relativ beliebt war. Gießen ist im Rückblick das Beispiel einer in den Ergebnissen und langfristigen Wirkungen eher unspektakulären Laga, die allerdings in der Vorbereitungsphase von z. T. massiven Konflikten begleitet war. Das Beispiel zeigt, dass sowohl Befürchtungen durch Belastungen im Rahmen dieses Großereignisses als auch hohe Erwartungen an die wirtschaftlichen Effekte überzogen sind. Betriebswirtschaftlich gesehen war sie kein Erfolg. Das lag aber nicht an der von Anfang an schöngerechneten »Schwarze Null«, sondern schlichtweg am extrem schlechten Wetter in diesem Sommer.

Positive Effekte für das Beherbergungsgewerbe sind zwar messbar, sie sind aber wie erst Recht jene für den innerstädtischen Einzelhandel zu gering, um von einem nachhaltigen wirtschaftlichen Impuls sprechen zu können. Der Einwohnerzuwachs und der dynamisierte Wohnungsmarkt Gießens in den letzten Jahren sind nicht auf die Laga zurückzuführen, es ist auch nicht ersichtlich, dass sie diese Trends verstärkte. Und auch für die Zukunft lässt sich vermuten: Die Laga hat zwar Aufmerksamkeit auf Gießen gelenkt, dass sie jedoch einen nachhaltigen Imagewandel der Stadt bewirkt, ist eher unwahrscheinlich.

Bleiben die realisierten städtebaulichen Maßnahmen: Sie trugen in bescheidenem Maße zur Verbesserung des Stadtbildes bei. Einige dieser Projekte, vor allem auch jene mit symbolischer Geste (»Öffnung der Stadt zum Fluss«), wären ohne die Laga mit Sicherheit nicht realisiert worden, andere, wie die Sanierung des Bahnhofsvorplatzes, wurden vermutlich beschleunigt. Ob die in Wert gesetzten Freiräume der Stadt auch ohne ein Event intensiver genutzt werden als zuvor, bleibt abzuwarten. Ebenso ist fraglich, ob das Thema Freiraumentwicklung angesichts der aktuellen Stadtentwicklungsprobleme so bedeutsam bleibt, da der Handlungsbedarf vor allem zur Schaffung von Wohnraum deutlich größer ist als der der Freiraumentwicklung.

Ob der volkswirtschaftliche Nutzen die eingesetzten öffentlichen Gelder insgesamt rechtfertigte, kann alleine deshalb nicht plausibel abgeschätzt werden, weil die Stadt keine offizielle Schlussbilanz der Laga vorlegte und Statements der Kommunalpolitik in der Presse hierzu z. T. widersprüchlich waren. Daher bleibt die These im Raum, dass die erforderliche Haushaltskonsolidierung der Stadt durch die Laga zumindest um einige Jahre verzögert wurde (GIESSENER ALLGEMEINE 2014).

Großprojekte können lokale politische Kulturen beschädigen (SELLE 2013: 25ff). Im Falle der Laga Gießen scheint im Rückblick die kommunale Beteiligungskultur durch die partizipativen Elemente der Laga letztlich eher weiterentwickelt worden zu sein, vielleicht gerade auch deswegen weil sie vor allem in den Jahren 2011/2012 mit Konflikten zwischen Politik/Verwaltung und einem Teil der Bürger behaftet war. Mit Sicherheit ist die Laga Gießen ein Beispiel für die in den letzten Jahren in Deutschland weiter forcierten Bemühungen zur verstärkten Partizipation der Bürger, der allgemeine Zeitgeist wurde sozusagen aufgenommen. Diese Anstrengungen setzten zwar relativ spät ein, aber der hierfür getriebene Aufwand und die Lernprozesse von Politik, Verwaltung und Bürgern waren dann beträchtlich. Auf einer differenzierteren Stufenleiter der Partizipation – Information, Anhörung, Mitsprache, Mitentscheidung, Mitverantwortung bei der Umsetzung und Selbstorganisation (SELLE 2013) – waren dabei alle Stufen vertreten: Die kontinuierliche Information, bei einzelnen Projekten aber auch die Mitsprache, Mitentscheidung und Mitverantwortung bei der Umsetzung. In gewisser Weise lässt sich auch die höchste Stufe der Selbstorganisation feststellen, als eine Bürgerinitiative pro Laga und eine gegen die Laga gegründet wurde (SELLE 2013: 68). Alle von Seiten der Politik und Verwaltung verfolgten Partizipationsansätze bezogen sich jedoch auf konkrete Projekte der Laga. Es wurde versucht, deren Qualität zu verbessern, einzelne Projekte wurden aber auch fallen gelassen, wenn keine ausreichende Akzeptanz zu erzielen war.

Die Grundsatzfrage allerdings, ob die Stadt Gießen eine Laga durchführen sollte, wurde Mitte des letzten Jahrzehnts auf den üblichen parlamentarischen Wegen ohne direkte Bürgerbeteiligung entschieden und dann auch von der Politik nicht mehr zur Disposition gestellt.

Letztlich lässt sich aus dem Beispiel Gießen für die Durchführung zukünftiger Landesgartenschauen folgendes lernen: Landesgartenschauen sind zwar keine Selbstläufer und rechnen sich nicht verlässlich. Aber richtig konzipiert können mit ihnen zumindest kleine reparative Impulse für Mittelstädte und kleine Großstädte gesetzt werden. Wenngleich oder gerade weil die Kosten-Nutzen-Bilanzen widersprüchlich und uneindeutig sind, wie auch im Falle Gießens, sollten Kommunalpolitik und Verwaltung mehr Mut entwickeln,

die Bürger so früh wie möglich in dieses Ereignis auch durch plebiszitäre Elemente bei der Grundsatzfrage über das »Ob« einzubinden. Als Beispiel dafür können die jüngeren Olympiabewerbungen deutscher Städte dienen, in die Grundsatzentscheidungen der Bevölkerung eingebunden waren, auch und gerade weil diese dazu führen können, dass eine Bewerbung fallengelassen wird. Die zur Bewerbung von Landesgartenschauen erforderliche Machbarkeitsstudie wäre hierfür das richtige Instrument. Sie könnte zweistufig angelegt werden, und der Bürgerentscheid über die Durchführung der Laga wäre Schlusspunkt der ersten Stufe. Dies kann zwar zum frühzeitigen Scheitern der einen oder anderen Bewerbung und damit zu verpassten Chancen für die Stadt führen. Angesichts des angespannten Wohnungsmarktes würde eine Laga in Gießen, die andere Themenfelder der Stadtentwicklung besetzt, heute vermutlich bei der Bevölkerung sogar auf eine noch geringere Gegenliebe stoßen als bei der Bewerbung um die Laga Mitte des letzten Jahrzehnts. Aber ein solcher robuster Entscheid, der ein klares Meinungsbild der Bevölkerung ergeben würde, würde die tragfähige Basis einer Laga von Anfang an erweitern oder den Fokus auf die drängenderen Probleme der Stadtentwicklung lenken. Damit würde auch der kommunalpolitische GAU eher vermieden, wie er z. B. das niedersächsische Bad Iburg erteilte, wo die Stadt sich Anfang 2015 gegen die Durchführung der bereits an sie vergebenen Laga 2018 entschieden hat (OZ 2015). Die Konstellation der Absage einer bereits vergebenen Laga ist zwar die Ausnahme, könnte aber angesichts der angespannten Haushaltssituation vieler Kommunen immer

häufiger zum Thema werden. Grund genug Bürger hierzu frühzeitig zu informieren und bei der Grundsatzentscheidung des Oberbürgermeisters auch durch einen Bürgerentscheid einzubinden.

Für die weitere Forschung lässt sich festhalten: Die systematisch typisierende und vergleichende Forschung zu den Formaten ereignisorientierter Stadt- und Regionalentwicklung hat sich bislang vor allem auf die erste Liga der Events und damit die erste und zweite Liga der Städte konzentriert. Sowohl bei Betrachtung der ökonomischen (TROSIEG 2012) als auch der sozialpolitischen (EHRNBERG/KRUSE 2000) Auswirkungen überwiegt die Betonung der Besonderheiten des jeweiligen Einzelfalls. Dies liegt z. T. auch in der Natur der Sache, denn die großen Formate ereignisorientierter Stadtentwicklung finden nur selten statt. Landesgartenschauen dagegen gehören zu den Formaten mit insgesamt großer Fallzahl, immerhin noch mindestens 22 Landesgartenschauen stehen in Deutschland in den nächsten Jahren an (vgl. Abb. 1). Die Wirkungen einer einzelnen Laga mögen im positiven wie im negativen Sinne verglichen mit den großen Formaten ereignisorientierter Stadtentwicklung gering sein. In der Summe bilden sie jedoch für den Typus der Mittelstädte und kleinen Großstädte einen interessanten Forschungsgegenstand auch für eine vergleichende oder punktuell quantifizierende Herangehensweise. Dies umso mehr, wenn ereignisorientierte Stadtentwicklung für die Metropolregionen als Strategie zunehmend entbehrlicher wird, Städte aus der zweiten, dritten und vierten Liga der Städtehierarchie diese Formate aber zunehmend entdecken.

Literatur

- AHLFELD, Gabriel M; MANNIG, Wolfgang (2008): Stadionarchitektur und Stadtentwicklung. Einse stadtökonomische Perspektive, in: Funke-Wieneke, Jürgen; Klein, Gabriele (Hg. 2008): Bewegungsraum und Stadtkultur. Sozial- und kulturwissenschaftliche Perspektiven, Bielfeld; S. 223 - 240.
- ASLA (2006): Arbeitsgruppe Stadt und Landschaft u. Architektur BDA 2006: Auf zu neuen Ufern. Machbarkeitsstudie zur Ausrichtung der 5. Hessischen Landesgartenschau 2014 in Gießen. Gießen.
- BAUMGART, Sabine; J. Flacke, C. Grüger, P. Lütke und A. Rüdiger (Hg., 2004): Klein- und Mittelstädte – Verkleinerte Blaupausen der Großstadt? Dokumentation des Expertenkolloquiums am 29. April 2004 an der Universität Dortmund.
- BBSR (2012, Hg.): Klein- und Mittelstädte in Deutschland - eine Bestandsaufnahme, BBSR-Analysen Bau. Stadt.Raum, Band 10, Bonn, 2012.
- BELL, David; JYNE, Mark (2009): Small cities? Towards a research Agenda, in: International Journal of Urban and Regional Research, 33, 3, S. 683 - 99.
- BITTORF, Matthias (2012): Landesgartenschau 2014, was ging schief bei der Bürgerbeteiligung? Unveröffentlichte BSC-Thesis am Institut für Geographie der Justus-Liebig-Universität Gießen.
- BÖHM, Jörg (2015): Und ich bringe Dir den Tod, Karlsruhe.
- BRAKE, Ludwig (1997): Auf dem Weg zur modernen Stadt, in: Ludwig Brake; Heinrich Brinkmann: 800 Jahre Gießener Geschichte 1197-1997, Gießen, S. 182 - 214.
- BUNBR (2016): (http://www.staedtebaufoerderung.info/StBauf/DE/Programm/StadtumbauWest/Praxis/Kommunale_Praxisbeispiele/Massnahmen/bingen_hafen/bingen_node.html), letzter Aufruf 14.5.2016.
- BUNDESGARTENSCHAU (2015): <http://bundesgartenschau.de/buga-iga.html>, letzter Aufruf 15.09.2015;
- DILLER, Christian (2014): Gießen und Marburg: Stadtentwicklung, Stadtdiskurse und studentische Lebensqualität im Vergleich, in: Institut für Geographie (Hg., 2014): 150 Jahre Geographie in Gießen; Festschrift; Gießen, S. 163 - 189.
- DILLER, Christian; Dorenkamp, Ansgar; Kollege, Christoph (2008): Das »Elefantenklo«: ein Gießener Wahrzeichen in Leichtbeton auf dem Weg ins fünfte Lebensjahrzehnt; Recherchen zur Planungsgeschichte der Fußgängerplattform am Selterstor Gießen und Ergebnisse von Befragungen (Schriften zur Gießener Stadtgeschichte Nr. 7), Gießen.
- EHRENBERG, Eckehardt; KRUSE, Wilfried (2000): Soziale Stadtentwicklung durch große Projekte? EXPOS, Olympische Spiele, Metropolen-Projekte in Europa: Barcelona, Berlin, Sevilla, Hannover, Münster.
- EXPO (2000): https://de.wikipedia.org/wiki/Expo_2000
- FESER, Hans-Dieter (Hg., 2000.): Potenziale von Landesgartenschauen für die Stadtentwicklung und die Region, Regensburg.
- FESER, Hans-Dieter (2000a): Regionalökonomische Potenziale von Landesgartenschauen, in: Feser, Hans-Dieter (2000, Hg.): Potenziale von Landesgartenschauen für die Stadtentwicklung und die Region, Regensburg, S. 69 - 82.
- FICKEL, Anne-Kathrin (2013): »Potenziale für den Gießener Einzelhandel durch die Landesgartenschau 2014 unveröffentlichte BSC-Thesis am Institut für Geographie der Justus-Liebig-Universität Gießen.
- FRANKFURTER RUNDSCHAU (2014): <http://www.fr-online.de/rhein-main/landesgartenschau-giessen-viel-regen-wenige-besucher,1472796,28694278.html>, letzter Aufruf am 14.5.2016.
- GIESSENER ALLGEMEINE ZEITUNG (2014): Was die Landesgartenschau kostet, http://www.giessener-allgemeine.de/Home/Stadt/Uebersicht/Artikel,-Was-die-Landesgartenschau-kostet-_arid,494453_regid,1_puid,1_pageid,113.html, letzter Aufruf 24.05.2015
- GARCIA, Soledad (1993): Barcelona und die Olympischen Spiele, in: Häußermann, Hartmut; Siebel, Walther (Hg., 1993): Festivalisierung der Stadtpolitik. Stadtentwicklung durch große Projekte, Leviathan. Zeitschrift für Sozialwissenschaft, Sonderheft 13, S. 251 - 277.
- GEIPEL, Robert; Helbrecht, Ilse; Pohl, Jürgen (1993): Die Münchner Olympischen Spiele von 1972 als Instrument der Stadtentwicklungspolitik, in: Häußermann, Hartmut; Siebel, Walther (Hg., 1993): Festivalisierung der Stadtpolitik. Stadtentwicklung durch große Projekte, Leviathan. Zeitschrift für Sozialwissenschaft, Sonderheft 13/1993, S. 278 - 304.
- GLATTER, Jan; Hackenberg, Katharina; Wolff, Manuel (2014): Zimmer frei? Die Wiederentdeckung der Relevanz des studentischen Wohnens für lokale Wohnungsmärkte, in: Raumforschung und Raumordnung, 72, S. 385 - 399.
- GOLDSCHMIDT, Rüdiger (2014): Kriterien zur Evaluation von Dialog- und Beteiligungsverfahren. Konzeptionelle Ausarbeitung eines integrativen Systems aus sechs Metakriterien, Wiesbaden.
- GOE-BIELEFELD (2015): Gesellschaft für Organisation und Entscheidung/Stadtverwaltung Gießen Kommunales Wohnraumkonzept Gießen.
- HÄUSSERMANN, Hartmut; Läßle, Dieter; Siebel, Walther (2008): Stadtpolitik, Frankfurt.
- HÄUSSERMANN, Hartmut; SIEBEL, Walther (1993): Die Politik der Festivalisierung und die Festivalisierung der Politik. Große Ereignisse der Stadtpolitik, in: Häußermann, Hartmut; Siebel, Walther (Hg., 1993): Festivalisierung der Stadtpolitik. Stadtentwicklung durch große Projekte, Leviathan. Zeitschrift für Sozialwissenschaft, Sonderheft 13/1993, S. 7 - 31.

- HOHN, Uta; KEMMING, Herbert; REIMER, Mario (2014): »Formate der Innovation« – Innovation durch Formate? In: Hohn, Uta; Kemming, Herbert; Reimer, Mario (Hg.): Formate der Innovation in der Stadt- und Regionalentwicklung. Reflexionen aus Planungstheorie und Planungspraxis. Detmold. S. 1-20.
- 100 PROZENT ERNEUERBAR STIFTUNG (2012): Akzeptanz für erneuerbare Energien. Akzeptanz planen, Beteiligung gestalten, Legitimität gewinnen, Berlin.
- ILU GIESSEN (2015): Justus-Liebig-Universität Gießen, Institut für Geographie: Studienprojekt Evaluation raumbedeutsamer Politiken. Evaluation des Bürgerbeteiligungsprozesses zur Landesgartenschau Gießen 2014. Projektleitung: Prof. Dr. Christian Diller. Autoren: Lisa Ewald, Christina Kontaxis, Bea Kunzmann, Jasmin Möller, Sarah Johanna Smith, Daniel Theobald, Gießen.
- ILU GIESSEN (2014): Justus-Liebig-Universität Gießen, Institut für Geographie: Projektbericht zum M. Sc.-Projekt im SoSe 2014 zu den Themen: Evaluation der Landesgartenschau in Gießen, Evaluation des Koalitionsvertrages der Stadt Gießen in den Bereichen Verkehr sowie Sicherheit und Strategic-Choice Approach. Projektleitung: Prof. Dr. Christian Diller. Gießen. Autoren: Julia Arndt, Yasmin Balibasa, Friedericke Dietrich, Ann-Kathrin Fickel, Melanie Geier, Christian Gerndt, Aaron Happel, Nils Karger, Peter Koch, Benedict Kreutz, Matthias Leba, Franziska Licher, Lisa Marcus, Sascha Mayerer, Julia Schönewolf, Anneke Tietje, Nadine Velte, Caroline Zoller, Gießen.
- ILU GIESSEN (2013): Justus-Liebig-Universität Gießen, Institut für Geographie: M. Sc. Projekt SoSe 2013: Entwicklung eines Evaluationsansatzes für die Landesgartenschau Gießen, Erweiterter Forschungsantrag, Projektleitung: Prof. Dr. Christian Diller, Gießen. Autoren: Philipp Gareis, Manuel Gardt, Manuel Hoffmann, Christian Ignatz, Timo Kleiner, Martin Kohl, Markus Lang, Sibylle Piechaczek, Kerstin Jutta Schäfer, Christian Teichert, Christian Thiel, Gießen.
- JONES/Lang/LaSalle (2014): Einzelhandelsstandort Gießen: www.giessen.de/Wirtschaft/Wirtschaftsstandort/ Einzelhandel/
- KILLAT, Jonas Sebastian (2014): Die Landesgartenschau 2014 – Chancen und Risiken für die Gießener Nordstadt unveröffentlichte BSC-Thesis am Institut für Geographie der Justus-Liebig-Universität Gießen.
- KÖNIGSHOFER, Franz (2008): Die österreichischen Host Cities der UEFA Euro 2008. Städte zwischen Festivalisierung, Inszenierung und nachhaltiger Entwicklung im Zuge des Events unter spezifischer Berücksichtigung von Wien, Saarbrücken.
- KRÄMER-BADONI, Thomas (1993): Venezia Expos 2000: Aus der (Alp)-Traum, in: Häußermann, Hartmut; Siebel, Walther (Hg.): Festivalisierung der Stadtpolitik. Stadtentwicklung durch große Projekte, Leviathan. Zeitschrift für Sozialwissenschaft, Sonderheft 13, S. 134 – 163.
- LAND HESSEN (2016): <https://finanzen.hessen.de/finanzen/kommunaler-schutzschirm/grusswort-zum-kommunalen-schutzschirm>, letzter Aufruf am 14.5.2016.
- LANDESGARTENSCHAU (2015): <https://de.wikipedia.org/wiki/Landesgartenschau> (15.09.2015), letzter Aufruf 15.9.2015.
- LANDESGARTENSCHAU GIESSEN (2014): https://de.wikipedia.org/wiki/Landesgartenschau_Gie%C3%9Fen_2014, letzter Aufruf 14.5.2015
- MEYER, Gert (1985): Marburg nach 1945 in: Dähne, Eberhardt et al. (1985): Marburg. Eine illustrierte Stadtgeschichte, Marburg, S. 123 - 147.
- MÜLLER, Heidi; SELLE, Klaus (2002): Was nach dem Feste bleibt... Großereignisse für Stadt und Region. Von Hannover lernen, in: Müller, Heidi; Selle, Klaus (2002): EXPOst - Großprojekte und Festivalisierung als Mittel der Stadt- und Regionalentwicklung: Lernen von Hannover, Dortmund; S. 13 - 28.
- MÜLLER, Heidi; NIEDERLEIN, Kirsten; SCHÜLER, Anke (2002): Wirkungen? Eine Umfrage nach 14 Jahren, in: Müller, Heidi; Selle, Klaus (2002): EXPOst - Großprojekte und Festivalisierung als Mittel der Stadt- und Regionalentwicklung: Lernen von Hannover, Dortmund; S. 105 - 159.
- NIPPER, Joseph (1993): Zerstörung, Wiederaufbau und Persistenz. Eine Analyse der raum-zeitlichen Entwicklung der Landnutzung der Gießener Innenstadt bis Anfang der 60er Jahre, in: Joseph Nipper; Manfred Nutz (Hg.): Kriegszerstörung und Wiederaufbau deutscher Städte. Geographische Studien zu Schadensausmaß und Bevölkerungsschutz im Zweiten Weltkrieg, zu Wiederaufbauideen und Aufbaurealität, Köln, S. 131 - 144.
- OZ (2005): <http://www.noz.de/deutschland-welt/niedersachsen/artikel/558115/nach-Laga-absage-aus-bad-iburg-bad-gandersheim-sagt-nein-1>
- PESTEL-INSTITUT (2015): Kurzstudie Modellrechnungen zu den langfristigen Kosten und Einsparungen eines Neustarts des sozialen Wohnungsbaus sowie Einschätzung des aktuellen und mitteln fristigen Wohnungsbedarfs, im Auftrag des Verbändebündnis Sozialer Wohnungsbau, Hannover.
- PSE – Projektgruppe Stadt + Entwicklung Ferber, Gaurmann und Partner (2004): Gießen 2020 Strategisches und räumliches Entwicklungskonzept - Masterplan Band 1. Stufe 1: Gesamtstädtisches Rahmenkonzept, Gießen.
- REINERT, Adrian (2003): Bürgerbeteiligung als Teil der lokalen Demokratie, in: Ley, Astrid, Weitz, Ludwig (Hg.): Praxis Bürgerbeteiligung. Ein Methodenhandbuch, Bonn, S. 33 - 40.
- REVILLA-DIEZ (2002): Die Weltausstellung EXPO 2000 in Hannover – eine regionalökonomische Schlussbilanz, in: Müller, Heidi; Selle, Klaus (Hg.): EXPOst - Großprojekte und Festivalisierung als Mittel der Stadt- und Regionalentwicklung: Lernen von Hannover, Dortmund; S.271 - 279.

- SCHIMAK, Gerhard (2003): Weltausstellung 1995 Wien-Budapest. Ursachen und Konsequenzen der Absage Wiens, in: Häußermann, Hartmut; Siebel, Walther (Hg., 1993): Festivalisierung der Stadtpolitik. Stadtentwicklung durch große Projekte, Leviathan. Zeitschrift für Sozialwissenschaft, Sonderheft 13, S. 108 - 133.
- SCHMIDT, Heinrich (1993): Wiederaufbau und Baulandumlegungsverfahren: Nipper, Josef; Nutz, Manfred (Hg.): Kriegszerstörung und Wiederaufbau deutscher Städte. Geographische Studien zu Schadensausmaß und Bevölkerungsschutz im Zweiten Weltkrieg, zu Wiederaufbauideen und Aufbaurealität, Köln, S. 145 - 158.
- SCHMÖE, Friederike (2012): Rosenfolter, Meßkirch.
- SCHNEIDER, Harald (2014): Tote Beete. Ein Feinkost-Krimi, Meßkirch.
- SEEMANN, Martin (1992): Landesgartenschauen – ein noch zeitgemäßes Instrument der Grün- und Freiflächenplanung, Diplomarbeit Kaiserslautern.
- SELLE, Klaus (2013): Über Bürgerbeteiligung hinaus: Stadtentwicklung als Gemeinschaftsaufgabe, Dortmund.
- SELLE, Klaus (2002a): Vom Werden einer Weltausstellung. Ein Lehr-Stück in sechs Akten nebst Vor-, Zwischen und Nachspielen, in: Müller, Heidi; Selle, Klaus (2002): EXPOst - Großprojekte und Festivalisierung als Mittel der Stadt- und Regionalentwicklung: Lernen von Hannover, Dortmund; S. 30 - 84.
- SELLE, Klaus (2002b): Von Hannover lernen? Große Projekte als Mittel der Stadt- und Regionalentwicklung, in: Müller, Heidi; Selle, Klaus (2002): EXPOst - Großprojekte und Festivalisierung als Mittel der Stadt- und Regionalentwicklung: Lernen von Hannover, Dortmund; S. 163 - 218.
- SIEDENTOP, Stefan (2015): Ursachen, Ausprägungen und Wirkungen der globalen Urbanisierung – ein Überblick, in: Taubenböck, Hannes; Wurm, Michael; Esch, Thomas; Dech, Stefan (Hg.): Globale Urbanisierung – Perspektive aus dem All, Berlin, Heidelberg, S. 11 - 21.
- STADT GIESSEN (2016): https://www.giessen.de/Wirtschaft/Wirtschaftsstandort/Zahlen_und_Fakten/, letzter Aufruf 14.5.2016.
- STADT GIESSEN (2014): https://www.giessen.de/media/custom/684_5261_I.PDF?1449678904 letzter Aufruf 14.5.2016.
- STADTPLANUNGSAMT GIESSEN UND HEBSTREIT ARCHITEKTEN (2009): Auslobung Landschaftsarchitektonischer Wettbewerb. Landesgartenschau Gießen 2014, Gießen.
- STOLLEN, T. (2011): Deliberation als Brücke zwischen passiver und aktiver Öffentlichkeit. Ein Feldexperiment zu den Chancen und Grenzen verschiedener Formen der Bürgerbeteiligung in der deutschen Gesundheitspolitik, Berlin.
- THEOBALD, Daniel (2014): Nachhaltige touristische Effekte für die Stadt durch die Landesgartenschau Gießen, unveröffentlichte BSC-Thesis am Institut für Geographie der Justus-Liebig-Universität Gießen.
- TROSIEN, Gerhard (Hg., 2012): Sports in the Co-opetition of Metropolitan Regions, Berlin.
- UMWELTMINISTERIUM HESSEN (o. J.) Grundsätze für die Durchführung von Landesgartenschauen in Hessen https://umweltministerium.hessen.de/sites/default/files/media/hmuelv/grundsätze_fuer_die_durchfuehrung_von_landesgartenschauen_in_hessen.pdf
- UNIVERSITÄTSSTADT GIESSEN (2015): Bürgerbeteiligungssatzung der Stadt Gießen, Entwurf 19.2.2015. <https://giessen-direkt.de/ecm-politik/giessen/de/home/file/fileId/13>
- WALITZEK, Gisela; POOST, Stephan (2013): Morderstedt. Das Beste vom Morden. Eine gartenschaurige Krimi-Groteske, Norderstedt.
- WEISSMANN, Ingrid (2011): Ein Mord voraus. Norderstedt Krimi, Oldenburg.
- WETTERKONTOR (2014): <http://www.wetterkontor.de/de/wetter/deutschland/monatswerte.asp?y=2014&m=10>, Aufruf am 24.5.2014
- WÜST, Hanns Stephan; APPEL, Steffen (2000): Potenziale von Landesgartenschauen für eine nachhaltige Stadt- und Regionalentwicklung in der Region, in: Feser, Hans-Dieter (Hg.): Potenziale von Landesgartenschauen für die Stadtentwicklung und die Region, Regensburg, S. 53 - 68.



REviewed

Klimafreundliche Mobilität als Stadtentwicklungsparadigma der Automobilstadt Wolfsburg – eine Utopie?

Zusammenfassung

Die Entwicklung Wolfsburgs ist eng mit dem Unternehmenserfolg der Volkswagen AG verbunden. Die strategische Allianz war lange Zeit für beide Seiten vorteilhaft, führte jedoch zu Abhängigkeiten. Zum einen trug die Verkehrs- und Stadtplanung zu einer autogerechten Stadtentwicklung bei. Zum anderen ist die kommunale Haushaltslage vom unternehmerischen Erfolg VWs abhängig. Dieser Beitrag zeichnet die Verbindung zwischen Kommunalplanung und Unternehmensinteressen nach und zeigt wie ein möglicher Paradigmenwechsel im Bereich der Stadt- und Verkehrsentwicklung aussehen könnte.

1 Einleitung

Es ist genau 500 Jahre her, als Thomas Morus in seinem Werk eine ideale Gesellschaft auf der Insel Utopia beschrieb. Seither faszinieren Menschen Utopien, da sie Ideen, Pläne oder Gesellschaftsordnungen skizzieren, die sich derart von den gegenwärtigen gesellschaftlichen, politischen oder kulturellen Rahmenbedingungen abheben, dass sie als wirklichkeitsfremd und nicht realisierbar eingeschätzt werden.

In einer zunehmend komplexer und schnelllebiger werdenden Welt besteht sowohl von Seiten der Gesellschaft wie auch der Politik ein zunehmender Bedarf an zukunftsbezogenem Wissen. Utopien, Leitbilder und

Visionen zeigen Möglichkeitsräume auf und können so Richtungssicherheit und Robustheit von Entscheidungen und Strategien unterstützen.

Da Leitbilder der Stadtentwicklung in der Regel die Entwicklung von Städten über Jahrzehnte prägen, ist es hier besonders wichtig, deren Auswirkungen mit Weitblick zu beurteilen. Das heutige Erscheinungsbild vieler Städte ist damit sowohl ein Ergebnis der städtebaulichen Leitbilder aber auch der Investitionsentscheidungen handelnder Akteure der Vergangenheit. Folglich tragen Akteure aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft mit ihren heutigen Entscheidungen in hohem Maße selbst die Verantwortung für ihre zukünftige Entwicklung. Daher scheint



Steven März, Dipl.-Geograph, Wissenschaftlicher Mitarbeiter und Doktorand am Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH

Ulrich Jansen, Dipl.-Geograph, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH

Der Beitrag wurde in einem offenen Verfahren durch pnd|online *REviewed*.

es notwendig, vorhandene Entwicklungspfade und Pfadabhängigkeiten sowie alternative Zukünfte kritisch zu betrachten.

Dieser Herausforderung stellt sich dieser Artikel, in dem er die historische Stadt- und Verkehrsentwicklungspolitik der Automobilstadt Wolfsburg analysiert und Umriss einer möglichen alternativen verkehrlichen und stadtentwicklungspolitischen Zukunft entwickelt. Die Herausforderung erscheint in Wolfsburg besonders hoch, da es wohl kaum eine deutsche Stadt gibt, bei der Stadtstruktur und Selbstverständnis ihrer Bürgerinnen und Bürger so deutlich mit dem Aufkommen des Automobils verbunden sind, wie in Wolfsburg. Bereits der Name, der 1938 gegründeten »Stadt des KdF Wagens bei Fallersleben« verdeutlicht, dass Ursprung und Entwicklungsperspektive der Stadt einzig der Bau von Autos war und auch heute noch weitgehend ist. Der wirtschaftliche Erfolg des Volkswagenkonzerns hat über Jahrzehnte die Entwicklung Wolfsburgs bestimmt und ermöglichte der Stadt enorme Handlungsspielräume.

Auf der anderen Seite verdeutlichen die aktuellen Entwicklungen um den VW-Abgasskandal ein hohes Maß an Krisenanfälligkeit und damit die Abhängigkeit der Handlungsfähigkeit der Stadtverwaltung und -politik von der Volkswagen AG. Für Wolfsburg stellt sich daher die Frage, wie sich die Stadt in den nächsten Jahrzehnten entwickeln wird. Wird das über Dekaden entwickelte Zusammenspiel zwischen Stadt und Automobilkonzern auch in Zukunft Bestand haben und weiter gut funktionieren? Wird die Stadt langfristig eine ähnliche Entwicklung nehmen wie die Automobilstädte Detroit, Flint oder Toyota, denen die Abhängigkeit von der Automobilindustrie durch Branchen- und Strukturkrisen zum Verhängnis wurde? Oder gelingt es der Stadt, sich durch einen Paradigmenwechsel in der Stadtentwicklung vom Image der VW-Stadt zu emanzipieren?

2 Motorisierte Individualmobilität – das Ende einer Ära?

Um die oben aufgeworfenen Fragen beantworten zu können, bedarf es zunächst einer kritischen Betrachtung der derzeitigen Rahmenbedingungen in Deutschland und Europa für den motorisierten Individualverkehr.

2.1 Automobilmärkte – kein Wachstum in Europa in Sicht

Die deutsche Automobilindustrie und damit auch die Produktionsstandorte in Deutschland sehen sich nicht erst seit dem aktuellen VW-Abgasskandal enormen Herausforderung gegenüber. In den letzten Jahren haben sich vor allem die Märkte in Asien, in den Schwellenländern Südamerikas und in Nordamerika dynamisch entwickelt. So hat sich in China der Neuwagenabsatz zwischen 2008-2010 auf rund 10. Millionen Fahrzeuge pro Jahr verdoppelt und bis 2020 wird von einer weiteren Verdopplung ausgegangen (BORMANN et al. 2014: 13). Demgegenüber gilt der deutsche und europäische Markt als weitgehend gesättigt. Der Erfolg deutscher Automobilbauer der letzten Jahre basiert somit vor allem auf der Erschließung neuer Märkte. Damit einher geht eine Verlagerung der Produktion in die neuen Absatzmärkte. So stieg beispielsweise die PKW-Produktion deutscher Hersteller im Ausland von 5,3 Millionen Fahrzeugen 2008 auf 8,2 Millionen im Jahr 2012 (BORMANN et al. 2014: 7).

2.2 Das Statussymbol PKW verliert seinen Reiz

Bislang hat die Erschließung neuer Märkte noch keine Auswirkung auf die Inlandsproduktion. Sie blieb in den letzten Jahren weitgehend konstant. Dennoch mehren sich die Anzeichen, dass durch geänderte Rahmenbedingungen das Nachfragevolumen in Deutschland und Europa in den nächsten Jahren rückläufig sein wird. Ein Grund hierfür ist der demographische Wandel. Aktuelle Bevölkerungsprognosen gehen von sinkenden Bevölkerungszahlen sowie einer zunehmend älter werdenden Gesellschaft aus (PÖTZSCH/RÖSSGER 2015). Bereits heute beträgt das Durchschnittsalter von Neuwagenkäufern 52 Jahre, über ein Drittel sind sogar älter als 60 Jahre. Trotz einer steigenden Mobilität der Seniorengeneration in den letzten Jahrzehnten zeigen Erhebungen jedoch einen rückläufigen PKW-Bedarf beim Eintritt in den Ruhestand (FOLLMER et al. 2010).

Bei jüngeren Bevölkerungsgruppen verliert der private PKW-Besitz in den letzten Jahren ebenfalls an Bedeutung. Als Statussymbol hat es ausgedient und wird vielmehr als Gebrauchsgegenstand wahrgenommen. Die Generation Y, d.h. jene Generation, die erstmals in einem digitalen Umfeld aufwuchs, ist multimodal unterwegs und ver-

bindet vorhandene Mobilitätsdienstleistungen wie Car-Sharing, Mitfahrgelegenheiten, Leihfahrräder, Bahn- und Busfahrten über das Smartphone. Wer dennoch nicht auf den PKW-Besitz verzichten kann oder will, schafft vermehrt einen Gebraucht-, als einen Neuwagen an (NÖLTING 2015). Winterhoff et al. (2009 S. 31) geht sogar davon aus, dass bereits 2020 in Europa, Nordamerika und Japan ein Mobilitätstyp dominiert, der nicht nach Prestige sein Verkehrsmittel auswählt, sondern nach praktischen, rationalen und ökologischen Überlegungen seine Verkehrsmittelwahl trifft und nennt diesen »Greenovator«.

2.3 Attraktive Städte machen den PKW zunehmend überflüssig

Viele Städte haben in den letzten ein bis zwei Jahrzehnten aufgrund ihrer vielfältigen Freizeit- und Kulturangebote sowie aufgrund ihrer Anstrengungen zur Reduktion von Lärm- und Umweltbelastungen an Attraktivität gegenüber ihrem Umland gewonnen. Als Folge ziehen Menschen wieder in die Stadt (Reurbanisierung) beziehungsweise bleiben dort wohnen. Barbara Schäfer und Katja Trippel sprechen in diesem Zusammenhang von einer neu gewonnenen »Stadtlust« (SCHAEFER/TRIPPEL 2013). Wer in der Stadt wohnt, für den verändert sich die praktische und ideale Bedeutung des PKWs. Die fehlende Notwendigkeit zur individuellen motorisierten Mobilität aufgrund vielfach gut ausgebauter Fahrrad-, beziehungsweise ÖPNV-Infrastruktur und dem gleichzeitigen Aufkommen neuer PKW Nutzungsformen wie CarSharing, lassen die PKW-Nutzung zurückgehen. Peter Newman zieht aufgrund dieser Gemengelage den Schluss, dass heute Gesellschaften in den Industrieländern ein »Peak Car Use« erreicht haben (NEWMAN/KENWORTHY 2011).

2.4 Klimaschutzpolitik übt Druck auf das Automobil aus

Besonders vor dem Hintergrund des Klimawandels gilt es die PKW-Nutzung zu verringern und mittelfristig komplett zu dekarbonisieren. In einem ersten Schritt hat die Europäische Union hierzu CO₂-Grenzwerte für Neuwagen festgesetzt. Ab 2021 dürfen neu zugelassene PKWs in der EU maximal 95 g CO₂/km emittieren. Die aktuelle Entwicklung bei Volkswagen sowie die anhaltende Diskussion um realitätsnahe Herstellerangaben und Messverfahren machen den technologischen Innovationsbedarf deutlich (TJETGE

et al. 2015). Langfristig gilt es, verstärkt neue Antriebstechnologien beziehungsweise alternative Kraftstoffe einzusetzen. Nimmt man die Klimaschutzziele auch im Verkehr ernst und treibt man die Internalisierung externer Effekte wie derzeit bei der Kfz-Steuer weiter voran, wird der PKW-Besitz und die PKW-Nutzung gegenüber dem Umweltverbund zunehmend kostspieliger, was das Nachfragevolumen dämpfen dürfte.

Es sind jedoch nicht nur die Kosten technologischer Innovation und fiskalischer Steuerungsmechanismen, die zukünftig die PKW-Nutzung verteuern werden, auch die Verknappung fossiler Ressourcen wird die Kraftstoffpreise trotz der derzeitigen Niedrigpreisphase aller Voraussicht nach weiter steigen lassen.

Die aufgezeigten Aspekte verdeutlichen, dass sich die Bedeutung des Automobils und des motorisierten Individualverkehrs verändert hat und zukünftig weiter verändern wird. Diese Entwicklungen sind jedoch keineswegs über alle Bevölkerungsgruppen und Räume gleichermaßen vorhanden. Besonders in ländlichen Regionen besitzt das Auto, auch aufgrund fehlender Alternativen, nach wie vor einen hohen Stellenwert. SUVs (Sport Utility Vehicle) sind ökologisch fragwürdig, erfreuen sich jedoch großer Nachfrage, obwohl weder in der Stadt noch auf dem Land ein geländegängiges Fahrzeug von Nöten wäre. Auch die Elektromobilität bleibt derzeit hinter den gesteckten Erwartungen weit zurück und verharrt in einer Innovationsnische. In der Gesellschaft existieren nach wie vor starke Beharrungskräfte, die am über Jahrzehnte etablierten fossilen Automobilregime festhalten.

Dennoch verdeutlichen die aufgezeigten Entwicklungen, dass zunehmend Druck auf die derzeitigen Produktionsstätten entsteht, sei es durch eine Verringerung der Nachfrage oder durch Marktkonkurrenz. Dies trifft in besonderem Maß auf die Städte wie Wolfsburg zu, deren Existenz und Entwicklung in hohem Maße vom unternehmerischen Erfolg der in ihnen beheimateten Automobilkonzerne abhängt. Die Herausforderung für Wolfsburg besteht daher darin, Anzeichen von Krisen frühzeitig zu erkennen und gegenzusteuern. Dies impliziert die Bereitschaft, gewohnte und über Jahrzehnte verfestigte Strukturen und Praktiken, mit denen man über viele Jahre erfolgreich war, auf den Prüfstand zu stellen.

3 Wolfsburg – Stadtentwicklung im Zeichen des Automobils

Die Stadt Wolfsburg ist eine der wenigen Städteneugründungen in Deutschland im 20. Jahrhundert. Sie ist weitgehend eine geplante Stadt, deren Entwicklung von den städtebaulichen sowie ideologischen Leitbildern der jeweiligen Stadtplanungsepochen geprägt ist. Die Stadt sollte ursprünglich als industrielle Wohnsiedlung für die Arbeiter des zu bauenden Volkswagenwerkes dienen. Hitler formulierte bereits in »Mein Kampf« das Ziel der »Brechung des Kraftfahrprivilegs durch den Volkswagen« (SCHNEIDER 1979: 29) und verwies bei der Grundsteinlegung des Volkswagenwerkes auf die hohe Bedeutung der Volksmotorisierung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (o. A. 2013).

Die Stadtentwicklung ist eng mit den Namen zweier Architekten verbunden – Peter Koller und Hans Bernhard Reichow. Ersterer wurde auf Empfehlung von Albert Speer mit der Planung der »Stadt des KdF Wagens« beauftragt. Das Volkswagenwerk sollte als »Schaufront« für die südlich davon gelegene Stadt dienen. Die Pläne von P. Koller wurden jedoch aufgrund des zweiten Weltkrieges nur in Ansätzen umgesetzt (SCHNEIDER 1979). Koller wurde 1955 kommissarischer Leiter des Stadtplanungsamtes und prägte die Stadtentwicklung bis in die 1960er Jahre hinein. Er war ein Verfechter einer gegliederten und aufgelockerten Stadtstruktur in Tradition der Gartenstadtbewegung der 1920er Jahre.

Reichow dagegen bestimmte nur indirekt die Stadtentwicklung Wolfsburgs. Zwar wurde er 1947 mit der Entwicklung eines neuen Siedlungskonzeptes für Wolfsburg beauftragt, eine Realisierung fand jedoch nur in Ansätzen statt (STRACKE/SCHUSTER 1988). Reichow war es, der mit seiner Veröffentlichung »die autogerechte Stadt« (1959) die Stadtentwicklung der 1960-70er Jahre in Deutschland prägte (REICHOW 1959). In Wolfsburg entstanden in jener Zeit, wie in vielen anderen deutschen Städten, Großwohnsiedlungen (Detmerode oder Westhagen), die im Sinne des Prinzips »Urbanität durch Dichte« gebaut wurden.

Die knapp 80-jährige Geschichte der Stadtentwicklung Wolfsburgs ist von einer stetigen Expansion gekennzeichnet. Der ökonomische Erfolg des Volkswagen Konzerns führte zu einem raschen Bevölkerungsanstieg und damit zu einem kontinuierlich wachsenden Bedarf an Wohnraum. Dadurch wurde der Siedlungskörper bis in die 1980er Jahre mehrfach erweitert. Da die Verkehrsinfra-

struktur in Wolfsburg über lange Zeit für die Bedürfnisse des motorisierten Individualverkehrs weiterentwickelt und angepasst wurde, ist die Stadt bis auf wenige Teilbereiche durch eine geringe Siedlungs- und Bevölkerungsdichte gekennzeichnet.

4 Wolfsburgischer Kommunalpolitik und die Volkswagen AG – eine Partnerschaft mit Risiken und Nebenwirkungen

In Wolfsburg heißt es seit langem »Was gut ist für das Werk, ist auch für die Stadt gut« (TESSIN 2014: 37). In der Tat hat der Aufstieg der Volkswagen AG zum Weltkonzern der Stadt ein hohes Maß an Wohlstand beschert. Die Stadt besitzt die höchste Wirtschaftsleistung je Einwohner und die Bewohner besitzen das höchste durchschnittliche Einkommen aller Kreise und kreisfreien Städte in Deutschland. In Zeiten wirtschaftlichen Erfolgs und Prosperität führt dies zu hohen Fiskaleinnahmen für die Stadt und damit im Vergleich zu vielen verschuldeten Kommunen in Deutschland, zu umfangreichen Handlungsspielräumen, um freiwillige Kommunalaufgaben umzusetzen bzw. den Bürgerinnen und Bürgern anzubieten. Bei unternehmerischen Krisen birgt die Verflechtung von Stadtentwicklungs- und Kommunalpolitik mit Konzerninteressen und die sich daraus ergebende (Pfad-)Abhängigkeit erhebliche Risiken.

Deutlich wird diese Abhängigkeit im Hinblick auf die kommunale Haushaltslage sowie die Wirtschaftsstruktur in Wolfsburg. Der Automobilkonzern Volkswagen beschäftigt heute rund 60.000 Menschen, d.h. knapp jeden zweiten sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Wolfsburg. Hinzu kommt eine Vielzahl von Beschäftigten, in denen der Automobilherstellung vor- und nachgelagerten Wertschöpfungsketten. Entstanden ist so eine industrielle, auf den Automobilbau ausgerichtete Monostruktur, die aufgrund ihres hohen Lohnniveaus und der Sozialleistungen bei VW kaum andere Industriebranchen entstehen ließ beziehungsweise lässt. Das Ziel der kommunalen Wirtschaftspolitik war daher seither die Stärkung des Dienstleistungssektors. Zwar stieg hier der Anteil der Beschäftigten von rund 25 Prozent Anfang der 1990er Jahre auf heute rund 42 Prozent, er ist jedoch im Vergleich zu anderen Großstädten immer noch gering und z.T. auch durch Ausgründungen des VW Konzerns zu erklären (TESSIN 2014).

Eng mit der Wirtschaftsstruktur verbunden ist die kommunale Haushaltslage. Knapp 70 Prozent der kommunalen Steuereinnahmen sind Gewerbesteuern, wovon wiederum ein Großteil von der Volkswagen AG erbracht wird. Die Steuereinnahmen sind zudem sehr fluktuierend und stark vom Unternehmenserfolg abhängig. So sanken beispielsweise von VW an die Stadt gezahlte Gewerbesteuer von 400 Mio. Euro in 2012 auf 275 Mio. Euro in 2014 (NDR 2015). Eine VW-Krise, wie sie sich aktuell im Zuge des »VW-Abgasskandals« abzeichnet, ist damit auch immer eine Krise der Stadt Wolfsburg. Die Stadt hat hierauf bereits reagiert und Ende September 2015 eine kommunale Haushaltssperre verhängt (WAZ ONLINE 2015).

Eine weitere in Wolfsburg gängige Redewendung besagt: »Wenn VW hustet, bekommt die Stadt eine Lungenentzündung«. Um im Bild zu bleiben, war die Volkswagen AG in den letzten Jahren nur selten krank, dennoch zeigen die Krisen in den Jahren 1966/67, 1971/72, 1974/75 sowie Anfang der 1990er Jahre, welche Auswirkungen externe Ereignisse (z.B. erste Ölkrise), aber auch unternehmerische Fehlentscheidungen auf die Stadt haben. Besonders die Krisenjahre Anfang der 1990er Jahre trafen den Konzern und die Stadt schwer. Die Beschäftigungszahlen sanken von 60.000 auf 45.000. Es wurden sogar Szenarien mit nur noch 22.000 VW-Beschäftigten in Wolfsburg diskutiert. Gleichzeitig stieg die Arbeitslosenquote auf über 17 Prozent (HERLYN et al. 2012: 46). Als Reaktion auf die Krisenjahre wurde daher 1999 die Wolfsburg AG gegründet. Die Aktiengesellschaft, an der die Stadt und der Volkswagenkonzern jeweils zur Hälfte beteiligt sind, entstand aus der Gewissheit heraus, dass die Krise des einen Partners stets auch die Krise des anderen ist. Unternehmenskrisen führen dabei nicht nur zu den aufgezeigten Folgen wie Arbeitslosigkeit, fehlenden Fiskaleinnahmen etc. Umgekehrt trägt eine angespannte kommunalpolitische Haushaltslage und damit verbunden sinkende Ausgaben dazu bei, dass der Wohn- und Arbeitsstandort Wolfsburg an Attraktivität einbüßt und stellt den Konzern vor die Herausforderung, qualifizierte Arbeitskräfte zu gewinnen bzw. zu halten. Weniger eindeutig und kausal, aber nicht minder relevant in Wolfsburg, ist die Wechselwirkung zwischen Konzerninteressen und Stadtentwicklungspolitik in den Bereichen Wohnungsmarkt-, Verkehrs-, Kultur- und Sozialpolitik. Das enorme Wachstum des VW-Werks in den 1950er und 1960er Jahren und

der damit verbundene Arbeitskräftebedarf hat zu seiner sehr dynamischen Bevölkerungs- und Siedlungsentwicklung geführt. Da der kommunale Wohnungsbau aus VW-Sicht zu langsam voranschritt, hat der Konzern bereits 1953 seine eigene Immobiliengesellschaft gegründet. Gebaut wurde in der Folgezeit vor allem in preisgünstigen Lagen und damit vor allem im Umland (TESSIN 2014: 31). Die heutige wenig kompakte und perforierte Siedlungsstruktur Wolfsburgs ist damit auch ein Ergebnis der unternehmerischen Standortwahl der werkseigenen Wohnsiedlungen, die seiner Zeit nicht in eine ganzheitliche Stadtentwicklungsstrategie eingebettet, sondern allein auf die Bedürfnisse von VW ausgerichtet war. Die »Volkswagen Immobilien« (VWI) besitzt aktuell rund 9.200 Wohnungen, d.h. rund ein Viertel aller von institutionellen Anbietern (kommunale/private Wohnungsbau-Gesellschaften, Genossenschaft etc.) zu Wohnzwecken angebotener Wohnungen in Wolfsburg. Die VWI ist damit auch heute noch ein wichtiger Akteur der Stadtentwicklung (VWI 2015).

Dem VW Konzern war zudem früh klar, dass die Stadt einen gewissen Standard an Schul-, Freizeit- und Kulturangeboten, der sich an der Sozialstruktur der Belegschaft orientiert, bieten muss, um die Angestellten an das Werk und die Stadt zu binden. Daher hat der Konzern verschiedenste kulturelle und Freizeitangebote (Stadthalle, Theater, VW-Bad, Planetarium etc.) initiiert und finanziell unterstützt (TESSIN 2014: 34). Das bekannteste Beispiel hierfür ist sicherlich die Volkswagen Arena und die finanzielle Unterstützung des Fußballvereins. In der aktuellen Krise wird allerdings auch hinterfragt, ob der Konzern dieses finanzielle Engagement sowohl beim Fußball als auch bei der Vielzahl anderer Projekte beibehält (FAZ 2015).

Es ist jedoch nicht nur die Stadt, sondern auch der Volkswagen Konzern, der von der Partnerschaft profitiert. Um einen möglichst reibungslosen Beschäftigten- und Güterverkehrs zum VW-Werk sicherzustellen, ist die kommunale Verkehrsinfrastrukturplanung in hohem Maße auf die Bedürfnisse der mit dem VW-Werk verbundenen Verkehre ausgerichtet. Hierzu ist beispielsweise im Jahr 2012 die sogenannte TaskForce Verkehr mit Konzern-Vertretern und Vertretern der Stadt ins Leben gerufen worden, auf deren Engagement die Umsetzung einer Reihe von Maßnahmen zur Verbesserung der verkehrlichen Anbindung des Werks zurückzuführen ist (WOLFSBURGER AG 2013).

Die Beispiele verdeutlichen, dass die Wolfsburger Kommunal- und Stadtentwicklungspolitik eng mit der ökonomischen Entwicklung des VW Konzerns verflochten sind. Hieraus sind (Pfad-) Abhängigkeiten entstanden, die in unternehmerischen Krisen hohe Risiken für die Stadt Wolfsburg bergen. Für die Stadt stellt sich daher die Frage, ob die über Jahrzehnte im Bereich der Stadt- und Verkehrsentwicklung entwickelte Planungspraxis beibehalten oder weiterentwickelt werden soll. Aus Autorenicht ist eine Emanzipation in visionär-planerischer Hinsicht für die Stadt unerlässlich. Dafür besteht in der aktuellen Lage ein »window of opportunity«. Dieses bietet eine Chance, Transformationsprozesse anzustoßen. Hierbei stellt sich vor allem die Frage nach der Stoßrichtung eines solchen Paradigmenwechsels.

Eine mögliche Vision einer zukünftigen Stadt- und Verkehrsentwicklung könnte dem Leitbild einer klimafreundlichen Mobilität folgen. Hierbei geht es weniger darum, das historische Erbe Wolfsburgs zu überprägen, sondern vielmehr darauf aufbauend neue Prioritäten festzulegen. Die nachfolgenden aufgezeigten Aspekte basieren auf einem vom BMUB geförderten Klimaschutz-Teilkonzept Verkehr, das 2012/2013 im Auftrag des Wolfsburger Umweltamtes durch ein Konsortium aus »Jung Stadtkonzepte« und dem Wuppertal Institut erstellt wurde. Grundlage für die nachfolgenden Eckpunkte des Leitbilds einer klimafreundlichen Mobilität waren Vor-Ort-Begehungen, Workshops mit Vertretern der Kommunalverwaltung (Umwelt, Stadtentwicklung-/Stadtplanungsamt), des kommunalen Verkehrsunternehmens, der Wolfsburg AG und Volkswagen, Interviews mit verschiedenen Stakeholdern sowie Dokumentenanalysen vorhandener politischer Beschlüsse, Strategiepapiere und sonstiger bestehender Planungen. Die Vision greift somit die bestehenden Rahmenbedingungen in Wolfsburg auf und ergänzt, erweitert und priorisiert diese entsprechend des wissenschaftlichen Kenntnisstands. Sie entstand in enger Kooperation zwischen dem wissenschaftlichem Konsortium, der Kommunalverwaltung und Volkswagen und zeigt verschiedenartige Anknüpfungspunkte, um Pfadabhängigkeiten zu durchbrechen und einen Paradigmenwechsel einzuleiten, die Grundlage für eine geänderte Stadtentwicklungspolitik in Wolfsburg sein können.

5 Klimafreundliche Mobilität: ein neues Stadtentwicklungsparadigma?!

Unter klimafreundlicher Mobilität kann ein Leitbild der Stadt- und Verkehrsentwicklung verstanden werden, in dem Mobilität nicht nur klimaschonend, sondern auch sozialverträglich, umweltverträglich und unabhängig vom sozio-ökonomischen Status für jedermann und jederfrau verfügbar ist. Durch einen solchen Paradigmawechsel kann es gelingen, die Lebensqualität der Bewohnerinnen und Bewohner zu steigern. Hierzu muss die Stadt jedoch sowohl verkehrs- und stadtplanerisch als auch im Hinblick auf Kommunikation und Steuerung lokaler Aktivitäten neue Wege beschreiten.

5.1 Urban Governance-Strukturen etablieren

Seit den 1990er Jahren findet im wissenschaftlichen Diskurs um zukunftsfähige Stadtentwicklungspolitik, nicht zuletzt aufgrund der finanziellen Restriktionen vieler Kommunen, ein neues Verständnis von politischer Steuerung, d.h. von einer zielgerichteten Gestaltung und Entwicklung gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Rahmenbedingungen, Eingang. Anstelle eines »Regierens von oben« tritt zunehmend eine Öffnung der Kommunalpolitik gegenüber der Gesellschaft und Wirtschaft. Hierbei sollen Bürgerinnen und Bürger partizipativ bei der Entwicklung von Projekten, Strategien etc. eingebunden werden. So soll das Alltagswissen der Bevölkerung genutzt und »sozial robustes Wissen« geschaffen werden (NOWOTNY et al. 2001). Eine so geartete Strategieentwicklung wird damit zum Aushandlungsprozess zwischen Politik und Gesellschaft.

Im Alltag vieler Kommunen und so auch in Wolfsburg, findet jedoch Stadtentwicklung nach wie vor selten ressortübergreifend statt. Eine horizontale Integration ist allerdings unerlässlich, da sonst Optimierungen lediglich aus der jeweiligen sektoralen Perspektive erfolgen. Entscheidend ist jedoch, die Handlungsfelder Stadt- und Infrastrukturentwicklung- und planung sowie die Förderung unterschiedlicher Verkehrsmittel integriert zu betrachten. Projekte, wie das hier vorgestellte, sind daher ein wichtiger Impuls für ressortübergreifende Planungen.

Eine Integration und Öffnung der Stadtentwicklungspolitik sollte jedoch nicht nur innerhalb der Kommunalverwaltung, sondern auch zwischen Kommunalpolitik-/verwal-

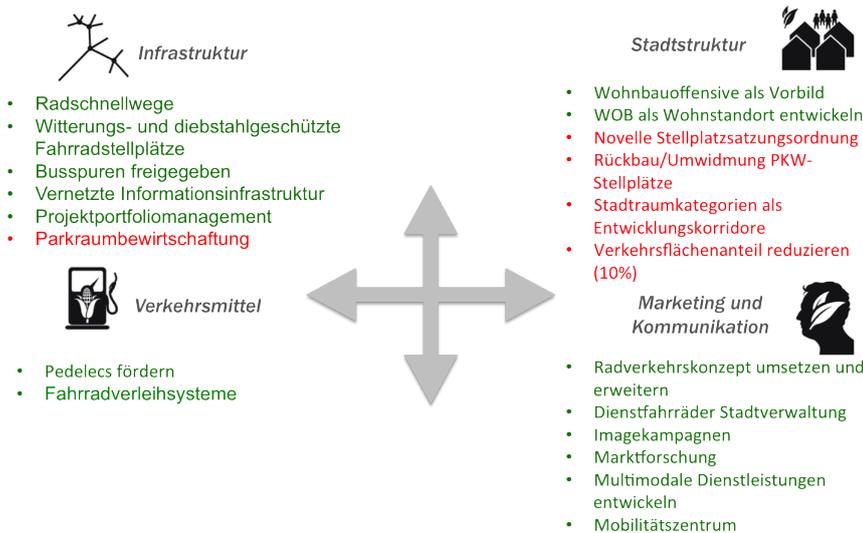


Abbildung 2 Push- und Pull-Faktoren zur Stärkung des Radverkehrs
Quelle: eigene Darstellung, Push-Faktoren (rot), Pull-Faktoren (grün)

toren, die zum einen Radfahren attraktiver machen und zum anderen die PKW-Nutzung erschweren. Neben der Einführung einer flächendeckenden Parkraumbewirtschaftung, der Novelle der Stellplatzsatzungsordnung und dem Rückbau von PKW-Stellplätzen empfiehlt das Klimaschutzteilkonzept Verkehr der Kommunalpolitik bzw. -verwaltung die Förderung der Anschaffung von Pedelecs und Fahrrädern und die Bereitstellung einer entsprechenden Infrastruktur, beispielsweise den Bau von witterungs- und diebstahlgeschützten Fahrradstellplätzen, Radwegen oder die Freigabe von Busspuren für den Radverkehr.

Zentrales Element, so das Konzept, kann der Bau von Radschnellwegen sein, um die verschiedenen Stadträume intelligent miteinander zu verbinden – nicht auto-, sondern fahrradgerecht sollte die Entwicklung sein. Vor allem vor dem Hintergrund des Wandels der Sozialstruktur der VW- Belegschaft mit einem steigenden Anteil von Akademikern, durch den Ausbau von Forschungs- und Entwicklungsabteilungen, kann so eine Zielgruppe mit starker Umweltorientierung (Stichwort »Greenovator«) angesprochen werden, die bislang vorwiegend im Umland wohnt und pendelt. Eine solche Strategie trägt damit zur Steigerung der Attraktivität des Wohnstandorts Wolfsburg bei.

5.4 Car-Sharing: die smarte Form der PKW-Mobilität

Das Selbstbild der Stadt Wolfsburg und seiner Bürger war über Jahrzehnte von der Nutzung und dem Besitz des eigenen PKWs geprägt, Car-Sharing kann eine smarte Alternative dazu darstellen. Durch das Teilen von PKWs kann

öffentlicher Raum zurückgewonnen werden, da PKW-Stellplätze zurückgebaut und umgewidmet werden können. Ein Car-Sharing Fahrzeug kann je nach Ausgestaltung des Angebotes, d.h. je nach Stationsdichte, Ausstattung, organisatorischer und tariflicher Verknüpfung mit anderen Verkehrsmitteln bis zu 11 private PKWs ersetzen (DIFU 2014). Car-Sharing-Nutzer sind zudem umweltbewusster, fahren insgesamt weniger PKW und nutzen häufiger den Umweltverbund¹.

Um ein flächendeckendes Car-Sharing-Angebot bereitzustellen, empfehlen Anbieter wie Cambio eine Stationsdichte von 300 bis 500 Metern. Für die Stadt Wolfsburg ergäben sich daraus insgesamt rund 60 Stationen unterschiedlicher Größe. Jenseits der quantitativen Anzahl ist jedoch vielmehr ein smartes Gesamtkonzept entscheidend für den Erfolg. Hierbei geht es neben technisch-infrastrukturellen Aspekten, wie der Positionierung der Stationen an wichtigen SPNV- und ÖPNV-Haltestellen, der Flottenzusammensetzung, einer ggf. notwendigen Ladeinfrastruktur für E-Fahrzeuge oder einer differenzierten Parkraumbewirtschaftung auch um ein entsprechendes Marketingkonzept, das die Bedürfnisse und Bedarfe der Wolfsburger erfasst und die breite Bevölkerung anspricht.

Eine Möglichkeit, in Wolfsburg ein Car-Sharing-Angebot über den Status einer Pionierbewegung zu verhelfen, könnte eine Kooperation zwischen Car-Sharing-Anbietern und der Wolfsburger Wohnungswirtschaft sein. So könnten beispielsweise Kunden von einer Wohnungsbaugesellschaft automatisch und kostenlos Mobilitätskunden werden. Im Gegenzug hierzu, zumindest bei Neubauprojekten, könnte die Anzahl vorzuhaltender PKW-Stellplätze reduziert werden, um Baukosten zu senken und Raum für andere Nutzungszwecke zu gewinnen. Auch Volkswagen wäre ein möglicher Partner bei der Ausweitung des Car-Sharing-Angebotes in Wolfsburg, jedoch hat sich der Konzern Anfang 2016 mit der Einstellung seines eigenen Car-Sharing-Angebotes Quicar zu großen Teilen aus dem Car-Sharing-Geschäft zurückgezogen (DAHLMANN 2016; S.P.O.N. 2016).

5.5 Realexperiment Wohnbauoffensive

Die Stadt beabsichtigt bis 2020 Wohnraum für 10.000 Neubürgerinnen und Neubürger

¹ Dies hat das im Auftrag des Bundesministeriums Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit durchgeführte Projekt WiMobil gezeigt.

zur Verfügung zu stellen. Neben der baulichen Nachverdichtung sind hierfür vor allem Neubaugebiete geplant. Diese könnten als Experimentierräume für Innovationen genutzt werden. Neue Wohn- und Mobilitätskonzepte, aber auch Steuerungs- beziehungsweise Planungsinstrumente könnten so experimentell getestet werden. Die so gewonnenen Erkenntnisse könnten wiederum in einem zweiten Schritt zur Diffusion auf das gesamte Stadtgebiet genutzt werden.

Die Neubaugebiete sollten dem Beispiel verschiedener existierender Passivhaussiedlungen (z.B. Bahnstadt Heidelberg, Hannover-Kronsberg) folgen und nach möglichst anspruchsvollen energetischen und ökologischen Standards gebaut werden. Ihre Verortung sollte sich an den Stadtraumkategorien eins bis drei orientieren (siehe Abbildung 1). Anders als in der aktuellen Wolfsburger Stellplatzsatzung, die zwei PKW Stellplätze je Wohneinheit vorsieht, sollten hier 0,5 bis maximal ein Stellplatz vorgeschrieben werden. Gleichzeitig sollte der Anteil der Verkehrsfläche für den motorisierten Verkehr auf maximal 10 Prozent begrenzt sein. Diese Vorgaben sind keinesfalls willkürlich, sondern orientieren sich an den Anforderungen an NRW-Klimaschutzsiedlungen. Um diesen Paradigmenwechsel zu unterstützen, müssten entsprechende Mobilitätsdienstleistungen und Infrastrukturen in den neuen Wohnquartieren entwickelt beziehungsweise vorgehalten werden. Hierzu würde ein engmaschiges und dicht getaktetes ÖPNV-Netz gehören, das sowohl eine fußläufige Erreichbarkeit der Haltestellen in fünf bis maximal 10 Minuten sicherstellt als auch Multimodalität fördert.

Durch experimentelle Settings könnte beispielsweise auch die Einführung und Verbreitung von Car-Sharing vorangetrieben werden. Denkbar wären z.B. siedlungsbezogene Konzepte für die neuen Quartiere der Wohnbauoffensive. Dadurch könnte ein Exklusivitätsanspruch entstehen, mit dem wiederum eine Förderung des Nachbarschaftsgedan-

kens im Quartier verbunden wäre. Gesteigert werden könnte dieses Gemeinschaftsgefühl auch noch durch den gemeinsamen Besitz und Betrieb des Angebots (Car-Pooling).

6 Fazit

Aufgrund der besonderen historischen Entwicklungen ist in Wolfsburg eine besondere Situation der Stadtentwicklung entstanden, von der beide Seiten, die Kommunalpolitik und das Unternehmen, lange profitierten. Die Risiken einer solchen Abhängigkeit werden mit dem aktuellen VW-Abgasskandal offenkundig und stellt die in Wolfsburg lang gelebte Kommunalpraxis in Frage.

Doch selbst ohne die aktuellen Entwicklung rund um VW wird der Kommunalpolitik, der -verwaltung sowie auch den Bürgern zunehmend klar, dass ein Festhalten am Leitbild der autogerechten Stadt keine Zukunft hat. Die fast täglichen Staus der Pendler machen deutlich, dass die Verkehrsinfrastruktur an ihren Kapazitätsgrenzen angelangt ist. Über 70.000 Einpendler sind nicht nur ein Indiz für fehlenden Wohnraum, sondern auch für eine geringe Attraktivität des Wohnstandorts. Hier gilt es aus Sicht der Autoren anzusetzen und neuartige und innovative Projekte und Steuerungsinstrumente zu implementieren. Hierbei geht es nicht darum die Prägung als Automobilstadt zu negieren. Elektromobilität oder Car-Sharing betonen diese vielmehr, verdeutlichen jedoch auch, dass in einer zukunftsfähigen Stadt Mobilität neu und nicht mehr ausschließlich über den PKW-Besitz und dessen Nutzung definiert werden kann. Städte wie beispielsweise Kopenhagen, Tübingen, Freiburg oder Münster richten ihre Politik schon seit langem nicht mehr allein am Auto, sondern an den Menschen aus und verdeutlichen damit, dass die skizzierten Leitplanken auch für eine Automobilstadt wie Wolfsburg keine Utopien bleiben müssen.

7 Literatur

- BORMANN, R., P. Fink, F. Iwer und W. Schade (2014): Wie Phönix aus der Asche?: zur Zukunft der Automobilindustrie in Deutschland. WISO-Diskurs Diskussionspapier der Arbeitskreise Innovative Verkehrspolitik und Nachhaltige Strukturpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn.
- DAHLMANN, D. (2016): VW stellt Carsharing-Projekt komplett ein. In: Gründerszene Magazin. Internet: <http://www.gruenderszene.de/automotive-mobility/vw-quicar-eingestellt> (30.03.2016).
- DIFU (2014): Carsharing-Boom hält an. Jahresbilanz 2013 zum deutschen Carsharing zeigt deutlich gestiegene Nutzerzahlen. Medianinformation vom 27.02.2014. Internet: <http://www.difu.de/presse/2014-02-27/carsharing-boom-haelt-an.html> (31.03.2016).
- FAZ (2015): VW-Krise Folgen für den VfL Wolfsburg nicht ausgeschlossen. Frankfurter Allgemeine Zeitung (06.10.2015). Internet: <http://www.faz.net/aktuell/sport/sportpolitik/folgen-fuer-den-vfl-wolfsburg-in-vw-krise-nicht-ausgeschlossen-13841956.html> (12.11.2015).
- FOLLMER, R., D. Gruschwitz, B. Jesske und S. Quandt (2010): Mobilität in Deutschland 2008: Ergebnisbericht ; Struktur - Aufkommen - Emissionen - Trends. Bonn.
- HERYLN, U., W. Tessin, A. Harth und G. Scheller (2012): Faszination Wolfsburg: 1938 - 2012. Wiesbaden.
- HERRMANN, S. (2014): Glück der Radler, Frust der Autofahrer. sueddeutsche.de (16.09.2014). Internet: <http://www.sueddeutsche.de/wissen/psyche-der-pendler-glueck-der-radler-frust-der-autofahrer-1.2130063> (15.12.2015).
- JUNG, A., U. Jansen, S. März und B. Buch (2014): Klimaschutz-Teilkonzept. »Klimafreundliche Mobilität« für die Stadt Wolfsburg (unveröffentlicht). Köln.
- NDR (2015): Wird die VW-Krise zum Finanz-GAU für die Städte? Internet: http://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/braunschweig_harz_goettingen/Wird-die-VW-Krise-zum-Finanz-GAU-fuer-die-Staedte,volkswagen854.html (15.12.2015).
- NEWMAN, P. und J. KENWORTHY (2011): »Peak Car Use«: Understanding the Demise of Automobile Dependence. In: (2011): World Transport, Policy & Practice, Volume 17.2, Band Volume 17.2. Lancaster: 31–42. Internet: <https://blogs.otago.ac.nz/amc/research/files/2011/07/Newman-Peak-Car-Use.pdf>.
- NÖLTING, A. (2015): Das Auto hat als Statussymbol ausgedient. Interview mit Felix Stöckle. Internet: <https://www.prophet.com/theinspiratory/2015/02/24/das-auto-hat-als-statussymbol-ausgedient/> (15.12.2015).
- NOWOTNY, H., P. Scott und M. Gibbons (2001): Re-thinking science: knowledge and the public in an age of uncertainty. Cambridge.
- O. A. (2013): Hitler legte vor 75 Jahren den Grundstein für VW. Der Tagesspiegel. Internet: <http://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/jubilaeum-von-vw-in-wolfsburg-hitler-legte-vor-75-jahren-den-grundstein-fuer-vw-/8257662.html> (15.12.2015).
- PÖTZSCH, O. und F. RÖSSGER (2015): Bevölkerung Deutschland bis 2060. 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Wiesbaden. Internet: https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/VorausberechnungBevoelkerung/BevoelkerungDeutschland2060Presse5124204159004.pdf?__blob=publicationFile.
- REICHOW, H. B. (1959): Die autogerechte Stadt. Ein Weg aus dem Verkehrs-Chaos. Ravensburg.
- SCHAEFER, B. und K. TRIPPEL (2013): Stadtlust: Vom Glück, in der Großstadt zu leben. München.
- SCHNEIDER, C. (1979): Stadtgründungen im Dritten Reich: Wolfsburg und Salzgitter. Ideologie, Ressortpolitik, Repräsentation. München.
- S.P.O.N. (2016): Quicar: Volkswagen stellt Carsharing neu auf. SPIEGEL ONLINE. Internet: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/volkswagen-carsharing-quicar-geht-in-greenwheels-auf-a-1072315.html> (30.03.2016).
- STRACKE, F. und G. SCHUSTER (1988): Wolfsburg 1938-1988. Ausstellungskatalog. Wolfsburg.
- TESSIN, W. (2014): Die Volkswagen-Stadt Wolfsburg. Zum Verhältnis von VW und Stadt in der Kommunalpolitik. In: Heßler, M. und G. Riederer (Hrsg.) (2014): Autostädte im 20. Jahrhundert: Wachstums- und Schrumpfungprozesse in globaler Perspektive. Stuttgart: 31–48.
- TIETGE, U., N. Zacharof, P. Mock und V. Franco (2015): From Laboratory to Road. A 2015 update of official and »real-world« fuel consumption and CO₂ values for passenger cars in Europe. Berlin. Internet: http://theicct.org/sites/default/files/publications/ICCT_Laboratory-ToRoad_2015_Report_English.pdf (15.12.2015).
- VWI (2015): VIELFALT. Jahresbericht 2014. Wolfsburg. Internet: https://www.vwimmobilien.de/fileadmin/PDF/Jahresbericht/VWL_Jahresbericht_2014_deutsch.pdf (12.11.2015).
- WAZ ONLINE (2015): VW-Krise: Stadt verhängt Haushaltssperre und Einstellungsstopp. (28.09.2015). Internet: <http://www.waz-online.de/Wolfsburg/Stadt-Wolfsburg/VW-Krise-Stadt-verhaengt-Haushaltssperre-und-Einstellungsstopp> (12.11.2015).
- WINTERHOFF, M., C. Kahner, C. Ulrich, P. Sayler und E. Wenzel (2009): Zukunft der Mobilität 2020. Die Automobilindustrie im Umbruch? Internet: http://www.adlittle.de/uploads/tx_extthoughtleadership/ADL_Zukunft_der_Mobilitaet_2020_Langfassung.pdf (10.11.2015).
- WOLFSBURG AG (2013): TaskForce Verkehr - eine Initiative für ein mobiles Wolfsburg. Wolfsburg.
- WVI (2013): Mobilitätsuntersuchung für den Großraum Braunschweig. Abschlussbericht. Braunschweig. [amc-research/files/2011/07/Newman-Peak-Car-Use.pdf](http://www.amc-research/files/2011/07/Newman-Peak-Car-Use.pdf).

Über die nachhaltige Transformation der Stadt

Der »Tag des guten Lebens: Kölner Sonntag der Nachhaltigkeit« 2013-2015: ein soziales Experiment.



»Der Gipfel der Unverbindlichkeit« – mit dieser Überschrift kommentierte die Berliner *tageszeitung (taz)* am 23. Juni 2012 die vagen Ergebnisse der UN-Konferenz für Nachhaltige Entwicklung *Rio+20*, die gerade zu Ende gegangen war. Doch war dieser Ausgang wirklich eine Überraschung? Während das Entwicklungsmodell der neoliberalen Globalisierung durch äußerst wirksame internationale Beschlüsse¹ in weniger als zwei Jahrzehnten weltweit durchgesetzt worden ist, sind nennenswerte Schritte bei UN-Konferenzen zum Thema Nachhaltigkeit selten – und selbst diese werden oft nicht konsequent umgesetzt. So wurde 1992 eine ambitionierte *Agenda 21* beim *Erdgipfel* in Rio de Janeiro verabschiedet, vielerorts gilt die Agenda jedoch bereits als unerfüllter Traum. Nur wenige Staaten verfolgen heute die bescheidenen Ziele des *Kyoto-Protokolls* von 1997, obgleich die globalen CO₂-Emissionen seit 1990 um über 50 Prozent gestiegen sind (OLIVIER et al. 2013). Aus diesem Grund zogen die *taz*-Autoren ein Fazit, das wie ein Aufruf zum Strategiewechsel klingt: »Die Erdrettung beginnt künftig regionaler«. Warum nicht in der eigenen Stadt, im eigenen Stadtteil oder in der eigenen Straße mit der Erdrettung beginnen?

Genau dieses Ziel wird mit dem »Tag des guten Lebens« verfolgt, der seit 2013 einmal jährlich in Köln stattfindet. Das Projekt wird hier stellvertretend für die Vielzahl an Vorhaben vorgestellt, die eine »intentionale Transformation in Richtung Nachhaltigkeit« (GRIEßHAMMER/BROHMANN 2015: 8) verfolgen, die vor allem *bottom-up*, von unten nach oben, stattfindet und durch »unkonventionelle Allianzen« (u.a. zwischen Bürger/innen und Institutionen) auf lokaler Ebene vorangetrieben wird. So wird der »Tag des guten Lebens« – im Untertitel »Kölner Sonntag der Nachhaltigkeit« – von einem bunten lokalen Netzwerk von mehr als 130 Organisationen, Kultureinrichtungen, Schulen, Initiativen und Unternehmen (u.a.) sowie von vielen engagierten Bürger/innen getragen: der Agora Köln. Der Name dieser Plattform ist Programm: in der altgriechischen »Polis« war die »Agora« der öffentliche Versammlungsplatz, wo die di-

Davide Brocchi (geb. 1969, Rimini) lebt in Köln, ist Dipl.-Sozialwissenschaftler und als Publizist, Lehrbeauftragter und Nachhaltigkeitsaktivist freiberuflich tätig. Der Fokus seiner theoretischen und praktischen Aktivitäten liegt in der kulturellen Dimension der Nachhaltigkeit, in der Bildung unkonventioneller Bündnisse für Nachhaltigkeit sowie in partizipativ angelegten Transformationsprozessen. Weitere Informationen: <http://davidebrocchi.eu>

¹ Erst im Rahmen des *General Agreement on Tariffs and Trade (GATT)*, ab 1995 im Rahmen der *World Trade Organization (WTO)*.

rekte Demokratie entstanden ist. Hier tagten die Bürger,² um gemeinsam die Entwicklung ihrer Stadt zu bestimmen. Genauso verfolgt die Agora Köln das Ziel einer Stadtentwicklung von unten. Wie würde Köln aussehen, wenn die Anwohner/innen selbst den eigenen Stadtteil oder die eigene Straße gestalten könnten? Wichtig hierbei zu bemerken ist, dass eine Transformation in Richtung Nachhaltigkeit vor allem dann gelingen kann, wenn sie nicht als zusätzliche Fremdbestimmung und Entmündigung erlebt wird, sondern den Bürger/innen einen Zugewinn an Selbstbestimmung und kreativer Mitgestaltung ermöglicht. Doch wo ist die Agora in der modernen Stadt geblieben? Hier verkommt der öffentliche Raum leider immer mehr zum Verkehrs- oder Kommerzraum, in dem der Mensch mal als Autofahrer und mal als Konsument auftritt – und von politischen und wirtschaftlichen Institutionen entsprechend wahrgenommen und gestaltet wird. Urbane Freiräume, in denen der Mensch Bürger sein darf (ein politisches Subjekt statt Objekt), werden hingegen immer knapper und müssen oft mit großer Anstrengung gegen Privatisierung und Investoren verteidigt werden. Die Agora Köln möchte ein Zeichen gegen diese Entwicklung setzen: Am »Tag des guten Lebens« wird der Verkehrs- und Konsumraum in eine breite Agora umgewandelt. In einem möglichst großen Gebiet der Stadt sind Straßen und Plätze für den motorisierten Straßenverkehr gesperrt, und zum Teil auch von geparkten Autos befreit. So entsteht eine große öffentliche Bühne unter freiem Himmel, auf der soziale Interaktion in der Nachbarschaft stattfindet und Anwohner/innen eigene Konzepte des »guten Lebens« umsetzen können. Alle Aktionen dürfen nur unter der Bedingung stattfinden, dass sie nicht kommerziell sind. Im betroffenen Gebiet herrscht sozusagen eine neue Tauschwährung, die »Vertrauen« heißt und den Euro für einen Tag ersetzt. Die Bürger/innen üben nicht-kommerzielle Beziehungen aus und besinnen sich auf immaterielle Werte. Das Praktizieren der *Schenkökonomie* (MAUSS 1990) stärkt das Gemeinschaftsgefühl in der Nachbarschaft.

Diese Initiative hat in Köln bisher deutlich mehr bewegt, als ihr Ideengeber und Ideenentwickler³ im Dezember 2011 erwartet hatte. Damals wurde sein Vorschlag, ei-

² Damals zählten allerdings weder Frauen noch Sklaven zur Bürgerschaft.

³ Der Autor dieses Aufsatzes.

nen »Kölner Sonntag der Nachhaltigkeit« einzurichten,⁴ von der Initiative »Dialog Kölner Klimawandel«⁵ ausgezeichnet. Bis September 2012 hatten 50 Institutionen und Organisationen der Stadt das Konzept unterzeichnet und gründeten bei einem Treffen das Bündnis *Agora Köln*. Im Dezember 2012 beschloss die Bezirksvertretung Köln-Ehrenfeld einstimmig die Einführung eines jährlich stattfindenden »Tag des guten Lebens«. Dessen Premiere fand neun Monate später statt, am 15. September 2013. An diesem Sonntag waren ein Quadratkilometer und 25 Straßen im Stadtteil Ehrenfeld autofrei – ein Gebiet, das mehr als 20.000 Anwohner/innen umfasst. Zusammen mit den Besuchern nahmen ca. 100.000 Menschen am ersten »Tag des guten Lebens« teil, so die Schätzung der Polizei. Für den erstaunlichen Erfolg war jedoch vor allem die besondere Atmosphäre auf den Straßen verantwortlich. Ein Redakteur des *Kölner Stadtanzeigers* kommentierte das Ereignis wie folgt:

»Mit dem autofreien Sonntag in Ehrenfeld ist den Initiatoren aus dem Stand ein Fest gelungen, wie es sonst nicht in Köln gefeiert wird – ohne Ramschstände und Schlagermusik [...]. Es bleibt immer noch ein himmelweiter Unterschied zwischen dem, was man am Sonntag in Ehrenfeld genießen durfte, und dem, was sonst so auf den Straßen Kölns passiert, wenn sie für Feste gesperrt werden. Doch nicht nur deshalb sollte der »Tag des guten Lebens« viele Nachahmer finden. Er sollte auch Schule machen, weil er ein wunderbares Forum war, um Nachbarschaft zu pflegen und gleichzeitig über die zukünftige Entwicklung der Stadt nachzudenken.

⁴ Eine wichtige Inspirationsquelle für die Idee war das Projekt »Still-Leben Ruhr Schnellweg« im Rahmen der Ruhr.2010. Am 18. Juli 2010 wurde der Ruhr Schnellweg A40 auf einer Strecke von 60 km von Duisburg bis Dortmund für den Motorverkehr gesperrt und für Besucher/innen frei gegeben. »20.000 Tische, 40.000 Bänke, 60.000 Meter Autobahn, drei Millionen Menschen mit Ideen und Herzblut, tausende Helfer und strahlender Sonnenschein – ein einmaliges Fest der Alltagskulturen mitten in der Metropole Ruhr« (www.ruhr2010.still-leben-ruhrschnellweg.de).

⁵ Das Projekt »Dialog Kölner Klimawandel« (www.koelner-klimawandel.de) wurde von drei Kölner Einrichtungen initiiert: KATALYSE e.V. - Institut für angewandte Umweltforschung, hdak – Haus der Architektur Köln sowie IAK – Institut für angewandte Kreativität. Beim ersten Wettbewerb mit dem Titel »Kölns Klima wandeln« wurden 2011 32 bürgerschaftliche Ideen für Kölns Stadtentwicklung eingereicht und fünf davon am 12. Dezember in verschiedenen Kategorien ausgezeichnet. Im Themenbereich Verkehr erhielt die Idee »Kölner Sonntag der Nachhaltigkeit« einen Preis, der mit 2.000 Euro dotiert war.

Es ging um nichts weniger als die spannende Frage, wie man in Zukunft in den Vierteln dieser Stadt leben will. [...] Die Initiatoren um den Verein Agora machten mit Mitmachaktionen, Frühstück auf Picknickdecken, Tischtennisplatten und Kaffeekränzchen auf Straßen und dem Comeback des gepflegten guten alten »Platzkonzerts« deutlich, was mit der (Rück-) Eroberung des öffentlichen Raums gemeint ist. Unaufdringlich haben sie ein Plädoyer für Entschleunigung abgegeben und einen Beitrag zur fast immer wichtiger werdenden Frage geleistet, wie denn eine kluge Verkehrspolitik aussehen muss, wenn sich eine Großstadt wie Köln für die Zukunft rüstet. [...] Kölns Stadtentwicklungspolitik braucht mehr solcher Impulse – und viele weitere Tage des guten Lebens.« (FRANGENBERG 2013).

Auch wenn sich die größte Aufmerksamkeit auf den Tag selbst konzentriert, dient er vor allem als Katalysator in einem komplexen Prozess, der das Teilen in den Nachbarschaften und die nachhaltige Transformation der Stadt fördert. Der Prozess entspricht einem durchdachten theoretischen Ansatz, der im nächsten Abschnitt beschrieben wird. Im darauffolgenden Abschnitt wird der empirische Prozess, der zum ersten »Tag des guten Lebens« führte, beschrieben. Die Tatsache, dass Nachbarschaft (wie soziale Beziehungen) nicht *planbar* ist (BÖHNISCH 2015: 156), drückt einerseits ihre Lebendigkeit aus, macht aber Vorhaben wie den »Tag des guten Lebens« und Stadttransformation im Allgemeinen zu einer Herausforderung. Im letzten Abschnitt des Textes wird eine erste Bilanz gezogen: Was hat der »Tag des guten Lebens« in Köln bewirkt? Welche Lehren können aus diesem sozialen Experiment gezogen werden?

Methodisch wird das Projekt hier aus der doppelten Perspektive des »teilnehmenden Beobachters« und des *Co-Designers* (vgl. SCHNEIDEWIND 2014: 3) betrachtet – denn der Autor selbst war Projektinitiator, Ideenentwickler und drei Jahre lang maßgeblich am Prozess beteiligt. Es geht hier um einen Beitrag im Sinne einer *transformativen Wissenschaft*, das heißt einer »Wissenschaft, die als Katalysator für gesellschaftliche Veränderungsprozesse wirkt« (SCHNEIDEWIND/SINGER-BRODOWSKI 2014: 69).

1. Der Transformationsansatz

Unserer Gesellschaft steht ein radikaler Wandel bevor, daran gibt es heute kaum noch

Zweifel. Die Frage ist nur, ob dieser Wandel »by design or by disaster« stattfinden wird (SOMMER/WELZER 2014: 26). Werden wir es schaffen, bis 2050 die weltweiten CO₂-Emissionen zu halbieren (im Verhältnis zu 1990) und in Deutschland um 80 Prozent zu senken, wie es die Wissenschaftsgemeinschaft fordert (B.U.N.D./BROT FÜR DIE WELT/EED 2008: 139)? Oder werden die Treibhausmissionen weiter zunehmen und den Klimawandel mit katastrophalen Konsequenzen verschärfen?

Werden wir dem Aufruf von Fatih Birol, Chefökonom der Internationalen Energieagentur, folgen, »das Öl zu verlassen, bevor es uns verlässt« (SCHNEIDER 2008)? Oder investieren wir weiter in fossile Infrastrukturen, bis diese womöglich schon nach dem *Peak Oil* zusammenbrechen (vgl. HEINBERG 2008)?

Werden die politischen Institutionen die Finanzmärkte regulieren und das Primat der Demokratie über den Markt wiederherstellen? Oder steuern wir bereits auf die nächste große Finanzkrise zu, wobei möglicherweise noch mehr Staaten das Schicksal Griechenlands bevorsteht?

Auch wenn viele Menschen die Notwendigkeit eines Wandels »by Design« erkennen, stellt sich die Frage, wie sich moderne soziale Systeme, die sich in einem Zustand struktureller Nicht-Nachhaltigkeit befinden, in Richtung Nachhaltigkeit transformieren können. Systemkorrekturen (z.B. ein »Grünes Wachstum«) und technologische Innovationen reichen dafür nicht aus. Die Ziele der Nachhaltigkeit sind derart umfassend und tiefgreifend, dass sie nur durch eine Veränderung der gesellschaftlichen Strukturen erreicht werden können – Macht-, Herrschafts- und Verteilungsstrukturen inbegriffen (vgl. SOMMER/WELZER 2014: 55). Es geht um eine »Veränderung der Praxisformen in fast allen Lebensbereichen [...] – von der Wirtschaft über die Mobilität und die Ernährung bis hin zu Fragen der Zeitnutzung, des Besitzes, der Beziehungsstrukturen etc.« (ebd.: 37f).

Für eine Transformation in Richtung Nachhaltigkeit wird den Städten eine immer wichtigere Rolle zugeschrieben (vgl. u.a. HOPKINS 2008; PAECH 2012; TIDDENS 2014). Dies hat verschiedene Gründe:

- Die Stadt ist das Zentrum der modernen gesellschaftlichen Entwicklung. Gegenwärtig leben schätzungsweise mehr als die Hälfte der sieben Milliarden Menschen weltweit in Städten – und sie werden immer mehr (TIDDENS 2014: 12). Das globale Ölförderma-

ximum (*Peak Oil*) – das laut Analyse des DEZERNATS FÜR ZUKUNFTSANALYSE DER BUNDESWEHR (2010: 5) wahrscheinlich bereits 2010 erreicht wurde⁶ – gefährdet vor allem die Versorgung der Städte. Sie verbrauchen die meisten Ressourcen weltweit und tragen die größte Verantwortung für die ökologischen und sozialen Kosten dieser Entwicklung. Entsprechend hoch und bedeutsam sind die Forderungen, die für einen Wandel in Richtung Nachhaltigkeit an Städte gestellt werden müssen.

■ Die Globalisierung, wie wir sie heute kennen, hat keine Zukunft. Sie hat die ökologische Krise enorm verschärft und stößt langsam an die biophysischen Grenzen des Planeten. Mit dem drohenden *Peak Oil* geht diesem Entwicklungsmodell buchstäblich der Sprit aus. Als Folge der Globalisierung häufen sich zudem Konflikte und die soziale Ungleichheit innerhalb von Staaten und zwischen ihnen wächst. Schließlich zeigte die internationale Finanzkrise von 2007/2008, dass sich die Globalisierung nicht einmal auf eine solide ökonomische Basis stützt – und ihr Ende nur durch immer höhere Staatsschulden verschoben wird (auf Kosten der künftigen Generationen). Deshalb liegt die Zukunft in der Regionalisierung, das heißt in einem Entwicklungsmodell, das seinen Schwerpunkt auf Dezentralisierung und Selbstversorgung setzt – anstelle von Zentralisierung und Fremdversorgung.

■ Die internationale Finanzkrise sowie die enttäuschenden Ergebnisse der UN-Klimaschutzkonferenz von 2009 in Kopenhagen (vgl. TIDDENS 2014: 22) bezeugen das Scheitern der *top down*-Strategien in Bezug auf Nachhaltigkeit. Eine Entwicklung, die oben bestimmt wird, um nach unten durchgesetzt zu werden, kann langfristig nicht nachhaltig sein oder wesentlich zur Nachhaltigkeit beitragen. Deshalb konzentrieren sich die Hoffnungen nun immer mehr auf *bottom up*-Strategien. In der eigenen Stadt und Region können Bürger/innen unmittelbar ihre eigene Entwicklung gestalten – und diese den lokalen Bedingungen und Bedürfnissen besser anpassen. Lokale Initiativen können Knoten

einer netzwerkartigen internationalen Bewegung bilden, die Druck auf die Institutionen der Weltgemeinschaft ausübt, so dass diese die nötigen Schritte in Richtung Nachhaltigkeit unternehmen.

■ Städte sind traditionell ein Hort der kritischen Öffentlichkeit (Löw et al. 2008: 22f), der Aufklärung und der Kreativität. Im Laufe der Geschichte kamen Impulse für den gesellschaftlichen Wandel meistens aus Städten. Städte sind ideale »Reallabore« (SCHNEIDEWIND 2014), in denen nachhaltige Alternativen und Konzepte des guten Lebens erprobt, umgesetzt und weiterentwickelt werden können. So haben sich in den letzten Jahren in vielen Städten weltweit »Transition Town-Initiativen« gebildet (www.transitionnetwork.org).

Vor diesem Hintergrund wurde 2011 das Konzept »Kölner Sonntag der Nachhaltigkeit« verfasst. Als die Idee vom »Dialog Kölner Klimawandel« eine Auszeichnung erhielt, wurde sie dem Publikum als »Vision für Köln« vorgestellt. Der Initiator selbst beschrieb den jährlich stattfindenden »Tag des guten Lebens« als »Taktgeber für eine Umgestaltung der Stadt in Richtung Nachhaltigkeit und postfossile Gesellschaft. [...] Nur wenn diese Stadt die eigene Zukunft selbst in die Hand nimmt und die Probleme antizipiert, werden die Kosten und die negativen Konsequenzen des Übergangs in das Nach-Erdölzeitalter begrenzt bleiben« (BROCCHI 2012a: 27). In diesem Konzept umfasst der Nachhaltigkeitsbegriff zwei übergeordnete Ziele (BROCCHI 2015: 3):

a) Die Stärkung der Resilienz bzw. der Widerstandsfähigkeit der Stadt und der Region in einer Zeit der multiplen Krisen (*Peak Oil*, Klimawandel, Finanzkrise, soziale Polarisierungen u.a.). Hierbei stellen sich folgende Fragen: Wie können wir Bürger/innen mit Krisen umgehen? Wie bleibt eine Stadt wie Köln trotz knapper Kassen beweglich und solidarisch?

b) Das Ermöglichen eines »guten Lebens« (»buen vivir«)⁷ für alle Menschen in

⁶ »Es wäre ein fundamentales Missverständnis, davon auszugehen, dass der Öl- und Gasboom, der jüngst durch die unkonventionellen Fördermethoden – wie Fracking, Tiefseebohrungen und die Gewinnung von Öl aus Teersanden – vor allem in den USA ausgelöst worden ist, die Endlichkeitsproblematik aufheben würde. Eher das Gegenteil ist der Fall: Dass die Förderung der unkonventionellen Vorkommen nun lukrativ wird, ist gerade ein Indikator dafür, dass das Ölzeitalter zu Ende geht.« (SOMMER/WELZER 2014: 35f).

⁷ Trotz der allgemeinen »Verwestlichung der Welt« (LATOUCHE 1994) orientieren sich einige Länder heute an alternativen Wohlstandsmodellen. In Ecuador und Bolivien ist das indigene Prinzip des »sumak kawsay« (»gutes Leben«, span. »buen vivir«) 2008 und 2009 in den jeweiligen Verfassungen verankert worden (vgl. POMA 2011). Auch im Westen koppeln einige Autoren Nachhaltigkeit an eine Aufwertung der immateriellen Bedürfnisse (u.a. soziale Beziehungen, Zeit für Muße) im Vergleich zu den materiellen (u.a. Einkommen, Konsum). So schreibt Tim JACKSON (2011: 55) in seinem Buch »Wohlstand ohne Wachstum«: »Spätestens seit Aristot-

der Stadt. Unser expansives Wirtschafts- und Kulturmodell kollidiert nicht nur an den biophysischen Grenzen der Erde (MEADOWS 1972), sondern auch an sozialen und menschlichen Grenzen, wie die steigende soziale Polarisierung und die Häufung der Diagnosen Depression, Stress und Burn-out bezeugen (vgl. EHRENBERG 2008).⁸ »In einer Welt der Reiz- und Optionenüberflutung, die niemand mehr bewältigen kann, werden Überschaubarkeit und Entschleunigung zum Selbstschutz« (PAECH 2015: 37). Hierbei stellen sich folgende Fragen: In was für einer Stadt wollen wir leben? Wie sieht ein lebenswertes Viertel aus? Wie können wir diese Vorstellungen gemeinsam umsetzen?

Der »Tag des guten Lebens« schafft einen entschleunigten Raum, in dem die Stadtgesellschaft eingeladen ist, die eigene Lebensweise zu reflektieren, sich mit besseren Alternativen auseinanderzusetzen und »gemeinsam die Zukunft zu gestalten« (BROCCHI 2012a: 4). Dabei wird die ökologische Frage als soziale Frage gestellt (vgl. SOMMER/WELZER 2014: 216). Während die Globalisierung zu einem tiefen Vertrauensverlust geführt hat und die Kluft zwischen Institutionen und Zivilgesellschaft, Produzenten und Konsumenten oder Reichen und Armen vergrößert hat, sollte mit dem jährlich stattfindenden »Tag des guten Lebens« ein *Ritual* etabliert werden, das den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt. In dieser Hinsicht zählt auch diese Initiative zu den zivilgesellschaftlichen Reaktionen auf jene Zäsur, die der Einsturz des Kölner Historischen Stadtarchivs im März 2009 für die Stadt darstellt – ein Unglück verursacht durch das Missmanagement in der öffentlichen Verwaltung und die Misswirtschaft der Bauunternehmen.⁹ Ohne Vertrauen innerhalb

teles ist [...] klar, dass Menschen mehr als nur materielle Sicherheit brauchen, um zu gedeihen und ein gutes Leben zu führen. Wohlstand besitzt eine bedeutsame gesellschaftliche und psychologische Dimension. Zum guten Leben gehört auch die Fähigkeit, zu lieben und geliebt zu werden, die Achtung der andern in der Gruppe zu erfahren, sinnvolle Arbeit beizusteuern und in der Gemeinschaft Zugehörigkeit und Vertrauen zu empfinden. Ein wichtiges Element von Wohlstand ist also die Fähigkeit und die Freiheit, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen«.

8 In Europa leiden ca. 25 Prozent der Menschen an schweren oder leichten Formen von Depression sowie an Angststörungen (WHO 2012).

9 »Missmanagement ist nicht der einzige Grund. Schwerwiegender ist, dass niemand wirklich zuständig ist und damit die Verantwortung atomisiert wird, sodass sich im Ernstfall kein Verantwortlicher ausfindig

der Gesellschaft kann weder die Demokratie noch der Markt gut funktionieren – und Vertrauen kann am besten im Lokalen (wieder-) hergestellt werden, dort wo räumliche Nähe die Begegnung und Face-to-Face-Kommunikation unter den Menschen ermöglicht. Eine Ökonomie der »kurzen Wege« ist nicht nur ressourcenschonender, sondern fördert eine bessere Qualität der Produkte, da zwischen Produzenten und Konsumenten eine engere Beziehung entsteht und die Konsumenten nicht durch teure Werbemaßnahmen getäuscht werden müssen.

Der »Tag des guten Lebens« soll als Katalysator dafür dienen, durch soziale Interaktion Vertrauen in der Nachbarschaft zu fördern. Studien bestätigen, dass das Wohlbefinden der Menschen dort am ausgeprägtesten ist, wo neben einer gesunden Umwelt auch ein Klima des Vertrauens herrscht, welches das Nebeneinanderbestehen von sozialem Zusammenhalt und individueller Selbstbestimmung möglich macht (vgl. VAN DEN BOOM 2015). Vertrauen ist gleichzeitig eine wichtige Voraussetzung dafür, dass Menschen bereit sind zu teilen. Erst dann ist eine Dematerialisierung der Lebensstile und die Entwicklung einer Postwachstumsökonomie möglich (vgl. PAECH 2012). In der Familie, in der Verwandtschaft oder auch in einer Wohngemeinschaft werden viele Dinge geteilt statt individuell besessen. Warum nicht den »Vertrauenkreis« auf die Nachbarschaft erweitern – und damit den Raum, in dem eine unentgeltliche Ökonomie praktiziert wird? Diese Strategie ermöglicht eine stärkere Emanzipation von der Fremdversorgung sowie von instabilen Finanzmärkten. Sie eröffnet gestalterische Spielräume auch für hoch verschuldete Städte wie Köln.¹⁰ Sozialer Zusammenhalt ist eine starke Ressource von Resilienz: »Selbst nach der Zerstörung ziehen es viele Menschen vor, dort zu bleiben, wo sie sich auskennen und Teil sozialer Beziehungen sind, als irgendwo anders hinzugehen, wo womöglich die objektiven Bedingungen besser sind, wo man aber ›nicht hingehört‹« (SOMMER/WELZER 2014: 186). So wie bei der *Transition Town*-Bewegung geht es auch bei dem Prozess, der

machen lässt. Alleine durch Missmanagement wäre das Unglück nicht möglich gewesen«, so Sabine Röser, Mitglied der *Agora Köln* und der Initiative »Köln kann auch anders« (www.koelnkannauchanders.de).

10 Ende 2012 belief sich die Gesamtverschuldung der Stadt Köln auf 6,7 Milliarden Euro (STATISTISCHES BUNDESAMT 2014: 26).

hinter dem »Tag des guten Lebens« steht, darum, »dass lokale Identitäten für die Einzelnen Räume der Zugehörigkeit und der autonomen Gestaltung und Umgestaltung« eröffnen und »dass gerade auf der Ebene lokaler Ökonomien Dinge und Verfahren erprobt werden können, die, gesamtwirtschaftlich betrachtet, zu riskant erscheinen würden. Auch die Rolle der Politik ist auf der lokalen Ebene wesentlich konkreter und ergebniswirksamer als etwa auf nationalstaatlicher Ebene« (ebd.).

Für den sozialen Zusammenhalt und die Gemeinschaftsbildung reichen die virtuellen Räume der »social communities« nicht aus. Hingegen bedarf es physischer Gemeinschaftsräume. Weil die Stadtplaner ihre Bedeutung in den vergangenen Jahrzehnten stark unterschätzt haben und urbane Räume zunehmend kommerzialisiert und privatisiert werden, sollen mit dem »Tag des guten Lebens« bestehende Räume zu Gemeinschaftsräumen umgedeutet und umfunktioniert werden. Hier werden die Stadt, der Stadtteil und die Straße zu *Gemeingütern* (»commons«) deklariert. Sie werden als »unsere Stadt«, »unser Stadtteil« und »unsere Straße« wahrgenommen und kommuniziert – und entsprechend behandelt. So entfaltet der Raum eine identitätsstiftende Funktion für ihre Nutzer (die Anwohner). Die Politikwissenschaftlerin und Wirtschaftsnobelpreisträgerin Elinor OSTROM (1999; 2011) hat sich 40 Jahre lang mit der Frage beschäftigt, »wie es Menschen gelingt, kollektive Ressourcen miteinander zu nutzen und sie dabei zu erhalten. Und wie es misslingt« (HELFRICH 2011: 12). Die wichtigste Voraussetzung für eine nachhaltige Bewirtschaftung der Gemeingüter – so Ostrom – ist die Kooperation der Nutzer. »Menschen tendieren dazu, Gemeinressourcen zu übernutzen, wenn sie sich nicht kennen. Dagegen sind Gruppen, die regelmäßig miteinander kommunizieren, in der Lage, fast optimale Ergebnisse in der Ressourcenbewirtschaftung zu erzielen. Das Dilemma [der Allmende, nda] kann vermieden werden, indem Vertrauen aufgebaut wird. Es ist der schwierigste, aber zuverlässigste Weg, um zu gewährleisten, dass die eigene Einschränkung vom Gegenüber honoriert wird« (HELFRICH et al. 2009: 30). *Vertrauen* zu fördern bedeutet, Kooperation zu fördern – und dadurch den nachhaltigen Umgang mit Gemeingütern.

Eine weitere wichtige Voraussetzung für den nachhaltigen Umgang mit Gemeingütern ist die Selbstverwaltung bzw. die Übertragung realer Verantwortung auf die Nutzer (TIDDENS 2014: 12). »Wie kaum ein anderer

weiß Ostrom um die Kreativität und die Kommunikationsfähigkeit der Menschen bei der Lösung von Problemen, die ihr Leben unmittelbar betreffen. Wenn man sie lässt!« (HELFRICH et al. 2009: 5). So versteht sich auch der »Tag des guten Lebens« als »Labor für neue Formen der politischen Partizipation und Mitbestimmung« (BROCCHI 2012a: 28). An diesem Tag übernimmt jede Nachbarschaft die »Regierung« des eigenen Viertels und gestaltet es in einem gemeinsam definierten normativen Rahmen (z.B. kein Kommerz, keine Autos). Jedes Jahr wird ein neuer Stadtteil in Köln mobilisiert: »Wenn die deutliche Mehrheit der Stadtteile einer Stadt dann auf einem messbar guten Weg zur Nachhaltigkeit sind, wird die übergeordnete Stadt folgen« (TIDDENS 2014: 12). Wie jede soziale Bewegung richtete sich auch die *Agora Köln* ursprünglich »auf eine Veränderung der bestehenden Machtbalance« (SOMMER/WELZER 2014: 221). Dabei sollten alte Hierarchien nicht umkehrt oder durch neue ersetzt werden, sondern durch »unkonventionelle Allianzen für Nachhaltigkeit« und netzwerkartige Organisationsformen überwunden werden. Ohne eine gleichberechtigte Zusammenarbeit zwischen den Institutionen und der Zivilgesellschaft in Köln hätte der »Tag des guten Lebens« nicht realisiert werden können.

Der »Tag des guten Lebens« sollte die Bürger/innen aktivieren und ein Vertrauen zwischen ihnen fördern. Doch wie kann die Bindung zueinander über den Tag hinaus bestehen und sich weiter entwickeln? Wie können die Bürger/innen Teil einer »Agora« werden, die das ganze Jahr lang eine Transformation der Stadt in Richtung Nachhaltigkeit von unten befördert?

Nachhaltigkeit beginnt schon bei der Gestaltung menschlicher Beziehungen. Elinor Ostrom sagte bei einem Vortrag im Jahr 2010: »Die Frage ist nicht, ob Menschen kooperieren wollen, sondern wie ihnen geholfen werden kann, das zu tun« (zitiert in HELFRICH 2011: 13). Neben Vertrauen und einer Infrastruktur (z.B. Räume für Treffen) braucht eine Gemeinschaft, die Gemeingüter selbst verwaltet oder ein gemeinsames Projekt realisiert, auch eine klar definierte Arbeitsteilung, Spielregeln, Überwachungsmechanismen (z.B. gegen mögliche Trittbrettfahrer) und ein Konfliktmanagement (OSTROM 2011: 79). Die Kommunikations- und Organisationsform der Gemeinschaft sollte *lernfähig* sein, denn »nachhaltige, komplexe, soziale Systeme zu gestalten, ist immer ein Kampf« (ebd.). Ebenso wie Ökosysteme besonders dort resilient

sind, wo die Biodiversität am ausgeprägtesten ist, sind soziale Systeme, die sich durch eine kulturelle Vielfalt kennzeichnen, zukunftsfähiger. Sie können Komplexität besser wahrnehmen und handhaben. Sie verfügen über ein breiteres Spektrum an Problemlösungen. Das besondere (meistens ungenutzte) Potential von Köln in Bezug auf Nachhaltigkeit liegt in der Reichhaltigkeit der (Sub-)Kulturen. Ein Drittel der Kölner Bevölkerung hat einen Migrationshintergrund (INTEGRATIONSRAT DER STADT KÖLN 2011). Migranten könnten »Botschafter anderer gesellschaftlicher, kultureller und ökologischer Realitäten« sein (BROCCHI 2012b: 135) und eine hervorgehobene Position einnehmen, die Dringlichkeit des Themas Nachhaltigkeit auf globaler Ebene zu artikulieren. Weil Nachhaltigkeit ein multidimensionales Verständnis von Entwicklung und Wohlstand erfordert, vernetzt die *Agora Köln* Akteure aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen – u.a. die Bereiche der Ökologie, Ökonomie, Soziales und Kultur – und fördert den Dialog zwischen ihnen. Eine vielfältige Zielgruppe lässt sich am besten aktivieren und einbinden, wenn sie durch einen vielfältigen Ansatz angesprochen wird.

2. Der Prozess

Mit dem Konzept »Kölner Sonntag der Nachhaltigkeit« (KSdN) wurde 2011 folgende Strategie für die schrittweise Transformation der Stadt in Richtung Nachhaltigkeit vorgeschlagen (vgl. BROCCHI 2012a):

- Jedes Jahr sollte ein dauerhafter Transformationsschritt in Köln gefördert, eingeleitet bzw. umgesetzt werden. Einem Vier-Säulen-Modell der Nachhaltigkeit entsprechend (vgl. BROCCHI 2007: 1) sollten die Schritte jedes Jahr abwechselnd in den Themenbereich »Umwelt«, »Ökonomie«, »Soziales« und »Kultur« durchgeführt werden. Als erster Transformationsschritt sollte ein jährlich stattfindender KSdN eingeführt werden, wobei ein möglichst großes Gebiet der Stadt für einen Tag autofrei sein und von der Zivilgesellschaft und den Nachbarschaften umgestaltet werden sollte. Um den Umstieg zu erleichtern, sollten an diesem Tag Bus und Bahn in der ganzen Stadt kostenlos sein. Als idealer Ort für den ersten »Sonntag der Nachhaltigkeit« wurde die Kölner Innenstadt vorgeschlagen, da mit der Dekommerzialisierung und Entschleunigung des Stadtzentrums eine hohe symbolische Ausstrahlungskraft verbunden wäre. Mit



Abb. 1: Tag des guten Lebens 2013 in Köln Ehrenfeld
Foto: Marén Wirths / Agora Köln

dieser Wahl sollte die Asymmetrie zwischen Zentrum und Peripherie – ein wesentliches Merkmal der dominanten Entwicklungsmodelle der Modernisierung (vgl. BROCCHI/EISELE 2011: 22f) - infrage gestellt werden: Das Stadtzentrum als Labor der »Alternativen zu sich selbst«. In den darauffolgenden Jahren sollte der KSdN dazu dienen, weitere Schritte in Richtung Nachhaltigkeit in der Stadt durchzusetzen bzw. ihre Einleitung gemeinsam zu feiern. Der KSdN sollte der Höhepunkt einer jährlich stattfindenden stadtübergreifenden Kampagne zu einem Schwerpunktthema sein. Passend zur Einführung des autofreien Sonntags sollte die Kampagne des ersten Jahres dem Thema der »Nachhaltigen Mobilität« gewidmet werden.

- Es sollte eine lokale bunte Bewegung aufgebaut werden, die die jährlichen Transformationsschritte demokratisch definiert, mitträgt, selbst umsetzt oder politisch durchsetzt – und die jährliche Kampagne zum Jahresschwerpunktthema realisiert. Hierbei sollten lokale Organisationen (Verbände, Initiativen, Institutionen, Unternehmen) aus den vier verschiedenen Bereichen (Umwelt, Wirtschaft, Soziales, Kultur) eingeladen werden, das Konzept des KSdN zu unterzeichnen und ein Bündnis für die schrittweise Transformation der Stadt in Richtung Nachhaltigkeit zu bilden. Diese Kräfte sollten sich eine gemeinsame Organisationsstruktur geben, um gemeinsam Entscheidungen treffen zu können und die eigenen Aktionen zu koordinieren. So war ursprünglich auch die Gründung eines Kölner »Parlament der Umwelt, Zivilgesellschaft und Kultur« angedacht. Mit

hilfe des KSdN und durch die Mobilisierung weiterer Stadtteile sollte diese Bewegung von Jahr zu Jahr wachsen – und dadurch auch ihre Fähigkeit, weitere dauerhafte Transformationschritte umzusetzen und die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen mitzugestalten.

Eine der ersten Organisationen, die das Konzept des KSdN unterzeichnete, war die *ecosign – Akademie für Gestaltung* in Köln Ehrenfeld. Hier wurde das 40-Seiten lange Strategiepapier professionell gelayoutet, so dass der Initiator des KSdN von 2012 an Öffentlichkeitsarbeit betreiben konnte, um Organisationen in der Stadt als weitere Unterzeichner des Konzeptes zu gewinnen, um dann damit politische Institutionen und potenzielle Förderer von der Idee zu überzeugen. Die Resonanz war erstaunlich groß. Bis August 2012 schlossen sich fast 50 lokale Organisationen dem Vorhaben an. Da sich Vielfalt am besten durch Vielfalt ansprechen lässt, wurde in dem Netzwerk stets auf eine vielfältige Mischung der Akteure geachtet. So waren von den ersten 50 Unterzeichnern 15 im Bereich »Wirtschaft« angesiedelt (Unternehmensverbände, Gastronomie, Fahrradgeschäfte u.a.), 14 im Bereich »Umwelt- und Verkehrspolitik«, weitere 13 im Kulturbereich (Bildungseinrichtungen, Kunsteinrichtungen u.a.) sowie acht im sozialen Bereich (Bürgerzentren, Bürgerinitiativen u. a.). Zu den prominentesten Unterstützern zählten damals die *Kölner Verkehrsbetriebe (KVB)*, der *AStA* der Universität zu Köln, das *Comedia Theater*, der *StadtRevue* Verlag und die Bürgerzentren *Alte Feuerwache* und *Nippes*.

Im September 2012 lud der Initiator alle Unterzeichner der Idee des KSdN zu einem gemeinsamen Treffen ein, welches in den Räumen der *ecosign* stattfand. Im Rahmen dieses Treffens wurde das Netzwerk *Agora Köln* (www.agorakoeln.de) von den 25 Teilnehmer/innen offiziell gegründet und ein gemeinsames demokratisches Entscheidungsorgan – der »Beirat« – eingerichtet. Im »Beirat« saßen elf gewählte Mitglieder (später 14), die überwiegend Vertreter der unterzeichnenden Organisationen waren.¹¹ Dieses

¹¹ Die ersten gewählten Beiratsmitglieder waren: Davide Brocchi (als Vertreter der Organisationen Institut Cultura21 e.V., *ecosign/Akademie für Gestaltung*, Postfossil Institut), Heiko Butz (Oikos Köln), Volker Ermert (KölnAgenda, KlimaBündnis), Christoph Goormann (Privatperson), Martin Herrndorf (Socialbar Köln), Marcel Hövelmann, Anke Lorenz (Querwaldlein e.V.), Miriam Pflüger (BraveHearts International Filmverleih), Silvia Chavez Toro (Ostara Werkstatt), Aische Wester-

Gremium tagte einmal pro Monat. Mithilfe des Prinzips der Hierarchiefreiheit sollte die Partizipation der Beteiligten gefördert werden. Möglichst viele Mitglieder der *Agora Köln* sollten Verantwortung übernehmen und den Prozess der nachhaltigen Stadtentwicklung mitgestalten. Es wurde eine Rotation an der Spitze des »Beirats« beschlossen, wobei jedes Treffen von einem neuen Tandem von Beiratsmitgliedern organisiert und moderiert wurde. Das Netzwerk wurde juristisch von einem bereits existierenden gemeinnützigen Verein getragen – das ebenfalls vom Initiator des KSdN 2007 gegründete *Institut Cultura21 e.V.*¹² Innerhalb dieses juristischen Rahmens konnte die *Agora Köln* ein eigenes Bankkonto eröffnen und Förderungen bei Stiftungen beantragen, wobei meist eine anerkannte Gemeinnützigkeit des Förderungsprojekts nachgewiesen werden muss. Schon in den ersten Wochen seines Bestehens beschloss der »Beirat«, keine Förderung von Unternehmen anzunehmen, deren Handeln in klarem Widerspruch zur Nachhaltigkeit steht. Dazu gehörte auch der Hauptstromversorger der Stadt Köln, die *RheinEnergie AG*: Sie finanziert zwar die hiesige kommunale Klimaschutzpolitik, zum Beispiel im Rahmen des Fördergremiums »KlimaKreis Köln« (www.klimakreis-koeln.de), vertreibt aber vor allem Strom aus Kohlenkraftwerken. Die erste finanzielle Unterstützung für die *Agora Köln* wurde von der *Stiftung Umwelt und Entwicklung NRW* (www.sue-nrw.de) erbracht, welche den Netzwerkaufbau der *Agora Köln* mit 9.800 Euro subventionierte. Mit diesem Geld wurde dem Initiator des KSdN für seine Arbeit ein geringes Honorar gezahlt, die neue Position des Finanzbeauftragten geschaffen¹³ sowie eine Wochenendklausur mit ca. 25 Teilnehmer/innen realisiert, bei welcher die Ziele

mann (Transition Town Initiative Köln) und Viva Marie Wirtz (Atelier Theater). Beim Netzwerktreffen (d.h. der Versammlung aller Mitglieder der *Agora Köln*) am 26. Januar 2013 wurde der Beirat erweitert. Gewählt wurden weitere vier Personen: Dunja Karabaic (Bureau Gruen, Ökorausch), Frieder Krups (BraveHearts International Filmverleih), Christian Nehls (Allerwelthaus) und Elise Scheibler (Initiative »Wie leben wir?«). Christoph Goormann schied hingegen aus.

¹² Das *Institut Cultura21 e.V.* mit Sitz in Berlin (www.cultura21.org) vernetzt Kulturschaffende und Kulturvermittler bundesweit (www.cultura21.net/de) und international (www.cultura21.net), die sich für einen Kulturwandel in Richtung Nachhaltigkeit einsetzen.

¹³ Die Position wurde mit dem Volkswirt Martin Herrndorf besetzt. Er war für die Finanzen der *Agora Köln* bis 2015 verantwortlich.

und die Struktur der *Agora Köln* genauer definiert werden sollten. Da sich von einem Begriff wie »Nachhaltigkeit« nicht alle Teile der Bevölkerung angesprochen fühlen, wurde ein Wettbewerb für einen alternativen Titel zum »Kölner Sonntag der Nachhaltigkeit« initiiert. Am Ende des Wettbewerbs wählte die Mehrzahl der Netzwerkmitglieder den Titel »Tag des guten Lebens« (TdgL, in Anlehnung an die »buen vivir«-Debatte in Lateinamerika). Der alte Titel blieb jedoch als Untertitel bestehen, um die Interpretationsmöglichkeiten des »guten Lebens« einzugrenzen.

Für die Durchsetzung des ersten Transformationsschrittes – die Einrichtung des TdgL – war der politische Beschluss von mindestens einer Stadtbezirksvertretung (BV) notwendig. Im Mai 2012 wurde das Konzept des »Tag des guten Lebens« vor der BV Innenstadt vorgestellt. Die erste Reaktion des Bürgermeisters Andreas Hupke (B90/Die Grünen) ließ früh erahnen, wie eine eventuelle Abstimmung verlaufen wäre: »Wir dürfen Bürgerinnen und Bürger mit solchen visionären und überdimensionierten Projekten nicht überfordern, vielleicht kann man mit einer Straße beginnen«. Der Hinweis darauf, dass sogar beim Kölner Karneval ein größeres Gebiet der Stadt autofrei sei und Nachhaltigkeit im 21. Jahrhundert mindestens eine ähnliche Aufmerksamkeit verdiene, konnte die Versammlung nicht davon abbringen, die Initiative mehrheitlich abzulehnen. Die meisten Parteien tun sich heute immer noch sehr schwer damit, die Freiheitsrechte der Autofahrer auch nur an einem Sonntag pro Jahr zu beschneiden.

Nach diesem Treffen empfahl ein Mitarbeiter der Stadtverwaltung dem Initiator des TdgL, Kontakt mit dem Bürgermeister des Stadtbezirks Ehrenfeld aufzunehmen: »Dort sind die Politik und das Umfeld offener für solche Ideen«. Bis vor 20 Jahren galt Ehrenfeld als sozialer Brennpunkt mit einem hohen Anteil an sozial benachteiligten Menschen. In den letzten Jahren hat dieser Bezirk, der inzwischen 105.000 Einwohner zählt, einen Wandel durchgemacht und gilt heute als bunt, kreativ und »hip«. Seit 1997 ist Josef Wirges (SPD) Bürgermeister von Ehrenfeld. Er lebt seit seiner Geburt im Jahr 1952 dort und ist dem Ort entsprechend verbunden. Wirges machte sich einen Namen, als er den Bau der Kölner Zentralmoschee (das größte islamische Gebetshaus in Deutschland) in Ehrenfeld unterstützte und sich über alle Widerstände und Proteste hinwegsetzte. Er tritt für eine Dezentralisierung des Regierens

und eine Ausweitung der Kompetenzen der Stadtbezirke ein (vgl. STEIGELS 2012). Diesem Bürgermeister musste das Konzept des »Tag des guten Lebens« nicht länger als fünf Minuten präsentiert werden: Wirges stand plötzlich auf, holte einen Stadtplan aus der Schublade, breitete ihn auf dem Tisch aus und zeichnete mit einem Bleistift ein Viereck: »Herr Brocchi, das machen wir da!«¹⁴ Im November 2012 lud Wirges den Initiator des TdgL ein, das Projekt vor den Fraktionsvorsitzenden der Ehrenfelder Parteien vorzustellen. Wirges wollte unbedingt eine politische Kampfabstimmung vermeiden, um die Bevölkerung nicht zwischen Befürwortern und Gegnern des TdgL zu spalten. Er zielte auf einen gemeinsam getragenen Antrag aller Fraktionsvorsitzenden ab, um das Vorhaben mit möglichst viel politischem Vertrauen auszustatten. Die Rechnung ging auf. Alle Fraktionsvorsitzenden unterstützten die vom Initiator des TdgL vorgeschlagene Beschlussvorlage – fast ohne Korrekturen:

»1. Die Bezirksvertretung Ehrenfeld tritt dem Kreis der Unterstützer bei, setzt sich dadurch für ein neues Verhältnis zwischen Institutionen und Zivilgesellschaft ein und kann den Prozess mitbestimmen.

2. Die Bezirksvertretung Ehrenfeld stimmt zu, dass Ehrenfeld einmal pro Jahr an dem »Tag des guten Lebens« teilnimmt, ein Gebiet für den individuellen motorisierten Verkehr sperren lässt

¹⁴ In einem Interview mit Tobias Maier (2015) begründete Josef Wirges seinen Schritt wie folgt: »Mein Kollege [der Bürgermeister des Stadtbezirkes Innenstadt, DB] hat es deshalb nicht gemacht, weil ihm die Schwierigkeiten verkehrstechnischer Art zu groß erschienen, dass es eher kontraproduktiv wäre. Ich hab dann gesagt: Ich mache das. Ich finde das gut. Das passt hier hinein. Das entspricht nicht nur dem Zeitgeist, sondern auch der Erwartungshaltung der Menschen, die hier zugezogen sind. Die wollen sich weiter entwickeln. Wir haben in vielen Bereichen Urban Gardening, und und und.« Den »Tag des guten Lebens« verband Wirges mit den Begriffen »autofrei« und »Entschleunigung«, aber der TdgL stand für ihn auch »für eine Weiterentwicklung, für ein Innehalten, für ein Mal zu überlegen, was können wir bei uns noch verbessern im Veedel? Der TdgL bezieht sich für mich immer ganz konkret auf das Wohnumfeld der Menschen. Das ist natürlich weiter gefasst, als nur drei mal ums Karree. Das ist auch letztendlich für das gesamte Gebiet eines Stadtteils wichtig. Deshalb ist das ja auch relativ großzügig durchgeführt worden [...]. Wenn sich die Menschen einig sind und sagen: Wir wollen in unserem Umfeld das und das nicht, aber dafür das und das, dann muss darüber diskutiert werden. Dann wird die Politik das dann umsetzen. Das ist unsere Aufgabe, das nennt man aktive Umsetzung der Bürgerbeteiligung oder dessen, was Bürger gerne wünschen.« (MAIER 2015: 14)

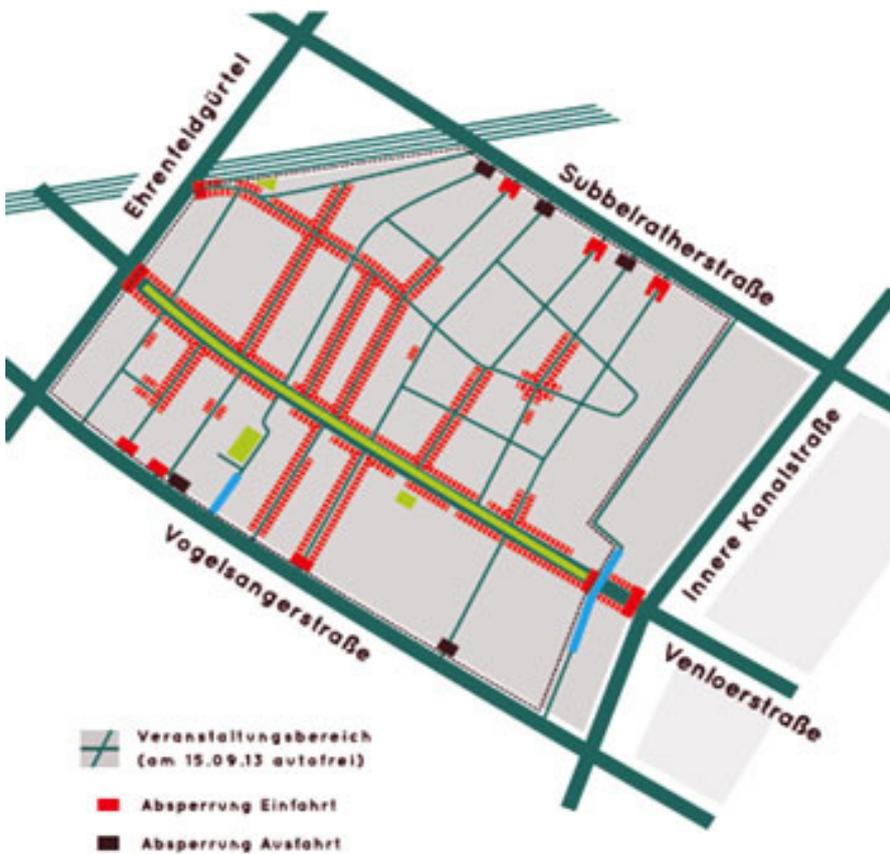


Abb. 2:
Das autofreie Gebiet am
ersten »Tag des guten
Lebens« (15.9.2013)
Quelle: AGORA KÖLN ([www.
agorakoeln.de](http://www.agorakoeln.de))

und den öffentlichen Raum den Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung stellt. [...]«¹⁵

Bei der BV-Versammlung am 17. Dezember 2012 wurde der Antrag einstimmig angenommen – mit den Stimmen von SPD und Grünen (jeweils 6 Sitze), CDU (4 Sitze), FDP, Pro Köln und Linke (jeweils 1 Sitz). Zu diesem erfolgreichen Ergebnis hatte auch die positive Berichterstattung der Tageszeitung *Kölner Stadtanzeiger* beigetragen, der im November eine ganze Zeitungsseite mit dem Titel »Bürger erobern die Stadt zurück« der Idee gewidmet hatte (vgl. KREIKEBAUM 2012).¹⁶ Bei einer weiteren BV-Versammlung im Januar 2012

¹⁵ Abschnitt 8.4 des Beschlussprotokolls der 30. Sitzung der Bezirksvertretung Ehrenfeld am 19.12.2012.

¹⁶ Bei Gesprächen mit Politikern, Verwaltungsmitarbeitern und Multiplikatoren wurde oft auf den großen Einfluss des *Kölner Stadtanzeigers* und des Verlegers Alfred Neven DuMont auf die Kölner Politik hingewiesen. Der damalige Leiter des *Kölner Stadtanzeigers* »Daumen hoch oder runter« für neue Vorhaben in der Stadt bedeute. Der Geschäftsführer eines prominenten Kölner Theaters erklärte: »Wenn Sie in dieser Stadt etwas bewirken wollen, dann sollten Sie zuerst ihre Hierarchie verstehen: An der Spitze steht DuMont, dann kommen die Karnevalsgesellschaften und erst dann die Politik. Wenn Sie den *Kölner Stadtanzeiger*

wurde das autofreie Gebiet genau eingegrenzt (vgl. Abbildung 2) und als Termin der 15. September 2013 gewählt.

Dieser erste große politische Erfolg sorgte in der *Agora Köln* für einen starken Motivationsschub. Das Netzwerk konzentrierte sich nun auf drei operative Herausforderungen: (a) die Mobilisierung der Anwohnerschaft und die möglichst breite Aufteilung von Verantwortung und Aufgaben; (b) die logistische Organisation des autofreien Sonntags (u.a. Straßenabsperungen, Bereitstellung der Ordnungskräfte, Aufklärung der Autofahrer); (c) die Finanzierung des Vorhabens, denn die Stadt Köln konnte das Projekt lediglich mit Material (z.B. Verkehrsschilder, Absperungen) und die Bezirksvertretung mit nur 2.000 Euro unterstützen. Um diesen Herausforderungen gerecht zu werden, wurden verschiedene Arbeitskreise (AKs) innerhalb der *Agora Köln* gebildet, die jeweils von zwei Personen koordiniert werden sollten.¹⁷ Neben den AKs »Ökonomie/Finanzen«, »Presse- und Öffentlichkeitsarbeit« und »Bewegung« (zuständig für interne Kommunikation, Ausbau des Netzwerkes u. a.) wurde der AK »Nachbarschaft« eingerichtet.¹⁸ Dieser lud über die Verteilung von Flyern alle Anwohner Ehrenfelds von Anfang 2013 an zu regelmäßigen Stadtteiltreffen ein. Die Treffen fanden überwiegend in den großen Räumen des *Atelier Colonia* in der Körnerstraße (www.atelier-colonia

oder die Karnevalsgesellschaften geknackt haben, dann stehen Ihnen auf den anderen Ebenen alle Türen offen«.

¹⁷ Obgleich die doppelte Besetzung einer AK-Koordination verschiedene Vorteile hat (z.B. gegenseitige Entlastung, Absprachen vor Entscheidungen), wurden einige AKs lange Zeit nur von einer Person koordiniert. Die AK-Koordinatoren wurden vom Beirat gewählt und waren oft selbst Beiratsmitglieder. Die Vermischung der politischen Ebene (legitimierte Entscheidungsebene, Aufsicht, Auftraggeber) und der operativen Ebene (Auftragnehmer) in den Organisationsstrukturen der Bewegung brachte verschiedene Probleme mit sich, wie z.B.: (a) der Beirat musste sich überwiegend mit operativen Fragen beschäftigen. Für die inhaltliche Diskussion oder die Netzwerkarbeit blieb hingegen kaum Zeit; (b) einige Personen, die über Höhe und Verteilung der Honorare im Beirat mitbestimmen durften, gehörten selbst zu den Empfängern der Honorare für ihre operative Arbeit in den AKs.

¹⁸ Der erste Koordinator des AK »Nachbarschaft« war Frieder Krups, später begleitet von Julia Paffenholz (Allerweltshaus). Nach dem »Tag des guten Lebens« 2013 wurde dieser AK in eine Koordination der Nachbarschaft Ehrenfeld umgewandelt. Sie wurde von den Anwohner/innen selbst gewählt und durch folgende Personen besetzt: Ulli Ferber, German May, Florian Roll und Sur-ki Schrade.

de) statt, welche der Fotograf Jürgen Schaden-Wargalla kostenlos zur Verfügung stellte (vgl. MAIER 2015). An den Nachbarschaftstreffen nahmen jeweils zwischen 40 und 100 Anwohner teil. Nach Straßen geordnet teilten sich die Anwohner in Kleingruppen auf. So konnten sie ihre direkten Nachbarn kennenlernen und sich über den gemeinsamen Lebensraum austauschen. Jede Kleingruppe sollte den Kern einer »Straßennachbarschaft« bilden, die später im Rahmen des »Tag des guten Lebens« möglichst viel Verantwortung übernehmen sollte. Während des »Tag des guten Lebens« sollten die Nebenstraßen von den jeweiligen Nachbarschaften selbst verwaltet werden. Die zentrale Achse in dem geplanten autofreien Gebiet, die Venloer Straße, sollte für das Zentralprogramm und die Besucher/innen von außerhalb Ehrenfelds reserviert werden. Hier sollten Organisationen, Initiativen und Unternehmen ihre Konzepte zum Jahresschwerpunktthema vorstellen. Insbesondere nachhaltige Alternativen zum fossilen Verkehr sollten aufgezeigt werden und die Stadtöffentlichkeit sollte dabei über Schritte in Richtung nachhaltige Mobilität informiert werden (z.B. der Umstieg vom Auto auf den ÖPNV, der Ausbau des städtischen Radwegnetzes). Für die Organisation des Zentralprogramms war der AK »Tag des guten Lebens« zuständig, während sich der AK »Mobilität« (mit Vertretern des Verkehrsclub Deutschland, des Klimabündnis Köln u. a.) um die Kampagne zum Jahresschwerpunktthema kümmerte. Bei mehreren Treffen, an denen bis zu 40 Multiplikatoren teilnahmen, wurde das verkehrspolitische Programm der *Agora Köln* verfasst, welches später unter dem Titel »Verkehr des guten Lebens – Ein nachhaltiges Mobilitätskonzept für Köln« (AGORA KÖLN 2015) veröffentlicht wurde.¹⁹ Damit plädierte zum ersten Mal ein breites und buntes Netzwerk von Kölner Organisationen für eine verkehrspolitische Wende in der Stadt.

Die wichtige und schwierige Aufgabe der logistischen Planung des TdGL wurde von Thomas Schmeckpeper und Elise Scheibler (u.a.) übernommen. Sie trugen die Verantwortung für die Organisation des autofreien Sonntags, obwohl sie keine Erfahrung in diesem Bereich besaßen – wie auch die meisten engagierten Bürger/innen in der *Agora Köln*.

Um diese Wissenslücke zu füllen, wurden die Verantwortlichen des Hannoverschen autofreien Sonntags²⁰, der seit 2007 einmal jährlich stattfand, eingeladen, ihre Erfahrungen im Rahmen eines Workshops im Kölner *Atelier Theater* weiterzugeben. Im März 2013 brachte der Bürgermeister Josef Wirges die Vertreter aller Institutionen zusammen, die an der Umsetzung des »Tag des guten Lebens« mitwirken sollten: neben der *Agora Köln* das Verkehrsamt und das Ordnungsamt der Stadt Köln, die Feuerwehr und die Polizei. Schmeckpeper koordinierte zusätzlich die Zusammenarbeit mit der Ehrenfelder Agentur *Cine Block GmbH*, die Straßenabsperungen für Filmdreh organisierte und immer wieder Straßenfeste in Ehrenfeld unterstützt hatte.

Vor allem im Rahmen dieser organisatorischen Aufgaben wurde deutlich, welche hohen Auflagen die Rückeroberung des öffentlichen Raums durch die Bürger/innen begleiten. An dieser Stelle übte die *Agora Köln* oft eine »Pufferfunktion« zwischen den Institutionen und den Anwohnern aus – und entlastete die letzteren von der Auseinandersetzung mit behördlichen Vorschriften und Aufgaben, die im Allgemeinen nicht sehr motivierend sind. Die größte Arbeit und die meisten Kosten für den »Tag des guten Lebens« entstanden paradoxerweise ausgerechnet durch die Autos, das heißt für die Befreiung des öffentlichen Raums vom motorisierten Straßenverkehr. Insgesamt wurden fast 3.000 Ersatzparkplätze (die Hälfte davon unentgeltlich) für Anwohner und Besucher außerhalb des autofreien Gebiets organisiert, zum Beispiel durch die Kooperation mit einem großen Baumarkt, der am Sonntag seine Parkplätze nicht benötigte. Eine weitere Vorschrift verpflichtete die Organisatoren des TdGL, ca. 40 öffentliche Toiletten für die Besucher/innen bereitzustellen. Anstatt Dixi-Toiletten zu mieten, wurden alle Gastronomiebesitzer im Gebiet des »Tag des guten Lebens« gebeten, den Tag zu unterstützen und ihre Toiletten bereitzustellen – mit Erfolg.

Durch das Teilen, wie im Fall der Toiletten, wurden viele Kosten gespart – und so der TdGL ermöglicht. Eineinhalb Monate vor dem angesetzten Termin am 15. September verfügte die *Agora Köln* über lediglich 15.000 Euro, die z.T. aus Spendensammelaktionen unter Bürger/innen stammten. Dieses Geld hätte

¹⁹ Dieser Diskussionsprozess wurde von der Koordination des AK »Mobilität« initiiert und moderiert. Dazu gehören Dr. Volker Ermert (Gartenwerkstadt Ehrenfeld e.V.), Hannes Wöhrle (Wielebenwir e.V.) und Ralph Herberich (VCD Kreisverband Köln).

²⁰ Weitere Informationen unter: <http://www.hannover.de/Leben-in-der-Region-Hannover/Umwelt/Klimaschutz-Energie/Autofreier-Sonntag> (abgerufen am 28.10.2015).



Abb. 3: Tag des guten Lebens
2013 in Köln Ehrenfeld
Foto: Marén Wirths / Agora
Köln

kaum gereicht, um die Leistung der Agentur *Cine Block* zu finanzieren, die zentrale logistische Aufgaben im Rahmen des »Tag des guten Lebens« übernehmen sollte (z.B. die Verteilung der Absperrungen und der Einsatz erfahrener Ordnungskräfte an wichtigen Verkehrsknotenpunkten). Die knappen Kassen hielten aber die 30 bis 40 aktiven Bürger/innen nicht davon ab, weiter für das Projekt zu arbeiten: »Wir haben schon so viel dafür gearbeitet und investiert, wir können nicht kurz vor dem Ziel aufgeben«. Das Teilen ist eben ansteckend. Die hohe Motivation in der Gruppe entstand u. a. durch die ungewöhnliche Mischung der Menschen (jung und alt, Mann und Frau, Künstler/innen und Filmemacher/innen, Wissenschaftler/innen und Lehrer/innen, Anwohner und engagierte Bürger...), der breite hohe ehrenamtliche Einsatz und die Möglichkeit, die eigene Stadt tatsächlich mitgestalten zu können. Insbesondere der Kontrast zwischen der überwiegend durch Laien ausgeführten Organisation des TdGL und den hoch gesteckten Zielen verschaffte der *Agora Köln* viele Sympathien – auch in den städtischen Institutionen: »Wir brauchen mehr Druck von der Zivilgesellschaft, von außen – sonst ändert sich hier drinnen nichts mehr«, verriet ein leitender Mitarbeiter der Stadtverwaltung bei einem persönlichen Gespräch.

Paradoxiertweise wurde die gute Atmosphäre innerhalb der *Agora Köln* ausgerechnet durch zwei finanzielle Erfolge bedroht. Zwei Wochen vor dem Stattfinden des »Tag des guten Lebens« wurde die Idee mit dem »ecologic Förderpreis für Zukunftsideen« von *Toyota Deutschland* ausgezeichnet, welcher

mit 10.000 Euro dotiert war.²¹ Fast gleichzeitig stimmte die *Stiftung Umwelt und Entwicklung NRW* einer zweiten Projektförderung für den TdGL über 35.000 Euro zu. Plötzlich konnte ein Teil der Arbeit der *Agora Köln* finanziell honoriert werden. Für einige Personen war die Organisation des »Tag des guten Lebens« seit Monaten zur Vollzeitbeschäftigung geworden. Aber welche Tätigkeiten sollten hierbei honoriert werden und welche nicht? Welche Verteilung des Geldes und welche Höhe der Honorare wäre gerecht gewesen? Wie sollte hierüber eine Entscheidung getroffen werden? Diese Fragen bargen eine große Sprengkraft für die Gruppendynamik und wurden deshalb auf die Zeit nach dem 15. September 2013 vertagt.

Vor Beginn des TdGL richtete die *Agora Köln* in Ehrenfeld ein Zentralbüro ein, von wo aus die Aktivitäten koordiniert wurden und im Rahmen eines »Call Center« die Fragen der Anwohner beantwortet werden sollten. Die Räume einer ehemaligen Gaststätte wurden nahezu kostenlos zur Verfügung gestellt. Eine Woche vor dem »Tag des guten Lebens« wurden die Parkverbotschilder (mit dem Datum des 15.9.2013) in den Straßen aufgestellt und Info-Blätter mit Details zu den Vorschriften, zu Ersatzparkplätzen u. a. unter allen Anwohnern verteilt. Unbedingt vermieden werden sollte, dass die Bevölkerung den TdGL nur als ein Tag mit Parkverbot und als Fremdbestimmung erleben würde. Durch diese ersten organisatorischen Tätigkeiten wurde der Tag für viele Anwohner zum ersten Mal greifbar und war nicht mehr nur eine Idee.

Der Samstag des 14. September 2013 war der Tag der Wahrheit: Hatten die Anwohner ihre Autos umgeparkt und die Straßen freigemacht? Das Experiment gelang: Bereits am Abend des 14. waren die meisten Straßen komplett autofrei. In einem großen bewohnten Gebiet konnte man so die Stadt aus einer ganz anderen Perspektive erleben. Die meisten Anwohner staunten nicht nur beim Anblick dieses ungewöhnlichen autofreien Stadtbildes, sondern auch über ihre eigene gemeinsame Leistung – denn schon durch das individuelle Umparken des Autos (an sich eine kleine Handlung) war ein kollektives Kunstwerk entstanden – eine Art »soziale

²¹ Die Pressemitteilung von *Toyota Deutschland* ist unter <http://www.toyota-media.de/Article/view/2013/09/16/ecologic-Foerderpreis-fuer-Zukunftsideen-2013-entschieden/3551> zu finden (abgerufen am 25.10.2015). Innerhalb der *Agora Köln* wurde kontrovers diskutiert, ob das Projekt des TdGL mit dem Geld eines Autounternehmens finanziert werden dürfe.

Plastik«. Es war der erste Beweis, dass man gemeinsam die Stadt verändern kann. Sogar der Verzicht fühlte sich im Kontext dessen, dass alle verzichteten, nicht mehr so schlimm an, und entfaltete selbst eine kollektive gestalterische Kraft.

Für die Organisatoren verlief der »Tag des guten Lebens« am 15. September 2013 wie im Rausch. Der Zuspruch war gewaltig. Im Rahmen des Zentralprogramms zum Thema »Nachhaltige Mobilität« wurden 62 Aktionen von ebenso vielen Akteuren (u.a. die Kölner Verkehrsbetriebe, verschiedene Umweltinitiativen und Künstlergruppen) durchgeführt. Hierbei wurden Nachhaltigkeitsthemen emotional besetzt und so in einem neuen Rahmen erfahrbar gemacht. In den Nebenstraßen setzten die Nachbarschaftsgruppen nahezu 100, teils kreative, teils aufwendige, teils spontane Aktionen um. Ungefähr 70 davon waren für die Besucher offen; zum Beispiel der Hausflohmarkt, die »Ping-Pong-Party« und die Kunstaktion »beautify the street«. Elf Aktionen fanden innerhalb der direkten Nachbarschaft statt (ein langer Frühstückstisch, »Der Philippshof feiert«, »Parklückenglück« u.a.). Neben acht Aktionen für die ganze Straße (Straßenmusik, Tischtennisturniere u.a.) gab es sechs Kinderaktionen (Buttonmaschine, Kindermalwettbewerbe, Dosenwerfen u.a.). Zusätzlich fanden viele informelle Aktionen von Nachbarn statt – von Kaffeetischen auf der Straße bis hin zu spontanen Straßenkonzerten.²² Sämtliche Aktionen waren nicht kommerziell. Das Universitätsradio Köln-Campus begleitete den ganzen Tag mit einer Live-Berichterstattung (AGORA KÖLN 2014a).

Insgesamt mussten nur etwa drei Dutzend Autos am Morgen des 15. vom Ordnungsamt aus dem Parkverbotsbereich entfernt werden, was bei einer Population von über 20.000 Anwohner als ein großer Erfolg erschien. Den ganzen Tag über hatten mehr als 200 Bürger/innen die Straßenabspernungen abgesichert oder als Ordnungskräfte in dem autofreien Gebiet gedient. Am Ende des Tages säuberten die Nachbarschaften selbst ihre Straßen, wobei diese dann teilweise sauberer waren als vorher. Die Kommunalpolitiker, die Stadtverwaltung, die Polizei und die Feuerwehr staunten über den unerwartet reibungslosen Verlauf des TdGL. Die meisten Menschen berichteten von einer Atmosphäre, die man von den gängigen Großraumveranstaltungen im öffentlichen Raum nicht kann-



te: ruhig, freundlich, entspannt, kreativ und gemeinschaftlich. Bürgermeister Wirges bewertete den Tag wie folgt:

»Alle waren sehr davon angetan, auch weil oder gerade weil die Bevölkerung mitgemacht hat. Das wäre sicherlich vor 18 Jahren, als ich als Bürgermeister anfang, wahrscheinlich nicht der Fall gewesen. [...] Diese erste Auftaktveranstaltung war schon toll. Das war einfach fantastisch, diese Entschleunigung [...]. Es gab natürlich Probleme mit Vielen, die sagten: ›Was soll der Quatsch?‹, ›Ich hab eine behinderte Mutter, ich muss sie fahren, ich will hier durch!‹ Klar, das Gebiet war autofrei. Aber die Menschen, die sich beschwerten, waren nicht die Mehrheit. Viele andere Autofahrer haben sich positiv zu dieser Maßnahme geäußert. [...] Alle haben mitgemacht, ein Erfolg [...]. Um einfach mal inne zu halten, um zu sagen, was ist uns denn überhaupt wichtig? [...] Wie wollen wir die Lebensqualität in unserem Veedel, in dem wir alle leben, gemeinsam weiter entwickeln und gestalten?« (MAIER 2015: 10).

Abb. 4: Tag des guten Lebens 2013 in Köln Ehrenfeld
Foto: Marén Wirths / Agora Köln

3. Zwischenbilanz

Alles begann mit der bloßen Idee eines Bürgers, der diese in einem zweiseitigen Text zusammenfasste und dafür unerwartet einen Preis gewann. Seine Motivation: Selbst gestalten, was man vermisst; die eigene Stadt selbst in die Hand nehmen. Erstaunlich, was danach folgte. Seit 2012 hat diese Idee viele Menschen zusammengebracht, die sich vorher nicht kannten. Sie haben sich unzählige Male getroffen, miteinander diskutiert, um ihre Stadt gemeinsam zu gestalten. Am ersten »Tag des guten Lebens« nahmen ca. 100.000 Menschen teil. Das Erfolgsrezept

²² Zum Beispiel sang eine Opernsängerin spontan aus ihrem Wohnungsfenster.

des Projektes lag vor allem im miteinander Teilen. Obwohl dieser Tag eine gewaltige logistische Herausforderung darstellt²³ und die *Agora Köln* nur über knappe finanzielle Mittel für die Organisation verfügt, wurde er bisher erfolgreich realisiert, weil viele Bürger/innen kleine und größere Aufgaben selbst übernommen haben. Im Prozess zeigte sich, dass »es viele Ressourcen in dieser Stadt gibt, die einfach nicht abgerufen werden«.²⁴

Eine Ehrenfelder Anwohnerin berichtete in einem persönlichen Gespräch: »Seit dem Tag des guten Lebens brauche ich morgens 15 Minuten länger, um meine Brötchen einzukaufen zu gehen, weil ich auf dem Weg dahin ständig von Menschen angesprochen werde, die ich vorher nicht kannte«. Einige Straßennachbarschaften haben sich auch nach dem 15. September 2013 weiterhin getroffen und teilweise sogar ihr Aufgabenspektrum erweitert: in der Wahlenstraße wird zum Beispiel die Umgestaltung eines Kinderspielplatzes organisiert; in der Rothehausstraße engagieren sich die Anwohner für die dauerhafte Befreiung einer Straßenseite von geparkten Autos, so dass Fußgänger und Eltern mit Kinderwagen mehr Platz bekommen (vgl. MAIER 2015). Solche Entwicklungen hätte es vielleicht auch ohne den »Tag des guten Lebens« gegeben – und doch hat dieser Tag Prozesse verstärkt bzw. Entwicklungspotenziale im Stadtteil sichtbar gemacht.

Die Anwohnerschaft von Ehrenfeld war vom ersten »Tag des guten Lebens« so begeistert, dass sie unbedingt selbst einen zweiten Tag im darauffolgenden Jahr organisieren wollte – welcher tatsächlich am 31. August 2014 stattfand. Inzwischen haben zwei weitere Bezirksvertretungen in Köln die Realisierung eines »Tag des guten Lebens« einstimmig beschlossen. Der dritte »Tag des guten Lebens« fand am 31. Mai 2015 im Stadtteil Sülz statt, welcher zum wohlhabenden Bezirk Lindenthal gehört und eine entsprechend hohe Autodichte hat.²⁵ Das autofreie Gebiet

war hier doppelt so groß wie in Ehrenfeld, betroffen waren mehr als 30.000 Bürger/innen. Selbst die Lindenthaler Bezirksbürgermeisterin Helga Blömer-Frerker (CDU) sprach nach dem TdGL von »paradiesischen Zuständen auf den Straßen«²⁶ – und dies, obwohl der Widerstand in der Bevölkerung ihres Bezirks deutlich stärker als in Ehrenfeld war und einige Anwohner sogar Rechtsanwälte eingeschaltet hatten, um das »Recht auf das Autofahren« zu verteidigen. Mittlerweile hat auch die Bezirksvertretung Innenstadt ihre anfängliche Entscheidung revidiert und der Einführung des »Tag des guten Lebens« zugestimmt. Das Hauptargument: der zu erwartende positive Effekt auf die Nachbarschaft; die Stärkung des nachbarschaftlichen Zusammenhalts im »Veedel«. Am 3. Juli 2016 veranstalten die Anwohner/innen in Köln-Sülz ein »Tag der Nachbarschaften« (ESCH 2016), ein weiterer »Tag des guten Lebens« ist im rechtsrheinischen Stadtteil Deutz vorgesehen.

Im dritten Jahr ihres Bestehens gehören mehr als 130 lokale Organisationen zur *Agora Köln*. Diese lokale Bewegung hat zivilgesellschaftliche Akteure in der Stadt stärker miteinander vernetzt und neue Akzente in die lokale politische Diskussion eingebracht.²⁷ Während sich manche Politiker und Verwaltungsmitarbeiter immer noch stark am Leitbild der »autogerechten Stadt« orientieren, denken viele Bürger/innen weiter und lassen sich nicht mehr auf die Rolle des »Autofahrers« reduzieren. Nach Jahrzehnten der Asphaltierung, Privatisierung und Kommerzialisierung des urbanen Raums wächst in der Bevölkerung eine Sehnsucht nach mehr Gemeinschaft, Entschleunigung und Alternativen zum bisher dominanten Wohlstandsmodell. Nachdem 2013 das Jahresschwerpunktthema »Nachhaltige Mobilität« war, wählte die *Agora Köln* für das Jahr 2014 das Thema »Freiräume und Gemeinschaftsräume«, da in der Stadt

in Ehrenfeld bei 368 (382 im Jahr 2000) (vgl. STADT KÖLN 2013: 119).

23 Der hohe logistische Aufwand des ersten TdGL lässt sich anhand folgender Zahlen verdeutlichen: 25 Straßen, 683,500 Quadratmeter Fläche, 220 Halteverbotsschilder, 20 Tonnen Absperrmaterial... Den 12 Stunden »Tag des guten Lebens« standen ca. 7.500 Stunden ehrenamtlicher Arbeit für die Organisation, Vorbereitung und Umsetzung gegenüber (AGORA KÖLN 2014b: 5; 17).

24 Sabine Röser, persönliche Mitteilung, 20.11.2015.

25 Im Jahr 2012 lag die Autodichte in Lindenthal bei 468 Pkws pro 1.000 Einwohner (436 im Jahr 2000),

26 Zu diesem Zitat schreibt die Bürgermeisterin Helga Blömer-Frerker: »Das habe ich so gesagt, weil ich es an dem Tag auch so empfunden habe, vor allem bei der Beobachtung der Kinder. Ab und zu muss man mal deutlich machen, wie schön unsere Straßen sein können« (persönliche Mitteilung, 17.11.2015).

27 Zum Beispiel stimmte der Kölner Stadtrat im März 2016 zu, dass an einem Tag pro Jahr Bus und Bahn in Köln kostenlos sind (FRANGENBERG 2016). Die Initiative ging von den Piraten aus, die eine Idee aus dem Konzept »Kölner Sonntag der Nachhaltigkeit« aufgegriffen haben. Das Konzept wurde ihnen bei der Mitgliederversammlung vom 3.9.2012 vorgestellt.

solche Räume immer knapper werden, obwohl mehr davon notwendig wären.

Wie bei allen sozialen Experimenten ist der Ausgang des Prozesses ungewiss. Die gesammelten Erfahrungen während der Realisierung des TdGL lieferten dennoch viele Erkenntnisse, die zur nachhaltigen Transformation als ein gesellschaftlicher Lernprozess beitragen können. Im Folgenden werden die wichtigsten zusammengefasst:

■ **Nachbarschaft** ist keine uniforme stabile Einheit, sondern wird heute unterschiedlich verstanden und gelebt. Der Soziologe Bernd Hamm definiert Nachbarschaft als eine »soziale Gruppe, die primär wegen der Gemeinsamkeit des Wohnorts interagiert« (HAMM 1973: 18) – und dennoch bedeutet räumliche Nähe nicht automatisch soziale Nähe (vgl. GEILING 2015: 216). Menschen ziehen in die Stadt, auch weil sie sich von der alten Dorfgemeinschaft emanzipieren wollen. »Nachbarschaft – lange war das kein Wort, das viele positive Gefühle auslöste. Schließlich sucht man sich die Nachbarn selten aus und muss sich doch mit ihnen arrangieren, sie kommen einem näher, als für manchen erträglich ist, man muss Lärm, Gerüche und neugierige Blicke ertragen. Nachbarn nerven durch unerbetene Einmischung oder auch durch ostentative Gleichgültigkeit« (Niejahr in REUTLINGER et al. 2015: 62). Auch am »Tag des guten Lebens« fühlten sich manche ältere Menschen durch die laute Musik der Jugendlichen auf der Straße in ihren Wohnungen belästigt. Einige Autofahrer in Sülz beschwerten sich, weil sie ihren Wagen in der Garage stehen lassen mussten, während sich die Nachbarn auf der Straße „amüsierten“. In einer Nachbarschaft existieren verschiedene Auffassungen vom »Guten Leben«. Gerade das »Teilen müssen des Raums« kann hier für Konflikte sorgen. Auch wenn die räumliche Nähe soziale Interaktion fördert und vereinfacht, darf sich die Definition von Nachbarschaft nicht zwingend (und ausschließlich) auf einen physischen Raum beziehen, sondern sollte vor allem als *relativer Beziehungsraum* verstanden werden, wofür sich Menschen freiwillig entscheiden (vgl. ebd.: 28).

In Zeiten der Globalisierung ist die Identifikation mit dem Territorium oder mit der lokalen Gemeinschaft schwach. Biografien wie jene von Josef Wirges, die im »Veedel« tief verwurzelt sind, werden immer seltener: Viele Menschen wechseln im Laufe ihres Lebens nicht nur den Stadtteil, sondern auch die

Stadt. Warum sich also ausgerechnet in der Nachbarschaft engagieren? Wer über »ökonomisches Kapital« (vgl. BOURDIEU 1983) verfügt, kann sich in einem deterritorialiserten und individualisierten Kontext weiterhin behaupten und auch ohne enge soziale Netzwerke beweglich bleiben. So engagierten sich im wohlhabenden, sozioökonomisch homogenen Stadtteil Sülz weniger Menschen beim »Tag des guten Lebens« als in Ehrenfeld (vgl. Schaden-Wargalla in MAIER 2015).²⁸ In den unteren Schichten sind die Menschen hingegen deutlich mehr auf »soziales Kapital« (vgl. BOURDIEU 1983) angewiesen. In Zeiten sinkender sozialstaatlicher Leistungen dient nicht nur die Verwandtschaft, sondern auch die Nachbarschaft als »Kompensator«. Doch gerade die Menschen, die im Alltag das Teilen intensiver üben (beispielsweise innerhalb von Migranten-Communities), waren am »Tag des guten Lebens« unterdurchschnittlich repräsentiert, oder wurden gar nicht erreicht. Die Vielfalt lässt sich eben am besten durch Vielfalt ansprechen. Obwohl Ehrenfeld als besonders »multikulturell« gilt, gesellt sich auch hier Gleich und Gleich gern. Trotz räumlicher Nähe kommunizieren die verschiedenen Kulturen und Milieus nicht unbedingt miteinander. Die meisten Bürger/innen, die sich für den TdGL engagierten, kamen auch in Ehrenfeld aus der Mittelschicht bzw. aus der »Creative Class« (vgl. FLORIDA 2002), und verfügten meist über eine höhere Bildung. Sie setzen sich zwar gegen die soziale Entmischung der Stadtteile ein und fordern Freiräume für die Vielfalt – dennoch riskieren sie, mit ihren Initiativen im öffentlichen Raum genau das Gegenteil zu befördern und den Gentrifizierungsprozess zu beschleunigen.²⁹ Das »gute Leben« macht Wohnorte zwar attraktiver, doch nicht jeder kann sich ein gutes Leben leisten. Seit Jahren werden durch die höheren Mieten gerade alteingesessene Einwohner nach und nach aus der Ehrenfelder

28 Birgit Scherer-Bouharroun, Sülzerin und Koordinatorin des AK »Grün« der Agora Köln, berichtet: »In Sülz fand ich die Beteiligung der Nachbarschaften generell und in einigen Carrés besonders sehr enttäuschend – gähnende Leere [...] Es gab einige Highlights – die auch weiter bestehen, d.h. Gruppen, die sich treffen, was machen« (persönliche Mitteilung, 17.11.2015). Die Organisatoren gingen trotzdem davon aus, dass zwischen 80.000 und 100.000 Menschen am »Tag des guten Lebens« in Sülz teilnahmen.

29 Inzwischen liegen die Angebotspreise für Eigentumswohnungen im ehemaligen Arbeiterviertel Ehrenfeld bei 3.100 Euro pro m², Tendenz steigend (CORPUS SIREO 2015: 13).

Nachbarschaft verdrängt. Durch die steigende soziale Ungleichheit werden sichtbare und unsichtbare Mauern errichtet, die die soziale Interaktion und den sozialen Zusammenhalt innerhalb des gleichen Stadtviertels erschweren.

Gleichzeitig hat die Tatsache, dass mit der Globalisierung nicht nur Orte, sondern auch Individuen austauschbar werden, dazu geführt, dass immer mehr Menschen sich fragen: »Wo gehöre ich hin? Wo ist meine emotionale Heimat? Wo darf ich ankommen?« Aus dieser Perspektive entspricht die gegenwärtige Wiederentdeckung der Nachbarschaft einer Sehnsucht, die virtuelle *social communities* kaum stillen können. Immer mehr Menschen suchen auch in der Stadt das Gemeinschaftsgefühl und pflegen dies in einer –manchmal romantisierten – Gemeinschaft. »Ehrenfeld ist ja eigentlich so, jede Straße ist ein kleines Dorf für sich«, sagt Jürgen Schaden-Wargalla (MAIER 2015: 3). Mit weiteren Nachbarn hat er vor 17 Jahren das »Körnerstraßenfest« (www.koernerstrasse.org) initiiert, welches inzwischen zu einer geschätzten Institution unter Kölner Kreativen geworden ist. Dort, wo nachbarschaftliche Strukturen enger sind, werden die Potentiale von Gemeingütern effektiver genutzt – und dies fördert wiederum die nachbarschaftlichen Strukturen. *Commons* und *Commoning* bedingen sich gegenseitig (vgl. HELFRICH 2011: 16). Auch »urbane Dorfgemeinschaften« können aber relativ geschlossen wirken und ein gewisses Misstrauen gegenüber externen Akteuren pflegen, deren Initiativen als ein Eingreifen in den eigenen Raum wahrgenommen wird. Mit einer solchen Zurückhaltung wurde auch die *Agora Köln* konfrontiert, als sie sich in Ehrenfeld zum ersten Mal vorstellte: »Da kam sogar die Frage, ist das ne Sekte oder so? [...] Es war irgendwie mit der Agora, dieser Name allein, das war alles so ein bisschen esoterisch angehaucht, so kam das erst mal rüber« (Schaden-Wargalla in MAIER 2015: 3). Einige Ehrenfelder Anwohner forderten, dass Entscheidungen über den Stadtteil von Ehrenfeldern selbst getroffen werden sollten. Bei Nachbarschaftstreffen waren die Meinungen von Teilnehmer/innen aus anderen Stadtteilen nicht immer willkommen: »Gerade das lebendige Ehrenfeld braucht keine Entwicklungshelfer von außen«; »Wer seid ihr, um mir zu erzählen, was das gute Leben sei? Das weiß ich selber und bestimme ich selber für mich«, war in Sülz zu hören. Viele Anwohner, die am »Tag des guten Lebens« teilnahmen, wollten vor allem einen Nachbarschaftstag nach dem Mot-

to »von Nachbarn für Nachbarn« feiern. Das Thema »Nachhaltigkeit« empfanden einige hingegen als »von oben« aufgezwungen. Wie eng die verschiedenen Themen zusammenhängen und welches Potential eine stadtübergreifende Bewegung der Nachbarschaften hätte, konnte die *Agora Köln* den Anwohnern nicht immer verständlich machen. Insofern war das Verhältnis zwischen Nachbarschaften und der *Agora Köln* nicht immer einfach. Ein Teil der Ehrenfelder Nachbarschaft forderte statt der »Fremdverwaltung« durch die *Agora Köln* die »Selbstverwaltung« durch die Ehrenfelder Bürgerschaft. Dieser Teil proklamierte: »Wir machen nächstes Jahr unseren eigenen Tag des guten Lebens!«. Erst als diese Gruppe feststellte, welche große Herausforderung ein solches Vorhaben darstellte und wie stark sie von der *Agora Köln* bei der Organisation des ersten TdGL entlastet wurden, plädierten sie für eine Zweckgemeinschaft mit der *Agora Köln*. Die Nachbarschaften wählten jeweils zwei Vertreter in den Beirat der *Agora Köln* und wurden dadurch am Entscheidungsprozess aktiv beteiligt.

■ **Stadtregierung.** Köln ist ein gutes Beispiel dafür, dass räumliche Nähe nicht notwendigerweise ein engeres Verhältnis zwischen städtischen Institutionen und Zivilgesellschaft bedeutet. »In keiner anderen deutschen Großstadt hat es in den vergangenen Jahren so viele Skandale gegeben wie in Köln. Der Kölsche Klüngel, das Geflecht aus Beziehungen zwischen lokaler Politik und Wirtschaft, hat inzwischen bundesweit traurige Berühmtheit erlangt«, schrieb die Süddeutsche Zeitung im Jahr 2010 (HEIMS 2010). Die Wahlbeteiligung bei der Oberbürgermeisterwahl 2015 lag lediglich bei knapp 40 Prozent. Vor allem einkommensschwache und gesellschaftlich deklassierte Menschen fühlen sich von der Politik nicht vertreten und sehen keinen Sinn darin, abzustimmen (WILBERG 2015: 6f). Die politischen und administrativen Institutionen bilden dennoch keine uniforme Einheit. Teile von ihnen sind bereit, die nachhaltige Transformation der Stadt zu unterstützen und mit der Zivilgesellschaft zusammenzuarbeiten, auch wenn auf der Führungsebene eine solche Offenheit nicht immer gefördert wird.³⁰

³⁰ Bezeichnend für das Klima innerhalb der Stadtverwaltung war die Erfahrung mit einem Mitarbeiter des Kölner Verkehrsamtes, der mit der Idee des autofreien Sonntags sympathisierte. Er bot an, die *Agora Köln* »bei den Vorbereitungen für den »Tag des guten Lebens« [...] beratend zu unterstützen«, jedoch mit dem Hinweis, dass »eine offizielle Beteiligung für das gesamte Projekt

Der »Tag des guten Lebens« fand dennoch statt. Vor der Premiere im September 2013 herrschte in der Kommunalpolitik und in der Stadtverwaltung noch eine gewisse Skepsis vor. Der augenscheinliche Erfolg fungierte jedoch danach als politischer Türöffner und erleichterte die Zusammenarbeit mit den Verwaltungsmitarbeitern (vgl. Schaden-Wargalla in MAIER 2015: 3). Diese müssen selbst oft hohen Auflagen folgen, was sie nicht unbedingt motiviert, unkonventionelle Projekte zu fördern. Einerseits verlangt das Ordnungsamt eine detaillierte und verlässliche Planung aller Aktionen im öffentlichen Raum, andererseits sind Nachbarschaftsprozesse mitunter unberechenbar. Die Möglichkeit spontaner Aktionen im öffentlichen Raum ist in der Stadtverwaltung nicht vorgesehen. Genauso wenig dürfen Anwohner/innen selbstständig in den öffentlichen Raum eingreifen, selbst wenn es darum geht, diesen zu verschönern. Die hohen Auflagen hemmen die Rückeroberung des öffentlichen Raums durch die Bürger/innen.

Der »Tag des guten Lebens« hat gezeigt, dass es sich lohnt, den Bürger/innen mehr zuzutrauen und ihnen Verantwortung zu übertragen. Bürgerbeteiligung sollte jedoch nicht nur dann gefördert werden, wenn sie als »Kompensation« für knappe öffentliche Kassen dient, sondern sollte eine reale Umverteilung der Macht bedeuten. Bürger/innen partizipieren gerne, wenn sie mitgestalten dürfen. Ausgerechnet jedoch Projekte mit einer hohen Bürgerbeteiligung bleiben oft auf Stiftungsförderungen und Spenden angewiesen, während Bürger/innen bei den Entscheidungen über Steuergelderverteilung oder Stadtplanung kaum beteiligt werden. Die Kommunen sollten hier gegensteuern.

■ **Geld** ist heute ein verbreitetes Ersatzmittel für Vertrauen: Menschen betreiben damit kontinuierlich Tausch, obwohl sie sich persönlich nicht kennen. Wer eine Gehaltserhöhung bekommt, kann sie als (soziale) Anerkennung genießen; wer kein Geld besitzt, leidet unter (sozialer) Ausgrenzung. Die zunehmende Monetarisierung sozialer Beziehungen hat dazu geführt, dass Menschen das unentgeltliche Teilen im Laufe der Zeit verlernt haben. In Spanien war es ausgerechnet die Finanzkrise, die in den letzten Jahren zu einer Wiederbelebung sozialer Beziehungen geführt hat.

[...] durch [sein] Amt leider nicht möglich« sei. Ein Zeichen, dass die Amtsleitung eine solche Zusammenarbeit nicht gutheißen würde?

Weil dort immer mehr Menschen zu wenig Geld haben, sind sie auf den unentgeltlichen Austausch von Gegenständen (Staubsauger, Waschmaschine, Auto etc.), Fachkompetenzen und Dienstleistungen im Rahmen von nachbarschaftlichen *Tauschringen* angewiesen (vgl. BLASCHKE/KAPOHL 2015; PIGEM 2009). Dieses und andere Beispiele zeigen, dass eine gezielte Dekommerzialisierung des öffentlichen Raums und der sozialen Prozesse eine signifikante Strategie sein kann, um die *Schenkökonomie* wieder zu üben – und dadurch den sozialen Zusammenhalt zu stärken. Leider haben nicht alle Akteure, die am »Tag des guten Lebens« beteiligt gewesen sind, die Bedeutung dieses Aspekts verstanden oder ausreichend zu schätzen gewusst. Schon beim zweiten »Tag des guten Lebens« 2014 in Ehrenfeld gab es Straßenstände, an denen Kaffee und Kuchen sowie gebrauchte Waren verkauft wurden. Aufgrund fehlender Absprachen zwischen den zuständigen Abteilungen der Kölner Stadtverwaltung wurde 2015 in Sülz sogar ein verkaufsoffener Sonntag mit dem »Tag des guten Lebens« zusammengelegt. Für die kommunalen Institutionen kein großes Problem, für einen Teil der *Agora Köln* hingegen ein schwerwiegender Widerspruch. Dennoch setzte sich bei der Abstimmung im Beirat eine »pragmatische« Position durch: Die große Mehrheit plädierte hier dafür, trotz des Widerspruchs den TdGL an dem Datum durchzuführen, um keine Konflikte mit den Institutionen und den Ladenbesitzern im »Veedel« zu riskieren.³¹

Geld spielt im Prozess der nachhaltigen Transformation eine ambivalente Rolle. Einerseits findet der TdGL in einem ökonomisierten Kontext statt, in dem immer weniger

³¹ Der »Tag des guten Lebens« in Sülz war schon ein Jahr zuvor 2014 verschoben worden, was einige Bürger/innen dermaßen demotiviert hatte, dass sie nicht weiter mitarbeiten wollten. Auch deshalb wollte der Beirat der *Agora Köln* eine zweite Verschiebung vermeiden. Dazu kam, dass einige Beiratsmitglieder in einer Zusammenarbeit mit dem Einzelhandel in Sülz größere Erfolgsaussichten für den »Tag des guten Lebens« sahen, während ein Konflikt mit der Geschäftswelt, so die Annahme, den Widerstand in der Bevölkerung vergrößern würde. Der Beirat lehnte es im Februar 2015 mehrheitlich ab, die Basis der *Agora Köln* über die Zusammenlegung der Termine entscheiden zu lassen, »um das Problem nicht noch größer werden zu lassen«. Auch die Minderheitsposition im Beirat befürwortete eine Zusammenarbeit mit dem Einzelhandel und dem Handwerk, der »Tag des guten Lebens« sollte jedoch kommerziefrei bleiben. Die Befürworter dieser Position plädierten für eine breite Diskussion über die Sinnhaftigkeit von »verkaufsoffenen Sonntagen« und schließlich dafür, mehr Druck auf die Institutionen auszuüben, um die Zusammenlegung der Termine zu vermeiden.

Dinge unentgeltlich zu erreichen und zu erhalten sind. Hier eröffnet Geld Gestaltungsräume. Andererseits schafft das Geld neue Probleme und Konfliktpotenziale. Sobald es ins Spiel kommt, verändert sich die Motivation der Mitglieder und die Gruppendynamik. Nach dem ersten TdGL wurde das Honorar öfter als Voraussetzung für den weiteren persönlichen Einsatz im Projekt genannt. Besonders in sozialen Bewegungen, wo Gerechtigkeit, Transparenz und Gemeinnützigkeit hoch geschätzt werden, erfordert das Thema »Finanzen« besondere Vorsichtsmaßnahmen und Spielregeln, die Vertrauen nach innen und nach außen garantieren.

■ **Kommunikation und Medien.** Ähnlich ambivalent im Prozess der Transformation ist die Rolle der neuen Kommunikationstechnologien und der Medien. Einerseits können sie den Wirkungsbereich der sozialen Kommunikation enorm erweitern: Über Mailinglisten, Webseiten oder *social communities* können viele Bürger/innen schnell und kostenlos informiert, eingeladen und vernetzt werden. Über Emails können sich Menschen orts- und zeitunabhängig austauschen, ohne sich begegnen zu müssen. Andererseits hat die virtuelle Kommunikation eine andere Qualität als die persönliche, vor allem weil sie keine Emotionen übermitteln kann. Vertrauen lässt sich über Medien allein nicht herstellen; durch Emails und Mailinglisten können Misstrauen und Konflikte sogar einfacher entfacht werden. Es kommt irgendwann zum »Kommunikationsstau«, wenn Menschen über elektronische Medien immer schneller und immer öfter kommunizieren können – und eine alltägliche Email-Flut wirkt sich belastend aus. Das Versenden einer Rundmail bedeutet nicht automatisch, dass die Nachricht auch gelesen wird. Auch in der virtuellen Kommunikation kann eine soziale Ungleichheit entstehen, die ein gleichberechtigtes Teilen von Verantwortung hemmt: Wer zum Beispiel mehr Zeit hat, um Emails abzuarbeiten, verschafft sich einen Wissensvorteil bei Entscheidungen.³²

Eine Medialisierung der Demokratie (vgl. u.a. SCHATZ et al. 2002; MASSING 2004) hat inzwischen auch auf lokaler Ebene stattgefunden. Auch hier findet heute ein großer Teil der politischen Kommunikation zwischen Institutionen und Bürgerschaft über

³² Gemeinsame Treffen lösen dieses Problem nur, wenn alle daran teilnehmen, denn sonst haben die Anwesenden einen Wissensvorteil gegenüber den Abwesenden.

die Medien statt. Bei ihren Entscheidungen orientieren sich Lokalpolitiker auch an der lokalen Berichterstattung. So war die positive Haltung des *Kölner Stadtanzeigers* sehr wichtig, um die politischen Institutionen für den »Tag des guten Lebens« zu gewinnen. An der Presseresonanz wird oft auch festgemacht, ob ein Projekt erfolgreich oder nicht erfolgreich gewesen ist. Medien sind jedoch keine neutralen Instanzen: Selbst wenn sie Repräsentativität vortäuschen, handeln sie selektiv in der Weitergabe von Informationen. So brauchen Journalisten oft »ein Gesicht« zum Projekt, während partizipativ angelegte Projekte viele Gesichter haben. Da Medien den Bekanntheitsgrad von Personen enorm steigern können, verleihen sie *Status* und können dadurch in sozialen Bewegungen einen Wettbewerb um die Medienpräsenz auslösen: »Wer darf sich in den Medien mit dem Erfolg des ›Tag des guten Lebens‹ schmücken und wer nicht?«; »Warum sollte ich mich bei einem Projekt ehrenamtlich einbringen, wenn dies nur der medialen Selbstdarstellung anderer dient?« Die *Agora Köln* hat immer versucht, über mehrere Sprecher in der Presse vertreten zu sein – zum Beispiel durch eine Rotation der Personen bei Interviews.

Mit wenigen Ausnahmen wurde in der Presse über den »Tag des guten Lebens« vor allem als ein »Event« berichtet, während der dahinter stehende umfangreiche Prozess meistens im Schatten blieb. Diese selektive Wahrnehmung hat sich leider zunehmend auch in der *Agora Köln* durchgesetzt. So wurden in der *Agora* immer mehr Ressourcen auf die Realisierung des erfolgreichen TdGL (»unser Steckenpferd«, »das eigentliche Produkt der *Agora Köln*«) konzentriert, wobei die Bewegungs- und Nachbarschaftsarbeit oder die Transformation der Stadt in den Hintergrund gerieten.³³ Während diese Elemente im ursprünglichen Konzept untrennbar miteinander verbunden waren und stark ineinandergreifen sollten, riskiert ihre Trennung, den Gesamtprozess in eine Sackgasse zu führen.

³³ Aische Westermann, ehem. Mitglied des Beirats der *Agora Köln*, erklärt es so: »Es lag auch an dem Mangel an Manpower, Zeit und Geld. Und – das ist meine Meinung – es wurde sich zu wenig Zeit genommen, damit die Gruppe zusammenwachsen und auch hier Vertrauen entstehen konnte. Natürlich hat das gemeinsame Ziel, den ersten Tag des guten Lebens zu stemmen, auch gemeinsame Euphorie erzeugt. Aber im Grunde kannten wir uns kaum und wir hätten mehr Momente gebraucht, in denen es genau darum geht (z.B. Klausurtagung mit Lagerfeuer und gemeinsamen Singen). [...] Grund für die fehlende Zeit war vor allem, den Tag auf jeden Fall realisieren zu wollen.« (persönliche Mitteilung, 20.11.2015)

Bei einer Fokussierung auf den Tag allein stellen sich nämlich einige berechtigte kritische Fragen: Braucht Köln wirklich ein (weiteres) »Veedelfest«, wenn es deutlich drängendere Probleme gibt, um die sich die Politik kümmern muss?³⁴ Wie sinnvoll ist Nachhaltigkeit an einem einzigen Tag pro Jahr? Wofür arbeiten die Anwohner hart, wenn der »Tag des guten Lebens« buchstäblich ins Wasser fallen kann, weil es an diesem Tag nur regnet (was tatsächlich 2014 und zum Teil 2015 passierte)? Als die *Agora Köln* die *Stiftung Umwelt und Entwicklung NRW* 2015 bat, weitere »Tage des guten Lebens« zu fördern, fragte diese, wo die Netzwerkarbeit und die inhaltliche Arbeit bei der Agora geblieben seien.

■ **Gruppendynamik und Organisationsstruktur.** Nach der Gründung der *Agora Köln* wurden viele Entscheidungen über Spielregeln und Organisationsstrukturen getroffen und in einem 18-seitigen Dokument unter dem Titel »Lernende Satzung« (im Sinne der »lernenden Organisation«) zusammengefasst, welche letztmalig mit den Beschlüssen der Beiratssitzung vom 29. April 2013 aktualisiert wurde (*AGORA KÖLN* 2013). In den darauffolgenden Monaten wuchs jedoch der operative Druck durch den bevorstehenden ersten »Tag des guten Lebens« immer mehr, so dass sich irgendwann eine organisatorische Notstandsituation abzeichnete. Die Stimmen der Mitglieder, die in der Satzung der Agora ein »bürokratisches Monster« sahen und für einen »pragmatischen« Umgang damit plädierten, wurden immer lauter. So wurden die Strukturen »übergangsweise« vereinfacht und flexibel gestaltet, um alle Kräfte auf die Realisierung des ersten Tags zu konzentrieren. Diese Strategie erwies sich einerseits als erfolgreich (der Tag wurde realisiert), öffnete andererseits Tür und Tor für interne Konflikte in der Zeit danach. Ausgerechnet der Erfolg änderte die Gruppendynamik und erhöhte den internen Wettbewerb (um bezahlte Positionen, öffentliche Aufmerksamkeit, Einfluss, Gestaltungsmöglichkeiten...). Dies erschwerte das Ziehen an einem gemeinsamen Strang und belastete die gemeinsame Motivation. Die Einheit in der Vielfalt und die Vielfalt in der Einheit ist kein harmonisches Konstrukt, sondern eine ständige Herausforderung. Um

zu vermeiden, dass viele Kräfte dabei unnötig verbraucht werden, sollte Folgendes beachtet werden: (a) Wenn die »Große Transformation« eine Gemeinschaftsaufgabe ist (WBGU 2011), dann reichen formelle Beteiligungsformate, in denen eine festgelegte Agenda abgearbeitet wird und Entscheidungen protokolliert werden, nicht aus. Vor allem informelle Beteiligungsformate (z.B. ein Abend am Lagerfeuer) dienen hingegen der Vertrauensbildung und -pflege. Leider wurde die Bedeutung solcher Formate im Prozess des TdGL unterschätzt – oder unter dem Leistungs- und Effizienzdruck vernachlässigt. (b) In Partizipationsprozessen sind Konflikte nichts Außergewöhnliches: Bis zu einem gewissen Maß muss man sie aushalten können. Die Frage ist, wie die Gruppe mit Konflikten umgeht. In der *Agora Köln* wurde 2015 ein »Supervisionsteam« eingerichtet, das für das Konfliktmanagement zuständig war. (c) Gemeinsame Spielregeln und eine klar definierte Arbeitsteilung dienen auch zu einer Reduktion der Belastung und einer Vorbeugung von Konflikten. Die Transformation benötigt eine lernfähige Organisation, die nicht in Selbstreferentialität verharret und allzu viele Ressourcen nur für ihre Pflege beansprucht. (d) Konsens ist nicht unbedingt der beste Weg, um Frieden und Motivation in einer Gruppe aufrechtzuerhalten. Je heterogener eine Gruppe ist, desto mehr Energie und Zeit benötigt der Konsens. Oft ist er eher das Ergebnis von Ermüdung, Bequemlichkeit oder Konformitätszwang, als von einer tatsächlichen Übereinstimmung. Unter Konsenszwang können auch die Kreativität und die individuelle Eigenständigkeit erheblich leiden. Bei der *Agora Köln* wurden plattformübergreifende Entscheidungen (zum Selbstverständnis, den Zielen, der gemeinsamen Organisationsstruktur) teils mit qualifizierter Mehrheit teils in Konsent³⁵ getroffen. Innerhalb des gemeinsam definierten Rahmens genossen jedoch die einzelnen Gruppen (Themengruppen, operative Arbeitskreise, Nachbarschaften) eine gewisse Autonomie und könnten dabei auch voneinander lernen. Hierarchien wurden nicht komplett ausgeschlossen, denn klare Ansprechpartner mit einer klar definierten Zuständigkeit können die Arbeit enorm vereinfachen. Eine vielfäl-

34 In einem Interview (MAIER 2015: 20) stellt der Bezirksbürgermeister Josef Wirges seine derzeitigen politischen Prioritäten dar: »Da mache ich mir jetzt keine Gedanken zum Tag des guten Lebens 2016, sondern wie kriegen wir die Flüchtlinge unter.«

35 Konsent ist ein Entscheidungsverfahren aus dem Organisationsmodell der Soziokratie (vgl. RÜTHER 2010). Dabei wird nicht gefragt, ob jeder zustimmt, sondern ob jemand dagegen ist. Eine bloße Missbilligung des Antrages reicht nicht aus, sondern die Ablehnung muss sich auf eine glaubwürdige Argumentation stützen.

tige Gemeinschaft benötigt jedoch auch Brückenbauer, Vermittler und Moderatoren, die für die Synchronisierung und Integration der verschiedenen Beiträge zuständig sind. (e) Je offener eine Gruppe ist, desto schwieriger wird zielgesteuertes Arbeiten. Je offener eine Gruppe ist, desto niedriger ist ihre Verbindlichkeit. Auch bei partizipativen Prozessen stellt sich immer die Frage, wie Inklusion und Exklusion legitimiert werden. Zu solchen Fragen gibt es keine allgemeingültige Antwort, sondern nur verschiedene Philosophien und Strategien, an denen sich eine Gruppe orientieren kann. (f) Die Bedeutung des Zeitfaktors darf nicht unterschätzt werden. Entschleunigung sollte nicht nur als ein Event praktiziert werden, sondern auch im Prozess gelebt werden. Die Bildung und die Förderung von Vertrauen benötigt Zeit. Demokratische Prozesse brauchen Zeit. Reflexion braucht Zeit. Vielleicht hätte der TdGL in der ersten Phase alle zwei Jahre (statt jährlich) stattfinden sollen, um den allgemeinen Druck zu senken – und dem (Lern-)Prozess genug Raum zu lassen.

Mehr als 130 Organisationen gehören inzwischen zur *Agora Köln* – doch nicht alle von ihnen bringen sich in den Arbeitsprozess ein. Gerade in gesellschaftlichen Bereichen, in denen Knappheit herrscht (an Fördermitteln, an öffentlicher Aufmerksamkeit...) sind Akteure erstmal mit dem eigenen Überleben beschäftigt. Eine Vernetzung bedeutet für sie erstmal eine zusätzlichen Investition an Ressourcen (z.B. Zeit), die nicht bei jedem vorhanden sind. Manchmal konkurrieren Organisationen und Individuen miteinander um Profilierung: Je ähnlicher ihre Tätigkeitsbereiche sind, desto mehr. Um eine starke Kraft zu bilden, die gesellschaftliche Rahmenbedingungen wirklich ändern kann, müssen unkonventionelle Allianzen für Nachhaltigkeit ihren Mitgliedern einen Mehrwert bieten. Sie sollten die Fähigkeit haben, Wettbewerb in Kooperation umzuwandeln – wobei die Gemeinschaft, die die nachhaltige Bewirtschaftung von Gemeingütern benötigt, mehr als eine *Win-Win-Situation* ist.

4. Schlusswort

Nachhaltigkeit darf keine neue Monokultur werden, die von oben nach unten durchgesetzt wird – sondern braucht vor allem kulturelle Vielfalt und Freiräume, in denen sich diese Vielfalt entfalten kann. Die Vielfalt ist nicht weit weg von uns – wir brauchen keine Fernflüge, um sie zu finden... Die Vielfalt ist

oft nebenan – und gar in uns selbst. Ein gutes Leben zeichnet sich auch durch die Möglichkeit aus, die diese Vielfalt hat, sich auszudrücken und teilzuhaben – auch an der Entwicklung der Stadt.

Doch wie können Menschen dazu gebracht werden, sich zu öffnen und miteinander zu teilen – in einem Kontext, der sie zum Wettbewerb erzieht und in dem soziale Ungleichheit ständig wächst? Wie kann ein richtiges Leben im falschen entstehen? (vgl. ADORNO 1969) Das ist die größte Herausforderung einer gesellschaftlichen Transformation in Richtung Nachhaltigkeit.

Dieser Text hat einen möglichen Weg präsentiert, wie man mit ihr umgehen kann. Als soziales Experiment hat der TdGL Potentiale, Grenzen und Entwicklungsmöglichkeiten eines bestimmten Transformationsansatzes gezeigt.

An verschiedenen Stellen ist die Bedeutung kultureller Faktoren deutlich geworden. In Ehrenfeld wurde der TdGL als Pilotprojekt ermöglicht, weil dort die Konzentration der Menschen, die offene, aufgeklärte und »alternative« Werteinstellungen vertreten, höher ist. Nach Ehrenfeld ziehen gerne Menschen, die ähnliche Werteinstellungen vertreten. Die Tatsache, dass Bürger/innen Freiräume bekommen, bedeutet jedoch nicht unbedingt, dass sie ihr kreatives Potential darin ausschöpfen. Kultur drückt sich auch durch eine *Selbstzensur* aus. So wohltuend die Nachbarschaftsaktionen am TdGL auch waren, blieb ihr qualitatives Spektrum relativ begrenzt: Es gab zum Beispiel fast keine »politischen« oder »subversiven« Aktionen seitens der Anwohner/innen. Ein *Kulturwandel*, der den Prozess der nachhaltigen Transformation begleiten sollte, braucht eben Zeit und eine ständige kritische Selbstreflexion.

Die Transformation durch den TdGL wird nicht gelingen, wenn sein Erfolg allein an der Besucherzahl und an der Presseresonanz festgemacht wird, während die Bedeutung des Prozesses vernachlässigt wird. Aufschlaggebend ist hingegen die dauerhafte Bindung der Bürger/innen, zum Beispiel an gemeinsam definierten nachbarschaftlichen Strukturen, die nach den TdGL weitere Aufgaben übernehmen und Ideen umsetzen (z. B. politisches Forum oder Lesekreis im Wohnzimmer; Mobilitäts- und Energiewende in der eigenen Straße; solidarische Nachbarschaft). Nachbarschaften können zu Grundbausteinen einer neuen Form von Demokratie und

Ökonomie werden.³⁶ Der TdGL kann nur dann zu einer weiteren Transformation der Stadt beitragen, wenn er nicht zum Selbstzweck (Event) verkommt, sondern ein Mittel bleibt, um Vertrauen unter den Menschen zu fördern; um ihnen die Hoffnung zu geben, dass wir gemeinsam doch noch vieles ändern können; um immer mehr Bürger/innen als Teil einer wachsenden Bewegung zu mobilisieren, in der Kräfte vereint werden, um Schritt nach Schritt die Stadt zu verändern.

Der erste Schritt ist mit der Einsicht verbunden, dass nicht nur das Auto und der Kommerz eine urbane Infrastruktur benötigen, sondern auch die aktive Partizipation der Bürger/innen. Darum sollte sich eine gute Stadtverwaltung auch kümmern. Diese Infrastruktur setzt kein Wirtschaftswachstum voraus, sondern entsteht vor allem durch Umverteilung; der Lebenschancen und Gestaltungsmöglichkeiten, des urbanen Raums und der Zeit. Wie würde sich das urbane Leben verändern, wenn es in jeder Straße weniger Parkplätze für ungenutzte Fahrzeuge gäbe und dafür einen Raum, der als Treffpunkt für die jeweilige Nachbarschaft dient und von den Anwohner/innen selbst gestaltet und verwaltet wird?

36 In diese Richtung geht u.a. der Verein »Neustart Schweiz« (<http://neustartschweiz.ch>), »welcher eine neue Gesellschaftsordnung auf der Basis von Nachbarschaft propagiert. Um den Herausforderungen der Zukunft wie »Peak Oil, Klimawandel, ökonomische Krisen, verschwindende Lohnarbeit, Verknappung von Kulturland, Wasser und anderen Ressourcen« begegnen zu können, schlägt er die Initiierung eng vernetzter Nachbarschaften von etwa 500 Bewohnerinnen und Bewohnern vor. Durch die Versorgung mit regionalen Lebensmitteln und vielfältigen Angeboten in direkter Nachbarschaft wie einer Großküche, Restaurants, Bars, Bibliothek, Secondhand-Depot, Reparaturservice, Wäscherei, Gästehaus, Bad, Geräteverleih, Kinderparadies etc. soll das Leben lokaler, synergetischer, gemeinschaftlicher werden. Alle Nachbarn sollen dazu eine gewisse Zahl von Freiwilligen-Einsätzen leisten« (REUTLINGER et al. 2015, S. 13).

Literaturverzeichnis

- ADORNO, Theodor W. (1969): *Minima Moralia*. Frankfurt/Main: Suhrkamp
- AGORA KÖLN (2013): *Lernende Satzung* (Stand: Beiratssitzung 29.4.2013). Köln: nv (unter http://davidebrocchi.eu/wp-content/uploads/2015/11/2013_Lernende-Satzung-der-Agora-Köln-Stand-29.04.2013.pdf, abgerufen am 15.11.2015).
- AGORA KÖLN (2014a): *Tag des guten Lebens: Kölner Sonntag der Nachhaltigkeit*. Sachbericht an die Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen. Köln: nv.
- AGORA KÖLN (2014b): *Tag des guten Lebens: Kölner Sonntag der Nachhaltigkeit*. Ein Projekt der Agora Köln. Broschüre. Köln: Agora Köln (unter http://www.agorakoeln.de/wp-content/uploads/2015/04/Tag-des-guten-Lebens_Broschuere_Screen.pdf, abgerufen am 22.11.2015).
- AGORA KÖLN (2015): *Verkehr des guten Lebens*. Ein nachhaltiges Mobilitätskonzept für Köln. Köln: Agora Köln (unter http://www.agorakoeln.de/wp-content/uploads/2015/11/AgoraKoeln_Verkehr-des-guten-Lebens_Lang_Screen.pdf, abgerufen am 14.11.2015).
- BLASCHKE, Annette; KAPOHL, Matthias (2015): *Barcelona Social Club: Was Spanien aus der Krise lernt*. Feature gesendet am 10.5.2015 in WDR5. Köln: WDR (unter <http://www.wdr5.de/sendungen/dok5/barcelona-krise-chance-100.html>, abgerufen am 08.11.2015).
- BOURDIEU, Pierre (1983): *Ökonomisches Kapital - Kulturelles Kapital - Soziales Kapital*. In: Kreckel, Reinhard (Hrsg.) (1983): *Soziale Ungleichheiten*. Göttingen: Schwartz. S. 183–198.
- BRAUER, Dieter (2003): *Gross national happiness as development goal*. In: *Development and cooperation* 30/2003. S. 288–292.
- BÖHNISCH, Lothar (2015): *Nachbarschaft als Medium der Vergesellschaftung?* In: Reutlinger, Christian; Stiehler, Steve; Lingg, Eva (2015). S. 155–161.
- BROCCHI, Davide (2007): *Die kulturelle Dimension der Nachhaltigkeit*. Köln: Institut Cultural21 e.V. (unter http://davidebrocchi.eu/wp-content/uploads/2013/08/2007_dimension_nachhaltigkeit.pdf, abgerufen am 26.10.2015).
- BROCCHI, Davide; EISELE, Marion (2011): *Die Ausstellung »2-3 Straßen«*. Bericht zur sozialwissenschaftlichen Begleitstudie. Düsseldorf: nv. (unter <http://davidebrocchi.eu/wp-content/uploads/2015/10/2011-Die-Ausstellung-2-3-Straßen-Davide-Brocchi-und-Marion-Eisele.pdf>, abgerufen am 23.10.2015).
- BROCCHI, Davide (2011): *Kölner Sonntag der Nachhaltigkeit*. Eingereichtes Konzept beim Ideenwettbewerb »Kölns Klima Wandeln«. Köln: Dialog Kölner Klimawandel (unter http://www.koelner-klimawandel.de/fileadmin/ideenwettbewerb/32_Koelner-Sonntag-der-Nachhaltigkeit.pdf, abgerufen am 14.10.2015).

- BROCCHI, Davide (2012a): Ideen für eine zukunftsfähige Stadt. Der Tag des guten Lebens : Kölner Sonntag der Nachhaltigkeit. Köln: Eigenverlag (unter http://davidbrocchi.eu/wp-content/uploads/2013/08/2012_koelner_sonntag_der_nachhaltigkeit.pdf, abgerufen am 14.10.2015).
- BROCCHI, Davide (2012b): Sackgassen der Evolution der Gesellschaft. In: Leitschuh, Heike; Michelsen, Gerd et al. (2012): Wende überall? Von Vorreitern, Nachzögern und Sitzenbleiben. Stuttgart: Hirzel. S. 130-136.
- BROCCHI, Davide (2015): Unsere Stadt nachhaltig bewegen. Ein Konzept für die Agora Köln. Köln: Eigenverlag (unter http://davidbrocchi.eu/wp-content/uploads/2015/01/2015_Bewegungskonzept-Agora-Koeln.pdf, am 17.10.2015 abgerufen).
- B.U.N.D./BROT FÜR DIE WELT et al. (2008): Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt. Eine Studie des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt und Energie. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- CORPUS SIREO Makler GmbH (2015): City Report Wohnen. Köln: Stadtparkasse Köln-Bonn.
- DEZERNAT FÜR ZUKUNFTSANALYSE DER BUNDESWEHR (Hrsg.) (2010): Peak Oil. Sicherheitspolitische Implikationen knapper Ressourcen. Strausberg: Zentrum für Transformation der Bundeswehr – Dezernat für Zukunftsanalysen (unter: http://www.peak-oil.com/wp-content/uploads/2011/01/bundeswehr_studie_peak_oil.pdf, abgerufen am 01.07.2014).
- EHRENBERG, Alain (2008): Das erschöpfte Selbst: Depression und Gesellschaft in der Gegenwart. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- ESCH, Susanne (2016): »Tag der Nachbarschaften«. Einen Tag lang autofreie Zone für Straßenfest. Kölner Stadtanzeiger, 1.5.2016 (unter <http://www.ksta.de/koeln/lindenthal/-tag-der-nachbarschaften--einen-tag-lang-autofreie-zone-fuer-strassenfest-23962408>, abgerufen am 02.05.2016).
- FLORIDA, Richard (2002): The Rise of the Creative Class. New York: Basic Books.
- FRANGENBERG, Helmut (2013): Ein Fest für mehr Lebensqualität. Kommentar erschienen am 16. September 2013, Kölner Stadtanzeiger. Köln: DuMont Verlag (unter <http://www.ksta.de/debatte/kommentar-zum-autofreien-sonntag-ein-fest-fuer-mehr-lebensqualitaet,15188012,24334824.html>, abgerufen am 10.09.2015).
- FRANGENBERG, Helmut (2016): Nahverkehr in Köln Stadtrat stimmt für einen Tag ohne Fahrscheine bei der KVB. Kölner Stadtanzeiger, 16.3.2016 (unter http://www.ksta.de/koeln/nahverkehr-in-koeln-stadtrat-stimmt-fuer-einen-tag-ohne-fahrscheine-bei-der-kvb-23737748?dmcid=sm_fb, abgerufen am 04.05.2016).
- FUKUYAMA, Francis (1992): Das Ende der Geschichte. Reinbeck: Kindler.
- GEILING, Heiko (2015): Soziales Milieu und Nachbarschaft. In: Reutlinger, Christian; Stiehler, Steve; Lingg, Eva (2015). S. 209-218.
- GRIESSHAMMER, Rainer; BROHMANN, Bettina (2015): Wie Transformationen und gesellschaftliche Innovationen gelingen können. Freiburg: Öko-Institut e.V. (unter <http://www.oeko.de/oekodoc/2323/2015-494-de.pdf>, abgerufen am 29.01.2016).
- HALLER, Andreas (2015): Köln. Erlangen: Michael Müller Verlag.
- HAMM, Bernd (1973): Betrifft: Nachbarschaft. Düsseldorf: Bertelsmann.
- HEIMS, Hans-Jörg (2010): Kölner Klüngel: Echte Fründe und dicke Pfründe. In: Süddeutsche Zeitung, 17. Mai 2010 (unter <http://www.sueddeutsche.de/politik/koelner-kluegel-echte-fruende-und-dicke-pfruede-1.58695>, abgerufen am 07.11.2015).
- HEINBERG, Richard (2008): Öl-Ende. »The Party's Over«. Die Zukunft der industrialisierten Welt ohne Öl. München: Riemann.
- HELFRICH, Silke; KUHLEN, Rainer et al. (2009): Gemeingüter – Wohlstand durch Teilen. Berlin: Heinrich Böll Stiftung.
- HELFRICH, Silke (2011): Gemeingüter sind nicht, sie werden gemacht. In: Ostrom (2011). S. 11-19.
- HOPKINS, Rob (2008): Energiewende. Das Handbuch: Anleitung für zukunftsfähige Lebensweisen. Leipzig: Zweitausendeins.
- INTEGRATIONS-RAT DER STADT KÖLN (2011): Köln 100%. Köln: Stadt Köln (unter http://www.stadt-koeln.de/mediaasset/content/pdf-dezernat5/interkulturelles-referat/kl_n_100_prozent.pdf, abgerufen am 07.10.2015).
- JACKSON, Tim (2011): Wohlstand ohne Wachstum. München: oekom.
- KREIKEBAUM, Uli (2012): Bürger erobern die Stadt zurück. In: Kölner Stadtanzeiger, 02.11.2012 (unter <http://www.ksta.de/koeln/autofreier-sonntag-buerger-erobern-die-stadt-zurueck,15187530,20773944.html>, abgerufen am 26.10.2015).
- LATOUCHE, Serge (1994): Die Verwestlichung der Welt. Frankfurt/Main: dipa.
- LÖW, Martina; Steets, Silke; Stoetzer, Sergej (2008): Einführung in die Stadt- und Raumsoziologie. Opladen: Budrich.
- MAIER, Tobias (2015): Zum Tag des guten Lebens - Transkription des Interviews am 20.10.2015 mit Jürgen Schaden-Wargalla (Besitzer Atelier Colonia, nachbarschaftliche Perspektive) und des Interviews am 26.10.2015 mit Josef Wirges (Bezirksbürgermeister Ehrenfeld, politische Perspektive). Köln: nv.
- MASSING, Peter (Hg.) (2004): Mediendemokratie - Eine Einführung. Schwalbach/Ts: Wochenschau Verlag.
- MAUSS, Marcel (1990): Die Gabe. Die Form und Funktion des Austauschs in archaischen Gesellschaften. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- MEADOWS, Dennis et al. (1972): Die Grenzen des Wachstums. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt.
- OLIVIER, Jos G.-J.; Janssens-Maenhout, Greet et al. (2013): Trends in global CO₂ emissions: 2013 Report. The Hague: PBL Netherlands Environmental Assessment Agency.

- OSTROM, Elinor (1999): Die Verfassung der Allmende. Jenseits von Staat und Markt. Tübingen: Mohr Siebeck.
- OSTROM, Elinor (2011): Was mehr wird, wenn wir teilen. München: oekom.
- PAECH, Niko (2012): Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie. München: oekom.
- PAECH, Niko (2015): Wachstumsdogma zur Postwachstumsökonomie. In: Elsen, Susanne; Reifer, Günther et al. (2012): Die Kunst des Wandels. Ansätze für die ökosoziale Transformation. München: oekom.
- PIGEM, Jordi (2009): Buena crisis: Hacia un mundo postmaterialista (dt.: Gute Krise. Auf dem Weg zu einer postmaterialistischen Welt). Barcelona: Editorial Kairós.
- POMA, Muruchi (2011): Vivir Bien (»Gut leben«): Zur Entstehung und Inhalt des »Guten Lebens«, in: Portal Amerika21.de, 25.11.2011 (unter: <http://amerika21.de/analyse/42318/vivir-bien>, abgerufen am 29.03.2013).
- REUTLINGER, Christian; Stiehler, Steve; Lingg, Eva (2015): Soziale Nachbarschaften. Wiesbaden: Springer.
- RÖHRLE, Bernd (1994): Soziale Netzwerke und soziale Unterstützung. Heidelberg: Beltz.
- RÜTHER, Christian (2010): Soziokratie. Ein Organisationsmodell. Grundlagen, Methoden und Praxis. Wien: Eigenverlag. (unter <http://soziokratie.org/wp-content/uploads/2011/06/soziokratie-skript2.7.pdf>, abgerufen am 10.03.2016)
- SCHATZ, Heribert; Rössler, Patrick; Nieland, Jörg-Uwe (Hg.) (2002): Politische Akteure in der Mediendemokratie - Politiker in den Fesseln der Medien? Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- SCHNEIDER, Astrid (2008): »Die Sirenen schrillen«. Der Chefökonom der Internationalen Energieagentur (IEA) im Gespräch. In: Internationale Politik 4, April 2008, S. 34 – 45 (unter: <https://zeitschrift-ip.dgap.org/de/ip-die-zeitschrift/archiv/jahrgang-2008/april/%C2%BBdie-sirenen-schrillen%C2%AB>, abgerufen am 26.09.2015).
- SCHNEIDEWIND, Uwe (2014): Urbane Reallabore - ein Blick in die aktuelle Forschungswerkstatt. pnd-online, III/2014
- SCHNEIDEWIND, Uwe; SINGER-BRODOWSKI, Mandy (2014): Transformative Wissenschaft. Marburg: Metropolis.
- SCHUMACHER, Ernst Friedrich (2001): Small is Beautiful. Die Rückkehr zum menschlichen Maß. Bad Dürkheim: Stiftung Ökologie & Landbau.
- SOMMER, Bernd; WELZER, Harald (2014): Transformationsdesign. Wege in eine zukunftsfähige Moderne. München: oekom.
- STADT KÖLN (2013): Statistisches Jahrbuch Köln 2013. Köln: Stadt Köln (unter http://www.stadt-koeln.de/mediaasset/content/pdf15/statistisches_jahrbuch_k%C3%B6ln_2013.pdf, abgerufen am 06.11.2015).
- STATISTISCHES BUNDESAMT (2014): Integrierte Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt (unter http://www.statistikportal.de/statistik-portal/Schulden_2012.pdf, abgerufen am 18.10.2015).
- STEIGELS, Christian (2012): Der Buschkowsky von Ehrenfeld. In: Stadtrevue - Das Monatsmagazin für Köln, Ausgabe 5.2012 (unter <http://www.stadtrevue.de/archiv/archivartikel/2678-der-buschkowsky-von-ehrenfeld>, abgerufen am 25.10.2015).
- TIDDENS, Harris C. M. (2014): Wurzeln für die lebende Stadt. München: oekom.
- VAN DEN BOOM, Maïke (2015): Wo gehts denn hier zum Glück? Frankfurt/Main: S. Fischer.
- WBGU (2011): Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. Berlin: WBGU-Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen.
- WHO (2012): Depression in Europe. Copenhagen: World Health Organization (unter <http://www.euro.who.int/en/countries/latvia/news/news/2012/10/depression-in-europe>, abgerufen am 20.11.2015).
- Wilberg, Bernd (2015): Politik unter Schock. In: Stadtrevue, 11/2015. Köln: StadtRevue Verlag. S. 6-7.



Zur Governance der lokalen Energiewende – Vorschlag für ein Aktivierungskonzept auf Stadtteilebene

Der Artikel untersucht anhand von Beispielen unter welchen Umständen Change Agents eine Rolle bei der lokalen Umsetzung der Energiewende spielen können und welche innovativen Governanceinstrumente diesen Prozess unterstützen.

Abstract (english)

The German energy transition (»Energiewende«) gives rise to the question how to influence private consumers to make sustainable decisions (e.g. investing in low energy refurbishment). Within the scope of the research project »Stuttgart City with Energy Efficiency« (SEE) an approach to support community-based initiatives has been developed. In order to find new local governance tools, the concept was developed in cooperation with the local community. According to the assumption of the current sustainability debate, this approach suggests that communication should enable and not dictate the emergence of new solutions, models and behavior patterns. Further theoretical influences were the Social Practice Theory, as well as the Change Agents concept. The article will discuss two main questions: 1) How and under which circumstances Change Agents can support the local implementation of the energy transition and 2) which level of support is required from the local government. Based on two pilot projects, we will discuss the results and propose corresponding new governance instruments.

Keywords (english): local Change Agents, neighbourhood, energy transition, new governance tools

Abstract (deutsch)

Für eine erfolgreiche Umsetzung der Energiewende steht v.a. auch die Frage, wie private Konsumenten für nachhaltige Konsumentscheidungen motiviert werden können (etwa in energetische Sanierungsmaßnahmen zu investieren). Der vorliegende Beitrag stellt hierzu ein lokales Governance-Konzept vor, das im Rahmen des Forschungsprojektes »Stadt mit Energieeffizienz



Sophia Alcántara (oben) leitet den Bereich »Partizipation und Transformation« bei der gemeinnützigen DIALOGIK GmbH und ist Mitarbeiterin bei ZIRIUS. Aktuell beschäftigt sie sich u.a. mit Forschungs- und Beteiligungsformaten für die Energie- und Mobilitätswende.

Sandra Wassermann (unten) ist Sprecherin des Themenbereichs Energie am Zentrum für Interdisziplinäre Risiko- und Innovationsforschung der Universität Stuttgart (ZIRIUS). Einer ihrer Forschungsschwerpunkte ist die Governance der deutschen Energiewende.

Stuttgart« (SEE) entwickelt wurde. Im Fokus stand dabei die Aktivierung von lokalen Initiativen unter Berücksichtigung von Change Agents. Entsprechend der aktuellen Debatte im Bereich Nachhaltigkeitskommunikation, liegt diesem Konzept ein kooperatives Kommunikationsverständnis zugrunde, welches anstelle von »Nachhaltigkeitserziehung« auf gesellschaftliche Lernprozesse setzt. Anhand von zwei Pilotprojekten soll diskutiert werden, wie und unter welchen Umständen Change Agents zur Umsetzung der lokalen Energiewende beitragen können und welche Unterstützungsformen dabei durch die Kommunen notwendig wären.

Schlüsselwörter: Lokale Change Agents, Nachbarschaft, kommunale Energiewende, neue Governance-Instrumente

1 Einleitung

Ein zentrales Forschungsfeld der Umwelt- und Nachhaltigkeitsforschung ist der nachhaltige Konsum. In vielen Studien wurde untersucht, welche Anreize nachhaltige Konsumentscheidungen befördern und welche Hemmnisse nachhaltigem Konsum entgegenstehen (zum Beispiel GAIA.2014). Trotz einer Vielzahl an Forschungsergebnissen und Erkenntnissen bleibt das Thema eine Herausforderung, denn Konsumentscheidungen und Alltagsroutinen werden von zahlreichen interdependenten Faktoren und Dynamiken beeinflusst und oftmals auch verhindert. Dies wird vor dem Hintergrund der Umsetzung der Energiewende besonders relevant. Im Rahmen des vom BMBF geförderten Forschungsprojektes »Stadt mit Energieeffizienz Stuttgart« (SEE)¹ wurde mit der Entwicklung eines Aktivierungskonzepts auf Stadtteilebene der Versuch unternommen, ein neues Governance²-Instrument zu schaffen, das nachhaltigen Energiekonsum unterstützen

¹ Dieses transdisziplinäre Projekt wird vom Umweltamt der Stadt Stuttgart koordiniert. Das Teilarbeitspaket wissenschaftliche Kommunikation und Bürgerbeteiligung wurde hauptsächlich von ZIRIUS, dem Zentrum für interdisziplinäre Risiko- und Innovationsforschung der Universität Stuttgart, bearbeitet. Projektspezifische und kommunale Entwicklungen in der Stadt Stuttgart hatten zur Folge, dass dabei insbesondere das Thema Nutzersensibilisierung im Fokus der Betrachtung stand.

² Governance steht für alle Formen und Mechanismen der Koordinierung zwischen mehr oder weniger autonomen Akteuren, deren Handlungen interdependent sind, sich also wechselseitig beeinträchtigen und/oder unterstützen können (BENZ et al. 2007, 9).

und damit einen Beitrag zur urbanen Transformation leisten soll.

Die Verankerung des Konzepts auf Stadtteilebene (Quartierebene) hat verschiedene Vorteile: zum einen ist in Großstädten eher eine Identifikation mit dem direkten Umfeld gegeben als mit der Gesamtstadt und zum anderen setzt energiebezogenes Verhalten als routinierte Alltagshandlung neben der Haushaltsebene gerade dort an (z.B. im Bereich Mobilität). Der positive Zusammenhang zwischen Ortsbindung und umweltrelevantem Verhalten wurde schon in mehreren Studien belegt (zum Beispiel VASKE & KOBRIN 2001; in Bezug auf Erneuerbare Energien: WALKER et al. 2007, sowie BROMAN 2003). Des Weiteren ist er auch in den Ansätzen der Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) verinnerlicht, etwa im BMBF Programm »Lernen vor Ort« (BMBF 2009) oder in den Konzepten zur »lernenden Region« (zum Beispiel BAEDER 2012).

Auch im Bereich Nachhaltigkeitskommunikation lässt sich eine verstärkte Kritik an rein sozial-psychologischen Kommunikations- und Interventionsstrategien beobachten. Stattdessen mehren sich die Ansätze, welche auf eine Stärkung von Lernprozessen vor Ort abzielen. Begründet unter anderem durch die seit Jahren bekannte Diskrepanz zwischen Umweltverhalten und Einstellung (zum Beispiel de HAAN & KUCKARTZ 1996), werden »top-down« gesteuerte Kommunikationsstrategien, welche auf erzieherische Maßnahmen in Richtung Umsetzung expertenvalidierter Lösungen setzen, mehrfach kritisiert³. Ein einseitiges Kommunikationsverständnis⁴ sei angesichts der allgegenwärtigen Unsicherheit bei Transformationsprozessen wie der Energiewende unangebracht. Stattdessen sollte ein gesellschaftlicher Lernprozess vorangetrieben werden, der an Orten stattfindet, an denen Reflexion möglich ist und der zur Beteiligung eines jeden animiert (BARTH 2012, S. 91 ff.). »Kommunikation hat hier die Aufgabe, die Entstehung neuer Lösungen, Muster und Verhaltensweisen zu ermöglichen – und nicht, diese zu vermitteln« (HÜBNER 2012, S. 265).

Der Beitrag beginnt mit einer kurzen Diskussion der theoretischen Annahmen, welche

³ Zur Diskussion des WBGU Ansatzes Urbane Transformationen, siehe RINK et al. 2015.

⁴ Vergleiche dazu die entsprechende Debatte in der GAIA, mit Beiträgen von BARTH 2012: 21/2, HÜBNER (2012) sowie RAUSCHMAYER & OMANN (2012: 21/4) als Reaktion auf BILHARZ & SCHMITT (2011: 20/4).

die bereits genannten Aspekte ergänzen und damit als Basis für die Entwicklung des Aktivierungskonzeptes gelten (Kap. 2). Nach einer groben Skizzierung des Konzepts greift er beispielhaft zwei Bausteine ausführlicher auf, die als konkrete Pilotprojekte im Forschungsprojekt umgesetzt wurden (Kap. 3). Im Fokus stehen hier die Umsetzungsakteure sowie ihre Merkmale und ihre Rollen im Prozess. Anhand der in den Pilotprojekten erzielten Effekte und Wirkungen wird abschließend diskutiert, unter welchen Voraussetzungen Stadtteilaktivitäten im Hinblick auf die Aktivierung von Multiplikatoren generell positive Wirkungen erzielen können, wo ihre Grenzen sind und welche Hemmnisse einer erfolgreichen langfristigen Umsetzung typischerweise im Wege stehen (Kap. 4). Diese Erkenntnisse münden in Vorschläge für weitere Instrumente, zur Unterstützung und Institutionalisierung der lokalen Umsetzung der Energiewende (Kap. 5).

2 Theoretische Grundlagen für das Aktivierungskonzept

Die Erkenntnisse der Forschung über nachhaltigen Konsum und Nachhaltigkeitskommunikation aufgreifend, wurde das Aktivierungskonzept als theoretisch fundiertes Konzept zur Diffusion veränderter Alltagsroutinen und langfristig zur Etablierung neuer sozialer Praktiken entwickelt. Grundlagen hierfür waren die Theorie der sozialen Praktiken und das aus der Innovations- und Diffusionsforschung stammende Change Agents Konzept, das von Kristof im Hinblick auf die Initiierung und Gestaltung von gesellschaftlichen Veränderungsprozessen weiter ausgearbeitet wurde (KRISTOF 2010).

2.1. Zur Governance sozialer Praktiken

In vielen praxissoziologischen Arbeiten, die in expliziter Abgrenzung zur Psychologie und Ökonomie entstanden sind, und die von der These der wechselseitigen Konstituierung sozialer Strukturen und sozialer Praktiken ausgehen (GIDDENS 1984, RECKWITZ 2003), wurde das Thema Energiekonsum untersucht. Diese Arbeiten, deren Ausgangspunkt zunächst die Frage war, wie Verbraucher »Energie« wahrnehmen und entsprechend auch bewerten, zeigen die starke gesellschaftliche Einbettung scheinbar individueller Verhaltensweisen. In dieser Sichtweise treffen Individuen nicht die Entscheidung, Energie per se zu konsumie-

ren, denn Energiedienstleistungen sind nur Mittel zur Inanspruchnahme anderer, damit verknüpfter Dienstleistungen, deren individueller Nutzen wiederum sozial konstruiert wird, wie etwa Standards in Bezug auf Sauberkeit, Komfort, Wärme oder Kommunikation (SHOVE et al. 1998, WILHITE et al. 1996). Aus einem praxissoziologischen Verständnis erfolgt die Bewertung der mit Energiekonsum verknüpften Dienstleistungen immer aus einem sozialen Kontext heraus, d.h. die gesellschaftlich dominierenden und gemeinsam geteilten Vorstellungen darüber was »Richtig« und »Üblich« ist, manifestieren sich in den sozialen Praktiken. Deren permanente Wiederholungen über Ort und Zeit hinweg führen wiederum dazu, dass sich die sozialen Strukturen (Standards) weiter verfestigen. Wenn allerdings bestehende Strukturen und Institutionen im Widerspruch zu alternativen, umweltschonenden Alltagspraktiken und Energieverhaltensweisen stehen, stellt dies die Initiierung von Veränderungsprozessen vor besondere Herausforderungen. Momentan sind allerdings noch viele Widersprüche und Hemmnisse erkennbar, die einem verfestigten und nicht mehr hinterfragten Leitbild eines nachhaltigen Energiekonsums entgegenstehen. Solche Diffusions- und Institutionalisierungsprozesse können gezielt unterstützt werden. Die Governance der Energiewende und insbesondere des Handlungsfelds nachhaltiger Energiekonsum erfolgt bereits umfassend im Rahmen der etablierten Governance-Strukturen und Akteure und unter Verwendung zahlreicher Governance-Instrumente⁵.

Die Energiewende bedeutet jedoch auch eine Herausforderung für die etablierten Governance-Strukturen. Neue, bislang unberücksichtigte Themenfelder sind aufzugreifen, etablierte Praktiken sind gezielt in Frage zu stellen und nicht selten werden Widersprüchlichkeiten und Konflikte zwischen tradierten und neuen Zielen deutlich. Grundsätzlich ist der Transformationsprozess von großen Unsicherheiten geprägt, der letztlich auch die etablierten Governance-Formen herausfordert. Ergänzende, oder möglicherweise sogar gänzlich andere Formen der Gover-

⁵ Etwa auf Stadtebene mittels kommunaler Förderprogramme und Informationskampagnen; auf Länderebene (wie z.B. über das baden-württembergische Erneuerbare-Wärme-Gesetz BW (EWärmeG) oder auf Bundesebene mit dem Marktanzreizprogramm der BAFA, zinsverbilligten KfW-Krediten u.v.m.

nance sollten daher in Betracht gezogen werden.

2.2. Change Agents

Diese Idee wurde in verschiedenen jüngeren, insbesondere auch normativen, Arbeiten zur nachhaltigen Entwicklung (LEGGEWIE & LORNTZ 2012, WBGU 2011) aufgegriffen und der Vorschlag formuliert, die Analysen ROGERS (2003) über die Rolle von Change Agents für die Verbreitung von Innovationen im Zusammenhang mit Transformationsprozessen weiter auszuarbeiten. Die Diffusion von Innovationen wird dabei als sozialer Prozess verstanden, der gezielt initiiert, organisiert und mitgestaltet werden kann. Der Prozess beginnt typischerweise in Nischen und breitet sich dann in den Massenmarkt aus bzw. wird zur dominierenden Systemlogik. Je nach Innovationstyp und Verbreitungsgrad kommen unterschiedliche Akteure als Change Agents in Frage. Die Bandbreite an Veränderungsakteuren reicht von Individuen auf der Mikroebene welche als Leitfiguren auftreten, über kleinere und mittlere Gruppen, wie Verbände, Vereine, ehrenamtlich engagierte Teams bis hin zu großen Organisationen wie (lokal-)politische Einheiten und Unternehmen. Für die Initiierung und Begleitung von Transformationsprozessen müssen sie zunächst nicht zwingend einen Bezug zur Klima- und Nachhaltigkeitspolitik aufweisen, sondern sie müssen über strategische Kompetenzen verfügen und sich mit anderen Veränderungsakteuren zusammenschließen (Kristof 2010).

Für KRISTOF (2010, S.30 f.) ist es insbesondere das Zusammenspiel unterschiedlicher Typen, welche unterschiedliche Rollen erfüllen, die in der Praxis erfolgreich Veränderungen initiieren können. Sie unterscheidet dabei vier unterschiedliche Promotoren, welche sich durch unterschiedliche Charakteristika auszeichnen (siehe nachfolgende Tabelle). Zur Illustration dieser Rollen sollen die in Kapitel 3 beschriebenen Pilotprojekte dienen. Der *Fachpromotor*, welcher sich vor allem durch Fachkompetenz auszeichnet, kann beispielsweise ein Energieberatungszentrum sein, aber auch eine fachlich versierte Bürgerin, welche sich in ihrer Freizeit in einem Verein engagiert. *Prozesspromotoren* obliegt die Aufgabe der Definition des Problems und der entsprechenden Prozessorganisation – in diesem Fall wurde die Aufgabe, Governance-Instrumente zur Umsetzung der Energiewende zu entwickeln, von der Stadt und konkret vom Projektteam vorgegeben bzw. umgesetzt. Als *Machtpromotoren* können beispielsweise Kommunen und ihre städtischen Angestellten bezeichnet werden, da sie – abhängig von ihrer jeweiligen Position – über unterschiedliche Ressourcen wie Räumlichkeiten etc. verfügen und Machtpotenziale zur Ansprache weiterer Akteure besitzen (Führungskompetenz). Gerade die vor Ort verankerten Bezirksvorsteher können hier eine zentrale Rolle einnehmen. Für einen erfolgreichen Veränderungsprozess bedarf es darüber hinaus noch Akteure, welche über Netzwerkkennntnis verfügen und Beziehungskompetenz aufweisen. Denn bei Veränderungsprozessen

Bezeichnung	Zentrale Merkmale	Beispiele aus den SEE-Pilotprojekten
Fachpromotoren	Fachkompetenz, objektsspezifisches Wissen, initiieren und implementieren Prozesse, wofür sie alternative Problemlösungen entwickeln	Energieberatungszentrum EBZ, promovierte Physikerin und Vorsitzende eines deutsch-ägyptischen Vereins
Prozesspromotoren	Fachkompetenz und Führungsaufgaben, gestalten maßgeblich den Prozess und die Kommunikation, definieren das Problem	SEE-Projektteam
Machtpromotoren	(Hierarchisch bedingte) Führungskompetenz, verfügen über (materielle) Ressourcen	Bezirksvorsteher, die Stadt Stuttgart
Beziehungspromotoren	Netzwerkkennntnis, Konfliktmanagement, Beziehungskompetenz, Interaktionsfähigkeit	Leiterin eines Generationenhauses, engagierter Nachbar/Bürger

Tabelle 1 Change Agents und ihre Merkmale
Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an KRISTOF 2010, S. 31.

geht es auch darum, neue Kooperationen zu schließen und gemeinsam alternative Strategien zu entwickeln bzw. diese zu verbreiten. *Beziehungspromotoren* haben ein hohes Interaktionspotenzial und weisen die Fähigkeit auf, potentielle Konflikte zu lösen. Auch diese Rolle kann sowohl von Privatpersonen wie beispielsweise engagierten Bürger(inne)n, die in ihrer Nachbarschaft eine Straßenzugsaniehung voranbringen wollen, als auch von städtischen Angestellten, wie z.B. der Leiterin eines Mehrgenerationenhauses, welche durch ihre Arbeit mit einer Vielzahl an Vereinen und Organisationen in Kontakt steht, ausgeübt werden.

Insgesamt lässt sich also festhalten: »Change Agents haben eine überzeugende Veränderungsidee und eine erste Idee für deren Umsetzung. Sie vernetzen sich und gewinnen wichtige Mitstreiter. So schaffen sie es, die kritische Masse für die Veränderung zu gewinnen. Danach entwickeln sie die Idee in Schritten gemeinsam weiter. Die Veränderung von Routinen, der Rahmenbedingungen, die Bildung neuer Institutionen, ein Paradigmenwechsel schließen den Prozess ab« (KRISTOF 2010). Die Change Agents und ihre Aktivitäten können natürlich wiederum selbst von übergeordneten Governance-Einheiten, im kommunalen Bereich etwa in städtischen Behörden, adressiert und unterstützt werden.

3 Das Aktivierungskonzept

Bei der Entwicklung des Aktivierungskonzepts wurden sowohl theoretische Annahmen und empirische Forschungsergebnisse, als auch das Wissen und die Wünsche von Praxisakteuren⁶ berücksichtigt. Eine Aktivierung der Bevölkerung zur Teilnahme an der Energiewende bedeutet demnach die Etablierung neuer sozialer Praktiken (NBBW 2012, RUDDAT & RENN 2012). Dies erfolgt im Wechselspiel zwischen Individuen, ihrem sozialen Umfeld auf der Mesoebene, sowie den sie einbettenden sozialen und materiellen Strukturen. Momentan stehen Widersprüche und Hemmnisse nachhaltigen Alltagspraktiken entgegen. Kommunikation hat die Aufgabe, vor Ort neue Lösungen zu suchen und einen

gesellschaftlichen Lernprozess zu fördern. Die konkrete Umsetzung entsprechender Aktivitäten erfolgt durch ein Zusammenspiel unterschiedlicher Typen von Change Agents.

Anstatt sich im Sinne einer »top-down« gesteuerten Kommunikation Maßnahmen zu überlegen, welche die Bürger(innen) zu einem nachhaltigen Umgang mit Energie motivieren sollen, wurde für das Projekt ein zwei-stufiges Konzept erarbeitet. Im Mittelpunkt steht die Aktivierung von unterschiedlichen Typen von Change Agents, wie zum Beispiel Kirchengemeinden, (Bürger-) Vereine, Nachbarschaftsinitiativen, Bezirksämter, Wohnungsunternehmen, etc. welche in ihrem Umfeld eigenständig Maßnahmen im Sinne der lokalen Energiewende initiieren, planen und umsetzen sollen. Durch ihr spezifisches Wissen und ihren natürlichen Zugang zu einem erweiterten Personenkreis können sie neue Lösungen und Verhaltensweisen entsprechend auf die dort vorhandenen Alltagsanforderungen und Hemmnisse etc. zuschneiden. Die physische Nähe ermöglicht nicht nur einen direkten Austausch zwischen Adressat(in) und Initiator(in), sowie zwischen unterschiedlichen Typen von Change Agents, sondern auch die Etablierung positiver Effekte, wie z.B. Spill-Over und Nachahmer, die sich durch das gemeinsame Lernen vor Ort ergeben.

3.1 Partizipativer Entwicklungsprozess

Von der Stadtverwaltung durchgeführte Runde Tische (u.a. mit der engagierten Bürgerschaft und Akteuren des Wohnsektors) wurden auch dafür genutzt, gemeinsam Strategien für eine breite Aktivierung und Motivierung der Bevölkerung in Richtung Energieeffizienz und -einsparung zu diskutieren. Mit besonders interessierten Akteuren wurden zusätzlich in unterschiedlichen Stadtteilen⁷ und in Anlehnung an die Methode des kommunalen Planungsworkshops⁸, Problemstellungen, Maßnahmen und Aktionen (»innovative Governance-Instrumente«) ent-

7 Die Bezirke wurden nach Diversität ausgewählt, das heißt sie unterscheiden sich in Siedlungs- und Sozialstruktur voneinander, so dass unterschiedliche Zielgruppen berücksichtigt werden konnten.

8 Diese Methode zielt darauf ab, lokalen Initiativen dabei zu helfen, eine nachhaltige und zukunftsfähige Gemeinschaft zu planen (siehe auch <http://www.lokal-demokratie.de/moderationen/kommunaler-planungs-workshop/>).

6 Der gesamte Prozess folgte den grundlegenden Prämissen partizipativer Forschung: Die künftigen Anwender, Nutzer und Zielgruppen wurden aktiv in den Entwicklungsprozess mit einbezogen (vgl. u.a. BERGOLD & THOMAS 2012; BORG et al. 2012).

wickelt, welche sich an den lokalen Gegebenheiten ausrichteten.

Die Auswahl der potenziellen Multiplikator(inn)en bzw. Change Agents zur Umsetzung einzelner Aktionen, erfolgte gezielt nach den Kriterien der verschiedenen Promotorenrollen. Dabei war es zunächst wichtig, Beziehungspromotoren zu finden, die durch ihre Netzwerkkennntnis und ihre Beziehungskompetenz dem Projektteam als Prozessgestalter Auskunft darüber geben konnten, welche weiteren Akteure für ein gemeinsames Vorhaben zur Unterstützung der Energiewende in Frage kämen. Im ersten Fall (siehe Kapitel 3.2.1) hat die Stadt gezielt nach Freiwilligen gesucht, welche Interesse an einer Straßenzugsanierung vor Ort hatten und bereit waren, dafür mit den Nachbarn ins Gespräch zu kommen. Im zweiten Fall (siehe Kapitel 3.2.2) war das eigeninitiativ signalisierte Interesse am Thema durch eine städtische Mitarbeiterin eines Mehrgenerationenhauses ausschlaggebend für die Kontaktaufnahme. Die Tatsache, dass die Leiterin des Hauses engen Kontakt zu allen entsprechenden Gruppierungen und Vereinen pflegte (Netzwerkkennntnis und Beziehungskompetenz), machte sie zur idealen Beziehungspromotorin.

3.2 Innovative Governanceinstrumente

Um die Bandbreite der u.a. in Workshops entwickelten Governance-Instrumente aufzuzeigen, sollen im Folgenden zwei sehr unterschiedliche Pilotprojekte vorgestellt werden, welche gemeinsam mit Change Agents vor Ort umgesetzt wurden. Thematisch ging es hier einerseits um Information und Motivation zur energetischen Sanierung und andererseits um Bewusstseinsbildung bei Grundschulkindern. Bei der Beschreibung werden insbesondere die unterschiedlichen Change Agents und ihre jeweiligen Rollen, die sie in Bezug auf unterschiedliche Adressat(inn)en im Prozess einnahmen, beleuchtet. Eine kritische Diskussion und Reflektion der Ergebnisse dient im abschließenden Teil zur Formulierung von Thesen, welche Auskunft darüber geben inwiefern zusätzliche Instrumente erforderlich sind. Diese sollen bewirken, dass die Governance-Instrumente auch eigeninitiativ durch Change Agents eingesetzt werden und es zu einer langfristigen Institutionalisierung kommt.

3.2.1 Straßenzugsanierung

Thema: Energetische Sanierung

Adressat(inn)en: Eigenheimbesitzer in einem Straßenzug mit möglichst homogener Bebauung

Lernort: Im eigenen Haus/beim Nachbarn(in) der Nachbarschaft

Lernziel: Austausch, Vernetzung, Spill-Over Effekt, gemeinsames Erarbeiten neuer Standards, Etablierung neuer Standards in der Nachbarschaft

Change Agent (Promotorenrollen):
 Fachpromotor: Energieberatungszentrum (EBZ); Machtpromoter: Stadt;
 Beziehungspromotor: engagierte(r) Bürger(in)/Nachbar(in) (siehe auch Kapitel 2.2)

Erfolgskriterien: Vernetzung zwischen Nachbarschaft, regelmäßiges Nachfragen nach dem Sanierungsstand, Austausch von Adressen von Handwerker(inne)n, Maßnahme im Energiekonzept der Stadt Stuttgart mit entsprechender Förderung

Die Idee der »Straßenzugsanierung« zielte darauf ab, verschiedene Change Agents, die unterschiedliche Funktionen beim Abbau von Sanierungshemmnissen erfüllen könnten, zu vernetzen. Grundgedanke war der Zusammenschluss von sanierungswilligen Eigentümer(inne)n in unmittelbarer Nachbarschaft, um gemeinsam die Sanierungsarbeiten auszuschreiben und zu vergeben. Dadurch ließen sich Kostenersparnisse erzielen, aber auch die Sanierungsbelastung in der Straße, wie Lärm und Dreck, kann durch eine Bündelung reduziert werden. Durch den Einsatz innovativer Informations- und Vernetzungskonzepte sollte das Konzept der Straßenzugsanierung beworben, die nachbarschaftliche Vernetzung unterstützt, sowie ein Austausch zwischen den Sanierungswilligen und zunächst Desinteressierten initiiert werden.

Nachdem ein engagierter Hausbesitzer gefunden war, wurde vor Ort eine erste Informationsveranstaltung abgehalten. Das Projektteam lud gemeinsam mit dem Initiator alle Anwohner des Straßenzugs ein. Auf der Veranstaltung im nahe gelegenen Gemeindezentrum wurde die Sanierungsidee erläutert und ein weiterer Termin für die Durchführung ei-

nes »Dämmerschoppens« (BUCHMANN & JAHNKE 2011) vereinbart. Ein Dämmerschoppen ist ein innovatives Informationsinstrument, bei dem die Anwohner(innen) des Straßenzugs zu einer gemeinschaftlichen Vor-Ort-Energieberatung in einem unsanierten Haus in der Straße eingeladen werden. Ein Energieberater vom städtischen Energieberatungszentrum erläuterte dort beispielhaft, wie der Zustand des Hauses einzuschätzen sei, welche Sanierungsmaßnahmen empfehlenswert seien und wie die Sanierungsschritte vor sich gehen könnten. Diesem Dämmerschoppen schloss sich eine gemeinsame Begehung eines sanierten Hauses an (im Falle des Pilotprojektes handelte es sich dabei um das Haus des Initiators der Straßenzugsanierung). Die Besichtigung erfolgte ebenfalls mit dem Energieberater. Er erläuterte, welche Schritte durchgeführt worden waren und was entsprechend ähnlich auch bei den Nachbar(inne)n gemacht werden könnte. Der Hauseigentümer war dabei anwesend und gab Auskunft über Kosten, Dreck, Stress – und auch über die positiven Effekte nach der Sanierung (gesunkene Energiekosten, aber auch Komfortgewinn).

Erfolgskriterien: Im Rahmen des Pilotprojektes konnte dann anschließend leider keine komplette Straßenzugsanierung umgesetzt werden. Durch die verschiedenen innovativen Informations- und Vernetzungsaktivitäten der Change Agents wurde aber immerhin bei einem der Anwohner eine energetische Sanierung angestoßen und durchgeführt. Des Weiteren konnte das Interesse der anderen Anwohner(innen) geweckt werden. Eine Vielzahl an Hausbesitzer(inne)n zeigte während der Sanierung großes Interesse und es wurde von mehreren Nachbar(inne)n der Wille signalisiert, in den nächsten Jahren ebenfalls in eine energetische Sanierung zu investieren. Der intensive (teilweise erstmalige) nachbarschaftliche Austausch wurde von einigen Teilnehmer(inne)n im Nachhinein als sehr positiv bewertet.

Offene Fragen: Die entscheidende Initiative ging im Pilotprojekt von der Stadt im Rahmen des Forschungsprojektes aus. Offen bleibt, wie zukünftig die Suche nach engagierten Hausbesitzer(inne)n koordiniert werden soll. Die Durchführung innovativer Vor-Ort-Beratungen konnten in diesem Fall vom Energieberatungszentrum geleistet werden, flächendeckend ist dies jedoch ohne Aufstockung der personellen und finanziellen Mitteln nicht denkbar.

3.2.3 Kinderrallye zum Thema Energie⁹

Thema: Bewusstseinsbildung für Grundschul Kinder

Adressat(inn)en: Grundschul Kinder, Lehrer(innen) und Eltern

Lernort: In einem Generationenhaus inklusive Pflegeheim, Mütterzentrum und Treffpunkt verschiedener Vereine, im Planungsworkshop

Lernziel: Spielerisch den Umgang mit Energie lernen und ein Bewusstsein für das Thema Energie und Verbrauch entwickeln

Change Agent (Promotorenrollen):
 Machtpromotoren: Bezirksvorsteher,
 Beziehungspromotor: städtische Mitarbeiterin des Generationenhauses),
 Fachpromotor: Deutsch-ägyptischer Verein,
 Prozesspromotor: Projektteam

Erfolgskriterien: Wird eigeninitiativ wiederholt und findet darüber hinaus weitere Nachahmer(innen)

In dem beschriebenen Pilotprojekt ist es gelungen, neue Multiplikator(inn)en bzw. Change Agents dazu zu gewinnen, sich in ihrem Umfeld vor Ort für das Thema Energie zu engagieren. Das Zusammenspiel bei der Organisation der Rallye zwischen den städtischen Mitarbeiter(innen) des Generationenhauses (*Beziehungs- und Machtpromotoren*; u.a. Bereitstellung von Räumlichkeiten und Ressourcen) und den Mitgliedern des dort ansässigen ägyptischen Vereins (*Fachpromotoren*), wurde durch die räumliche Nähe begünstigt, da alle Beteiligten vor Ort angesiedelt waren. So konnte hier eine Kooperation entstehen, die durch die fachliche Expertise der Vorsitzenden des Vereins in Sachen Science Communication und der Kenntnis der Leitung des Hauses darüber (*Beziehungspromotor*) ermöglicht wurde. Unterstützt wurde die Aktion durch die CARITAS und durch das Amt für Umweltschutz, welche Technologien und Geräte für die Experimente bereitstellten. Geplant und festgelegt wurde dies im Rahmen des Planungsworkshops, zu dem das SEE Team (als *Prozesspromotor* und Initiator)

⁹ <http://gebrueder-schmid-zentrum.de/blog/die-kinderrallye-energie-im-energiesparmonat-mai/>

gemeinsam mit dem Generationenhaus eingeladen hatte. Durch die persönlichen Kontakte der beteiligten Mitglieder des Vereins, die teilweise selbst Kinder im Grundschulalter hatten, wurden mehrere Schulen auf das Angebot der Rallye aufmerksam gemacht, die es auch rege nutzten. Die Ideen und die Umsetzung für die Aktion erfolgten eigenständig und unter hohem Engagement der Beteiligten, welche sich zuvor noch nicht in diesem Umfeld für das Thema Energie engagiert hatten.

*Erfolgskriterien*¹⁰: Die Kinderrallye wurde im darauffolgenden Jahr eigeninitiativ und ohne das SEE-Team als Prozesspromotor wiederholt. Um das Projekt darüber hinaus zu verbreiten und weitere Nachahmer zu finden (*Macht-, Prozess- und Beziehungspromotoren*), wurden eine Beschreibung der Experimente sowie ein Blog-Bericht über den Ablauf der Veranstaltung veröffentlicht. Das Angebot der Vorsitzenden des Vereins, bei der Umsetzung einer solchen Rallye mit Rat zur Seite zu stehen, ersetzt die fachliche Expertise, so dass eine Durchführung der Aktion weitgehend keine *Fachpromotoren* mehr benötigt.

Offene Fragen: Für eine Verstetigung dieses Pilotprojekts bedarf es einer kommunikativen Verbreitung des Konzepts und entsprechende Anreizstrategien, welche eine Umsetzung fördern. Darüber hinaus müssen Ressourcen wie Räumlichkeiten, Materialien für die Experimente, sowie Sachmittel für Werbung etc. bereitgestellt werden. Gesucht werden deshalb vor allem neue *Prozess- und Beziehungspromotoren*, welche wiederum weitere Promotoren (*Macht- und Fachpromotoren*) aktivieren können und sich darüber hinaus um die Beschaffung von Ressourcen kümmern können.

4 Kritische Diskussion

Im Folgenden sollen der Prozess und die Pilotprojekte kritisch diskutiert und reflektiert werden. Dabei steht die Frage im Vordergrund, auf welche Weise es gelungen ist, un-

terschiedliche Typen von Change Agents für eine gemeinsame Aktion in Richtung Umsetzung der Energiewende auf lokaler Ebene zu motivieren und welche Herausforderungen dabei gemeistert wurden.

Alle Pilotprojekte gingen von Macht- und Beziehungspromotoren aus, welche von sich aus einen Handlungsbedarf in Richtung Umsetzung der Energiewende äußerten, ohne dass sie etablierte Expert(inn)en (*Fachpromotoren*) waren. Die fachliche Expertise und Ideen für die Umsetzung von Aktionen und Maßnahmen wurden explizit nachgefragt. Das Projektteam konnte hier als Prozesspromotor unterstützend und vermittelnd tätig werden, wobei die Beziehungspromotoren vor Ort weitere Akteure ansprachen und mit diesen die Aktionen planten und durchführten. Das gemeinsame Umfeld war ein wichtiger Faktor, welcher sich positiv auf die Durchführung der Aktivitäten ausgeübt hat.

Folgende Thesen lassen sich aus den Erfahrungen mit den Pilotprojekten formulieren:

1. Um Prozesse auf lokaler Ebene anzustoßen, brauchen engagierte Macht- und Beziehungspromotoren konkrete Ideen für Aktionen und Maßnahmen (u.a. Rolle der Prozesspromotoren), um weitere Akteure wie zum Beispiel Fachpromotoren ansprechen und aktivieren zu können.
2. Mitarbeiter(innen) auf Verwaltungsebene, welche vor Ort angesiedelt sind (z.B. Bezirksvorsteher(innen) etc.) stellen bedeutsame potentielle Change Agents dar und können durch ihren Zugriff auf Ressourcen wie z.B. Räumlichkeiten und durch ihr Vernetzungspotenzial die Rolle der Macht- und Beziehungspromotoren ausüben.
3. Der lokale Bezug und gemeinsame Lernorte erleichtern die Suche und Ansprache potentieller Promotoren.
4. Das Initiierungspotenzial ist bei organisierten Multiplikator(inn)en ohne Energiebezug (Macht- und Beziehungspromotoren) höher als bei organisierten Multiplikator(inn)en mit Energiebezug (Fachpromotoren). Die Fachpromotoren werden dann in zweiter Instanz aktiviert, jedoch meist, wenn das Vorhaben/Ziel bereits konkretisiert ist.
5. Persönliche Netzwerke spielen eine große Rolle bei der Diffusion des Vorhabens.

Die Pilotprojekte wurden nicht nur im Hinblick auf die verschiedenen Change Agent-Typen und ihre jeweiligen Rollen ausgewertet,

¹⁰ Die Erfolgskriterien beziehen sich nicht auf Wirkungsweise des Formats Kinderrallye, sondern vielmehr auf die Art und Weise wie und durch wen die Umsetzung organisiert wurde (Aktivierung von Change Agents). Studien über die Wirkungen von außerschulischen Lernorten zeigen, dass eine Verstetigung der Aktivitäten Voraussetzung für eine erfolgreiche Technikvermittlung ist (ACATECH 2011). Dies ist auch für eine Institutionalisierung nachhaltiger Verhaltensweisen im Sinne einer Etablierung neuer sozialer Standards essentiell.

sondern es wurde auch kritisch hinterfragt, welche langfristigen Erfolge die entwickelten Governance-Instrumente zeigen können und welche Bedingungen hierfür erfüllt werden müssen. Es zeigte sich, dass zusätzliche Governance-Instrumente notwendig sind, um eine langfristige Etablierung des Aktivierungskonzeptes zu realisieren (Institutionalisierung und Verstetigung).

Ergänzende Instrumente sollten einerseits auf eine zukünftige Stärkung von Change Agents, der Gewinnung neuer Change Agents und der allgemeinen Motivierung von Eigeninitiativen abzielen. Ziel wäre hier v.a. eine »Sichtbarmachung« des Konzeptes in der Stadtgesellschaft und eine entsprechende öffentliche Anerkennung durch Politik und Verwaltung. Darüber hinaus werden begleitende finanzierende und koordinierende Instrumente für eine langfristige Institutionalisierung des Aktivierungskonzeptes benötigt, um dieses auch über das Projektende hinaus in der Stadt zu verankern.

Basierend auf diesen Erfahrungen wurden unterschiedliche Bausteine für das Aktivierungskonzept entwickelt. Sie sind mehr oder weniger explizit Teil des geplanten Stuttgarter Energiekonzeptes, wurden aber bis dato noch nicht umgesetzt.

4.1 Webbasiertes Stadtteilaktivitäten-Handbuch

Zur Unterstützung potentieller Change Agents (v.a. *Macht- und Beziehungspromotoren*) wurden alle Ideen für Aktivitäten sowie stuttgartspezifische Angebote in einem webbasierten Handbuch aufbereitet. Durch Hinweise darüber, welche Akteure wo aktiv werden können, welche Instrumente dafür geeignet sind und welche ergänzenden Instrumente zur Verfügung stehen (z.B. Informationsmaterial, Kostenabschätzung, finanzielle Unterstützung, Expertise durch einen städtischen Experten(innen)), können Umsetzungs-hemmnisse in Bezug auf Aufwand und Kosten reduziert werden. Damit erhalten Change Agents Unterstützung sowohl in fachlicher Hinsicht (Hinweise auf *Fachpromotoren*), als auch in Bezug auf die Gestaltung von Prozessen. Bereits durchgeführte Aktionen sollen zukünftig als Best-Practice Beispiele öffentlichkeitswirksam aufbereitet werden und so Nachahmer(innen) anregen.

4.2 Stadtteilwettbewerb

Für eine Verbreitung dieses Pilotprojektes, bedarf es neben *Prozess- und Beziehungspromotoren* auch entsprechende Anreizstrategien. Eine eher ökonomisch inspirierte Institutionalisierungsstrategie ist hier der Stadtteilwettbewerb. Er dient dazu potentielle Change Agents, vor allem Multiplikator(inn)en auf lokaler Verwaltungsebene anzusprechen und zur Eigeninitiative zu ermutigen. Auf diese Weise werden alle Aktivitäten und Maßnahmen dokumentiert, gewinnen in der Öffentlichkeit an Sichtbarkeit und ermöglichen so eine Erfolgskontrolle des Stadtteilaktivierungskonzeptes. Ideelle und materielle Auszeichnungen sorgen für eine öffentliche Anerkennung der Aktivitäten.

4.3 Stadtteilprogramm zur Finanzierung von Sach- bzw. Kommunikationskosten

Das Stadtteilprogramm dient der zielgerichteten Finanzierung von Sachleistungen im Zusammenhang mit der Umsetzung von Stadtteilaktivitäten. Auf diese Weise wird ehrenamtliches Engagement nicht nur monetär unterstützt, sondern erfährt auch eine gesellschaftliche Anerkennung von Seiten der Stadt. Bezogen auf das Change Agent-Modell übernimmt es somit zum Teil die Funktionen von *Machtpromotoren* (Ressourcenbeschaffung), ohne dass diese deswegen per se überflüssig werden. Gleichzeitig ermöglicht dieses Instrument ein Monitoring des Aktivierungskonzeptes, da der Mittelabruf Auskunft über durchgeführte Aktionen gibt.

4.4 Stabsstelle zur Koordination

Während die bereits erläuterten Instrumente vor allem auf die Ansprache und Motivation von Change Agents abzielen, ist das Folgende eine Voraussetzung, damit diese Instrumente ineinander greifen und eine Wirkung entfalten können. Es braucht auf gesamtstädtischer Ebene eine Stabsstelle zur Koordinierung der Stadtteilaktivitäten, die sich um die Betreuung der einzelnen Instrumente kümmert. Damit das Konzept über die Zeit hinweg flexibel bleibt und zum Beispiel auf neue Erkenntnisse, Innovationen und entsprechende Konflikte und Widerstände etc. reagieren kann, müssen entsprechende Aktivitäten kontinuierlich gesammelt, dokumentiert und für das Stadtteilaktivitäten Handbuch öffentlichkeitswirksam aufbereitet werden. Nur so können Nachahmereffekte generiert und das Konzept

langfristig in der Stadtgesellschaft verankert werden.

5 Schluss

Das Aktivierungskonzept Stadtteilaktivitäten will einen institutionellen Rahmen schaffen, um die Umsetzung der Energiewende vor Ort zu erleichtern. Trotz der Zusammenstellung von konkreten Angeboten und Ideen bleibt es inhaltlich offen für die Kreativität und die Bedürfnisse unterschiedlicher Zielgruppen – den Menschen in einem Stadtteil (bottom-up Organisation). Gleichzeitig ermöglicht es der Stadt, bestimmte Themen und Angebote gezielt zu fördern (Governance), indem potentielle Multiplikator(inn)en darüber informiert werden und entsprechende Aktionen gemeinsam geplant werden können. Diese Offenheit ist ein zentraler Bestandteil einer Kommunikationsstrategie, die nicht auf ökonomisch-rationales Herrschaftswissen setzt, sondern auf einen gemeinsamen Lernprozess. Vor dem Hintergrund der hohen Unsicherheit speziell auch in Bezug auf die Wirkungsweise von (neuen) Technologien und Strategien scheint diese Offenheit ratsam.

»Immer wieder bestätigt sich [...], dass eine ökonomisch rationale Herangehensweise die Wirklichkeit der realen Energiekonsumenten nicht erfasst. Menschen wollen mit ihrem Tun einen Sinn verbinden und gerade der Umwelt- und Energiebereich bietet sich dafür an (HOMBURG & WORTMANN 2014, S.16)«. Noch scheint es durch die bisherigen Aktionen und

Projekte nur rudimentär gelungen zu sein, dieses Potenzial für Verhaltensänderungen – etwa auf dem Gebiet der Energieeffizienz und -einsparung – zu nutzen. Ein wichtiger Aspekt sind die in diesem Zusammenhang oftmals erwähnten Rebound-Effekte, welche einer nachhaltigen Verhaltensänderung entgegenstehen. Aber in der Nische finden solche Aktivitäten bereits statt und genau diese Nischenaktivitäten gilt es zu stärken und mittels Change Agents zum gesellschaftlichen Standard werden zu lassen.

Obwohl die Schritte zur Entwicklung des Konzepts gemeinsam mit einer städtischen Angestellten und unter Einbeziehung weiterer Praxisakteure erfolgten, ist die tatsächliche Umsetzung des Konzepts zum Zeitpunkt der Veröffentlichung ungewiss. Die vielfältigen kommunalpolitischen Entscheidungsstrukturen, die ein derart umfassender Ansatz durchlaufen muss, bergen die Gefahr, dass einzelne Bausteine und Instrumente herausfallen bzw. »verwässert« werden. Für die Umsetzung dieses Konzepts braucht es Überzeugungskraft sowie Innovationsgeist und Mut, da es neben finanziellen Mitteln eine stärkere Kooperation und Vernetzung innerhalb der Verwaltung voraussetzt und darüber hinaus auf einem egalitären und wechselseitigen Kommunikationsverständnis zwischen Politik, Verwaltung und der Stadtgesellschaft beruht. Dieses Verständnis widerspricht sowohl dem weit verbreiteten, hierarchischen, top-down Kommunikationsprinzip als auch dem expertokratischen Selbstbild vieler Verwaltungsakteure.

Literatur

- ACATECH (Hrsg.) 2011. Monitoring von Motivationskonzepten für den Technikanwuchs (MoMoTech). Berlin: Springer Verlag.
- BAEDEKER, C. 2012. Regionale Netzwerke. Gesellschaftliche Nachhaltigkeit gestalten – am Beispiel von Lernpartnerschaften zwischen Schulen und Unternehmen. München: oekom.
- BARTH, M. 2012. Social learning instead of educating the other. *GAIA* 21/2: 91–94.
- BENZ, A., Lütz, S., Schimank U., Simonis, G. (Hrsg.). 2007. Handbuch Governance. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder. Wiesbaden: VS Verlag.
- BERGOLD, J., Thomas, S. 2012. Participatory Research Methods: A methodological Approach in Motion. *Qualitative Social Research*. URN: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0114-fqsi201302>
- M. BILHARZ, K. SCHMITT. 2011. Going Big with Big Matters. The Key Points Approach to Sustainable Consumption. *GAIA* 20/4: 232–235.
- BMBF (Bundesministerium für Bildung und Forschung). 2009. Website des Programms Lernen vor Ort. <http://www.lernen-vor-ort.info/> (abgerufen 16.04.2015)
- BORG, M., Karlsson, B., Kim, H.S., MC Cormack, B. 2012. Opening up for Many Voices in Knowledge Construction. *Qualitative Social Research*. URN: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0114-fqsi20117>
- BROMAN, L. 2003. Solar energy studies and extramural learning. In: ISES Solar World Congress, 2003 Conference paper (Refereed) Published. <http://du.diva-portal.org/smash/get/diva2:521446/FULLTEXT01.pdf> (abgerufen 16.04.2015).
- BUCHMANN, M.; JAHNKE, K. 2011. Innovative Informations- und Vernetzungsinstrumente: Instrumententest. Arbeitsbericht, Bremer Energie Institut.
- GAIA. 2014. No. 100: GAIA 51/2014 – Special Issue Out Now. <http://www.oekom.de/index.php?id=1749> (abgerufen 16.04.2015).
- GIDDENS, A. 1984. *The Constitution of Society*. Cambridge: Polity Press.
- HOMBURG, Andreas/WORTMANN, Klaus 2014. Energie als Thema der Umweltpsychologie: Stand und Perspektiven Einleitung zum Schwerpunktthema – Teil II. IN *Umweltpsychologie* 18. Jg., Heft 1, 2014, 9–19.
- HÜBNER, R. 2012. Nachhaltigkeitskommunikation reloaded. Aporien als Chance für gesellschaftliche Lern- und Entwicklungsprozesse. *GAIA* 21/4: 262–265.
- DE HAAN, G., KUCKARTZ, U. 1996. *Umweltbewusstsein: Denken und Handeln in Umweltkrisen*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- KRISTOF, K. 2010. *Wege zum Wandel – Wie wir gesellschaftliche Veränderungen erfolgreich gestalten können*. München: Oekom Verlag.
- LEGGEWIE, C., LORENTZ, B. 2012. *Pioniere des Wandels. Die Rolle von »Change Agents« in Transformationsprozessen wie der Energiewende*. Stiftung & Sponsoring – Das Magazin für Nonprofit-Management und –Marketing 15: 16–18.
- NBBW – Nachhaltigkeitsbeirat Baden-Württemberg 2012. *Energiewende – Implikationen für Baden Württemberg*. Stuttgart
- RAUSCHMAYER F., OMANN, I. 2012. Transition to Sustainability. Not Only Big, But Deep. *GAIA* 21/4: 266 – 268.
- RECKWITZ, A., 2003. Grundelemente einer Theorie sozialer Praktiken. *Zeitschrift für Soziologie* 32/4: 282–301.
- RINK, D., Banzhaf, E., Kabisch, S., Krellenberg, K. 2015. Von der »Großen Transformation zu urbanen Transformationen« – Zum WBGU-Hauptgutachten Welt im Wandel. *GAIA* 24/1: 21–25.
- ROGERS, E. M. 2003. *Diffusion of innovations* (5. Aufl.). New York: Free Press.
- RUDDAT, M., RENN, O. 2012. Wie die Energiewende in Baden-Württemberg gelingen kann. Et – *Energiewirtschaftliche Tagesfragen* 11: 59–62
- SHOVE, E., Lutzenhiser, L., Guy, S., Hackett, B., Wilhite, H. 1998. *Energy and Social Systems*. In: *Human Choice and Climate Change*. Herausgegeben von S. Rayner, E. Malone, E. Columbus. Ohio: Battelle: 291–325.
- VASKE, J.J., KOBRIN, K.C. 2001. Place attachment and environmentally responsible behavior. *Journal of Environmental Education* 32/4: pp. 16–21.
- WALKER G., Hunter, S., Devine-Wright, P., Evans, B., Fay H. 2007. *Global Harnessing Community Energies. Explaining and Evaluating Community Based Localism in Renewable Energy Policy in the UK*. *Environmental Politics* 7/2: 64–82.
- WBGU (Hrsg.) 2011. *Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation*. Berlin: WBGU.
- WILHITE, H., Nakagami, H., Masuda, T., Yamaga, Y., & Haneda, H. (1996). A cross-cultural analysis of household energy use behaviour in Japan and Norway. *Energy Policy*, 24(9), 795–803. doi:10.1016/0301-4215(96)00061-4.



»Partizipation als Trumpf?!«

– Ein Workshop-Bericht über die Reflexion partizipativer Prozesse im Kontext der »Großen Transformation«^{*}

1. Gesellschaftspolitische Rahmung des Workshops

Im Diskurs um sozial-ökologische Transformationsprozesse, wie beispielsweise die Energie- oder Verkehrswende werden Partizipation und Beteiligung vielfach als eine Notwendigkeit angesehen. Dabei variieren die Standpunkte darüber wie, wann, mit wem, wie oft und wozu Beteiligung durchgeführt werden soll. Für die Herstellung und Durchsetzung politischer Entscheidungen, beispielsweise bei der Trassenführung im Zusammenhang mit der Umsetzung der Energiewende, wird Partizipation zum Teil als ein wichtiges Instrument der Legitimation und Akzeptanzbeschaffung konstruiert. An anderer Stelle wird das Engagement von »Pionieren des Wandels« als Beteiligung an der Großen Transformation hervorgehoben und die Stärkung von bottom-up Initiativen als ein Weg gesehen, einen Wandel zu erreichen und gesellschaftliche Demokratisierung und Empowerment zu fördern. Gleichzeitig gilt die finanzielle Beteiligung an Bürgergenossenschaftsanlagen sowie die Umsetzung energiesparender Maßnahmen, in bestimmten Diskursen ebenfalls als eine Form der Beteiligung an der Energiewende.

Die teils widersprüchlichen Verständnisse von Partizipation im Kontext der »Großen Transformation« (WBGU 2011¹) deuten unterschiedliche Perspektiven auf den Gegenstand vielfacher Forschungs- und Anwendungsprojekte an. Gleichzeitig unterliegen diese Transformationsprozesse der Besonderheit, dass sie von der Politik als normativ wün-

schenswert festgelegt wurden, die konkreten Umsetzungsschritte jedoch gestaltet werden müssen. Einzelne zivilgesellschaftliche Akteure, Unternehmen, politische Initiativen oder auch die Wissenschaft (beispielsweise im Kontext von Reallaboren) sind ebenso an der Ausgestaltung der Transformation beteiligt wie auch die Kommunal-, Landes- und Bundesebene. Die Auswirkungen betreffen jedoch die Gesellschaft als Ganzes, daher braucht es eine breite gesellschaftliche Akzeptanz der notwendigen Veränderungen sowie deren Übernahme in alltägliches Handeln.

* Der dem Artikel zugrunde liegende Workshop fand am 29.02. und am 01.03.2016 am Kulturwissenschaftlichen Institut in Essen statt und wurde in Kooperation mit dem ZIRIUS der Universität Stuttgart, der gemeinnützigen DIALOGIK GmbH und dem IASS Potsdam veranstaltet.



Friederike Behr (rechts) arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Kulturwissenschaftlichen Institut Essen (KWI) im Rahmen des anwendungsorientierten Forschungsprojektes Projekt Klima-Initiative Essen. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind derzeit Kommunikation und Beteiligung im kommunalen Klimaschutz.

Sophia Alcántara (Mitte) leitet den Bereich »Partizipation und Transformation« bei der gemeinnützigen DIALOGIK GmbH und ist Mitarbeiterin beim ZIRIUS der Universität Stuttgart. Aktuell beschäftigt sie sich mit Forschungs- und Beteiligungsformaten für die Energie- und Mobilitätswende.

Björn Ahaus (links) ist ebenfalls wissenschaftlicher Mitarbeiter am KWI im BMBF-Projekt Klima-Initiative Essen – Handeln in einer neuen Klimakultur. Im Forschungsbereich Partizipationskultur forscht er zu Agenten des Wandels, sozialen Innovationen der Nachhaltigkeit und deren Diffusion.

¹ WBGU – Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (2011): Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation

Der Workshop beschäftigte sich mit den damit verbundenen Herausforderungen und reflektierte die am Anfang stehende wissenschaftliche Diskussion. Dazu wurden vier inhaltliche Themen ins Zentrum des Workshops gestellt: (1) das Verständnis der Partizipation im Kontext der sozial-ökologischen Transformation, (2) Formate der Partizipation, (3) die Rolle der Partizipation gestalten den Akteure und (4) die Möglichkeiten der wissenschaftlichen Begleitung bzw. der Erkenntnisgenerierung im Kontext partizipativer Verfahren und Engagement.

Die Idee zum Workshop entstand aus Diskussionen über zwei Projekte aus dem Wettbewerb Energieeffiziente Stadt des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) (in Essen und Stuttgart) sowie ersten Erfahrungen aus den Baden-Württembergischen Reallaboren.

Ziele des Workshops waren die Diskussion und Synthese unterschiedlicher Ansätze und Konzepte zum Thema Partizipation im Kontext von sozial-ökologischer Transformation sowie die Vernetzung der Teilnehmenden. Im Folgenden werden nun die Vorträge und Diskussionen zu den vier inhaltlichen Schwerpunkten sowie die abschließende Synthese skizziert.

2. Das Verständnis der Partizipation im Kontext der sozial-ökologischen Transformation

Den Einstieg in den ersten inhaltlichen Strang bildeten Vorträge von Patrizia Nanz und Ortwin Renn. Unter dem Titel »Partizipationskultur und gesellschaftlicher Wandel« bezeichnete Nanz Partizipation als zentralen Modus der Ko-Kreation bei Transformationen, wie der Energiewende. Damit einhergehende Proteste und Konflikte könnten so kanalisiert und in (Mit-) Gestaltung umgewandelt werden. Dabei würden zwar viele Politiker Partizipation an sich befürworten, die Ausgestaltung lasse jedoch eine Institutionalisierung und Übernahme in alltägliche Praktiken vermissen. Mit den so genannten Zukunftsräten, einem von ihr und Claus Leggewie skizzierten Konzept, könne diesen Problemen begegnet werden. Partizipation für die sozial-ökologische Transformation brauche demnach eine Partizipationskultur, die gesellschaftliches Engagement fördert und auf diese Weise zur Demokratiebildung beiträgt.

In seinem Vortrag mit dem Titel »Partizipation im Kontext der großen Transformati-

on« stellte Ortwin Renn ein enges Verständnis von Partizipation vor. Beteiligung sei als ein Beitrag zu kollektiv verbindlichen Entscheidungsfindungsprozessen zu sehen und zwar von Akteuren, die nicht per Amt oder Mandat dazu befähigt sind. Desweiteren nannte Renn die Intentionalität der sozial-ökologischen Transformation als ein wichtiges Merkmal, denn im Gegensatz zu anderen Transformationsprozessen soll dieser große Wandel zielgerichtet ablaufen. Für Partizipationsprozesse im Rahmen von Transformationen seien deshalb drei Arten von Wissen erforderlich: Systemwissen (über wissenschaftliche Zusammenhänge), Orientierungswissen (über Ziele und Werte) und Transformations- oder Erfahrungswissen (über Mittel und Wege). Da partizipative Verfahren Delegationsverfahren sind, komme man an der Frage nicht vorbei, wie Exklusion legitimiert werde. Auch brauche Partizipation, so Renn, immer eine thematische Einschränkung, sonst drohe im schlimmsten Fall Trivialität bei zu allgemeinen Aussagen. In diesem Zusammenhang nannte Ortwin Renn Einschluss, Schließung und Anschluss als die drei zentralen Aspekte, die im Zusammenhang mit Beteiligung eine Rolle spielen und helfen, Partizipationsverfahren zu unterscheiden.

In der dazugehörigen Session »Partizipation gleich Partizipation? Verschiedene Verständnisse im Kontext der sozial-ökologischen Transformation« wurde aufbauend auf den Impulsen von Cordula Kropp und Benjamin Best die Diskussion intensiviert.

Cordula Kropp thematisierte in ihrem Vortrag »Transformative Partizipation – Wunsch oder Wirklichkeit?« die Herausforderung, Partizipation im Rahmen der großen Transformation als einen Trumpf zu gestalten. Dies ergebe sich insbesondere dadurch, dass Transformationsaufgaben in der Regel »Wicked problems« seien und deren Lösung Auswirkungen in anderen Bereichen hätten. Patentrezepte seien daher illusorisch. Vielmehr bedürfe es einer Integration der drei bereits von Ortwin Renn erwähnten Wissensformen, ergänzt um prozedurales, strategisches Verwaltungswissen, um die unterschiedlichen Interessen und Belange zusammen zu führen. Kritisch fragte Cordula Kropp abschließend, ob es sich hier in der Praxis nicht häufig um »Partizipation als Baldrian« handele, da kein Raum des Streits zur Problemlösung geschaffen werde, sondern nur die Suche nach dem kleinsten gemeinsamen Nenner betrieben würde.

Benjamin Best ging in seinem Impuls auf das Public Private Partnership-Projekt Innovation City Bottrop ein. Diese könne als eine soziale Innovation zur Diffusion technologischer Artefakte betrachtet werden. Mit Information und Beratung bediene sie sich jedoch maximal Vorstufen von Beteiligung. Ein Ziel aus Sicht der beteiligten Unternehmen sei es, dass Bürger*innen Energieeffizienz-Produkte kaufen sollen. Lebensweltliches Wissen würde zwar in Stadtplanungsprozessen eingebunden, Selbstorganisation oder Empowerment spielten allerdings keine Rolle. Hingegen sei die Rolle der Bürger*innen als Konsument*innen zentral im »Innovation City-Prozess«. Bis dato fände jedoch keine systematische Verankerung ambitionierter Partizipationsformate statt. Lediglich durch Einzelakteure der Stadt (oder aus unvermuteten Bereichen wie der Kunst) würden kreative Beteiligungsformate in den Prozess eingespeist.

In drei Kleingruppen wurden im Anschluss durch die Impulse aufgeworfene Fragen diskutiert. Eine Gruppe beschäftigte sich mit der Frage, wie eine dauerhafte Beteiligungsstruktur bzw. Selbstorganisation jenseits von Projekten und der Beteiligung durch Rat, Vereine und Parteien aussehen kann. Zuerst brauche es einen Konsens über die Ziele des Transformationsprozesses. Sowohl ein zielgruppenspezifischer Fokus der Beteiligung, wie beispielsweise durch Jugendparlamente, als auch die Kombination von formellen und informellen Verfahren erschienen in diesem Zusammenhang vielversprechend. Letzteres könnte durch Zukunftsräte basierend auf zufällig ausgewählten Bürger*innen erfolgen. Zudem wurden den Stadtteilforen, Genossenschaften und Commons günstige Rahmenbedingungen zugeschrieben, da durch sie globale Probleme in lokalen Kontexten bearbeitet werden können.

Die zweite Kleingruppe diskutierte die Frage, inwieweit Bürgerbeteiligung den erforderlichen fundamentalen Wandel für eine große Transformation befördert oder behindert. Die Diskussion in der Gruppe verortete Partizipation in einem Spannungsfeld zwischen Konsens und Innovation. Partizipation sei nicht per se gut oder schlecht, aber notwendig. Es gebe häufig keine klare Handlungsempfehlung. Zudem sei oft fraglich, was das Ziel der Transformation sei und wer den Prozess steuere. Als Fazit wurde gezogen, dass Partizipation gut für Suchprozesse geeignet sei und in dieser Hinsicht auch Wandel fördernd, aber

unter bestimmten Bedingungen auch hemmend wirken könnte.

Die Frage: »Welches Wissen braucht Partizipation im Kontext der großen Transformation?« stand im Zentrum der Diskussion einer dritten Gruppe. Neben dem Inputwissen, das die Beteiligten für die Umsetzung brauchen, sei auch das Outputwissen, welches erst im Prozess erzeugt werde, zentral. Zudem bedürfe es eines Prozesswissens, welches auch Wissen vom Scheitern umfasse. Die Rolle der Akteure wurde in der Diskussion über die notwendigen Kompetenzen von Partizipanten, wie Fach-, Partizipations- und Transformationskompetenz thematisiert. Entsprechende Aufgaben könnten hier Ermöglicher in Stadtverwaltungen bzw. aus der Zivilgesellschaft übernehmen. Zudem wurde die Bedeutung von Narrativen für die Transformation angerissen, wie etwa das Züricher Beispiel der 2000-Watt-Gesellschaft als rahmende Erzählung.

Workshop am 29.02-01.03.2016 am Kulturwissenschaftlichen Institut (KWI) in Essen
Foto: KWI



3. Partizipationsformate, Empowerment und Kontextbedingungen

Der zweite Themenschwerpunkt wurde mit einem Vortrag von Heike Walk mit dem Titel: »Von oben nach unten, von unten nach oben oder quer durch? Partizipationsformate und die Wirkung auf oder von Empowerment« eingeleitet. Dieser behandelte die Frage, ob Partizipation im Kontext sozial-ökologischer Transformationsprozesse spezielle Formate und/oder Kontextbedingungen braucht und

welche Rolle Empowerment in diesem Zusammenhang spielt. Heike Walk zeigte in ihrem Vortrag auf, dass die Anwendung unterschiedlicher Partizipationsformate nicht nur von objektiven Kriterien wie Eignung etc. abhängt, sondern auch bestimmten »Modewellen« unterliegt. Um sich dem Thema weiter anzunähern, erläuterte sie anschließend die Motivlagen bzw. Ausprägungsformen von Engagement sowie die unterschiedlichen Ebenen von Empowerment. Letzteres definierte sie als Lernprozess und Aufbau von Kompetenzen, was sowohl auf individueller, kollektiver als auch auf struktureller Ebene stattfinden kann. Erkenntnisse aus diesen drei Bereichen sollten stärker verknüpft werden, um sich der Frage nach transformationsförderlichen Formaten und Kontextbedingungen zu nähern.

In der inhaltlich anschließenden Session verdeutlichte Rainer Kuhn, basierend auf Erkenntnissen aus dem Forschungsprojekt DELIKAT, dass die meisten deliberativen Partizipationsverfahren nicht auf Empowerment abzielen. Allerdings sei Empowerment viel mehr auch eine Frage von förderlichen Kontextbedingungen und der Art und Weise wie Partizipation durchgeführt werde. Es müsse bereits zu Anfang des Prozesses ein Abgleich zwischen den Zielen des Prozesses und den angestrebten Verfahrensschritten stattfinden und auch Methodenkombinationen zur Einbeziehung unterschiedlicher Gruppen könnten zielführend sein. Gesa Maschkowski arbeitete in ihrem Vortrag mit dem Titel: »Transformation von unten: Motive und Erfolgsfaktoren für Engagement oder: wie können wir das Graswurzelwesen stärken?« jene Bedingungen heraus, die das Empowerment von Graswurzel-Initiativen (z.B. Solidarische Landwirtschaft, Transition Towns, etc.) fördern. Mit Hilfe des Konzepts der Salutogenese legte sie dar, dass die Handlungsfähigkeit von Akteuren im Angesicht von Krisen durch ein Gefühl der Stimmigkeit positiv beeinflusst werden kann. Dieses könne mit den Schlagworten Verstehbarkeit, Handhabbarkeit und Sinnhaftigkeit näher beschrieben werden. Darüber hinaus seien aber auch Aspekte wie Netzwerke, Ressourcen und gruppendynamische Prozesse wichtige Erfolgsfaktoren.

In der anschließenden Diskussionsrunde bezog sich eine Gruppe auf die These, dass für die Förderung von Partizipation und Empowerment im Sinne der Transformation, das Gefühl der Stimmigkeit auf allen Ebenen flächendeckend kultiviert werden sollte. Bei der Diskussion wurde immer wieder die Diskre-

panz zwischen dem vorherrschenden expertokratischen Wissenssystem einerseits und dem Alltagswissen der Bürger*innen andererseits deutlich und die Notwendigkeit diese im Sinne der »Stimmigkeit« zu überwinden.

In zwei weiteren Gruppen wurde der Frage nachgegangen, wie Politik und Förderinstitutionen Zivilgesellschaft unterstützen können, ohne aktive Personen und Initiativen zu bevormunden. Dabei wurde bereits im Vorfeld auf die unterschiedlichen Eigenlogiken und die damit verbundenen Spannungen hingewiesen. Eine Gruppe diskutierte dazu größtenteils partizipationsförderliche Kontextbedingungen wie Transparenz, Ressourcenbereitstellung, Ansprechpartner oder auch Vermittlerrollen zwischen Staat und Bürger*innen. Eine andere Gruppe legte den Fokus auf die Förderung von Engagement aus der Perspektive von Grasswurzelinitiativen und nannte hier Aspekte wie z.B. Vernetzung untereinander, Sichtbarmachen der Benefits für die Gesellschaft, Freistellung für ehrenamtliche Tätigkeiten und die Etablierung von Transitioneuren als Übersetzer*in zwischen den Systemen, speziell zwischen Wissenschaft, Gesellschaft und Politik.

Die vierte Kleingruppe beschäftigte sich mit der komplexen Frage, wie weitere Initiativen angestoßen, transformative Aktivitäten der Initiativen koordiniert und vernetzt werden können. Dabei wurde auch diskutiert, ob dies überhaupt wünschenswert sei und wenn ja von wem. Zudem wurden die Gestaltungsmöglichkeiten und deren Verteilung in der Stadtgesellschaft thematisiert. Als Unterstützung wären sowohl ermöglichende Strukturen wie Austauschplattformen, Stadteilcafés, Vernetzungsaktivitäten hilfreich, als auch die (Neu-)Konstituierung der Verwaltung durch eine bessere Vernetzung, flexible Förderstrukturen, etc. Lernen könne man, so die Teilnehmenden, auch von Prozessen der Sozialen Stadt (z.B. Community Organizing). Da Aushandlungsprozesse unbedingt notwendig seien, kann als große Klammer um beide Perspektiven das Stichwort »Kommunikation« gesetzt werden und zwar im Sinne einer Kultur des gegenseitigen Verstehens und Wertschätzens.

4. Vom Klimaschutzmanager, über Berater und Politiker zu lokalen Initiativen. Die Vielfalt der Akteure in der sozial-ökologischen Transformation

Sarah Ginski führte am zweiten Tag des Workshops in den dritten inhaltlichen Themenschwerpunkt ein und präsentierte Erkenntnisse aus dem Projekt «Multilaterale Kommunikation in Stadtentwicklungsprozessen». In dem Projekt würden sowohl bewusst gestaltete Formate und Kommunikationselemente, als auch nicht geplante Kommunikation im Zusammenhang mit der Stadtplanung analysiert. Am Beispiel der partizipativen Entwicklung einer städtebaulichen Konversion in der Stadt Bamberg verdeutlichte sie die Vielfalt der Akteure. Beteiligt waren neben diversen (Fach-)öffentlichkeiten auch die Verwaltung und Politik sowie einzelne Schlüsselpersonen und Bürger*inneninitiativen. Anhand der Empirie schlussfolgerte Ginski, dass Interdependenzen entsprechend gestaltet und dazu die Akteure unterschiedlich eingebunden und angesprochen werden müssten. Zudem sei für den Erfolg von Transformationsprozessen wichtig, die Gestaltungsspielräume und inhaltlichen Fragen eines Prozesses/einer Planungsaufgabe sowie die dazugehörigen kommunikativen Angebote mit den Motiven, Interessen und Erwartungen der Akteure in Einklang zu bringen.

In der dazugehörigen Session »Von der Klimaschutzmanagerin, über den Berater und die Politikerin zu lokalen Initiativen. Die Vielfalt der Akteure in der sozial-ökologischen Transformation« stellten Sophia Alcántara und Björn Ahaus Ergebnisse aus den Projekten »Stuttgart – Stadt mit Energieeffizienz« und »Klima-Initiative Essen« vor. Der erste Vortrag von Björn Ahaus skizzierte die Rolle von Klimaschutzmanager*innen und Agent*innen des Wandels im kommunalen Klimaschutz. Erstere setzten mit Blick auf Rahmenbedingungen und Herangehensweisen in der kommunalen Verwaltung selten auf bottom-up Prozesse bzw. die Ermöglichung dieser. Vielmehr ständen Informationsvermittlung und Netzwerke mit Unternehmen und Verbänden im Vordergrund. Die Agent*innen des Wandels hingegen würden sich sozusagen selbst beteiligen. Sie fordern die Beteiligung an politischen Prozessen ein, aber handeln auch konkret vor Ort. Somit kombinierten sie die individuelle Ebene mit Gruppenprozessen und strebten oft kollektives Handeln an (auch informelle Partizipation). Zentrales Merkmal der Agent*innen des

Wandels sei, dass sie als »Innovatoren und Pioniere« auftreten, die soziale Innovationen vorantreiben.

Im zweiten Vortrag stellte Sophia Alcántara ein lokales Governance Instrument zur Umsetzung der Energiewende vor, welches im Rahmen des »Stadt mit Energieeffizienz Stuttgart«-Projekts (SEE) transdisziplinär entwickelt wurde (mehr dazu im Beitrag »Zur Governance der lokalen Energiewende. – Vorschlag für ein Aktivierungskonzept auf Stadtteilebene« von Sophia Alcántara & Sandra Wassermann in dieser Ausgabe von pnd|online). Sie nannte drei Merkmale, die den Entwicklungsprozess des Konzepts zur Aktivierung der Stadtgesellschaft kennzeichnen: erstens ein Verständnis von Beteiligung seitens der Kommune, welches auf die Umsetzung individueller Energieeffizienzmaßnahmen abzielt, zweitens eine umfassende theoretische Fundierung (z.B. Agent*innen des Wandels und Local Governance Ansätze) und drittens die partizipative Einbeziehung der (künftigen) Agent*innen des Wandels. Im Hinblick auf die mögliche Umsetzung des Konzepts sei eine Erfahrung aus dem Projekt, dass das weit verbreitete expertokratische Beteiligungs- und Kommunikationsverständnis, der für den Transformationsprozess notwendigen kollektiven Lern- und Kooperationsbereitschaft an vielen Stellen entgegensteht.

In der anschließenden Kleingruppenphase wurde an einem Tisch ein sehr umfangreicher Fragekomplex abgearbeitet. Es ging einerseits um die Frage, wie zentrale Akteure aus Politik und Verwaltung von transformationsförderlichen Beteiligungskonzepten überzeugt, Spannungsverhältnisse abgebaut und eine entsprechende Kultur gefördert werden könnte. Andererseits müsse auch mit dem Dilemma umgegangen werden, dass die Wissenschaft der Politik/Verwaltung Top-down, die Stärkung von Bottom-up Prozessen empfiehlt. Gleich zu Anfang war es den Beteiligten wichtig zu verdeutlichen, dass weder die Verwaltung noch die Wissenschaft in der Praxis als homogenes Kollektiv auftreten und es immer auf die einzelnen Personen ankomme. Dennoch seien (institutionell bedingte) Spannungsverhältnisse auszumachen wie z.B. unterschiedliche Handlungslogiken und Rollenverständnisse, oder auch verschiedene Bearbeitungszeiträume und entsprechende Erwartungshaltungen. Als Lösungsvorschläge wurden beispielsweise die Förderung von »Schnittstellen« zwischen den Systemen durch eine entsprechende personelle Besetzung genannt oder auch die Schaffung von

legalen Spielräumen für Verwaltung und Zivilgesellschaft durch die Politik.

Die zweite Kleingruppe beschäftigte sich mit der Frage, welche Rolle Agent*innen des Wandels für Partizipation und Transformationsprozesse spielen können. Diese wurden in der Diskussion als Nischenakteure im lokalen, oft städtischen Umfeld verortet, die Transformationsprozesse anstoßen bzw. zu diesen beitragen können. Insbesondere ein Selbstverständnis als Agent*in des Wandels seitens der Akteure wurde als zentral betrachtet. Mit Blick auf die Rollen der Agent*innen wurden insbesondere eine Multiplikatorenfunktion, sowie die Rolle als Prozesspromotor in Transformationsprozessen angesprochen. Bei der Wirkung der Aktivitäten könne zwischen gewünschtem Output und dem Impact der Akteure unterschieden werden. Ziele von Agent*innen des Wandels seien sowohl Gemeinwohlförderung als auch Commons. Aber auch die Rolle der kommunalen Politik und Verwaltung wurde im Hinblick auf Engagement-Förderung diskutiert. Machtpromotoren in Politik und Verwaltung könnten etwa durch das zur Verfügung stellen von Räumen zum Experimentieren, zur Erprobung von sozialen Innovationen und zur Intensivierung der Multiplikatorfunktion von Agent*innen des Wandels beitragen.

5. Die Rollen von Wissenschaftler*innen in Forschungsprozessen zur Transformation

Bereits in dem Vortrag von Steffi Ober zur Einleitung des vierten inhaltlichen Stranges des Workshops wurde deutlich, dass nicht nur die Rolle der Wissenschaftler*innen einer Reflexion bedarf, sondern auch die rahmengebenden Strukturen, wie die Forschungsförderung und Prozesse des Agenda-Setting der Forschungsstrategien der Bundesregierung. Steffi Ober machte am Beispiel der Einbindung zivilgesellschaftlicher Organisationen in dem Agenda-Setting Prozess zur High-Tec-Strategie der Bundesregierung die geringen Einflussmöglichkeiten im Vergleich zu Vertreter*innen aus der Wirtschaft deutlich. Auch die (geringe) finanzielle Ausstattung der Forschungsförderung im Bereich der sozial-ökologischen Forschung deutete die Relevanz der rahmengebenden Strukturen an.

Impulse für die Diskussion gaben Rico Defila und Antonietta Di Giulio in ihrem Vortrag. Sie stellten fünf Prinzipien der Gestaltung transdisziplinärer Forschungspro-

zesse und deren Wahrnehmung in solchen Forschungsprojekten dar, basierend auf Ergebnissen der Begleitforschung des BMBF-Themenswerpunkt »Vom Wissen zum Handeln – Neue Wege zum nachhaltigen Konsum«. Ein Prinzip sähe vor, dass sowohl Forschende als auch Praxispartner*innen sich die Ziele des Projektes zu eigen machen. Dabei ließen sich in der Praxis allerdings forschungs-, gesellschafts- und institutionsbezogenen Zielen unterscheiden, die für die Projektinvolvierten unterschiedliche Relevanz haben. Daraus resultierten Erwartungen an die Forschungsprojekte und Forschenden hinsichtlich der transformativen Wirkung. Die teils hochgesteckten Erwartungen könnten von den Forschenden zumeist nicht erfüllt werden. Defila und Di Giulio plädierten abschließend dafür, dass Forschende (1) »solide Forschung betreiben« und (2) Erwartungen an das Projekt und ihre Rolle realistisch prüfen sollen.

Einen zweiten Impuls für die Diskussion gab Markus Egermann mit dem Vortrag zur Rolle der Wissenschaftler*innen im Rahmen von Transformationsprozessen. Auf Basis seiner Erfahrungen im Projekt ARTS skizzierte er sieben unterschiedliche Rollen, die Forschende in transformativen Projekten einnehmen können: Forschende, Beforschte, Impulsgeber*innen, neutrale*r Makler*in, Gesellschaftsberater*in, Legitimator*in, Wissensvermittler*in. Daraus ergäben sich verschiedene Herausforderungen, denen es im Forschungsprozess zu begegnen gilt. Dies würde insbesondere bei den Erwartungen an den Output, verschiedenen Formen der Ansprache, dem Einsatz vorhandener Ressourcen und damit verbundenen Prioritätensetzungen deutlich. Zudem müssten Erwartungen des wissenschaftlichen Anreizsystems, insbesondere der Veröffentlichungen in gereviewten Zeitschriften, erfüllt werden.

In einer der beiden anschließenden Gruppendiskussionen wurden Herausforderungen des Wissenschaftssystems und Möglichkeiten der Veränderung diskutiert. Hierbei standen sowohl das Bewertungssystem entsprechend der wissenschaftlichen Exzellenz, als auch die Forschungsförderung und die geringe Beachtung der Wissenschaftspolitik im Allgemeinen zur Diskussion. Den daraus resultierenden Herausforderungen für die Forschenden könnte auch auf individueller Ebene begegnet werden. Ein Beispiel dafür wäre eine enge Kooperation der Forschenden im Bereich der transformativen Forschung.

In der zweiten Diskussionsgruppe wurde der Fokus auf die Rolle der Forschenden gelegt und darüber diskutiert, inwieweit sie neutrale Akteure sind oder als Forschende eine transformative, d.h. aktive Rolle einnehmen. Eine neutrale Position ermögliche es beispielsweise, so ein Punkt aus der Diskussion, als Makler*in in transformativen Prozessen aufzutreten. Für transformative Forschungsprozesse wäre daher ein Forschungsteam hilfreich, in dem die einzelnen Forschenden unterschiedliche Rollen einnehmen könnten. Dies sei wichtig, da für transformative Forschung die Einbindung von Praxispartner*innen eine große Rolle spielt. Für die Reflexion der Rollen und die gemeinsame Arbeit wäre zudem eine Supervision wünschenswert, ebenso wie eine institutionelle Unterstützung. Anzustreben sei diese komplexe Form des Forschens, da die Zusammenarbeit mit Praxispartner*innen in Forschungsprozessen es ermöglicht, lokale Fragestellungen aufzugreifen und Ergebnisse für die Praxis nutzbar zu machen.

6. Diskussion und Fazit

Im Abschlussplenum wurden zentrale Gemeinsamkeiten und Gegensätze, partizipative und transformationsförderliche Methoden, sowie offene Fragen und weiterer Forschungsbedarf angesprochen. Mit Blick auf die Frage des Titels waren die Teilnehmenden im Wesentlichen der Meinung, dass Partizipation ein wesentlicher Trumpf für die Transformation sein *könnte*, die Bedingungen für das Ausspielen dieses Trumpfs jedoch (noch) nicht flächendeckend gegeben sind. Insgesamt erscheint eine stärkere Konkretisierung einiger Begrifflichkeiten notwendig. Beispielsweise wurde die Frage nach einem engen oder wei-

ten Partizipationsbegriff kontrovers diskutiert: Von den Einen wurde die Erweiterung des Partizipationsbegriffs um Engagement und Selbstorganisation als förderlich für eine Stärkung transformativer Prozesse gesehen, während Andere dafür plädieren, Partizipation im engeren Sinne als Beitrag zur politischen Willensbildung bzw. Entscheidungsfindung zu verstehen. Ebenfalls gegensätzlich wurde die Rolle der Wissenschaft in Transformationsprozessen diskutiert, vor allem im Hinblick auf den Grad der aktiven Einmischung in Abgrenzung zur neutralen Beobachterrolle. Diese Diskussion ist vor allem vor dem Hintergrund der so genannten Reallabore interessant, die von einigen Teilnehmenden im Zusammenhang mit der Frage nach transformationsförderlichen (Forschungs-) Methoden erwähnt wurden. Zudem wurde die Positionierung der transformativen Forschung im Wissenschaftssystem und der Forschungsförderung aufgegriffen. Dabei wurde deutlich, dass es keine klaren Regeln für die Rolle von Wissenschaftler*innen in transformativen Forschungsprozessen gibt, eine klassische Interessenvertretung und eine Positionierung im Kontext der Forschungsförderung sowohl mit Blick auf die generelle Akzeptanz (als auch im Forschungsdesign) fehlt.

Auch wenn die Diskussionen im Workshop von Vielen als bereichernd und konstruktiv empfunden wurden, blieben insgesamt auch viele Fragen offen: unter anderem, wie Freiräume bei Transformationsprozessen definiert und partizipativ gefüllt werden können.

Der Workshop wurde im Rahmen der vom BMBF geförderten Projekte Klima-Initiative Essen und Stuttgart – Stadt mit Energieeffizienz organisiert und finanziert.





Lesetipp

pnd | online
www.planung-neu-denken.de



Rezension |2016

Die Partizipationsmatrix als Leitfaden durch den Beteiligungsdschungel

Sophia Alcántara/Nicolas Bach/Rainer Kuhn/Peter Ullrich (2016): Demokratietheorie und Partizipationspraxis. Analyse und Anwendungspotentiale deliberativer Verfahren, Wiesbaden, Springer VS, Seitenzahl 215, ISBN-13: 978-3658112202 (39,99 Euro, ebook 29,22 Euro).

Bürgerbeteiligung ist nicht gleich Bürgerbeteiligung. Das wissen viele von uns, die sich mit Öffentlichkeitsbeteiligung beschäftigen. Vor diesem Hintergrund überrascht es, dass es bisher wenige Versuche der Charakterisierung und Typologisierung von Beteiligungsverfahren gibt. Einen Beitrag, diese Lücke zu schließen, haben die Autorinnen und Autoren des Buches „Demokratietheorie und Partizipationspraxis“ geleistet, das vor wenigen Monaten bei Springer VS in der Reihe „Bürgergesellschaft und Demokratie“ erschienen ist. Anlass, Licht in den Dschungel der Beteiligungsverfahren zu bringen, ist für das Autorenteam die Energiewende in Deutschland.

Die Autorin und Autoren haben eine Partizipationsmatrix erstellt, in der sie die allgemein geläufigsten sowie ausgewählte Spezialverfahren eingeordnet haben. Die Grundidee besteht darin, dass einzelne Verfahren die Entwicklung eines bestimmten Demokratietyps unterstützen können, wobei das Autoren-

team bewusst von Öffentlichkeitsbeteiligung spricht, womit nicht nur Bürgerinnen und Bürger, sondern prinzipiell auch verschiedene Stakeholder-Gruppen einbezogen werden. Je nach Verfahren soll sich also einem demokratischen Ideal angenähert werden – auf diese Weise kann das Buch auch als eine Roadmap zur Weiterentwicklung der repräsentativen Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland verstanden werden. Dabei wird eine von Ortwin Renn erarbeitete Typologie aufgegriffen und weiterentwickelt. Das Autorenteam hat aus der Forschung von Renn vier Modelle ausgewählt, die sich hinsichtlich Inklusion, Transparenz und Empowerment unterscheiden:

- Das erste ist das neoliberale Modell, das sich – auf einer normativen Ebene – um eine breite Beteiligung unterschiedlichster Personen und Gruppen bemüht, wo jedoch bei der praktischen Umsetzung zum Teil große Abstriche gemacht werden müssen. Das neoliberale



Eine Rezension von
Carsten Herzberg

rale Modell sieht Beteiligte als Eigennutzmaximierende, die miteinander im Wettbewerb stehen und auch im Beteiligungsprozess vornehmlich ihre Interessen durchsetzen wollen. Für die repräsentative Demokratie, bei der immer die letzte Entscheidungsgewalt bleibt, stellt hier die Öffentlichkeitsbeteiligung einen Ideenpool dar, aus dem sich bedient werden kann und mit dem gesellschaftliche Tendenzen abgefragt werden können. Ein Empowerment der Teilnehmenden hat hier jedoch keine Relevanz.

- Die funktionalistische Demokratie ist das zweite Modell. Hier geht es nicht mehr um die Einbeziehung aller, sondern derjenigen, von denen vermutet wird, dass sie mit ihrem Wissen einen Beitrag zur Lösung des zur Diskussion stehenden Problems leisten können. Es handelt sich hier um die Stakeholder-Beteiligung bzw. die Einbeziehung von Expertinnen und Experten. Die Verfahren sind für die Teilnehmenden wenig transparent, auch geht es hier nicht um ihr Empowerment.

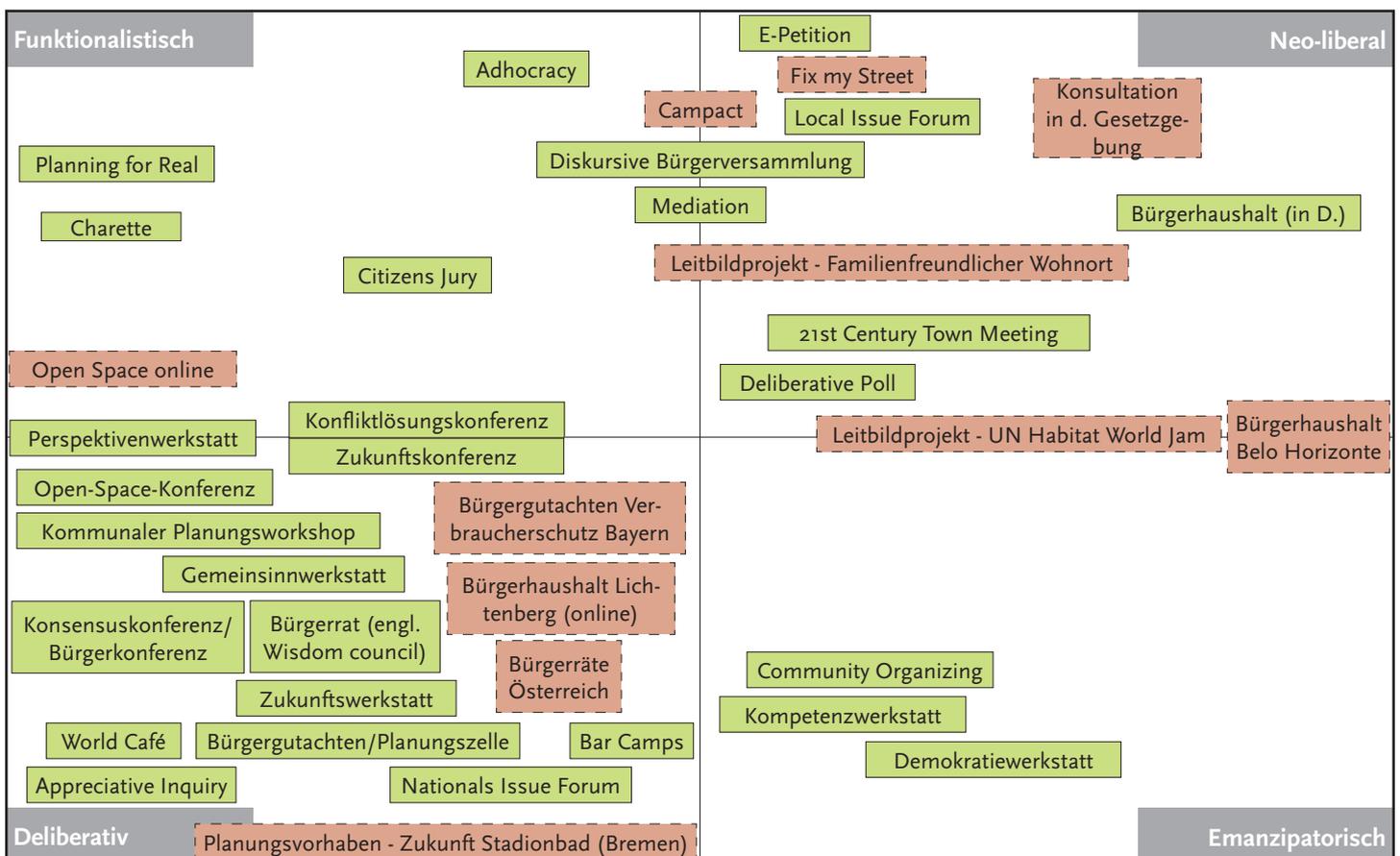
- Die deliberative Demokratie steht für eine dritte Option. Anders als beim neoliberalen Modell wird von einer konsensfähigen Gesellschaft ausgegangen, in der die Teilnehmenden ihre Eigeninteressen hinter dem Gemeinwohl zurückstellen können. Eine Inklusion

unterschiedlichster Individuen und Gruppen wird angestrebt – was letztlich jedoch vom gewählten Verfahren abhängt. Eine Stärke ist die Transparenz des Verfahrens, womit auch ein Empowerment der Teilnehmenden verbunden werden kann.

- Die emanzipatorische Demokratie als viertes Modell kümmert sich explizit um die Einbeziehung derjenigen, die sonst von Beteiligungsprozessen ausgeschlossen bzw. dort wenig vertreten sind (also sozial Benachteiligte, bildungsferne Gruppen und ggf. auch Menschen mit Behinderung). Das Empowerment, und das ergibt ein weiteres starkes Unterscheidungsmerkmal dieses Modells, ist ein zentrales Anliegen, wobei die Transparenz vom gewählten Verfahren abhängt.

Es fällt auf, dass diese Modelle eine starke normative Prägung aufweisen. Einfach gesagt: Die neoliberalen und die funktionalistischen Verfahren sind die Bösen und die deliberativen und die emanzipatorischen die Guten. Das Autorenteam versucht einer solchen Zuspitzung aus dem Weg zu gehen, indem es am Ende des Buches jedem Ansatz seine Berechtigung und seinen Zeitpunkt einräumt. Allerdings sind solche normativen Konnotationen überaus hilfreich, wenn es darum geht,

Quelle: Alcántara/Bach/
Kuhn/Ullrich (2016: 72),
Überarbeitung



Licht in den Beteiligungsdschungel zu bringen. Das Autorenteam selbst scheint eine Präferenz für das deliberative Modell zu haben, mit Sympathien für den emanzipatorischen Ansatz. Beleg hierfür ist, dass es im fünften Kapitel seine demokratietheoretischen Reflexionen (S. 116) explizit auf die deliberative Demokratie bezieht.

Die spannendste Frage ist jedoch, welche Teilnahmeverfahren welche Art von Demokratie unterstützen. Hierzu wurden 28 idealtypische Verfahren plus elf Anwendungsbeispiele analysiert. Das Ergebnis zeigt sich darin, dass sich ein Großteil der Verfahren dem deliberativen Modell zuordnen lassen (siehe Abbildung unten). Zu ihnen gehören Planungszellen, Konsensuskonferenzen und Open-Space-Konferenzen. Als neoliberal oder funktionalistisch gelten hingegen Mediation, diskursive Bürgerversammlungen oder Bürgerhaushalte in Deutschland. Wer, so die Partizipationsmatrix, ein Empowerment der Teilnehmenden unterstützen möchte, der müsste sich dem Community Organizing, der Kompetenzwerkstatt und der Demokratiewerkstatt bedienen.

Eine solche Einteilung regt natürlich zur Diskussion an. An dieser Stelle wäre es interessant gewesen, wenn die Platzierung der einzelnen Instrumente erläutert worden wäre. Denn es entstehen schon Fragen, z. B.: Warum ist der deliberative Poll (siehe Abbildung) für jedes Modell offen, während die Zukunftskonferenz oder Planungszelle eindeutig im deliberativen Modell zugeordnet ist? Hier wird deutlich, dass sich das Buch an Lesende mit Vorwissen wendet. Denn mögen Planungszellen und Mediation noch relativ bekannt sein, scheint es sich bei Fix my Street oder Bar Camps um sehr spezielle Verfahren bzw. Anwendungsbeispiele zu handeln. Folgerichtig weist das Autorenteam darauf hin, dass sich das Buch an Studierende und Dozierende der Sozialwissenschaften wendet sowie an Fach- und Führungskräfte in Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft.

Dass dem Buch die Brücke von der Theorie in die Praxis dennoch gelingt, hat verschiedene Gründe. Zum einen ist zu sagen, dass die im Buch dargestellten Ergebnisse selbst durch einen partizipativen Prozess begleitet wurden: Das Autorenteam gehört Instituten und Einrichtungen an, die auf Bürgerbeteiligung spezialisiert sind: Dialogik aus Stuttgart und den beiden Berliner Instituten nexus und

ZTG (Zentrum für Technik und Gesellschaft, TU Berlin). Das Buch selbst ist aus einem Bericht des Projektes DELIKAT entstanden, das in den Jahren 20012 bis 2013 vom Umweltbundesamt gefördert worden ist. Im Rahmen des Projektes gab es Workshops mit weiteren Bürgerbeteiligungsexpertinnen und -experten, die das Team bei der Analyse und Einordnung der Ergebnisse beraten haben. Und letztlich beinhaltet die Publikation am Ende konkrete Praxisempfehlungen die mit Hilfe des Politikzyklus Hinweise zur Verwendung der Verfahren geben.

Insgesamt umfasst das Buch, für dessen Vorwort Patrizia Nanz vom Kulturwissenschaftlichen Institut Essen (KWI) und European Institute for Public Participation (EIPP) gewonnen werden konnte, sieben Kapitel. Am Anfang werden die Legitimationskrise der Demokratie und die verschiedenen zu den vier Modellen führenden Theorieansätze diskutiert (Einleitung und Kapitel 2). Darauf folgt eine umfassende Einführung in die Partizipationsmatrix, (Kapitel 3) mit einer anschließenden Darstellung der Fachdialoge mit den Expertinnen und Experten für Bürgerbeteiligung (Kapitel 4). Das letzte Drittel des Buches diskutiert theoretische wie auch praxisbezogene Reflexionen – inklusive Handlungsempfehlungen (Kapitel 5, 6 und 7).

Als Fazit ist zu sagen, dass die Partizipationsmatrix einen Aufschlag in die wichtige Diskussion zur Unterscheidung von Beteiligungsinstrumenten bietet. An manchen Stellen wünsche ich mir anstelle der komplexen Darstellungen von Kriterien und Reflexionen eine stärkere Anbindung an die vorgegebene Thematik Energiewende mit Beispielen, in denen Teilnahmeverfahren neoliberale oder deliberative Demokratiemodelle fördern. Solche Veranschaulichungen würden das Analysepotential noch stärker betonen. Auf jeden Fall jedoch haben die Autorin und Autoren mit der Beteiligungsmatrix eine Diskussion eröffnet, die noch lange nicht beendet ist. Für die weitere Diskussion wirft das Buch die Frage auf, von welchen Logiken Öffentlichkeitsbeteiligung in Deutschland, und insbesondere im Kontext der Energiewende, geprägt ist. Oder mit welchen Verfahren wollen wir, die wir die Beteiligung organisieren, diesen Prozess unterstützen? Das Buch „Demokratietheorie und Partizipationspraxis“ bietet uns hierzu einen Analyserahmen an.

